M 3477 F

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w

Nr. 153 November 1988 DM 5,00



Kultur

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 4003, Bürozeiten: Mo., Di., Do.-Fr. 10-13 u. 15-18 Uhr, mittwochs geschlossen

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Jutta Aselmann, Alf Baier, Frank Ballot, Andreas Beil, Andrea Borchers, Gerhard Braun, Horst Breit, Konrad Fisch, Wolf-Matthias Gall, Uwe Hartwig, Claudia Held, Inge Kamolz, Christa Kernbichl, Lucia Koch, Michael Knüfer, Barbara Kupfer, Tilman Lamperter, Verena Manek, Mechtild Maurer, Christel Opeker, Mariele Pelster, Gunhild Rauch, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Alexander Spermann, Ulrike Stamm, Norbert Stamm, Bernhard Thill, Detlev Vogel, Susanne Vollmer, Jürgen Wengler, Annette Will, Regine Wlassitschau, Udo Wolter

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.
Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 32 61 87

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 7 7053

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).
ermäßigtes ABO nicht über den Buchhandel erhältlich
Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 154:
8. November 1988

Anzeigenschluß für Nr. 154:
15. November 1988

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Inhaltsverzeichnis





Ist die Revolution mit Sankara gestorben?

Fotos: Nora Peters

Ein Jahr nach dem Umsturz ist der Alltag wieder entpolitisiert.

Um die dreizehn Gräber ist Gras gewachsen. Die weißgestrichenen Ruhestätten sind inzwischen mit rotbrauner Erde bespritzt. Dreizehn Tafeln vermerken die Namen der Toten. Weder Geburts- noch Sterbedatum sind erwähnt, erst recht nicht die Umstände, unter denen die jungen Männer zu Tode kamen. Doch all jene, die hier täglich vorbeikommen und für ein paar Minuten vor der seltsamen Szenerie auf dem Armenfriedhof am Rande von Ouagadougou innehalten, kennen sie auch so. Ein paar Plastikblumen, die in einer Pomadedose stecken, eine verblichene Fahne unterscheiden das vorderste Grab von den zwölf anderen, noch schmuckloseren. Hier liegt ein Idol begraben: Thomas Sankara.

Nachdem er am 15. Oktober 1987 unter den Maschinengewehrsalven von Putschisten aus den eigenen Reihen gefallen war, hatte man ihn und die anderen hastig hier verscharrt. Ein für afrikanische Gesellschaften, wo eine würdige Beerdigungszeremonie zu den elementarsten Regeln gehört, unerhörter Vorgang. Die Familien durften weder die Gräber richten, noch eine Totenmesse feiern. Erst im Mai, und auf Druck aus dem Ausland hin, ließen die neuen Machthaber die Erdhügel einfrieden. Gerade noch rechtzeitig vor der Regenzeit, die sie sonst vollends fortgespült hätte.

Doch obwohl man sich nach dem blutigen Umsturz mühte und gegenseitig überbot, das Geschehene durch gegen Sankara gerichtete Vorwürfe zu rechtfertigen, tut sich die neue „Volksfront" schwer mit einer klaren Linie. Besonders am neuen Staatschef, Blaise Compaoré, klebt der Vorwurf von Verrat und Brudermord. Am 4. August 1983 hatte er als Befehlshaber der Eliteeinheiten von Pô seinem Freund und Waffenbruder Sankara in den Sattel geholfen. Ob der 37jährige Compaoré als Nummer zwei im „Nationalen Revolutionsrat" am 15. Oktober selbst den Schießbefehl gab oder von übereifrigen Königsmachern nur widerstrebend in die Verantwortung gezwungen wurde, ist nach wie vor nur den Beteiligten klar. Gemäß offizieller Version hat man einem von Sankara für den gleichen Abend geplanten Komplott zuvorkommen wollen. Dieser habe die Liquidation seiner engsten Entourage vorgesehen, die sich gegen seine angeblichen Alleingänge zur Wehr zu setzen begann.

Nun scheint es, daß die Tötung Sankaras und die Verweigerung einer anständigen Beerdigung eine allzuschwere Hypothek für seinen Nachfolger ist. Die Masse der Landbevölkerung, die sich von der Sankarischen Politik zum ersten Mal für voll genommen sah, hat sich enttäuscht wieder ihren Alltagssorgen zugewandt. Für die meisten ist die Revolution mit Sankara gestorben. Wenn sie weitergehen soll, wozu hat man ihn dann töten müssen? Verbitterung ist zu spüren, wann immer die Rede darauf kommt. Zwar war es oft hart gewesen, was die Regierung an Gemeinschaftsarbeiten oder an Abgaben verlangt hatte. Doch nach anfänglichem Mißtrauen hatten die Bauern und Bäuerinnen eingesehen, daß sie die Arbeit für sich selbst taten. Wenn sie Geld sammelten, so wurde dafür tatsächlich eine Schule gebaut oder ein Brunnen. Früher war es auf Nimmerwiedersehen in der Hauptstadt verschwunden.

Dort findet man denn auch heute mehr Befürworter des neuen Regimes. Die städtische Bourgeoisie hatte die Revolution in



Der starke Mann in Ouagadougou: Staatschef Compaoré

der Tat leid bekommen. Im Namen einer gerechteren Umverteilung hatte Sankara den im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl wenigen Gehaltsempfängern Zulagen und andere Privilegien zusammengestrichen.

Beförderungen wurden (auch) von der regelmäßigen Teilnahme am Massensport und vom revolutionären Eifer abhängig gemacht. Korrupte, aber auch nur unbequeme Staatsdiener wurden kurzerhand gefeuert. Tausende von Großfamilien verloren so von heute auf morgen ihre Ernährer.

Kurskorrektur

Die vorher von solchen Maßnahmen Betroffenen waren eher enttäuscht, als die Revolution auch nach dem Putsch wieder zur gültigen Staatsdoktrin erklärt wurde. Wenn auch mit einer sanfteren Gangart. So wurden die 1984 wegen eines Streiks gefeuerten 1400 Lehrer von der „Volksfront" wieder eingestellt. (Was freilich Sankara schon in Aussicht gestellt hatte.) Anfang des Jahres wurden die lange eingefrorenen Gehälter um vier bis sieben Prozent angehoben. Aber: Viel mehr hat auch Blaise Compaoré nicht zu verteilen. Die Regierung steckt nach wie vor in dem Dilemma, daß nur 26.000 der rund acht Millionen Burkinabe den Löwenanteil des mageren Staatshaushaltes aufbrauchen.

Die Gewerkschaften, die — im Interesse der wenigen staatlichen Arbeiter und Angestellten — das alte Obervolta durch ihre mit ständigen Streiks durchgesetzten Forderungen ökonomisch niedergehalten hatten, dürfen wieder hoffen. Der „Nationale Revolutionsrat" hatte sie, mit nicht immer legalen Mitteln, in die Knie gezwungen. Gewerkschaftsführer wanderten für Monate ins Gefängnis. Als im Januar die kritische Auswertung von vier Jahren Revolution anstand, wurden sie zur Mitarbeit eingeladen. Im daraus folgenden Aktionsprogramm wird ihnen wieder die rechtmäßige Interessenvertretung der Arbeiterschaft zugebilligt, die ihnen in den letzten Jahren von den innerbetrieblichen „Revolutionsverteidigungskomitees" streitig gemacht worden war. Den 1. Mai durften die Gewerkschaften frei gestalten. Künftig will sich die Regierung gar einmal im Jahr mit den Gewerkschaften beraten. Allzu begeistert haben sie sich über das neue Regime dennoch nicht geäußert. Vieles spricht dafür, daß sie sich neu sammeln, um es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Skeptiker befürchten einen Rückfall in die alten Zeiten, wo die Gewerkschaften die Politik im Lande diktierten.

Die „Volksfront" möchte es am liebsten allen recht machen. Nach dem Kleinbürgertum und den Gewerkschaften söhnte sie sich mit der traditionellen Chefferie aus. Sankara hatte die Stammesfürsten als „reaktionäre Feudalherren" gebrandmarkt und dabei gerade die Alten vor den Kopf gestoßen. Er sah es zum Beispiel nicht ein, daß sich der Mossi-Herrscher von Ougadougou die Nebenkosten seines stattlichen Hofes aus dem kargen Staatssäckel begleichen ließ. Er ließ dem Moro-Naba kurzerhand Strom und Wasser sperren. Nachfolger Compaoré, selber Abkömmling eines noblen Mossi-Geschlechts, brachte die alte Welt wieder in Ordnung und machte die vorangegangene Majestätsbeleidigung mit einem Autogeschenk wieder gut.

Zur „Rektifikation", der Kurskorrektur der „Volksfront", gehört auch die Aussöhnung mit Nachbarn, die Sankara mit forschen Worten verprellt hatte. Neuer Busenfreund des revolutionären Compaoré ist ausgerechnet Gnassingbé Eyadéma, der in Togo mit eiserner Hand ein Unterdrükkungsregime führt. Beim pompösen Défilé zum fünften Geburtstag der August-Revolution war er Ehrengast.

Auch Präsident Houpouet-Boigny aus der Elfenbeinküste ist zufrieden mit den gefälligeren Tönen aus Ouagadougou. Ihm unterstellen einige, er sei am Machtwechsel nicht ganz unschuldig gewesen. Libyens Staatschef Ghadhafi hatte keine Schwierigkeiten, sich bruchlos der neuen Führung zuzuwenden. Nur wenige Tage nach dem Coup ließ er seinem Kollegen einen silbergrauen Alpha-Romeo schicken.

Der Sicherheitsapparat um den Präsidenten wurde erheblich ausgebaut. Bei jeder Ausfahrt, und sei es nur von seinem Büro im „Conseil de l'Entente" — genau dort, wo die Männer vom 15. Oktober starben — zu einer Veranstaltung im nahen Stadtzentrum, läßt er sich von waffenstrotzenden Jeeps begleiten.

Außerdem wird wieder mehr repräsentiert in Burkina Faso. Mit dem bescheidenen Führungsstil — Sankara fuhr mit einem französischen Kleinwagen durch die Gegend und ließ seine Minister auf Auslandsreisen in einfachen Hotels absteigen — habe man sich doch nur lächerlich gemacht. In diese Logik paßt auch die Anschaffung eines zwanzig Millionen teuren Präsidentenflugzeugs. Nun ist der Bau eines neuen Präsidentenpalastes vorgesehen.

Reform der Basisstrukturen

Erneuert wurden die Basisstrukturen, die als Bindeglied zwischen Regierung und Volk dienen sollen. Nach der August-Re-

Die burkinische Revolution

Mit Sankara war 1983 eine neue Generation afrikanischer Politiker an die Macht gekommen: junge, studentisch geschulte und linksdenkende Militärs, die Politik zum Nutzen der ländlichen Bevölkerungsmehrheit machen wollten. Die alteingesessenen Generäle wurden von ihnen weggeputscht, wie vier Jahre zuvor von Jerry Rawlings in Ghana.

Die Städter und deren politische Interessenvertretung mußten um ihre bisherigen Privilegien bangen: die Gewerkschaften, in denen sich die staatlichen Angestellten und wenigen IndustriearbeiterInnen organisiert hatten, bekamen Bauern-, Frauen-, Jugend- und Altenvereinigungen entgegengestellt. An Stelle der bis dahin nur in den Städten existierenden Parteien — und des traditionellen Feudalwesens auf dem Land — erzwang diese kleine Gruppe intellektueller Militärs, daß überall basisdemokratische Komitees gewählt wurden. Die Politik der 'nationalen Entwicklung' sollte so langfristig strukturell verankert werden.

Als nächster Schritt stand eine Reorganisation des Machtfaktors 'Armee' an, die immer stärker für infrastrukturelle Aufgaben eingesetzt wurde. Hierin kann einer der Gründe für die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des leitenden Quartetts vermutet werden.

Dem Ausland gegenüber trat Sankara selbstbewußt, aber auch pragmatisch auf: er schockte den Westen durch seine Reisen nach Nordkorea, Libyen und Kuba, bekundete vor der UNO Solidarität mit Nicaragua und erkannte die Sahaurische Volksrepublik an. Innerhalb Afrikas scherte Bukina Faso aus dem großen Kreis reaktionärer Diktatoren aus. Anstatt IWF-Kredite anzunehmen, wurden Importe eingeschränkt und einheimische Produkte gefördert.

Das anfängliche Erschrecken der heimischen Mittelschicht und ausländischer Investoren verlor sich angesichts der so gut wie abgestellten Korruption und langsam spürbaren materiellen Verbesserungen.

Nicht nur für die Oberschüler und Studenten im eigenen Land, sondern auch für viele Linke in Europa war das frühere Obervolta zum Hoffnungs- und Sympathieträger geworden: Endlich schien eine eigenständige, pragmatische Entwicklung zum Nutzen der breiten Bevölkerungsmehrheit in einem der ärmsten Länder der Welt möglich.

volution 1983 waren in allen Stadtvierteln, Dörfern, Betrieben und Schulen „Revolutionsverteidigungskomitees“ entstanden. Sie mobilisierten die Bevölkerung zu Gemeinschaftsarbeiten. Gesundheitsposten, Schulen und Staudämme wurden gebaut. Die Komitees organisierten das Reinemachen von Straßen und Märkten und führten Schulungen durch. Doch nicht selten hatten sich unfähige Kandidaten zur Wahl gestellt, die dann kraft ihres Amtes auch eigene Rechnungen beglichen. Statt die Revolution zu verteidigen, drangsalierten sie ihre MitbürgerInnen mit Waffengewalt.

Der herben — und berechtigten — Kritik wegen wurden die alten Strukturen aufgelöst und stattdessen „revolutionäre Komitees“ gewählt. Sie sind nun nach sozialer Schicht sowie nach Berufssparten gegliedert. So bilden Jugendliche, Frauen und Alte eigene Komitees, ebenso Arbeiter, Beamte und Soldaten. Mehrfachzugehörigkeiten sind zulässig.

Die Fäden des neuen Mobilisierungsapparates laufen bei einer nationalen Koordinationsstelle in Ouagadougou zusammen. Ob er seine Aufgaben besser wird meistern können als der Vorhergehende, wird sich erst später erweisen. Bislang fließt alle Energie in die Wahlen. Nicht überall finden sich „freiwillig“ genügend motivierte Kandidaten. Oft lassen sich die eben abgesetzten Mitglieder der „Revolutionsverteidigungskomitees“ wieder aufstellen. Wichtiger Unterschied zum alten System: Die „revolutionären Komitees“ sind nicht mehr bewaffnet.

Unbestritten bleibt der Beitrag der alten Komitees zu den unter dem „Nationalen Revolutionsrat“ lancierten drei „Ökologie-Schlachten“. Sie halfen mit, die Bevölkerung über die schlimmen Folgen der weitverbreiteten Buschfeuer, des wilden Holzeinschlags und des Herumstreunens von Tieren aufzuklären. Zwar sollen die „drei Schlachten“ auch unter dem neuen Regime fortgeführt werden. Aber seit keine Sanktionen mehr drohen, suhlen sich wieder Schweine in den Pfützen auf Ouagadougous unbefestigten Lehmstraßen, fressen Ziegen weitgehend ungestört frisch angepflanzte Bäumchen ab.



Die Machtfrage entscheidet letztendlich die Armee

Unter dem Zeichen des neuen Liberalismus der „Volksfront“ stand auch die Aufhebung einer Kleiderordnung, die manche Staatsdiener tatsächlich als Zumutung und Eingriff in ihre persönliche Freiheit angesehen hatten. Um Devisen zu sparen, hatte sie Sankara verpflichtet, in „Faso dan Fani“ im Amt zu erscheinen, in Stoffen aus handgewebten Baumwollstreifen.

Die Produktion der „Faso dan Fani“ war daraufhin sprunghaft in die Höhe gestiegen. Überall organisierten sich Frauen in Webereigruppen. Die traditionellen schmalen Webstühle wurden verbessert und für die Streifen immer neue Muster und Farbvarianten erfunden. Trugen früher nur die „rückständigen“ Bauern weite Hemden und Hosen aus groben, meist blauweißen Streifen, so wurden nun schikke Kleider und Anzüge aus den aus feineren Fäden gewebten Stoffen geschneidert.

Seitdem das „Faso dan Fani“-Tragen nicht mehr vorgeschrieben ist, haben die Weberinnen über schlechten Absatz zu klagen. Mit allerlei Werbekampagnen werden die StädterInnen nun motiviert, die Landesprodukte freiwillig zu tragen. Dabei geht der Präsident nicht immer mit gutem Beispiel voran. Will er bei Auslandsreisen die Hauptmannsuniform vermeiden, so zieht er elegante westliche Anzüge den lokalen Erzeugnissen vor.

Frauen in Burkina Faso haben nach wie vor existenzielle Sorgen

Rückschritt für die Frauen

Am wenigsten begeistert von der „Rektifikation“ sind die burkinischen Frauen. Denn Sankara hatte es gewagt, ganz und gar ungeheuerliche Themen anzuschneiden. Einmal verordnete er den Männern den Einkauf auf dem Markt, damit sie selbst die Erfahrung machten, wie schwierig es ist, mit dem knappen Haushaltsgeld für eine große Familie zu sorgen. Er trat dafür ein, einen Teil des Gehaltes der Männer direkt an die Ehefrauen zu überweisen. Eine Idee allerdings, die er als unpraktikabel gleich wieder zurückziehen mußte. Prostituierte bezeichnete er als Opfer einer ausbeuterischen, phallokratischen Gesellschaft. Zu ihrem Weltkongreß schickte er ein Solidaritätstelegramm.

Solche Aktionen werden heute als „folkloristisch“, bloß „aufsehenerheischend, aber ohne Erfolgsaussichten“ hingestellt. Das vormals für Frauenfragen zuständige „Ministerium für Familienangelegenheiten und nationale Solidarität“ wurde zum „Staatssekretariat für Soziales“ mit gekappter Machtbefugnis innerhalb des Gesundheitsministeriums degradiert. Für solch heikle gesellschaftspolitische und kulturelle Fragen wie Familienplanung, den Kampf gegen Zwangsheirat und Beschneidung ist nun letztendlich der Gesundheitsminister verantwortlich.

Für die Masse der Frauen geht es allerdings um existenziellere Fragen: etwa darum, nicht mehr kilometerweit zum nächsten Brunnen laufen zu müssen, genug zu essen für sich und ihre Familien zu haben und um eine anständige Gesundheitsversorgung. Genau das waren auch die erklärten Prioritäten der burkinischen Revolution.

Sankara vergaß nie zu betonen, daß er den Schlüssel für eine eigenständige Entwicklung des Landes in den Händen der Frauen sah. Er ermunterte sie, sich zusammenzuschließen, gemeinsam über ihre Probleme nachzudenken und nach Lösungen zu suchen.

Beim Bemühen, sich zu organisieren und selbst zu verwalten, stießen sie immer wieder auf ein Grundproblem: Ihr Analphabetentum. Nur zwei Prozent der burkinischen Frauen können lesen und schreiben. Bei der ersten Alphabetisierungsaktion in mehreren Landessprachen waren die Frauen noch zu kurz gekommen. Sankara versprach ihnen ihre eigene Aktion. Durchgeführt wurde diese „Operation Bantaaré“, an der etwa 13.000 Frauen beteiligt waren, nun von der „Volksfront“.

Nichts Revolutionäres zu erwarten

Neue innenpolitische Maßnahmen, wie sie sich Sankara am laufenden Band einfallen ließ – und wobei er manchmal über die Stränge schlug –, sind kaum auszumachen. Um nicht in dessen „spontanen Aktivismus“ zu verfallen, so ist aus den Ministerien zu hören, werde allenthalben nachgedacht. Doch auch alter Schlendrian ist wieder zu spüren. Wie in vorrevolutionären Zeiten sind Beamte zur Dienstzeit nicht immer am Arbeitsplatz, sondern wieder vermehrt in der Kneipe nebenan anzutreffen. Präsident Campaoré sah sich deshalb neulich veranlaßt, mit Sanktionen zu drohen, aber so richtig ernst nimmt das kaum jemand mehr. Die Revolution hat unverkennbar ihren Schwung verloren.

Vieles deutet darauf hin, daß sich die „Volksfront“ immer noch nicht ganz vom Schock des blutigen 15. Oktober 1987 erholt hat und die meiste Energie darauf verwendet, den eigenen Laden in Ordnung zu bringen. Obwohl gerade dieses dem Vorgänger zum Vorwurf gemacht wird, ist auch die Zusammensetzung des neuen obersten

Politgremiums Staatsgeheimnis. Bekannt ist nur, daß dort später, nachdem die Basisstrukturen etabliert sein werden, auch Delegierte der „revolutionären Komitees“ und der Gewerkschaften vertreten sein sollen.

Inwieweit wieder rechte Kräfte nachgerückt sind, ist offiziell nicht bekannt. Doch sie stehen bereit. Noch haben in der „Volksfront“ freilich linke Gruppierungen das Sagen, die sich an sowjetischen, albanischen oder chinesischen Vorbildern orientieren. Ihren Vorsprung haben diese Grüppchen, hinter denen gerade ein paar Dutzend Leute stehen und die in der Bevölkerung weitgehend unbekannt sind, in elitären Debattierzirkeln von Universitäten und Militärakademien.



Das Idol der afrikanischen Jugend: Thomas Sankara wenige Tage vor seinem Tod.

Die meisten waren bereits im „Nationalen Revolutionsrat“ unter Sankara vertreten: Die „Union des Communistes Burkinabé“ (UCB), die „Union de Lutte Communiste“ (ULC) und die „Groupe Communiste Burkinabé“ (GCB). Dazu kommen noch einige Technokraten und Militärs, die keiner der Tendenzen angehören.

Ausgeschaltet wurde die „Union de Lutte Communiste Reconstruite“ (ULCR), die heute als Sankara-treuer „militaro-faschistischer Flügel“ bezeichnet wird. Ihre Führer, darunter die geistigen Väter des „Discours d'orientation politique“ (DOP), der theoretischen Grundlage der Revolution, auf die sich auch die neuen Herren noch berufen, wurden für mehrere Monate ins Gefängnis gesteckt und gingen teilweise ins Exil.

Gehen also in der „Volksfront“ die alten Ideologiequerelen zwischen mehr oder minder den gleichen Personen weiter? Sicher ist, daß längst nicht alle damit einverstanden sind, wie der letzte Umsturz verlaufen ist. Blaise Compaoré beschwört indessen die „Einheit aller Revolutionäre, Patrioten und Demokraten“ — und versucht damit etwas, woran schon sein Vorgänger gescheitert ist.

In der Machtfrage entscheidet jedoch letztlich die Armee. Ängstlich schielt man wieder in Richtung Pô, wo bei den Parakommandos inzwischen ein anderer Hauptmann das Sagen hat. Am Trainingszentrum dort wächst ständig neuer Militärnachwuchs mit Politambitionen nach.

Das 'Trauma' Sankara

Die „tragischen Ereignisse vom 15. Oktober“, wie man den blutigen Putsch inzwischen nennt, haben das Vertrauen im Zentrum der Macht schwer erschüttert. In der Hauptstadt wird darüber spekuliert, inwieweit sich die „Nummer 1“ noch auf die anderen beiden verlassen kann, die von der ursprünglichen „Viererbande“, den Revolutionsmachern vom 4. August 1983, übrig sind: Verteidigungsminister Lingani und Wirtschaftsminister Zongo. Wieder zirkulieren Flugblätter und Gerüchte.

Auf Hypothesen, wielange sich die „Volksfront“ an der Macht halten kann — oder wie gut sie sich dort schon eingerichtet hat, mag sich kaum jemand mehr einlassen. Haben Beobachter Blaise Compaoré, der besonders am Anfang oft eine sehr unsichere Figur machte, nicht viele Chancen eingeräumt, müssen sie zugeben, daß ein gewisser Gewöhnungseffekt eingetreten ist. Das lähmende Entsetzen der ersten Monate ist einer ganz unsensationellen Normalität gewichen.

Begeisterung für die „Volksfront“ ist allerdings kaum zu spüren. Eher macht sich ein gewisses Desinteresse breit. Der burkinische Alltag ist wieder weitgehend entpolitisiert. Besonders glücklich ist damit freilich keiner.

Sankara-Freunde, und es gibt sie zuhauf, fühlen die Leere, die er hinterlassen hat. Und die schon vorher Gleichgültigen fragen sich, ob die tatsächlich eingetretenen Änderungen den Schock wert waren, der das Land so nachhaltig erschütterte.

Selbst Sankara-Kritiker finden, daß unter dem Strich nicht viel herausgekommen ist seit Compaorés gewaltsamer Machtübernahme. Auch die, die eine Änderung herbeisehnten, hätten sich gewünscht, daß sie „auf zivilisiertere Art und Weise“ herbeigeführt worden wäre.

Mariam Sankara, die Witwe des Mannes, der für Millionen AfrikanerInnen Hoffnung war, ging im Juni mit ihren Söhnen Philippe und Auguste ins Exil. In ihrer Heimat hatte sie ihren Beruf nicht länger ausüben können; Freunde, die sie besuchen kamen, wurden vom Sicherheitsdienst eingeschüchtert.

Ob Blaise Compaoré den Mut hat, am 15. Oktober ein Requiem für das tote Idol feiern zu lassen? Vieles deutet darauf hin, daß er noch viel Angst davor hat, von den damaligen Ereignissen eingeholt zu werden. Eine Rehabilitierung von Thomas Sankara käme nur in Frage, wenn das Volk dies wolle, meinte er auf eine entsprechende Frage. Ob das Volk jemals eine Chance bekommt, sich dazu zu äußern?

Nora Peters

Iran

Frieden im Iran?

Nach dem Golfkrieg wird mit der Opposition abgerechnet

Stadt im Süden des Iran nach einem irakischen Angriff (1983), bei dem 19 Menschen getötet und 70 verletzt wurden. 110 Häuser wurden zerstört.

Das Regime der Islamischen Republik sah sich mit einem Jahr Verspätung zur Annahme der Resolution 598 des UN-Sicherheitsrates gezwungen. Dies ist insofern überraschend, als das Regime in Teheran noch wenige Tage vor der Annahme der UN-Resolution, also der Einwilligung in den Waffenstillstand mit dem Irak, auf der Fortsetzung seiner Kriegspolitik: „Fortsetzung des Krieges bis zum Sturz von Saddam Hussein" beharrte und jedwede Friedensbewegung im Iran unterdrückte. Die Regierung hat in einem offiziellen Kommunique an die Bevölkerung erklärt: „Wenn wir an einem aufrechten und siegreichen Leben interessiert sind, müssen alle dem Krieg dienen... jeder Einzelne von uns muß seine Möglichkeiten in die Waagschale werfen und sei es auch nur ein Paar Stiefel. Alle unsere Fähigkeiten, selbst die unserer Kinder, müssen dieser heiligen Verteidigung gewidmet werden, und wenn es auch nur ein Brief an die Front ist. Oder wenn man betet und nur zum Ausdruck bringt: Ja, wir werden Widerstand leisten. Das ganze Land muß an den Krieg denken. Wir brauchen umfassendere Konzepte, Organisationsstrukturen und Maßnahmen als früher."

Einer langfristigen Kriegsplanung zufolge wurde mehr als die Hälfte der Produktion der Schwerindustrie und ein Großteil der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie den Erfordernissen der Front untergeordnet. Ein Teil der Industrie, unter der Leitung von Ministerien und anderen staatlichen Institutionen stand der Armee und den Revolutionswächtern zur Verfügung. Mehr als 50 Prozent des Staatshaushaltes flossen in den Krieg. Forschungszentren, Ausbildungs- und Kulturstätten des Landes funktionierten hauptsächlich im Dienste der Kriegspolitik des Regimes. Die Verwaltung der Ministerien und anderer Behörden wurde den Erfordernissen des Kriegszustandes entsprechend umstrukturiert. Angesichts dieser umfangreichen Maßnahmen und der aufgeblähten Kriegsmaschinerie scheint die Annahme der UN-Resolution 598 recht verblüffend.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Haltung der Bevölkerung gegen die Fortsetzung des Krieges hierbei eine entscheidende Rolle gespielt hat. In den letzten Monaten hat sich der Widerstand der Bevölkerung zu einem ernstzunehmenden Faktor entwickelt. Das kam z.B. zum Ausdruck in der Absage von Spendenaufrufen und Mobilisierungskampagnen. An den Schauplätzen des Städtekrieges und bei der Beerdigung von Kriegsopfern kam es immer häufiger zu spontanen Aktionen. Selbst bei Sportveranstaltungen kam es zu Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Polizei. Arbeiterproteste und Streiks haben deutlich zugenommen.

Der sich zuspitzende Machtkampf innerhalb des Regimes zog als unmittelbare Folge eine wachsende Demoralisierung der



Streitkräfte an der Front nach sich. In dieser Situation und unter Ausnutzung ihrer technischen Überlegenheit hat die irakische Armee alle vom Iran besetzten Territorier und strategischen Höhen zurückerobern können und sogar einige iranische Grenzstädte besetzt. Diese neue Entwicklung führte in der Krise unter den Streitkräften Irans sowie im Machtkampf unter den verschiedenen Flügeln des Herrschaftsapparates zu einem neuen Höhepunkt. Die Folge davon war die Verschärfung des Gegensatzes zwischen Bevölkerung und Regime. Hatte das Regime seinen Fortbestand mit der Fortsetzung des Krieges verknüpft, so war es nun gezwungen, eine Wende in seiner Kriegspolitik einzuleiten. Khomeini sprach deshalb von der Notwendigkeit der Annahme der Resolution 598 „zum Schutz des Islam". Mit anderen Worten: seines Regimes. In einer Botschaft an die Bevölkerung verglich er diesen Schritt mit der „Einnahme eines Bechers Gift" und machte innenpolitische Entwicklungen — auf die er aber nicht näher eingehen wollte — für diese Entscheidung verantwortlich. Parlamentspräsident Rafsandjani nannte in seiner neuen Eigenschaft als stellvertretender Oberbefehlshaber der Armee die Annahme der UN-Resolution 598 einen Beweis für die Friedfertigkeit der iranischen Regierung und verschob die Aufklärung über die Hintergründe dieses Schrittes in die Zukunft, „wenn der Feind keinen Nutzen mehr davon hat". Die Repräsentanten des Regimes dürften sehr genau wissen, daß die Aufdeckung der innenpolitischen Umstände, die sie zum Rückzug zwangen, nur dazu beitragen würden, sie weiter zu entlarven und die Krise weiter zuzuspitzen.

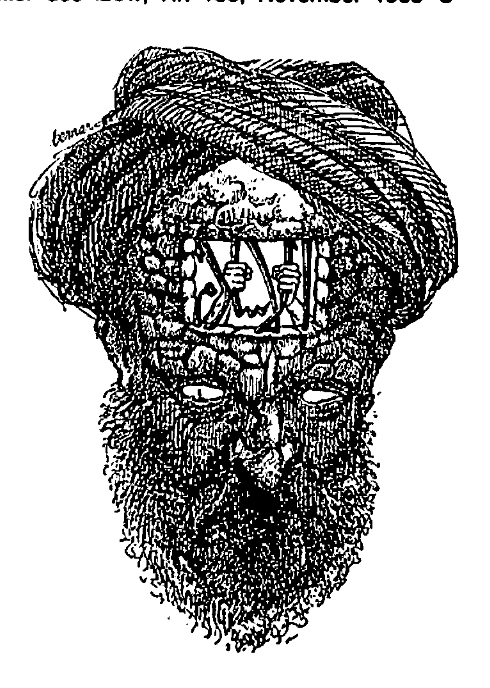
Man darf die Annahme dieser Resolution und die Zustimmung Irans zur Aufnahme von Friedensverhandlungen nicht als grundlegende Wende in der Innen- und Außenpolitik des Regimes verstehen. Khomeini nannte den Iran eine „militärische Bastion" zur Unterstützung der Kämpfer des Islam auf der ganzen Welt im Kampf gegen alle „gottesfeindlichen und ketzerischen Regime." Er nannte diese Politik, d.h. den Export der islamischen Revolution, einen Grundpfeiler der iranischen Außenpolitik und bekräftigte deren Fortsetzung. Nur wenige Stunden nach der Ankündigung der iranischen Entscheidung über die Annahme der UN-Resolution erklärte Rafsandjani auf einer Pressekonferenz, daß — abgesehen von der Kriegsfrage — die politische und militärische Strategie des Iran unverändert bleibt.

Zu einem Zeitpunkt, wo sich die Aufmerksamkeit der internationalen und der iranischen Öffentlichkeit auf die Friedensverhandlungen richtet, hat die Repressionspolitik wieder zugenommen. Viele politische Gefangene der Oppositionskräfte sind in den letzten Wochen hingerichtet worden. Das ist ein deutliches Zeichen der unveränderten Gewaltherrschaft im Iran.

Nach dem Abschluß der Friedensverhandlungen können die geheimen Geschäfte der Islamischen Republik mit dem Westen, insbesondere mit den USA à la Iran-Gate ein Ende finden und offiziellen Beziehungen Platz machen. Vorbereitungen dazu sind bereits im Gange. Das Regime wird sich im wirtschaftlichen Wiederaufbau wieder vor allem auf den Westen stützen. Handelsreisende aus Westeuropa, Japan und den USA reichen sich in Teheran schon die Klinke in die Hand.

Nach Schätzungen von Experten werden für die Behebung der Kriegsschäden und die Wiederherstellung des Wirtschaftspotentials auf dem Niveau von 1980 (Vorkriegsniveau) die Einnahmen aus dem Erdöl-Verkauf von über 25 Jahren benötigt. 25 Jahre — das ist für ein Regime, das mit enormen Kriegserscheinungen konfrontiert ist, eine lange Zeit. Wird es aber solch einen Zeitraum überleben?

aus: Iran Magazin 2/88



Das Leben der politischen Gefangenen im Iran ist in höchster Gefahr

Die Lage in den iranischen Gefängnissen spitzt sich dramatisch zu. Berichte über die vollzogenen oder geplanten Hinrichtungen der iranischen Demokraten reißen nicht ab.

Die Teheraner Tageszeitung „Keyhan" berichtet am 11. Juli '88 über die Todesurteile des Obersten Gerichtshofes gegen zehn sog. „Spione" und „Konterrevolutionäre". Wie die Zeitung weiter berichtet, sind diese Urteile bestätigt und ausgeführt worden. Zu den Verurteilten gehörten drei führende Mitglieder der Tudeh Partei Iran sowie ein Mitglied der Organisation der Volksfedayin Irans (Mehrheit) und Mitglieder der Organisation der Volksmujahedin Irans.

Am 6. August '88 berichtete „Keyhan" über die Hinrichtung von insgesamt 15 Mitgliedern der Volksmujahedin.

55 weitere politische Gefangene sind nach Information der Gefangenen-Hilfsorganisation Amnesty International zum Tode verurteilt und in Isolationshaft verlegt worden. Ihr Leben schwebt in akuter Gefahr.

Generalstaatsanwalt Ardebili erwog in seinem Freitagsgebet vom 19. August '88 sogar die Möglichkeit einer Massenhinrichtung ohne jegliche Gerichtsverhandlung.

Alle diese besorgniserregenden Nachrichten deuten darauf hin, daß das Teheraner Regime nach der Annahme der UNO-Resolution 598 und der Aufnahme von Friedensgesprächen die Flucht nach vorn angetreten hat. Die politischen Gefangenen werden hingerichtet, um von dem sinnlosen Opfer des Golfkrieges abzulenken und den Unmut der Bevölkerung zu unterdrücken. Die Regierung sucht offensichtlich wieder „Sündenböcke", um ihre gescheiterte Kriegspolitik zu vertuschen. Das Leben der inhaftierten iranischen Demokraten ist akut gefährdet.

Wir wenden uns an alle demokratisch gesinnten Menschen und Organisationen, besonders in der Bundesrepublik mit dem **dringenden Appell:**
Protestieren Sie gegen die Todesurteile und fordern Sie das sofortige Ende der Hinrichtungen im Iran!

Richten Sie ihre Proteste an:
H.E. Dr. Hassan Habibi, Minister of Justice, Ministry of Justice, Teheran, Islamische Republik Iran (Justizminister)
Telegramme: justice minister, teheran, iran

H.E. Ayatollah Abdulkarim Musavi Ardebili, Chief Justice and president of the Supreme Judicial Council, Ministry of Justice, Park-e Shahr, Teheran, Islamische Republik Iran (Oberster Richter und Präsident des Obersten-Gerichtsrates)
Telegramme: chief justice, justice ministry, teheran, iran
Telex: (für beide) 088214231 miti ir, 088213113 prim ir
Kopien an: Kanzlei der Botschaft der Islamischen Republik Iran, Godesberger Allee 133—137, 5300 Bonn 2, Telex: 8845697 ir d

Iran-Solidaritätskomitee e.V. in der BRD

Themenblock

Auch Kultur ist Thema internationalistischer Arbeit. Als relativ eigenständiger Komplex der Gesellschaft unterscheidet sie sich von den politischen, ökonomischen, sozialen und technischen Verhältnissen. Dieser 'Besonderheit' gilt es Rechnung zu tragen, wollen wir nicht einen wesentlichen Teil der Zusammenhänge rechts — oder links — liegenlassen.

Editorial

Unser Kulturbegriff will nicht zurück zu einem bürgerlichen Verständnis von Kultur als abgehobenem Bereich schöngeistiger Besinnung. Ebensowenig ist ein ethnologischer, kulturrelativistischer Ansatz geeignet, dient er doch lediglich dazu, Untersuchungen verschiedener Kulturen auf deskriptiver Ebene anzustellen. Aber auch die heute übliche (neo-) marxistische Auffassung hilft nicht weiter, da sie Kultur undialektisch nur als zweitrangiges Anhängsel ökonomischer Struktur einordnet. Kultur läßt sich unserer Meinung nach aber weder auf ökonomische Verhältnisse reduzieren noch ist sie losgelöst von ihnen, sondern beide stehen in Wechselwirkung zueinander.

Sie umfaßt „diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse, die unmittelbar die Persönlichkeitsentwicklung der Individuen betreffen". Hier besteht die Chance, aus menschenleeren Abstraktionen auszubrechen: wenn Diskussionen, Reden, Filme, Bücher, Theater, Musik, Bilder neue Impulse bringen, um Theorien zu ergänzen oder infragezustellen. Die kulturellen Äußerungen Einzelner oder gesellschaftlicher Gruppen sind daraufhin zu hinterfragen, was für ein Ideal von Persönlichkeit und Gesellschaft mittels ihrer angestrebt wird. Auch Kultur ist gesellschaftsveränderndes Potential.

Die Auswärtige Kulturpolitik der BRD dient dem Export von deutschen Vorstellungen und Waren, ist mitnichten an verändernden Diskussionsbeiträgen aus den trikontinentalen Ländern interessiert. Das 1990 in Westberlin zu eröffnende 'Haus der Kulturen der Welt' zeigt exemplarisch die Richtung: In genehmen 3. Welt-Ländern werden dank deutscher Kulturhilfe einige traditionelle Kulturdenkmäler restauriert, um sie anschließend mit deutscher 'Präsentationshilfe' nach Berlin zu transportieren — und damit z.B. „die kulturelle Präsenz der kulturellen Weltmacht (!) Lateinamerika... zu entwickeln." Die wirtschaftliche Präsenz auf dem europäischen Markt soll hingegen möglichst gering bleiben: Sterile Kulturimporte ersetzen die Einfuhr von Waren, Kritik und Selbstbewußtsein.

Hier muß verstärkt eine alternative Infrastruktur aufgebaut werden, doch Vorsicht: Kultur plus Internationalismus ist nicht gleich Konsum internationaler Kultur. Einfaches Genießen, Sich-Ablenken, Sich-Wohlfühlen zeigt unsere eigenen Sehnsüchte und unsere gesellschaftlichen Leerstellen. In exotistischen Begegnungen mit der sog. 3. Welt treffen wir nur uns selbst.

Was '3. Welt-Kultur' zu sein hat, haben nicht wir vorrangig zu bestimmen, etwa nach 'Authentizität'. Kunst ist immer schon „eine wichtige geschichtliche Form gesellschaftlichen Verkehrs miteinander" (Rosa Luxemburg) gewesen. Kulturen haben sich nie autonom entwikkelt: teils formten sie koloniale Riten mit der Zeit um (wie Peter Strack *eindrucksvoll belegt) oder entdeckten traditionelle Formen wieder und instrumentalisierten sie neu (so den* Capoeira in Brasilien *und die* Erzähltradition Afrikas.

Sankara umschrieb das Reservoir der burkinabesischen Kultur wie folgt: „Man muß aus allem Guten der Vergangenheit, unseren Traditionen schöpfen können, aber auch aus dem Positiven der fremden Kulturen, um unserer Kultur eine neue Dimension zu geben." Das wachsende kulturelle Selbstbewußtsein der sog. 3. Welt-Länder wird im Begriff des 'Kulturimperialismus' unterschlagen (wie die Überlegungen Jürgen Horlemanns erkennen lassen). Doch mangelt es nicht nur an geeigneter Terminologie, sondern auch an fortschrittlichen Konzepten von 'Kulturaustausch' und Kulturbegegnung... Auf dem nächsten BUKO (Ende Mai '89 in Hamburg) mit Thema 'Kultur und Widerstand' ist Raum, diese Lücke zu füllen.

Die Diskussion um einen 'internationalistischen Kulturbegriff' beginnt erst. Dazu wollen wir in diesem Heft (und auch in den folgenden, wenn möglich) Material liefern.

Nichts ist in der Fremde exotischer als das Fremde selbst



Europäischer Exotismus als Form der Kulturrezeption

"Auch im tiefsten Tannenwald der Bayern ist unser Reiseleiter kein Unbekannter; er achtet darauf, daß vor Ort alles nach Ihren Wünschen ist: er wird Sie zu den letzten Weißwursthäutern und Fingerhaklern führen, mit Ihnen die wilden Bier-Zeremonien besuchen, während Sie von Blasmusik in berauschende Stimmung geschunkelt werden. Erleben Sie die Weißen beim Fensterln..."

So oder so ähnlich müßte ein afrikanischer Prospekttext lauten, der eine Reise in die BRD anpreist. Doch so ganz mag die Umkehrung nicht gelingen; es ist die Werbesprache der Europäer, die hier durchscheint; das Bild, das die Afrikaner von uns haben, ist kaum bekannt. Liegt uns daran, es zu erfahren, wenn wir nach Afrika reisen? Interessiert uns, was die 'Exoten' von uns denken? Gar, was das Exotische mit uns selbst zu tun hat?

Der Reiz, der vom Fremden oder als fremd Erlebten ausgeht, kann die Neugierde wecken und so den Gesichtskreis erweitern helfen, die Kreativität anregen. Außerdem sind wir, ohne uns dessen oft bewußt zu sein, von exotischen Gegenständen und Bildern umgeben: ob es der Gummibaum, das chinesische Teeservice oder der Joghurt mit Mango ist, wir integrieren alltäglich genügend Exotisches, als daß wir scharf zwischen Alltag und Exotik trennen könnten; hinzu kommt, daß wir auch Einheimisches als exotisch empfinden können, wie beispielsweise Rocker und Punks.

Das Exotische bezieht sich auf das Spannungsfeld zwischen Eigenem und Fremdem. Da sich die beiden gegenseitig bedingen, sagt das, was wir im Fremden suchen oder befürchten, sehr viel darüber aus, was das Eigene ausmacht.

Man kann drei Funktionen bestimmen, die exotisch anmutende Gegenstände für uns erfüllen können[1]:

a) die Gegenstände transportieren etwas Verborgenes, Fernes — egal ob es sich um 'Echtes' oder Airport-Art handelt;
b) das Exotische repräsentiert die Ursprünglichkeit schlechthin, das einfache, natürliche Leben;
c) wir suchen neue 'sinnliche Qualitäten'.

Was für den einzelnen Gegenstand gilt, gilt auch für andere Elemente fremder Kulturen.

Hier lassen sich auch die Moden einordnen, die die hiesige gängige Rezeption fremder Kulturen charakterisiert. Hierher gehört die folkloristisch anmutende Trommel-Session genauso wie der dörfliche Fastnachtsball unter dem Thema „Südsee": Weiße Trommel- und Tanzlehrer treten in Leopard-Hosen auf und mimen Afrikaner, um dann an Wochenenden Schnupper-Workshops anzubieten. Wie grotesk dies eigentlich ist, fällt einem vielleicht erst dann auf, wenn am gleichen Konzertabend nacheinander Europäer traditionelle und Afrikaner moderne afrikanische Musik machen (so geschehen in Freiburg). Kurse werden immer häufiger auch in Afrika angeboten, sozusagen um vor Ort in die Exotik einzutauchen. Die TeilnehmerInnen werden jedoch nur unzureichend, wenn überhaupt, vorbereitet. Solche Kurse tragen dann eher dazu bei, den Mythos des trommelnden Afrikas zu festigen, bei welchem unserer „verkopften" Welt die aus dem Bauch kommende Rhythmik der Afrikaner entgegengesetzt werden soll. Ratio ist tabu, und gerade deswegen sind die TeilnehmerInnen sich selbst überlassen, falls sie sich über die soziale und politische Wirklichkeit in den betreffenen Ländern informieren wollen. Aber mensch macht ja gerade einen Trommelkurs, um die Sehnsucht nach dem Ursprünglichen, Natürlichen irgendwo festzumachen.

Sicher, viele Kulturveranstaltungen laufen in einem anderen Geist ab, häufig bieten sie die einzige Möglichkeit einer Kulturbegegnung. Es fällt jedoch auf, wie stereotyp immer noch fremde Kulturen und Kulturelementee auf einige wenige Charakteristika reduziert, wahrgenommen werden. Geht man nämlich allein vom hier vorhandenen Angebot an afrikanischer Musik aus, entsteht der Eindruck, in Afrika werde immer noch ausschließlich getrommelt.

Auch die moderne Filmwelt hat sich noch nicht von den europäischen Exotik-Projektionen auf fremde Länder und Völker emanzipiert: Extrembeispiel dafür sind die Herzog-Filme „Fitzcarraldo" und „Cobra Verde", bei denen Eingeborene als Staffage für die Wahnsinns-Ideen der Europäer herhalten müssen. In einem Gespräch mit Wim Wenders erklärte der Regisseur, es gebe heute auf der Welt fast keine Bilder mehr. Sie seien durch die Zivilisation verstellt – Autos, Telegraphenmasten, Eisenbahnschienen. Er sucht dagegen „reine", „unversehrte" Bilder.

Selbstverständlich strahlt auch das Fernsehen Bürgerträume von einsamen Inseln oder wilden Abenteuern im Busch aus. Die Fernsehproduktion „Das Traumschiff"[2] beispielsweise verfrachtete ab 1981 Schwarzwaldklinik-Atmosphäre auf die hohe See und gab damit den ProtagonistInnen Gelegenheit, ihre Histörchen vor exotischer Kulisse auszutragen, denn die Schauplätze bildeten eben nur den Hintergrund für private Geschichten. Sie funktionierten als Reizspender, indem meist nur relativ kurze, postkartenartige Einstellungen dem Leben der Einheimischen gewidmet waren: der touristische Blick. So tauchten die Wilden hauptsächlich als Pagen oder als ewig tanzende lebende Kulisse auf, denen sich die Hauptpersonen, die Traumschiff-Reisenden, nach Lust und Laune zuwenden konnten, also das alte kolonialistische Bild. Produzent Wolfgang Rademann: „Der Fernsehzuschauer hat für sein Geld ein Recht auf Träume. Die Realität bekommt er kostenlos."[3]

Anstatt eigene Wege der Innerlichkeit zu suchen, wenden sich viele an die Seher und Heiler aus fremden Kulturen, um in Ashrams und Workshops die ideale Gesellschaft zu finden. Aus welchen kultur- und gesellschaftsspezifischen Zusammenhängen die Lehren kommen, wird selten reflektiert. Auch hier will man ja entweder das finden, was man in unseren Breitengraden vermißt oder an der Suche anderer verdienen. Außerdem wird die östliche Weisheit von vielen eher zum Zufluchtsort gegen den Streß des Alltags und eben nicht produktiv in ihn integriert, verkommt damit aber zur reinen Beruhigungspille.

Kriterien dafür, ob kulturspezifische Praktiken der Selbstfindung von Menschen mit völlig anderer Sozialisation auch wirklich in für sie befreiender, heilender Weise aufgenommen werden können und worden sind, fehlen fast gänzlich – es bleibt der eigene Glaube, was oft heißt, die eigene Hoffnung. Und so reisen viele dann – mit viel Geld – zu ihrem Avatar nach Indien, um dort als Touristen der Innerlichkeit auf ihre Kosten zu kommen, übersehen geflissentlich das Elend dort und nehmen nur das Heil aus der Ferne mit, um ihr Heim mit Räucherstäbchen und indischer Musik aus der Konserve in eine Filiale des Ashram zu verwandeln.

Auch bei der Erforschung exotischer Kulturen werden kulturelle Elemente aus ihrem Zusammenhang gerissen und in Europa und Amerika „registriert", um vermarktet zu werden: Yogis werden an EKG, EEG und EMG angeschlossen, Heilern und Schamanen werden die Rezepte entlockt, um dann in Workshops Anwendung zu finden.[4]

Das Exotische birgt solange eine Chance der Erweiterung in sich, als wir ihm gestatten, auf uns zurückzuverweisen, indem wir das Eigene neu („exotisiert") sehen lernen. Ist dies nicht der Fall, und es geht nur um die Suche nach dem, was wir bei uns vermissen, dann betreten wir das Terrain des Exotismus, der Korrekturen des Fremdenbildes ausschließt und lediglich die Bestätigung eigener Vorstellungen in und von der Fremde sehen will. Die Suche nach dem Fremden entpuppt sich dann als Flucht vor den Defizienzen der eigenen Wirklichkeit: „Weil man in die Fremde geht, muß man zu Hause nichts lösen"[5]. Das Exotische wird funktionalisiert, es verkommt zur reinen Projektionsfläche; eine lebendige, fruchtbare weil wechselseitige Beeinflussung kann dann nicht stattfinden. Ebenso verhält es sich mit den negativen Vorstellungen: das Böse und Schattenhafte, das Gefährliche schließlich, das im Fremden hier wie dort gesehen wird, rührt von der Blindheit gegenüber eigenen Schattenseiten her.[6]

Die Verbindung von Entdeckung und Aneignung des Fremden hat Tradition: die erste Begegnung der Europäer fand unter dieser Konstellation statt. In der Ferne hatte man den bezaubernden Orient entdeckt, mit Indien als der Wiege der Menschheit; man berichtete von der paradiesischen Südsee und den dort lebenden guten Wilden ebenso, wie von gefährlichen Kannibalen und tierhaften Menschen, die undurchschaubar magische Rituale vollzogen und dem Weißen nachstellten.

Die Entdecker selbst hatten ein starkes


Indianerdarstellung aus dem 16. Jahrhundert

Interesse, die eigenen Taten durch die lebhafte Schilderung der Gefahren in der Fremde aufzuwerten – häufig auch, um Geldmittel für weitere Expeditionen loszueisen; den Eroberern war daran gelegen, eigene Greueltaten zu verschleiern und die Versklavung, wichtige Stütze des Kolonialismus, zu legitimieren.

Dadurch nun entstanden Bilder von fremden Völkern, wie sie heute noch die Begegnung mit deren Kulturen bestimmen. Denn betrachtet man die Medienberichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, dann kann es mit der Aufklärung nicht weit her sein: die Werbung bedient sich der überkommenen Bilder ebenso – wenn auch weitaus kreativer[7] – wie die Touristik-Industrie; die Medien frischen sie ebenso immer wieder in Sensationsberichten und Kochtopfwitzen auf, wie sie in den Reportagen eines Scholl-Latour nachzuweisen sind[8].

Auf welche Bedürfnisse und Wünsche die Medien dabei zielen, ist nicht schwer nachzuvollziehen, wenn man die exotischen Träume einmal auf ihre Wurzeln bei uns zurückführt: der als entmenschlicht und bedrückend erlebte Alltag in den Industrienationen mit den heute immer deutlicher werdenden negativen Auswirkungen auf Natur und Gesundheit läßt einerseits den Wunsch nach der unberührten, von Arbeitswelt und Enge befreiten Insel des zeitlosen Glücks aufkommen, der monotone Alltag löst Lust auf Abenteuer aus, in denen sich der Einzelne im Kampf mit Naturgewalten selbst aufwerten kann. Andererseits ist die Medienwelt von Monstern und Rambos überflutet, die sich an das Aggressionspotential richten, das in eben dieser Gesellschaft seine Wurzeln hat.



Eine Extremform des Exotismus stellt der Tourismus dar. Werden in der Werbung diese Vorstellungen lediglich mit dem Kauf und Besitz eines bestimmten Produkts verbunden, lockt die Touristik-Industrie mit Angeboten zum konkreten Erleben. Daß durch die Reise in ein anderes Land der/die UrlauberIn der fremden Kultur nicht unbedingt näher kommt, läßt sich am Beispiel des Ferntourismus besonders deutlich machen. Es wird auch klar, daß dies gar nicht der Zweck der Unternehmung ist, weder von seiten der Veranstalter, noch seitens der Urlauber.

Glaubt man der diesbezüglichen Werbung und den Vertretern der Branche, so ermöglichen die jährlich anreisenden Touristenmassen, die in immer entlegenere Gebiete vordringen, sowohl einen kulturellen Austausch („Völkerverständigung") als auch eine Art Entwicklungshilfe, da sie in die betreffenden Länder die so dringend benötigten Devisen einführen.

Die Völkerverständigung beschränkt sich jedoch allzu oft darauf, daß Gruppen von Touristen in Dörfer einfallen, um gnadenlos alles abzufotografieren und loszukaufen, was ihnen vor die Linse kommt. Wie selbstverständlich begibt man sich zu religiösen Feiern und filmt, mitten in der Menge, in T-Shirt und kurzen Hosen. Ständig werden so die Grenzen der im betroffenen Land geltenden Sitten übertreten, denn man hat schließlich bezahlt. Anscheinend meinen viele Urlauber, mit der Reise sei alles, was in dem Land passiert, für sie inszeniert, als bildeten die Landschaften und Menschen nur die Kulisse für ihr eigenes Erleben. Das ist aber genau die Einstellung, die auch den Umgang mit Exotischem zu Hause definiert: das Fremde wird den eigenen Bedürfnissen untergeordnet, es hat zu 'funktionieren'. Dieser Zugriff, der sich nicht zuletzt im Angriff per Kamera manifestiert, ist jedoch vorprogrammiert: Da die weitaus meisten Touristen die Landessprache nicht beherrschen, eine Kommunikation mithin unmöglich ist, brauchen Dissonanzen gar nicht erst aufzutauchen. Und da häufig auch Geld mit eine Rolle spielt, halten die Betroffenen still und lassen beinahe alles über sich ergehen[9]. Dabei werden sie allzu häufig zu Anschauungsobjekten degradiert, vergleichbar jenen menschlichen „Ausstellungsstücken" in den zoologischen Gärten Europas um die Jahrhundertwende. Das beginnt schon bei der Werbung im Heimatland, wo unverblümt von Menschenfressern die Rede ist, die wohl den einen oder anderen Forscher auf dem Gewissen haben; es wird sie bald nicht mehr geben, deshalb sind sie nur umso exotischer! Letzteres ist eine überhebliche und zynische Reaktion auf die Entwicklung, wie sie nicht zuletzt durch den Tourismus selbst ausgelöst wurde: die Ausrottung ganzer Volksstämme aufgrund fremder Einflußnahme. Häufig gaukeln die Reiseunternehmen auch vor, geschultes Personal sei vor Ort und kümmere sich um den Kontakt zur Bevölkerung, wenn nicht schelmisch damit geworben wird, daß man sich auf Schliche spezialisiert habe, die oft scheuen Eingeborenen vor die Kameras zu locken. Wen wundert es, wenn dann bei den Urlaubern der Eindruck entsteht, sie würden mit der Reisebuchung auch das Verhalten der Eingeborenen mitbezahlen.

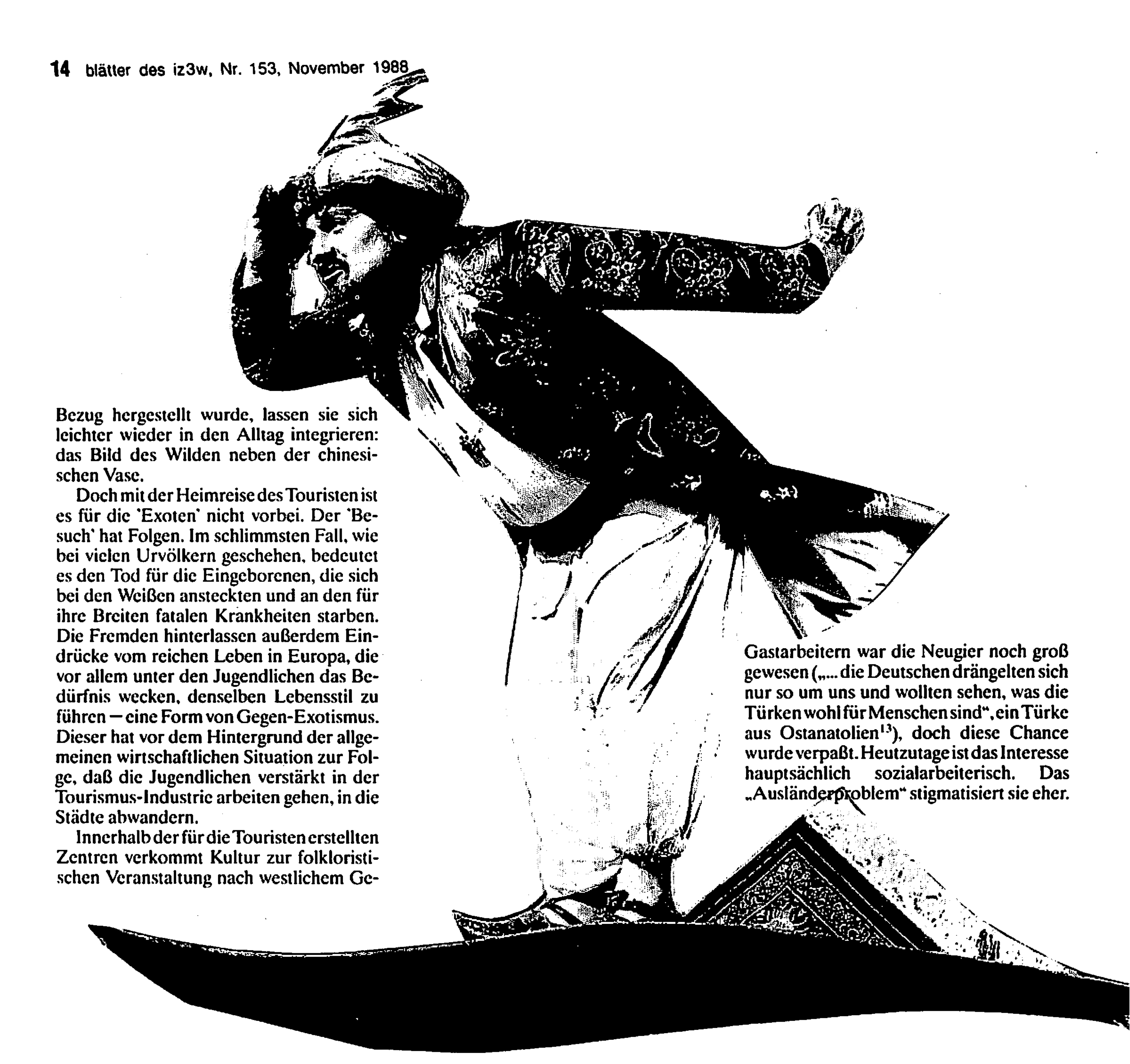
Man mag einwenden, daß es nicht nur den Pauschaltourismus gibt; keine der drei Hauptarten des Reisens, weder der Pauschaltourismus, noch der Individual- oder der „Alternativurlaub", ermöglichten jedoch eine für beide Seiten fruchtbare Begegnung, die der Völkerverständigung auch nur ansatzweise dienen könnte.

Der wohlorganisierte Pauschaltourismus endet im Luxushotel, wo die Kultur auf einen Programmpunkt zwischen zwei Drinks reduziert wird, alles speziell für die Touristen inszeniert, versteht sich. Durch die Ghettoisierung ist außerdem ein Kontakt zur Bevölkerung von vorneherein ausgeschlossen.

Der Individualurlaub, egal ob bürgerlich oder „alternativ", kann jedoch ebenfalls nicht den Graben zuschütten, der den reichen[10] Urlauber vom Einheimischen trennt; außerdem bilden die vielen Einzelnen ebenfalls eine Masse.

Eine Annäherung wird durch die relativ kurze Zeitspanne der Reise, durch den Erwartungshorizont und die Unfähigkeit, sich anzupassen (Kleidung, Sprache, etc.) zur Illusion: „Für die Bevölkerung der armen Entwicklungsländer reisen wir wie Feudalherren des späten Mittelalters."[11]

Der Reiz des Exotischen ist in der Touristik der Reiz des Unerreichbaren: das Leben in der Fremde bleibt unverstanden, es wird in Form von Bildern (ob auf Zelluloid oder nicht) mit nach Hause genommen, als Beute eines Aufenthalts bei den Fremdgebliebenen. Gerade weil kein persönlicher



Bezug hergestellt wurde, lassen sie sich leichter wieder in den Alltag integrieren: das Bild des Wilden neben der chinesischen Vase.

Doch mit der Heimreise des Touristen ist es für die 'Exoten' nicht vorbei. Der 'Besuch' hat Folgen. Im schlimmsten Fall, wie bei vielen Urvölkern geschehen, bedeutet es den Tod für die Eingeborenen, die sich bei den Weißen ansteckten und an den für ihre Breiten fatalen Krankheiten starben. Die Fremden hinterlassen außerdem Eindrücke vom reichen Leben in Europa, die vor allem unter den Jugendlichen das Bedürfnis wecken, denselben Lebensstil zu führen – eine Form von Gegen-Exotismus. Dieser hat vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation zur Folge, daß die Jugendlichen verstärkt in der Tourismus-Industrie arbeiten gehen, in die Städte abwandern.

Innerhalb der für die Touristen erstellten Zentren verkommt Kultur zur folkloristischen Veranstaltung nach westlichem Geschmack, so daß auch von dieser Seite kein Kulturaustausch zu erwarten ist.

Die Folge des Tourismus in ferne Länder ist demnach alles andere als eine besondere Art der Völkerverständigung, nicht umsonst wird er als Conquista bezeichnet, als neue Form des Kolonialismus. Einzelreisende sind häufig nur die Vorboten, den Entdeckern vergleichbar, die die Einnahme durch Soldatenheere vorbereiten.

Der Tourismus, wie alle Formen des Exotismus, steht einem echten kulturellen Austausch diametral entgegen.

Wenn auch im Bereich des Tourismus ein Trend zur Vereinheitlichung des kulturellen Angebots zu verzeichnen ist, wäre es jedoch verfrüht, vor dem Entstehen einer Art „Weltkultur"[12] westlichen Zuschnitts zu warnen. Diese, eine eurozentrische Sichtweise, die auch in der Linken verbreitet ist, übersieht die schon bestehenden verschiedenartigen Formen der kreativen Verarbeitung „westlicher" Einflüsse; den Kulturschaffenden in der Dritten Welt wird offenbar nicht zugetraut, daß sie auf ihre eigene Art auf jene Einflüsse adäquat reagieren können. Damit setzt man eine paternalistische Tradition fort, wie sie auch die auswärtige Kulturpolitik der BRD charakterisiert (vgl. auch den Artikel von Uwe Pollmann in diesem Heft!)

Wie unfähig unsere Gesellschaft ist, im 'Exoten' etwas anderes zu sehen, als die Inkarnation eigener Projektionen, zeigt sich nicht nur dann, wenn Neckermann nach Kenya fährt. Sie beweist es auch im eigenen Lande, im Umgang mit z.B. Türken.

Die Auseinandersetzung mit ihrer Kultur reduziert sich auf folkloristische Einlagen bei Volksfesten, die sie eher in ihrer Exotik alleinlassen als dazu beitragen, sie zu integrieren. Auch nach 25 Jahren noch werden sie als „fremd" empfunden, während man sie gleichzeitig mit rassistischen Vorurteilen belegt oder einfach nur bedauert.

In der ersten Zeit der Anwerbung von Gastarbeitern war die Neugier noch groß gewesen („... die Deutschen drängelten sich nur so um uns und wollten sehen, was die Türken wohl für Menschen sind", ein Türke aus Ostanatolien[13]), doch diese Chance wurde verpaßt. Heutzutage ist das Interesse hauptsächlich sozialarbeiterisch. Das „Ausländerproblem" stigmatisiert sie eher. Zu einer Auseinandersetzung mit den eigenen Türkenbildern kommt es kaum. Auf halber Strecke stehenbleiben bedeutet in diesem Bereich jedoch, die alten Vorstellungen zu zementieren. So halten sich trotz alltäglicher Begegnung in Treppenhaus und Fabrik die Vorstellungen von den „faulen, feigen Türken", wie sie spätestens seit dem 18. Jahrhundert[14] immer wieder aufgetaucht sind. Ob sich daran etwas durch die verstärkten Reisen von Bundesbürgern in die Türkei ändern wird?

Es zeigt sich wieder deutlich die Ambivalenz des Exotischen als dem Fernen und Nahen zugleich: Türken sind uns fremd. Das hindert aber nicht daran, sie zu charakterisieren nach den Maßstäben der Nähe, indem sie zu Stellvertretern eigener Angstbilder, zu Sündenböcken einer Aggressionsabfuhr werden. Doch wie soll man damit umgehen, was wäre denn eine Annäherung, die den Fremden gerecht würde?

Dazu muß man sich immer wieder ins Gedächtnis rufen, daß „exotisch" eine Ka-

tegorie ist, die sich am eigenen Gesichtskreis orientiert. Somit ist die Beschäftigung mit dem Exotischen gleichbleibend mit der Beschäftigung mit uns selbst, mit unseren Grenzen, unserer eigenen Kultur. Soll die Begegnung nicht von einseitigen Interessen geprägt sein, muß der/die Fremde eine echte Chance erhalten, seine/ihre eigene Integrität zu behalten, als völlig gleichgestellt angesehen zu werden, in seine/ihrer Andersartigkeit akzeptiert zu werden. Dies geht jedoch nicht, ohne daß die eigene Position immer mit im Spiel bleibt.

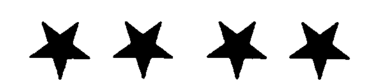
Bernhard Thill

Anmerkungen

1 Bausinger, S. 117
2 vgl. Foltin, Hans-Friedrich, „Das Traumschiff": „Diese Serie war (nach der Schwarzwaldklinik) der zweitgrößte Publikumserfolg der letzten zehn Jahre im bundesdeutschen Fernsehen." (S. 363)
3 ebd.
4 Hartnack, Christiane, S. 9
5 Erdheim, Mario, S. 50
6 ebd.
7 Selbst wenn, wie Kornatzki behauptet, die Werbung ihre eigenen Gesetze kennt, die ihr erlauben, sehr flexibel zu sein.
8 Günter Giesenfeld weist in seiner Untersuchung von Scholl-Latours „Der Tod im Reisfeld" nach, daß der Indochina-Legionär in der Tradition des Kolonialismus und Exotismus befangen schreibt; vgl. „Von Jean Hougron zu Scholl-Latour" in: Koebner/Pickerodt S. 307 ff.
9 Es kommt in seltenen Fällen auch zu Unmutsäußerungen bis hin zu fliegenden Steinen; Adler, Christian S. 48 u. passim
10 Auch ein „alternativ" reisender Ferntourist kann im Durchschnitt 3448 DM ausgeben, rechnet man alle Ausgaben zusammen, die mit der Reise verbunden sind. Vgl. Iz3w, S. 146.
11 Adler, Christian, S. 32, 28.
12 vgl. Imfeld, S. 16
13 zit. in: Schöningh-Kalender, S. 120
14 vgl. z.B. die Völkertafel bei Schöningh-Kalender, S. 124.

Literatur:

Adler, Christian
Achtung Touristen!, Frankfurt 1983
Bausinger, Herrmann
Alltag und Exotik, in: Institut f. Auslandsbeziehungen, S. 114 ff.
Erdheim, Mario
Zur Ethnopsychoanalyse von Exotismus und Xenophobie in: Institut f. Auslandsbeziehungen, S. 48 ff.
Foltin, Hans-Friedrich
Das Traumschiff — Exotismus in Unterhaltungssendungen des Fernsehens in: Koebner, Thomas, S. 363 ff
Giesenfeld, Günter
Von Jean Hougron zu Scholl-Latour in: Koebner, Thomas, S. 307 ff
Hartnack, Christiane
Außereuropäische Kulturen und Kolonialismus, in: Peripherie 8
Imfeld, Al
Europäische Phantasien in Stuttgart, in: epd 1/88
Institut f. Auslandsbeziehungen/Württembergischer Kunstverein
Exotische Welten — Europäische Phantasien (Ausstellungskatalog), Stuttgart 1987
Iz3w Freiburg
„Klar, schön war's, aber..." — Tourismus in die 3. Welt, Freiburg 1986
Koebner, Thomas/Pickerodt, Gerhart
Die andere Welt — Studien zum Exotismus, Frankfurt 1983
Kornatzki, Peter v.
Pack den Tiger aufs Plakat, in: Institut f. Auslandsbeziehungen, S. 220 ff
Schöningh-Kalender, Claudia
Türkisches gestern und heute: verschwindet die Exotik bei Anwesenheit der „Exoten"? in: Institut f. Auslandsbeziehungen, S. 120 ff



Kulturwandel durch Tourismus — eine Fotoausstellung

Die Malerin und Grafikerin Doris Cordes-Vollert fotografierte in Kenia und Tanzania: Makonde-Schnitzereien, Töpferwaren, Flechtarbeiten, Verarbeitung von „Abfallmaterialien". Sie beobachtete deren Veränderungen, außerdem die „Expeditionen" der Weißen — Händler, Missionare, Touristen —, die die mildtätige Hand ausstrecken und unmerklich aus der schöpferischen Arbeit der einheimischen Künstler und Kunsthandwerker eine Massenproduktion für den „weißen" Geschmack werden lassen. Aus diesen Beobachtungen und Begegnungen und den Gesprächen darüber ist die Fotoausstellung über **„Airport-Art"** entstanden.

Verleiher:
DIENSTE IN ÜBERSEE
Haus am Schüberg
Wulfsdorfer Weg 33
2075 Ammersbek
Tel.: 040/605 25 59



Der einseitige Dialog

Ökonomische Bedingungen diktieren den „Kulturaustausch"

„Kulturaustausch", „kulturelle Identität", „Kulturhilfe", „interkulturelle Kommunikation", „Beachtung soziokultureller Elemente in der Entwicklungszusammenarbeit", „interkulturelles Lernen", „auswärtige Kulturpolitik", „Kulturverträglichkeit", „politische Kultur", „Kulturförderung", „Kultur und Entwicklung", „Weltdekade für kulturelle Entwicklung", „Kulturdialog" – solcherart alte und neue Begriffe, Definitionen und Schlagworte, in den vergangenen Jahren mit zunehmender Tendenz gebraucht, machen überdeutlich, daß die krisenhafte internationale ökonomische Entwicklung ihre Entsprechung in einer Krise der Kulturbeziehungen findet. Erklärungen, Programme und Aktionen werden zuhauf vorgelegt. Kaum eine staatliche Einrichtung, kaum eine gesellschaftliche Gruppe, die sich nicht auf diesem Feld bewegt, Standpunkte bezieht, Politik treibt oder noch um Positionen ringt! Was, so ist zu fragen, drückt diese Krise im einzelnen aus? Welches sind, so ist zu fragen, die Interessen der Akteure? Worin, so ist schließlich zu diskutieren, soll der Standpunkt derjenigen bestehen, die auf diesem Gebiet eine solidarische Haltung zu den Völkern der Dritten Welt einnehmen wollen?



Die staatliche Ebene – offizielle Stellungnahmen zum Verhältnis Kultur und Entwicklungsländer

Ohne auf die Geschichte der staatlichen großdeutschen und bundesrepublikanischen (siehe dazu den Aufsatz von U. Pollmann im vorliegenden Heft) auswärtigen kulturellen Ambitionen im einzelnen eingehen zu wollen, kann festgestellt werden, daß die Diskussion um eine Neuorientierung der Kulturbeziehungen der BRD zur Dritten Welt relativ neuen Datums ist. Verstärkt seit 1975 wird von einer „kulturellen Außenpolitik" und von einem „Dialog als Grundlage für eine entwicklungsorientierte Kulturpolitik" gesprochen, trat z.B. das Auswärtige Amt mit seinen „Zehn Thesen zur kulturellen Begegnung und Zusammenarbeit mit Ländern der Dritten Welt" an die Öffentlichkeit.

Nicht zufällig fallen diese Bemühungen zeitlich mit den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung bzw. einer Neuen Weltinformationsordnug zusammen; sie reflektieren also den Druck, den die Dritte Welt auf die Industrieländer mit dem Ziel ausübt, die internationalen Beziehungen neu zu strukturieren.

Die Merkmale der offiziellen staatlichen Reaktionen auf diesen Prozeß, die in Zusammenhag mit der Kulturpolitik unsere Aufmerksamkeit verdienen, sind

a) die Forderungen nach „Offenheit", „Öffnung", „Austausch" usw. in den internationalen Kulturbeziehungen. Diese ultimativen Wünsche ziehen sich von den acht „Loccumer Thesen zur Deutschen Kulturpolitik im Ausland" (1970) bis zu den jüngsten Äußerungen wie ein roter Faden. So hieß es in den Loccumer Thesen beispielsweise *„Regierungen, die einer kulturellen Zusammenarbeit mit anderen Nationen ausweichen, die sich hinter nationalen Grenzen* **abkapseln** *möchten und nicht den Vergleich und den* **Erfahrungsaustausch** *über die Grenzen suchen, laufen Gefahr, daß die Kultur ihres Landes hinter den weltweiten kulturellen Entwicklungen* **zurückbleibt."** (Hervorhebungen JH). In den „Zehn Thesen" des Auswärtigen Amtes verlautet es noch deutlicher dazu: *„Die früher oft als* **unüberwindbar** *empfundene* **Barriere** *zwischen Industrie- und Entwicklungsländern kann durch weltweite Intensivierung der Kulturbeziehungen* **abgebaut** *werden."* (Hervorhebungen JH)

Ähnlich wie die Ideologie des „Freihandels" unterstellt, daß alle an ihm Beteiligten am Ende nur Vorteile hätten, und ebenso wie die Forderung nach der „Öffnung der Märkte" nur den ökonomisch Mächtigen

Vorteile bringt (weil sie zugleich die Möglichkeit haben, die geforderte Öffnung mit allerlei Mitteln zu umgehen, wenn ihre eigenen Märkte gefährdet sind), ist das Verlangen der Industrieländer nach Abbau der „Kulturbarrieren" der Versuch, in den Entwicklungsländern den Markt für den umfassenden Kulturexport der Industrieländer zu erweitern. Ein Aspekt dabei ist sicherlich auch, „verwertbare", „marktfähige" Kulturleistungen der Dritten Welt zu expropriieren — daher die Betonung des „Austauschs" bzw. der „Partnerschaft".

b) Die institutionalisierte „Hilfe" für die Entwicklungsländer auf kultureller Ebene.

Die padodiktische Festlegung, daß der Dritten Welt in jedem Falle auch auf kulturellem Gebiet „Hilfe" zukommen muß, ordnet sich nahtlos in die Struktur der umfassenden staatlichen „Hilfs"vorstellungen (Entwicklungshilfe, Militärhilfe etc.) ein, die indes von vielen sog. „Nichtregierungs"organisationen geteilt werden. In den o.g. „Zehn Thesen" findet sich eine euphorische Beschreibung der ins Auge gefaßten Tätigkeitsfelder in der Dritten Welt: *„In Entwicklungsländern* **finden sich** *hierfür ungezählte Möglichkeiten: verfallene Tempel und Kultstätten; Ausgrabungen, die mangels Geld eingestellt werden;* **kostbare Funde,** *die nicht restauriert, Überlieferungen, die nicht archiviert, Museen, die nicht gebaut,* **Naturtalente,** *die nicht gefördert werden können,..."* (Hervorhebung JH).

Wie in der Entwicklungshilfe, so auf der Ebene der Kulturhilfe: Den „Entdecker" und „Kulturexperten" reizen die „weißen Flecken" auf der Landkarte der Dritten Welt — er allein kennt den Wert der verborgenen Schätze, er weiß den Weg, den die Dritte Welt freiwillig (mit seiner Unterstützung freilich) zu gehen hat, um in der „Weltkultur" mitreden zu können. In schöner Offenheit werden die Ziele solcher Hilfe bestimmt: *„Das Ziel nationaler Entwicklungsanstrengungen und der sich ihnen subsidiär zuordnenden entwicklungspolitischen Eingriffe von unserer Seite kann nicht darin bestehen, die durch westlichen Einfluß teilzerstörte Tradition der jeweiligen Gesellschaft zu restaurieren."* (V. Köhler, Soziokulturelle Faktoren, Entwicklungsprozesse und Entwicklungspolitik) Und: *„Gerade im Medium freier politischer Selbstbestimmung kann sich der Reichtum und die Vielfalt kultureller Überlieferungen schützen und entfalten, wird kulturelle Identität zu einem produktiven normativen Bezugspunkt für die weitere innere Entwicklung der Länder der Dritten Welt und für eine nicht nur passive, sondern aktive kulturell schöpferische Übernahme westlicher, wissenschaftlich-technischer Rationalität."* (D. Oberndörfer, Menschenrechte, Grundbedürfnisse und kulturelle Identität)

c) Die Verbindung von Entwicklungshilfe und Kulturhilfe

Parallel zur Neuorientierung der „Auswärtigen Kulturpolitik" fand und findet auch auf der Ebene der „Entwicklungszusammenarbeit" eine sich ausweitende Diskussion um die soziokulturelle Dimension der Entwicklungspolitik statt. Ausgehend davon, daß zunehmender Widerstand der „Partner" dieser Zusammenarbeit in den Entwicklungsländern den Erfolg von Projekten gefährdet, wurden im Rahmen der offiziellen Entwicklungskonzeption (die trotz aller gegenteiliger Beteuerungen nach wie vor durch rein ökonomische Leistungskriterien bestimmt ist) sogenannte soziokulturelle „Entwicklungshemmnisse" festgestellt; von daher geht die Diskussion in Richtung eines Entwicklungsansatzes, der soziale, kulturelle (seit neuestem auch ökologische) „Komponenten" einbeziehen und beachten soll. Eine offizielle Bestimmung hierzu lautet: *„Entwicklungsplanung wird also erst dann vollständig, wenn neben der sozio-ökonomischen auch die sozio-kulturelle Dimension berücksichtigt wird, wenn man also fragt, welche spezifischen kulturellen Gegebenheiten der Zielgruppen den Gesamterfolg unserer Entwicklungsmaßnahmen bestimmen."* (V. Köhler, Soziokulturelle Faktoren, Entwicklungsprozesse und Entwicklungspolitik)

Zwischenzeitliche Diskussionen, die auf eine Beachtung der sozialen und kulturellen „Autonomie" und „Identität" der „Ziel"gruppen der Entwicklungshilfe hinausliefen, wurden in der Praxis indes weitgehend zurückgenommen. Denn: *„Entwicklung, so wie wir sie heute verstehen, und logischerweise auch Entwicklungshilfe, ist heute weitgehend identisch mit dem Transfer unserer Technik, dem Transfer unserer Lebensart, dem Transfer westlich-rationaler Logik und Denkstrukturen."* (V. Köhler, Soziokulturelle Faktoren, Entwicklungsprozesse und Entwicklungspolitik)

Dieses Zitat verdeutlicht, daß die offzielle Politik der BRD sowohl im Bereich der Außen- wie der Entwicklungspolitik gemeinhin davon ausgeht, daß, da die Regeln für den Umgang mit Technik und Wissenschaft in Europa erfunden wurden, daher das europäische Wertssystem auch von denjenigen mitübernommen werden müsse, die sich der modernen Technik und Naturwissenschaft bedienen — eine bekannte Spielart des Ethnozentrismus, der im Endergebnis Neokolonialismus und Kulturzerstörung bedeuten kann. Die Überbewertung ökonomisch-materiellen Wachstums und der technisch-naturwissenschaftliche Fortschrittsbegriff werden damit als Paket transportiert.

Die geschilderten offiziellen staatlichen Maßnahmen (Kulturaustausch, Goethe-Institute, Entwicklungshilfe usw.) sind indes nur ein Teil einer **umfassenden Kulturkonfrontation** (Kultur, begriffen als die Gesamtheit der materiellen und geistigen Lebensäußerungen einer menschlichen Gemeinschaft), in der sich die ökonomischen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern widerspiegeln. Und wie die Kulturbeziehungen zwischen den USA und Europa weniger durch ein Konzert Leonard Bernsteins, als vielmehr durch



IBM, SDI und McDonalds bestimmt werden, so sind die Kulturbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und Madagaskar weniger durch einen Tierfilm über die Lemuren dieser Insel, sondern viel nachdrücklicher durch die wöchentliche „Derrick"-Sendung im madegassischen Fernsehen charakterisiert. „Hilfe und Rat" der Entwicklungs- und Kulturpolitik sind nur die Schmiermittel der Plastik-, Pop- und TV-Kultur, die die Märkte der Dritten Welt dominiert.

Denn ebensowenig, wie der Sachverhalt des internationalen ökonomischen Verdrängungswettbewerbs bestritten werden kann, so wenig kann in Abrede gestellt werden, daß die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse auch den kulturellen Bereich insgesamt bestimmen. Die Tendenz, daß die Kulturen der Dritten Welt schlicht „überrollt" werden, ist unübersehbar. Dieser Prozeß wird durch westlich beherrschte Massenkommunikationsmittel, eine westlich inspirierte Werbung und durch Technologietransfer vorangestrieben.

Aber dieser Prozeß, so ist festzuhalten, verläuft nicht ohne Widersprüche, wird nicht widerstandslos akzeptiert. Führt die geschilderte Entwicklung einesteils in Kombination mit der meist von der Elite der Entwicklungsländer übernommenen westlichen Kultur in eine Zerklüftung von Bewußtsein und Kultur, in „strukturelle Heterogenität", so kommt es teilweise auch *„zu einer Verfestigung traditioneller Werte- und Verhaltensorientierungen, ein Schutzmechanismus gegen drohenden Identitätsverlust in der Folge von kultureller Überfremdung."* (D. Senghaas, Kultur und Entwicklung, Überlegungen zur aktuellen entwicklungspolitischen Diskussion). Die „Verwestlichung" von Eliten einerseits, die sogenannte „Besinnung" eben jener Eliten auf die „nationale Kultur", sind indes oft nur zwei Seiten einer Medaille: Sofern die Kultur nicht Ausdruck sozio-ökonomischen Wandels in den betreffenden Gesellschaften selbst ist, führt *sie* nicht nur auf der ökonomischen, sondern auch auf der Bewußtseinsebene unweigerlich in eine Krise. Die Entwicklungen in Iran und Pakistan sind dafür beredtes Zeugnis.

Unser Blick darf jedoch nicht bei den herrschenden Eliten stehenbleiben, sondern muß vielmehr diejenige Kultur beachten, die innerhalb der breiten Bevölkerungsmassen vorherrschend ist — gleichgültig, ob diese Kultur „anerkannt", auf dem Rückzug, auf dem Vormarsch ist oder sich in einer Verteidigungsposition befindet. Hierzu ist es notwendig, den Zusammenhang zwischen materieller und geistiger Produktion zu beachten, wie am Beispiel der europäischen Geschichte methodisch kurz demonstriert werden soll.

Ökonomie und abendländische Kultur

Um den Zusammenhang zwischen Kultur einerseits und der materiellen Produktion andererseits zu betrachten, muß die letztere selbst nicht als allgemeine Kategorie, sondern in bestimmte historischer Form gefaßt werden. Die materielle Produktion in ihren *spezifischen historischen* Formen macht es erst möglich, den Charakter der ihr entsprechenden geistigen Produktion und die Wechselwirkung beider zu erkennen. Für die heutige Situation in der Dritten Welt kann ohne Zweifel bei dieser Betrachtungsweise festgestellt werden, daß bspw. dort, wo die Marktökonomie noch nicht das beherrschende Element darstellt, wo agrarische Subsistenzproduktion die Hauptform der Produktion bildet, eigenständige Kulturformen, autonome Religions- und Wertvorstellungen bestehen. Erst im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Umbrüchen ändern sich diese Verhältnisse.

Gerade die Geschichte Europas zeigt diesen Zusammenhang: erst als ab der letzten Hälfte des 15. Jahrhunderts die Macht des Feudaladels gebrochen wurde und die auf Nationalitäten gegründeten Monarchien entstanden, kamen die modernen europäischen Nationen und die moderne bürgerliche Gesellschaft zur Entwicklung. Die Schranken des alten „Orbis terrarum" wurden durchbrochen, die Erde wurde „entdeckt" und der Grund gelegt zum späteren Welthandel und zum Übergang des Handwerks in die Manufaktur, die wieder den Ausgangspunkt bildete für die moderne große Industrie. In dem Maße, wie die mittelalterliche Produktionsweise in die kapitalistische überging, änderte sich die Kultur, veränderten sich religiöse und andere Wertvorstellungen, entstanden neue, alle Teile der Gesellschaft beherrschende Ideologien.

Die bis heute nicht mit letztlicher Sicherheit beantwortete Frage lautet, ob diese Entwicklung (in Folge bspw. der „protestantischen Ethik") nur in Europa einsetzen

konnte und ob mithin diese Entwicklung einmalig und unwiederholbar ist. Da wir m.E. mit großer Wahrscheinlichkeit (siehe den Ansatz Senghaas' in „Von Europa lernen") potentiell von ähnlichen Entwicklungsmöglichkeiten auch in anderen Teilen der Welt ausgehen können, erhält die Frage, wie vergleichbare gesellschaftliche Formationen auftreten und wie sich diese unter bestimmten Verhältnissen von Ökonomie, Ideologie und kulturellen Wertvorstellungen entwickeln, größte Bedeutung.

Für Europa und den Fortgang der internationalen Entwicklung bis auf den heutigen Tag wurde indes **ein** Merkmal entscheidend, wodurch sich die abendländischen Kulturen von anderen differenzierten: der Anthropozentrismus. Die westlichen Eliten stellten sich selbst in den Mittelpunkt ihres Weltbildes und verpflichteten sich, die Natur industriell zu unterjochen. Sie gingen daran, die Landschaft zu zerstören, die Tiere auszurotten, die Bodenschätze plündernd zu erschöpfen.

Aus diesem Anthropozentrismus entwickelte sich der europäische Ethnozentrismus, jene Überzeugung, daß der westliche Mensch und seine Kultur den anderen überlegen ist, was davon abgeleitet wurde, daß es ihm im Rahmen seiner industriellen Produktionsverhältnisse zu gelingen schien, sich Natur und Umwelt untertan zu machen.

Hier kann eingewendet werden, daß auch andere Kulturen der Weltgeschichte die Tendenz hatten, sich selbst in den Mittelpunkt zu stellen. Dies ist richtig: die Konsequenzen, die sich aus der Entwicklung Europas ergaben, sind jedoch ohne die spezifische und gleichzeitige Verbindung von Anthropozentrismus, Ethnozentrismus und Kapitalismus undenkbar. Dies bedeutet, wie bereits gesagt, theoretisch nicht, daß sie geschichtlich unwiederholbar und auf Europa beschränkt wären. Die bestimmte, historisch aufgetretene Idee der Weltbeherrschung entstand in Europa zu Zeiten, da die herrschenden Eliten die Gewalt besaßen, ihren Anspruch auch ökonomisch und militärisch durchzusetzen. Die Auffassung, anderen Kulturen in den Status der Minderwertigkeit zu versetzen, verstärkte und unterstützte die historisch bekannten Folgen. Der kapitalistische Kolonialismus und Imperialismus ermöglich(t)en es, die Welt mit Anschauungen der rassischen, kulturellen, zivilisatorischen usw. Überlegenheit mit allen ihren bekannten barbarischen Folgen zu überziehen.



Imperialismus und Befreiungskultur

Gerade die Vorgeschichte und Geschichte des imperialistischen 2. Weltkrieges, die Kolonialkriege lange davor und lange danach, machen jedoch auch deutlich, daß ökonomische und militärische Gewalt nicht widerstandslos hingenommen wurden und werden, sondern Gegengewalt erzeugten und erzeugen. Ökonomischer, militärischer und kultureller Imperialismus haben stets auch antiimperialistischen Widerstand hervorgerufen, haben Niederlagen durch Befreiungskriege hinnehmen müssen. Durch die Gewalt des Volkswiderstandes entstand ein neues geschichtliches Element, in dem die Hoffnung auf ein Ende jeglicher imperialistischer Herrschaft enthalten ist.

Die vergangene und gegenwärtige Geschichte dieses Widerstandes war und ist jedoch selbst voller Widersprüche. Antiimperialistischer Widerstand, so lehrt das Beispiel vieler Länder, war und ist nicht immer gleichbedeutend mit einer Überwindung der Kultur der Unterdrücker, bedeutet nicht notwendig die Errichtung eines neuen, menschlicheren Wertesystems. Das angedeutete komplizierte Verhältnis von materieller und kultureller Produktion gilt nicht nur für die beschriebene Entwicklung Europas; eine nüchterne Analyse scheint darauf zu verweisen, daß entscheidend auch für andere Länder und Gesellschaften ist, wie unter der kolonialen Situation, wie im Verlauf des Befreiungskampfes, kurz wie „im Schoße der alten Gesellschaft", die materiellen und kulturellen Strukturen sich entwickelten und entwickeln. F. Fanon hat, bezogen auf die Situation des kolonial unterdrückten Landes, festgestellt, daß auf der Seite der Kolonisierten die Reaktion nicht einhellig ist. *„Während die Massen der kolonialen Situation die heterogensten Traditionen entgegenstellten, während sich der handwerkliche Stil in einem immer stereotypen Formalismus verfestigt, stürzt sich der Intellektuelle frenetisch in die krampfhafte Aneignung der Kultur des Okkupanten, wobei er es nicht unterläßt, seine nationale Kultur abzuwerten, oder er verschanzt sich in der ausführlichen methodischen, leidenschaftlichen und bald steril werdenden Aufzählung der Werte seiner eigenen Kultur.*

Beide Versuche laufen auf unerträgliche Widersprüche hinaus. Ob Überläufer oder Konsolidierer, der Kolonisierte bleibt immer wirkungslos, eben weil keine strenge Analyse der kolonialen Situation vorgenommen wird." (Fanon, Gegenseitige Begründung von Nationalkultur und Befreiungskampf). Andererseits aber beschreibt Fanon den Ausweg aus dieser Situation, indem er den *„Weg der Klage zur Anklage, dann zum Appell"* nachzeichnet, *„wie sich die Kunst und Kultur jetzt an das eigene Volk richten und erst in diesem Moment wieder von einer nationalen Kultur gesprochen werden kann, von einer Kampfliteratur, insofern sie ein ganzes Volk zum Kampf für die nationale Existenz aufruft."*

Da jedoch, wie wir aus zahlreichen geschichtlichen Beispielen wissen, der Befreiungskampf der nationalen Kultur nicht ihren alten Wert und ihre früheren Konturen wiedergibt, sondern eine grundsätzliche Neuordnung der Beziehungen zwischen den Menschen anstrebt und daher weder die Formen noch die Inhalte der Kultur unberührt lassen kann, ist das Ergebnis nicht eindeutig. Nach der Unabhängigkeit kann, worauf Fanon bereits verwiesen hat, statt einer neuen Kultur ebensogut *„eine qualvolle kulturelle Unentschlossenheit"* eintreten.

Produktivkräfte und Kultur der Dritten Welt

Als Ergebnis, sei es eines nationalen Befreiungskampfes, sei es einer „gewährten" Unabhängigkeit, kann also (und das Beispiel vieler Entwicklungsländer bestätigt es gegenwärtig) ebenso eine „kulturelle Heterogenität" auftreten, gleichbedeutend mit dem Verlust „kultureller Identität"; sie drückt sich im Nebeneinander kultureller Auffassungen innerhalb einer je gegebenen Gesellschaft aus; sie bewegt sich meist, als Ergebnis innerer sozialer Widersprüche und/oder äußerer Einwirkungen in Richtung Desintegration. An dieser Stelle der Betrachtung ist indes Vorsicht geboten. Allzuoft ist es geschehen, daß aufgrund mangelnder Informationslage, — einseitiger Rezeption als Folge der internationalen Informations- und Kommunikationsbedingungen, Dogmatismus usw. — „übersehen" wurde, wie neue gesellschaftliche und kulturelle Kräfte sich entwickelten, wie neue Bewußtseinsinhalte entstanden, die eine Umkehrung des angesprochenen Prozesses einleiteten.

Ob es aber in Regionen und ganzen Ländern zu „Entwicklung" oder „Unterentwicklung" bzw. „Peripherisierung" kam, hing und hängt heute aber, wie historisch in Europa, nicht in erster Linie vom Einfluß „entwicklungsfördernder" oder „entwicklungshemmender" **Kultur** ab, sondern von den sozio-strukturellen und institutionellen Wachstumsbedingungen der jeweiligen Regionen und Gesellschaften. D. Senghaas hat m.E. zu Recht in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß dabei dem Kampf um neue Handlungsrechte und er-

weiterte Freiheitsräume bisher an den Rand gedrängter Teile der Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Aus dem Kampf um politische Umwälzungen (vorrangig Agrarreformen) ergibt sich die Möglichkeit, verfügbare materielle und immaterielle Ressourcen neu zu kombinieren und erstickte Entwicklungsimpulse freizusetzen. Von daher kommt es, auf welchem kulturellen Hintergrund auch immer, darauf an, diejenigen Prozesse autonomer Stabilisierung von Bevölkerungsmehrheiten zu erkennen, die in Richtung einer selbstbestimmten Entwicklung zielen und in denen die Chance begründet liegt, zu einer neuen Ökonomie, zu einer neuen materiellen und geistigen Produktion zu gelangen.

Worin kann heute Kulturaustausch mit der Dritten Welt bestehen?

„Die Weltliteratur ist wie ein Meer, das von vielen kleinen Flüssen gespeist wird. Ohne diese Flüsse würde das Meer austrocknen. Aber viele dieser kleinen Flüsse sind unbekannt. Wenn wir also wirklich einen kulturellen Dialog wollen, können wir nicht länger hinnehmen, daß in vielen Gesellschaften immer noch Staudämme gegen die Flüsse aus Afrika, Asien und Lateinamerika fortbestehen." (René Philombe auf der Frankfurter Buchmesse 1987)

Welche Schlußfolgerungen sind also für einen Kulturaustausch zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu ziehen?

Können wir uns mit dem Argument der Schaffung von „mehr Transparenz" im Bereich der internationalen Kulturarbeit einverstanden und zufrieden geben, wenn wir wissen, daß sich dahinter die Forderung nach mehr „Öffnung" der Dritten Welt für den Kulturexport der Industrieländer verbirgt?

Sollen wir, indem wir dem Argument zustimmen, rassistische und kulturelle Vorurteile in den Industrieländern seien auf mangelndes Wissen über Lebensbedingungen und Kultur anderer Völker zurückzuführen, einem „Kulturaustausch" zustimmen, der darin besteht, daß regierungsamtliche Instanzen festlegen, was als vorzeigenswerte Kultur der Dritten Welt zu gelten hat?

Können wir der Ansicht zustimmen, daß die Ablehung fremder Kulturen eine Frage der Quantität des verfügbaren Informationsmaterials sei?

Sollen wir glauben, daß in der Form des gegenwärtig vorfindbaren „internationalen Kulturaustauchs" ein „Mittel der Völkerverständigung" zu sehen ist?



Die GTZ-Fachfrau Elisabeth Mock-Bieber stellt den ecuadorianischen Indios einen Energie-Sparherd vor. *Foto: GTZ*

So sehr es sich von selbst versteht, daß die Voraussetzung des Kennenlernens fremder Kulturen die Information über diese ist, so sehr ist zu bezweifeln, ob allein diese Informationen dazu führen werden, bestehende Ablehnungshaltungen, existierende Vorurteile usw. zu verändern.

Auch wenn argumentiert wird, ein Kulturaustausch werde zunehmend „authentische" Kunst und Kultur mit einschließen, die im Alltag der Dritten Welt entsteht, so ist dem entgegenzuhalten: Solche Anstrengungen können bestenfalls begleitendes Moment dafür sein, die gesellschaftlichen Bedingungen der Kultur- und Kunstentwicklung genauestens zu analysieren und zu betrachten — hier wie in der Dritten Welt, national wie international. Kulturaustausch muß auf allen Seiten die Forderung erfüllen, durch lange, oft harte Erfahrungen und durch Zusammenstellung und Untersuchung des geschichtlichen Stoffs, allen Menschen über die mittelbaren, entfernten gesellschaftlichen Wirkungen ihrer produktiven Tätigkeiten Klarheit zu verschaffen.

Als Voraussetzung eines wirklichen Kulturaustausches müßte auf der Seite der Industrieländer die Bereitschaft erzwungen werden, zu den tatsächlich brennenden internationalen Problemen selbstkritisch Stellung zu nehmen — so vor allem sich der geschichtlichen Verantwortung für die Schäden an Mensch und Natur zu stellen, die eine internationale kapitalistische Weltwirtschaftsordnung in mehreren Jahrhunderten verursacht hat und noch weiter zu verursachen droht. Daß eine solche Haltung von staatlicher und den meisten anderen Institutionen der Kultur- und Entwicklungspolitik nicht erwartet werden kann, liegt freilich auf der Hand. Von daher ergibt sich die Notwendigkeit, die Kritik der kapitalistischen Kultur und die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen als einen zusammenhängenden Prozeß zu behandeln.

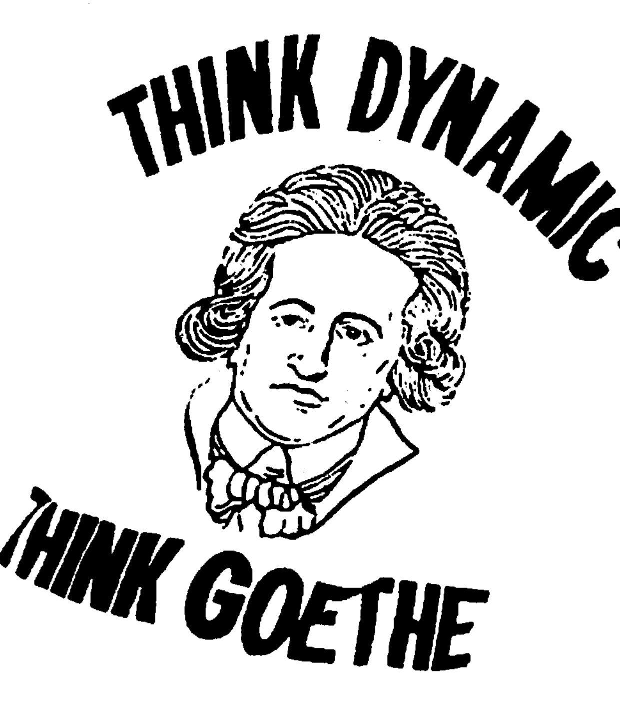
Die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen verlangt die Respektierung ihrer Eigenarten. Aber ebenso notwendig ist es, in der Auseinandersetzung sich auf Grundwerte zu verständigen, die eine Kulturentwicklung erlauben, die nicht zu jenen Konsequenzen führt, die geschichtlich mit der Barbarei des ökonomischen und kulturellen Imperialismus verbunden sind. M.E. müssen wir von daher auch jeglicher Theorie des kulturellen Relativismus eine Absage erteilen. Die Vertreter des kulturellen Relativismus machen sich alle Mühe, die Unmöglichkeit wertender Vergleiche herauszustellen — so sehr, daß dabei die unbestreitbaren Verbindungen zwischen den produktionstechnologischen Entwicklungsniveaus, den sozialen Organisationsformen und den Rationalitätsgraden der Weltsicht unter den Tisch fallen. Wie D. Ribeiro sagt: *„In der Tat verwandelt sich die Verteidigung des unveräußerlichen Rechts der einfachsten Gesellschaften darauf, ihre Kulturen beizubehalten, durch diese Ideologie in eine verfeinerte Wertschätzung des archaischen und in einen nostalgischen Standpunkt zur Verteidigung von menschlichen Werten, die nur in abhängigen und rückständigen Gesellschaften zur Blüte kommen sollen."* Kulturelle Formationen sind untereinander durchaus vergleichbar, was die Erfolgsqualitäten ihrer Art von Naturanpassung zur Sicherung des Lebensunterhalts angeht, den Umfang der Austauschbeziehungen innerhalb der Sozialstrukturen, in die sich ihre Bevölkerungen integrieren, und den Rationalitätsgrad ihrer symbolischen Weltinterpretationen.

Bei allem sollten wir davon ausgehen, daß die Position, in der sich eine Gesellschaft befindet, nicht ihren angeborenen oder den unveränderlichen Eigenschaften ihrer Kultur zu verdanken ist, sondern in hohem Maße den der Transformation zugänglichen ökonomischen und sozialen Umständen.

Da eine fundamentale Kritik der kapitalistischen Kultur nicht umhinkommt, zugleich deren ökonomische Grundlagen infrage zu stellen, wird sie auf den erbitterten Widerstand ihrer Repräsentanten treffen, der umso stärker sein wird, je entschiedener diese Kritik auf die Notwendigkeit einer Transformation eben dieser Gesellschaft hinweist. Im Blick über die Grenzen dieses Gesellschaftssystems liegt die Chance eines weltweiten Kulturdialogs.

Jürgen Horlemann

Da-da-da für alle!



Auswärtige Kulturpolitik der BRD

Was macht eigentlich die ur-bayrische Kunst des Schuhplattelns so unattraktiv, als daß wir uns nicht trauen, sie mit ruhigem Gewissen im Ausland vorzuzeigen? In Europa, aber auch in Afrika, Asien oder Lateinamerika? Hat die kulturpolitische Sprecherin der CSU, Michaela Geiger, denn nicht recht, wenn sie „auch Schuhplattler einen durchaus vorzeigbaren und vorzuzeigenden kulturellen deutschen Exportartikel" nennt? Gewiß: Was für ein Bild unseres Landes, mögen manche den Kopf schütteln. Provinziell, so andere. Und die Linke würde sich vielleicht eher ein müdes Lächeln über den platten Kulturimperialismus abringen: Auswärtige Kulturpolitik ist nicht gerade ihr Steckenpferd. Aber nichtsdestotrotz: Schuhplatteln käme überhaupt nicht für eine progressive Politik in Frage. Was aber dann?

Würde deutsche Außenkulturpolitik nur noch aus jener Provinzkunst bestehen, gäbe es ja vielleicht einen Sturmlauf dagegen. Doch ohne dieses Extrem regt sich nichts. Der Zeitgeist wird gewahrt, und das Goethe-Institut kann ruhigen Gewissens — und recht progressiv — drei volle Jahre die Punk-Tante Nina Hagen in alle Welt schicken. Mit Videos, Kassetten und viel Papier wird Deutsch-Rock gesponsert. Der Globus soll schließlich nicht nur Michael Jackson kennen.

Mit Schuhplattlern wäre hier wahrhaftig nichts auszurichten. Knallharter fetziger Punk und Rock zählen im weltweiten Unterhaltungsgeschäft, das von wenigen Medien- und Kommunikationsgiganten beherrscht wird. Hier muß auch bundesdeutscher Kultur ein angemessener Platz gesichert werden. Doch: Kein Gedanke, kein Zweifel über das, was hier geschieht? Nein! Jeder „neue Klang" aus der westlichen Musikkultur wird in fast allen Ecken der Welt begeistert aufgenommen.

„Ich sang beim Mahlen des Kornes und auf dem Weg zum Brunnen", schreibt der ugandische Musiker Okot p'Bitek in „Lawinos Lied". Aber „angeblich liebt Otschol mich nicht mehr, weil ich keine Gitarre spiele und die abscheulichen Tänze der Weißen nicht kann; weil ich die Lieder, die sie zum Tanzen spielen, nicht leiden kann". Elektrogitarren ersetzen bisweilen weltweit die als rückständig geltenden Instrumente wie Berimbau, Bambusflöte oder Schlitztrommel. Kassettenrekorder, Radio und Fernsehen verdrängen musikalische Traditionen und entfremden die überlieferten Bräuche. Die Discographie ersetzt bei Hochzeiten und Dorffesten in Thailand wie in Ecuador die einheimischen Musiker. Sie müssen sich — wenn überhaupt — auf den Straßen der Städte ihr Salär erbetteln.

In einer Weltkulturordnung, die durch das Profitstreben weniger Medienriesen zu einer Vereinheitlichung der Unterhaltung kommt, haben Musiken unterdrückter Kulturen kaum eine Chance. Mitunter werden die vermeintlichen musikalischen Rosinen der „anderen Welt" als Rohmaterial herausgepickt, exotisch verbrämt und für die eigenen Zwecke genutzt. In der Regel, ohne dafür angemessen zu zahlen. Bekanntestes Ausbeutungsbeispiel sind die Virtuosen des brasilianischen Bossa Nova Anfang der 60er Jahre: Fast ohne zu bezahlen, eigneten sich amerikanische Plattenfirmen ihre Hits an und brachten sie mit anderen Interpreten in aller Welt groß raus. Hier spiegeln sich Austauschverhältnisse wider, die uns in ähnlicher Weise von der besagten (ungerechten) Weltwirtschaftsordnung bekannt sind. Aber wer tauscht hier was wofür? „Kulturgüter" werden aus der Dritten Welt abgeschöpft und hier be- und verwertet oder verworfen. Musik wird neu verarbeitet und dem hiesigen Geschmack angepaßt. Zurück in jene Länder kommt Fertigware: Michael Jackson schreit dann aus den Mündern der „parking boys" in Nairobi, der Straßenjugendlichen Sao Paulos und der Kinderarbeiter in den Zuckerrohrplantagen auf den Philippinen. Die Kinos Südkoreas quellen über von amerikanischen Actionfilmen. Weltweit leben Fernsehsender — auch in der Dritten Welt — von Programmen der Deutschen Welle. Welche Chancen bleiben da noch für eigene Produktionen? Erfolgskriterium dieser Art von Kulturaustausch über Musik, Film oder Fernsehen ist allein der Profit. Der Grad der Ent- und Überfremdung ist unterschiedlich je nach der Region, der sozialen, kulturellen und politischen Stärke des Widerstands einer Gesellschaft und den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten örtlicher Kommunikation.

Eine Welt ganz in der Tradition der Konquistadoren, die über Jahrhunderte Kunstschätze stahlen und ihre Museen mit fremden Kulturgütern füllten. So verlor und verliert sich die Identität der Kulturen auf allen Gebieten künstlerischen Schaffens. Alte Lebenseinstellungen können sich gegenüber den neuen Normen und Werten nicht behaupten. Ihre „kulturelle Infrastruktur" kann der marktbeherrschten Weltunterhaltungsordnung nichts entgegensetzen: So sind die Straßen der Elends-

viertel am Rande von La Paz und die Dörfer im brasilianischen Sertao leergefegt, wenn Dallas oder Denver über den Bildschirm rauschen. Die Kinder in Nairobi oder Rio de Janeiro schnulzen die Laute US-amerikanischer Sänger nach oder die Monotonie des allzu bekannten „Dadada“- Songs der deutschen Gruppe Trio. Und bald wird dann auch Nina Hagen mit Goethes Hilfe in Ländern bekannt sein, die sich hierzulande nicht darstellen können, weil sie kein Geld dafür haben.

Kann der Kulturaustausch jenes noblen Instituts, das sich über jeden Kulturimperialismus erhaben fühlt, damit noch als „wertfrei“ gelten? Ist er nicht vielmehr die verfeinerte Variante jenes Imperialismus? Ist er nicht Bestandteil einer Außenkulturpolitik, die der wilhelminischen Zeit entstammt; die seither zwar reformiert, aber nie hinterfragt wurde?

Gründe und Pfründe der Auswärtigen Kulturpolitik

Zum ersten Mal sprach im Jahr 1912 der Kulturhistoriker Karl Lamprecht auf einer Heidelberger Tagung des „Verbands für internationale Verständigung“ von einer „Auswärtigen Kulturpolitik“, obgleich liberale Kreise schon seit Jahren einen recht lebhaften Kulturaustausch betrieben. Vereine, die Verständnis für fremde Kulturen wecken wollten, schossen bis zu Beginn des Ersten Weltkriegs wie Pilze aus dem Boden. Und neben Ausstellungen wurden bereits Programme des Lehrer-, Studenten- und Wissenschaftleraustauschs mit Frankreich oder den USA entwickelt, für die auch der Staat finanziell zur Seite stand. Das neue Instrument der Außenpolitik war aber als solches noch nicht geboren.

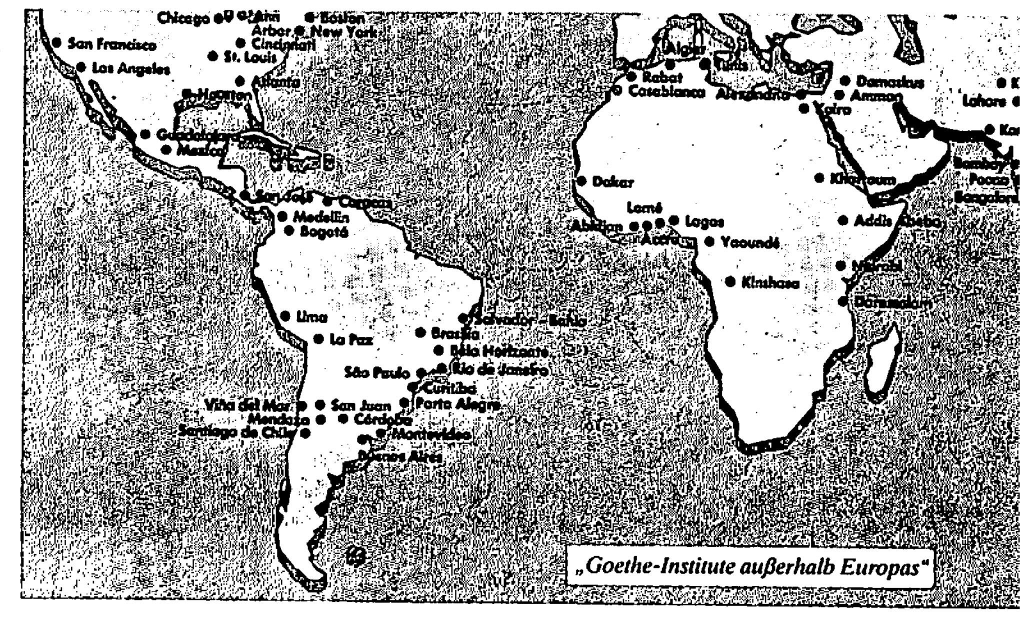
Es war Frankreich — und nicht etwa Großbritannien oder Deutschland —, das ab 1880 die kulturellen Bindungen bei der Beherrschung seiner Kolonien bewußt unter staatliche Kontrolle brachte. Ausgehend von Vorbildern französischer und auch britischer Großmachtspolitik erkannte bald ebenso das Deutsche Reich die Bedeutung kultureller Faktoren. So übernahm es ab 1906 von den anderen Kolonialmächten den Grundsatz der „indirect rule“: Häuptlinge und Würdenträger in den afrikanischen Kolonien lernten deutsch, wurden zu Auftragsbeamten gemacht und in Uniformen gesteckt. Ebenfalls 1906 wurden in staatseigener Regie und nicht nur in den deutschen Überseegebieten die ersten Auslandsschulen errichtet, die ausdrücklich für nichtdeutsche Schüler gedacht waren. (Auslandsschulen für Deutschsprachige gab es bereits seit Jahrhunderten.)

Die liberalen Hintergedanken eines Friedrich Naumann begannen, Früchte zu tragen: Kultureller Einfluß sollte Bindungen stärken und neue Handelspartner gewinnen. Besonders die Linksliberalen begriffen die Ausdehnung jenes Einflusses als Bestandteil einer modernen Außenpolitik. Doch nichtsdestotrotz war das, was als Auswärtige Kulturpolitik deklariert wurde, über Jahrzehnte hinaus nichts weiter als ein simpler Kultur- und Kunstraub.

In der Weimarer Republik begann sich die neue Politik endlich auch in Deutschland zu institutionalisieren. 1920 wurde im Auswärtigen Amt die Abteilung „Deutschtum im Ausland und kulturelle Angelegenheiten“ eingerichtet. Die Förderung des Deutschtums und die „Heranbildung geistiger Führer für das Auslandsdeutschtum“ war das Ziel. Zudem waren die 20er Jahre vom Nachholbedarf einer Öffnung zur Welt geprägt. Organisationen wie der Deutsche Akademische Austauschdienst, das Goethe-Institut oder die Alexander-von-Humboldt-Stiftung gründeten sich, um diesen Durst zu stillen. Ein entscheidender Einschnitt für die neue Politik war aber bald ihre Gleichschaltung durch die NS-Herrschaft.

Die Erfahrungen der Nazi-Zeit lähmten den Neuanfang in der neuen Republik. So begannen die ersten Bestrebungen 1951 vor allem damit, das zerstörte Ansehen der „Kulturnation“ wiederherzustellen und zunächst seine guten Seiten zu zeigen. Deutscher Sprachunterricht galt als Basis der Außenkulturpolitik. Doch im Laufe der 50er Jahre kam ein neues Element in den internationalen Beziehungen hinzu: die unabhängigen Staaten der Dritten Welt, auf die zahlenmäßig bald die meisten Auslandsbeziehungen entfallen sollten. Die neuartigen Aufgaben, die damit entstanden, wurden allerdings jahrelang nicht erkannt. Fehlende Koordination prägte das Geschehen. Zielvorstellungen lagen nicht vor. Nur sehr beschwerlich fand eine Regionalisierung der auswärtigen Kulturpolitik statt. Und erst allmählich entfaltete sich ein Austausch zwischen den etablierten Kulturinstituten und den — sich mit Beginn der Entwicklungspolitik — immer häufiger tummelnden Entwicklungshilfeorganisationen. Kultur- und Entwicklungspolitik galten aber dennoch als zwei getrennte Bereiche. Im Bereich des Auswärtigen Amtes war von der „kulturellen Außenpolitik in den Beziehungen zu den Entwicklungsländern“ und vom „Dialog als Grundlage für eine entwicklungsorientierte Kulturpolitik“ erst 1975 im Bericht der Enquete-Kommission Auswärtige Kulturpolitik die Rede. Auch von Seiten der frühen Entwicklungsplaner bestanden Berührungsprobleme: Die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE) erkannte zwar schon 1959, daß materielle Hilfe für die Entwicklungsländer allein nicht ausreiche und neben wirtschaftlicher Unterstützung auch auf sozialem und kulturellem Gebiet Beziehungen und Austausch gefördert werden müßten. Doch die Bemühungen wurden ignoriert. „Modernisierung“ im Sinne einer Nachahmung der Ersten Welt stand im Mittelpunkt. Die kulturellen Eigenheiten der Entwicklungsländer wurden eher als Hindernis angesehen, die es irgendwie zu überwinden oder zu beseitigen galt. Aber auch die Kritiker, z.B. die Dependenztheoretiker, erkannten die Bedeutung der kulturellen Besonderheiten nicht.

Die Kulturpolitik wurde als traditionell machtpolitisches Instrument aufgefaßt. Außenminister Heinrich von Brentano (CDU) bezeichnete sie 1961 als „wichtige politische Waffe“. Und nicht wenige Kulturinstitute sahen sich dementsprechend als „Brückenköpfe“ im Ausland, wie es Goethe-Direktor Dr. Werner Ross noch Ende der 60er Jahre zu sagen pflegte. Auch Außenamtschef Willy Brandt lobhuldigte die Auswärtige Kulturpolitik 1969 als „einen der drei Pfeiler unseres Wirkens in der Welt“. Um aber diesen Pfeiler zu stärken, brachte die Brandt-Regierung ab 1969 Struktur in die bislang herrschende Planlosigkeit und Desorganisation. Bereits 1967 hatte der SPD-Chef bemängelt: „Es fehlt manchmal an einer Bestimmung der Prioritäten. Oft hing die Verteilung der Mittel von Zufälligkeiten ab.“ Unkoordiniert und bunt wurde so etwas wie Kulturpolitik bisher von unzähligen Organisationen realisiert. Diesen Umstand sollte nun der neue parlamentarische Staatssekretär im Außenamt, Prof. Ralf Dahrendorf, beseitigen. Statt Vermittlung von Provinzkultur, sollten zu-

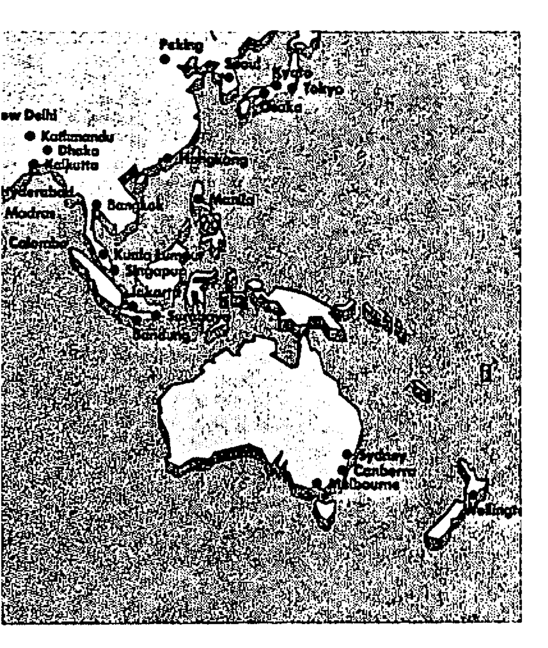


„Goethe-Institute außerhalb Europas“

nächst wissenschaftliche Konzepte für die Grundlagen der Kulturarbeit her. Jetzt (1970) galt die Vorstellung, deutsche Kulturpolitik global abzusetzen. Motto: Was für Nordafrika paßt, haut sicher auch in Südamerika hin! Die Abteilung IV im Auswärtigen Amt wurde nun zur obersten Schaltstelle für wissenschaftlich fundiertes und durchgeplantes Kulturmanagement.

Die sozialliberale Koalition wollte mit dem Konzept der „Weltgesellschaft" Konfliktminderung und Friedenssicherung konkretisieren. Doch mit staatlicher Regierungspolitik wollte sich die Außenpolitik nicht begnügen. Nicht nur Regierungen, sondern auch Gesellschaften sollten miteinander kommunizieren. Kultur umfasse schließlich den „Gesamtbereich menschlicher Schöpfungen", von den gesellschaftlichen Werten und Normen bis hin zur hohen Wissenschaft, so Professor Hansgert Peisert in einem Anfang der 70er Jahre erstellten Gutachten. In diesem Zusammenhang sollte jetzt auch vermehrt ein Austausch geistiger Leistungen stattfinden. Auswärtige Kulturpolitik sei schließlich keine Einbahnstraße, wie Dahrendorf bekannt gab. Es gelte nicht zu indoktrinieren, sondern Brücken zu bauen.

Im Zuge der Reformphase hoben Sozialdemokraten und Liberale auch die Kulturpolitik auf einen besonderen Podest. Immerhin richteten sie zu dem Bereich die zweite Enquete-Kommission der Republik (nach derjenigen zur Verfassungsreform) ein. Immer neue Leitlinien, Leitsätze und Thesenpapiere wurden im Auswärtigen Amt geschrieben. Und erstmals wurde darin nun die Auswärtige Kulturpolitik zu einer internationalen Kultur-, Wissenschafts- und Gesellschaftspolitik erweitert. Eine Konzeption, die somit über den Rahmen des Auswärtigen Amtes hinauswuchs. „Deutsche Kulturpolitik im Ausland ist integrierender Teil der deutschen Politik in ihrer Gesamtheit, als Entwicklungs- und Friedenspolitik", heißt es in den acht Loccumer Thesen zur „Deutschen Kulturpolitik im Ausland" von 1970. Und in den Leitsätzen für die Außenkulturpolitik, im gleichen Jahr vom Auswärtigen Amt veröffentlicht, kommt die Zielrichtung klar zum Ausdruck: „Regierungen, die einer kulturellen Zusammenarbeit mit anderen Nationen ausweichen, die sich hinter nationalen Grenzen abkapseln möchten und nicht den Vergleich und den Erfahrungsaustausch über die Grenzen suchen, laufen Gefahr, daß die Kultur ihres Landes hinter den weltweiten kulturellen Entwicklungen zurückbleibt. Auswärtige Kulturpolitik bedeutet Internationalität und Weltoffenheit, besonders in einer Welt, die sich ökonomisch mehr und mehr integriert." Die Konsequenzen dieser Internationalität aber wurden nicht hinterfragt. Ungeniert wird auch Kulturimperialismus deutlich: Die Kultur mancher Länder bleibe hinter weltweiten Entwicklungen zurück, wenn sie sich abkapsele. Warum aber? Kann „Ausweichen" nicht auch bedeuten, daß man jahrhundertelang negative Erfahrungen gemacht hat?



Verpflichtung zur Integration

Damit sie sich integrieren kann, diese Welt, braucht sie Hilfe. Diese Meinung hat sich auch nach fast zwei Jahrzehnten nicht geändert. So schreibt der Leiter für Auswärtige Kulturpolitik im AA, Barthold C. Witte, 1987 in seinen acht kulturpolitischen Forderungen für die nächsten Jahre: „Die immer raschere wissenschaftlich-technische Entwicklung bringt sowohl Chancen mit sich, die es zu nutzen gilt – so bei den audiovisuellen Medien –, als auch Gefahren, denen zu begegnen ist – zum Beispiel durch Unterstützung der außereuropäischen Kulturen auf ihrem schwierigen Weg zu einer neuen Tradition und Moderne wie auch Eigenart und Offenheit verbindenden kulturellen Identität." Sprich: Die „Erste" Welt zeigt, wie mit Gefahren umzugehen ist, die sie ja erst gebracht habt. Und vor allem weiß sie auch den Weg zu einer neuen Identität bzw. zu einer Entfremdung von den alten Traditionen.

Herrschende Weltordnungen – von der Weltwirtschaftsordnung bis zu einer Weltkulturordnung – werden nicht diskutiert. Wirtschaftliche und politische Funktionen staatlicher deutscher Kulturarbeit vor allem in den Beziehungen zu Entwicklungsländern, hinterfragen die politischen Funktionäre auf ihren vielen Seminaren und Tagungen nicht. Und obgleich mit jeder Hilfeleistung auch ein Stück eigene Kultur vermittelt wird, behauptete Helmut Schäfer (FDP), Staatsminister im Auswärtigen Amt (AA), auch Ende 1987 auf einer Tutzinger Tagung steif und fest: „In vielen Entwicklungsländern kommt es zunächst weniger darauf an, unsere Kultur zu präsentieren, als das dort verschüttete kulturelle Erbe wieder freizulegen und bewußt zu machen. Ohne ein historisches und kulturelles Selbstverständnis unserer Partner ist kein kultureller Dialog möglich und nur schwer kulturelle Entwicklung möglich. Hilfe bei der Suche nach einem zukunftsorientierten kulturellen Selbstverständnis ist daher eine grundlegende Bedingung". Und für ärmere Länder habe man darum insbesondere das Instrument der „Kulturhilfe" eingerichtet.

Aber welche Kulturhilfe ist das? Kann sie losgelöst von Normen und Werten und vor allem von Macht geschehen? Bestimmen nicht wieder bestimmte Gruppen jene Hilfe: Industrieländer, Regierungen, Eliten, obere Schichten? Die Beispiele sprechen Bände: Da werden Archive eingerichtet, wo Analphabetismus herrscht; deutsche Kolonialakten werden in Kamerun und Samoa restauriert; Altstädte werden saniert, die von Kolonialherren erst aufgebaut wurden; vielleicht kommen auch noch Tempelanlagen in Thailand oder Ägypten in den Genuß.

Doch nicht ohne den Vorsatz angeblich selbstbestimmter Entwicklungskonzepte: „Unser kulturpolitisches Angebot ist Hilfe zur Selbsthilfe", proklamierte Staatsministerin Dr. Adam-Schwaetzer im letzten Jahr auf einer Tagung in Loccum. Doch

Goethe-Institut: wurde 1951 gegründet und entwickelte sich zu einer der wichtigsten Mittlerorganisationen (rechtlich unabhängige Organisationen, die Gelder vom Auswärtigen Amt erhalten) der BRD. Ziel dieses Instituts ist die Pflege der deutschen Sprache im Ausland und die Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit. Organisiert einen umfassenden Kulturbetrieb und führt Sprachkurse durch.

Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE): wurde 1960 von Bund und Ländern gegründet, bildet Fach- und Führungskräfte aus der Dritten Welt aus, führt Tagungen zu entwicklungspolitischen Fragen durch und gibt u.a. die Zeitschrift E+Z heraus. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund.

Carl-Duisberg-Gesellschaft: ist eine von Bund, Ländern und der deutschen Wirtschaft geförderte Organisation zur Fortbildung deutscher Nachwuchskräfte der Wirtschaft im Ausland und ausländischer Fach- und Führungskräfte in der BRD. Erhält Gelder vom Bund.

Deutsche Welle: ist der Auslandsrundfunk der BRD. Am 3. Mai 1953 begann sie mit der regelmäßigen Ausstrahlung von Kurzwellenprogrammen und sendet heute in 34 Sprachen. Ziel ist, deutsche Auffassungen zu Fragen des nationalen und internationalen Geschehens in aller Welt und im Ausland ein umfassendes Bild von der BRD zu vermitteln.

Deutscher Akademischer Auslandsdienst (DAAD): wirkt an Projekten und Programmen der Hochschulförderung mit, entsendet Lektoren an ausländische Universitäten, vermittelt Stipendien in alle Welt.

Inter-Nationes: wurde 1952 gegründet, staatliche Organisation zur Erstellung und Verbreitung von Informations- und Propagandamaterial für kulturelle Einrichtungen im Ausland.

Alexander-von-Humboldt-Stiftung: staatliche Stiftung zur Förderung ausländischer Akademiker. Gegründet zum ersten Mal 1860, 1925 und 1953 erneut gegründet.

kann von Selbstbestimmung die Rede sein? Ohne über die eigene Position nachzudenken, wird weiterhin eher Selbstdarstellung betrieben: „Am klarsten" komme nach Adam-Schwaetzer der „neue Ansatz" im Kulturhilfeprogramm zum Ausdruck. „Wir helfen bei der Restaurierung... Deutsche Fachleute leisten archäologische Feldarbeit, restaurieren, katalogisieren und zeichnen mündliche Überlieferungen auf. Diese Programme genießen überall wachsende Anerkennung und sollen in den kommenden Jahren kräftig aufgestockt werden." Kein Wunder! Den Grund für diese Anerkennung liefert die FDP-Frau sogleich mit: „Zu dieser wohl modernsten Form auswärtiger Kulturpolitik, in der die Selbstdarstellung traditioneller Art keine Rolle mehr spielt, gehört auch die sogenannte Präsentationshilfe, mit der wir den Ländern der Dritten Welt den Zugang zur deutschen Öffentlichkeit erleichtern und umgekehrt unsere Öffentlichkeit mit fremden Kulturen bekanntmachen." Entwicklung und herrschende Ordnung werden nicht in Frage gestellt. Entscheidend ist, daß die Dritte Welt Hilfe braucht. Und in diesem Zusammenhang bietet sich bundesdeutsches Kulturgut (Stichwort: Deutschland als Kulturnation) als Unterstützung auf dem „schwierigen Weg" an.


„Eine koreanische Nonne packt in Goethes Sprachlabor Vokabeln"

Die Mittlerorganisationen

Der Etat für diese Kulturvermittlung der Republik ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Anfang der 50er Jahre wurden noch 5 Millionen Mark pro Jahr ausgegeben. Ende der 60er lag der Etat bei 300 Millionen und Ende der 70er wurden weit mehr als eine halbe Milliarde ausgegeben. Dabei sind die Mittel des Auswärtigen Amtes nur ein Drittel der kulturellen Auslandsaufwendungen. Ausgegeben werden die Gelder für eine „offizielle" Vermittlung, die in der Regel von Mittlerorganisationen mit halbstaatlichem Charakter erfüllt wird. Diese finanzieren sich zu wesentlichen Teilen aus Bundesmitteln. Zu ihnen gehören Organisationen wie das Goethe-Institut, Inter Nationes, Alexander-von-Humboldt-Stiftung, Carl-Duisberg-Stiftung, der Deutsche Akademische Auslandsdienst, das Institut für Auslandsbeziehungen und eher aus dem entwicklungspolitischen Bereich stammende Organe wie der Deutsche Entwicklungsdienst, die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung und die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit. Diese Organisationen sollen den „Dialog mit den Partnerländern" aufrechterhalten. Zur Koordination des Dialogs diskutieren die Mittler seit sechs Jahren in einem „Arbeitskreis Kultur und Entwicklung" Erfahrungen des Kulturaustauschs: 1987 stand die „Vorbereitung des Auslandspersonals", 1988 das „Deutschlandbild im Ausland" auf dem Programm. Mittlerweile hat auch das BMZ die Chancen der Auswärtigen Kulturpolitik jener spezialisierten Organisationen erkannt: Es drängt bisweilen auf „Wirtschaftsdeutsch" in den Kursen im Ausland! (Wohlgemerkt in einer Zeit, wo weltweit Sprachen verloren gehen, die durch ihren Verlust den Verlust einer ganzen Kultur nach sich ziehen!)

Neben der „Kulturhilfe" auf Bundesebene haben die Länder zudem eine eigene (auch entwicklungspolitisch orientierte) Kulturförderung, die allerdings ohne eine allgemeine Begriffsdefinition erfolgt. Darüberhinaus existieren eine Reihe von Organisationen, Zusammenschlüssen und Verbänden, die zum Teil regelmäßige oder auch nur sporadische Bundeszuschüsse erhalten: Anfragen von den über 120 Deutsch-ausländischen Gesellschaften über Städtepartnerschaften bis zu Freundschaften auf Hochschulebene. Wenn auch in vielen Bereichen noch recht unkoordiniert, so wurde bisweilen ein Instrumentarium aufgebaut, das vor allem Ländern aus der Dritten Welt bei uns nicht zur Verfügung steht.

Soziokulturelle Faktoren erhalten mehr Gewicht

Doch daß allein die Vermittlung des eigenen Kulturgutes nicht reicht, wurde erst im Laufe der letzten 15 Jahre festgestellt. „Entwicklungshemmnisse" haben vor allem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zu einem integrierten Entwicklungsansatz geführt, der soziale und kulturelle Komponenten stärker beachtet. Während das AA bereits Mitte der siebziger Jahre sich der Position annäherte, daß Kulturhilfe und sogar entwicklungspolitische Hilfen als Teil einer entwicklungspolitischen Kulturförderung gelten, schien das BMZ erst im Laufe der letzten Jahre den Bereich Kultur entdeckt zu haben. Langsam stellte man fest, daß Entwicklungshilfe auch Auswirkungen auf die Kultur habe. Aber soziokulturelle Planungskriterien wurden eher deswegen entwickelt, weil die Zusammenarbeit der vermeintlichen Partner zu wünschen übrig ließ. Sie übten immer mehr Widerstand.

Das BMZ gibt dabei allerdings zu bedenken, daß die „Handlungsautonomie der Zielgruppe" zu stärken sei. Der soziokulturelle Ansatz sei keinesfalls eine Sozialtechnologie, die mit verbessertem Kennenlernen und Verfeinern des Instrumentariums psychologische Hindernisse abbaue, wie der langjährige BMZ-Experte Uwe Simson erklärte. Doch in einer Antwort auf eine große Anfrage von CDU und FDP aus dem Jahr 1984 ist von einer eigenständigen sozialen und kulturellen Entwicklung der Dritten Welt — wie vor Jahren noch von der sozialliberalen Koalition festgeschrieben — nicht mehr die Rede. Wichtig ist dem BMZ eher: „Auswärtige Kulturpolitik und Entwicklungspolitik ergänzen einander in Bereichen wie Ausbildungs- und Wissenschaftsförderung oder bei der Nachbetreuung von Maßnahmen der Technischen Hilfe." (nach Bundestags-Drucksache 10/2237)

Damit wurde von Seiten des BMZ auch die Funktion der Auswärtigen Kulturpolitik vollends entdeckt. Man will die Mittler-

organisationen stärker binden. „Wie lassen sich auswärtige Kulturpolitik und Entwicklungspolitik so aufeinander abstimmen, daß dem Partner Bundesrepublik Deutschland seitens des Gastlandes Sympathie und Kooperationsbereitschaft entgegengebracht werden?" fragte Staatssekretär Dr. Volkmar Köhler (CDU) 1987 unverblümt auf einer Tagung des Goethe-Instituts.

Aber das Dilemma hat neben dem BMZ auch unzählige Arbeitskreise und Initiativen im Bereich der NGOs zum Nachdenken bewegt. Tagungen und Seminare widmen sich jedoch bisher in der Regel der Frage, wie der bereits eingeschlagene Weg weitergegangen werden kann: Wie können soziokulturelle Hindernisse umgangen werden? Die kulturelle Dimension beschäftigt heute ebenso wie die geschlechtsspezifische und die ökologische Komponente die ganze Bandbreite der Entwicklungsorganisationen: von der UNESCO bis zum Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO), der sich im nächsten Jahr dem Thema Kultur stellen will.

Die UNESCO hat 1986 die „Weltdekade für kulturelle Entwicklung" für die Jahre 1988 bis 1997 beschlossen. Ziele sind die „Anerkennung der kulturellen Dimension der Entwicklung", die „Bekräftigung und Bereicherung der kulturellen Identitäten", eine „breitere Teilhabe am kulturellen Leben" und die „Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit". „Alle Staaten, zwischenstaatlichen und internationalen nichtsstaatlichen Organisationen sowie interessierte Einzelpersonen" sollen aktiv mitwirken. Nicht ohne Hintergedanken: Denn zusätzliche finanzielle Mittel hat die Weltorganisation nicht. Die Austritte der USA und Großbritanniens und die angeblich fehlende Haushaltung der letzten Jahre werfen ihre Schatten voraus. Und einige Unterorgane halten sich eher bedeckt. So auch die deutsche UNESCO, die sich bisher den Aktivitäten verweigert. Nichtsdestotrotz bleibt zu fragen, ob die UNESCO bei ihrem Kulturprogramm neben dem Austausch zwischen Nord und Süd auch an die Möglichkeiten eines ganz anderen Austausches gedacht hat: Denn, wenn überhaupt Austausch, sollte er dann nicht auch zwischen Eskimos und Bantus, zwischen Maoris und Mongolen, zwischen Mapuche und Kurden stattfinden? Doch: Was würde das letztlich bringen?

Wird auch die UNESCO-Dekade kaum zusätzliche Chancen für traditionelle Musik oder Bildende Kunst oder für Arbeitsplätze in Kulturzentren in Dritte-Welt-Ländern bieten, geschweige denn an der Weltkulturordnung rütteln, so hat sie trotzdem Bewegung gebracht. Allerdings beschäftigt sie vorerst nur die Experten. Die kulturelle Komponente wird in Programmen und Grundsätzen festgeschrieben. Auch „Lome III" stellt sich der neuen Problematik. Seit einigen Jahren wollen außerdem renommierte Institutionen aus Belgien, England, den Niederlanden und der Bundesrepublik gemeinsam das „interkulturelle Lernen" auf eine neue Organisationsstufe heben. Ganz nach dem europäischen Gedanken will man nicht mehr nur seitens der einzelnen Länder, sondern sozusagen von europäischer Ebene den Kulturdialog mit den Entwicklungsländern führen. Büros wurden von diesem „Europäischen Netzwerk" eingerichtet, Stellen geschaffen, Reisen gemacht, Finanzierungspläne entwickelt, Konzepte erstellt...

Partner im Dialog?

Auf nahezu allen Ebenen begreift sich der Kulturaustausch somit als eine Art Partnerdialog; aber ohne sich mit der eignen oder der fremden Kultur auseinanderzusetzen. Gründe, Einstellungen und Voraussetzungen des Austausches werden nicht problematisiert. Sicher: Grundeinstellungen gegenüber fremden Kulturen haben sich gewandelt. Aber das geht auf die Neuordnung der Kultursysteme, die Angleichung an unsere Kultur zurück: Prozesse, die durch die mit den modernen Medien umspannte Welt immer schneller vor sich gehen und dabei kulturelle Selbstverwirklichung auf der anderen Seite einschränken. Im Grunde sind wir nichts weiter als kolonialistische „Kulturbringer" geblieben.

Nur gleichrangige Partner können einen fairen Dialog führen. Bewahrung oder wenigstens Akzeptanz der Kulturen setzt voraus, daß die Prozesse des Kulturaustausches bekannt sind: Beim Aufeinandertreffen zweier Kulturen wird die eigene Existenzweise zunächst durch das Fremde in Frage gestellt. Die Andersartigkeit zwingt zur Entscheidung über den eigenen Weg: Passe ich mich an? Suche ich gemeinsam kulturübergreifende Lösungswege? Oder bleibe ich, wie ich bin, schließe damit partnerschaftliche Alternativen aus, bei denen ich mich auch selbst verändere und forme den Fremden nach meinem Bild? Die Entscheidung ist offensichtlich. Wer anders entscheidet, gehört bald zu den Verlierern.

Die Frage allerdings: „Wer entscheidet, was gespielt wird?" ist nicht bestimmend. Auch die Sozialdemokraten scheinen sie schon aufgegeben zu haben. So erklärte Freimut Duve, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, unlängst vor gewerkschaftlich orientierten Goethe-Instituts-Mitarbeitern: „Mit dem Modell der unabhängigen Mittlerorganisationen hat die Auswärtige Kulturpolitik eine neue Qualität bekommen, die gekennzeichnet ist von einem Abschied von jeglichem kulturimperialistischen Anspruch." Zugegeben: das Goethe-Institut war während der Obristen-Junta in Griechenland für Künstler und Schriftsteller ein Ort zum Aufatmen. Und diese freie Atmosphäre kam kritischen Intellektuellen sicher noch in vielen anderen Staaten zugute.

Doch wirken diese Institutionen im Sinne eines Austausches, der die Weltkulturordnung grundlegend reformiert? Was ist davon zu halten, daß in Zukunft von den Auslandsvertretungen eine enge Zusammenarbeit nicht nur wie bisher mit Wirtschaftskreisen, sondern mit Mediengiganten verlangt wird? So soll beispielsweise auf TransTel (Ableger der Deutschen Welle) zugegangen werden, die heute bereits 230 TV-Stationen in über hundert Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas beliefert. Ziel ist der Verkauf werbewirksamer Produkte (s. IKA Nr. 34/1988, Peter Strack, „Fernsehen in Bolivien").

Hier wird das interkulturelle Abhängigkeitsverhältnis eher verdoppelt. Massenmedien in der Dritten Welt sind ohnehin von fremden Bildern geprägt. Postkoloniale Einwirkungen durch die kommerzialisierte Medienarbeit und Technologien aller Art haben die Lebensbedingungen der Völker in den letzten Jahrzehnten stärker verändert als in Jahrhunderten. Auf dem Gebiet der Massenkommunikation gibt es keine Chancengleichheit mehr. Medien in der Dritten Welt sind heute in der Regel auf fünf große Nachrichtenagenturen (AFP, AP, Reuter, TASS und UPI) angewiesen. Zum überwiegenden Teil ist die Sendezeit der Fernsehanstalten mit Programmen aus Nordamerika und Europa belegt. Erfolg ist die alltägliche Verelendung durch McDonald's, Coca-Cola, Nestlé usw. Unsere Kultur ist eben nicht nur Kunst. Sie setzt sich zusammen aus Technologie, Wissenschaft, Bildung und Wirtschaft. Aspekte, die im übrigen auch die Arbeit der Solidaritätsgruppen begleiten müssen. „Haben wir die Künstler ausgewählt, die es wirklich brauchen?" fragt da selbstkritisch Uli Mercker von der ILA. „Haben wir wirklich der Verbreitung lateinamerikanischer Kultur einen Dienst erwiesen, oder nur dem unstillbaren Bedürfnis hier nach Vereinnahmung von fremden Kulturelementen Genüge geleistet? Wer vereinnahmt eigentlich wen bei einer solchen Veranstaltung, die vom Kulturamt einer mittleren Großstadt wesentlich vorfinanziert wird? Die Veranstalter, die Musiker? Die Stadt, die Veranstalter?"

Fragen über Fragen, die auch Dritte-Welt-Initiativen angehen, die nicht selten genug Kulturveranstaltungen nicht nur aus kulturellem Interesse durchführen. Wenn schon Kultur, dann bitte mit politischem Hintergrund! Die Szene wünscht es so. Doch wehe, über diesen Konflikt könnten auch in der sogenannten „Soli-Bewegung" Bände gesprochen werden.

Uwe Pollmann

Literaturhinweise

Ulrich Mercker, Vereinnahmung von Kultur, in: ila-Info Nr. 111, Bonn.

IKA 34/1988, Schwerpunktthema „Vom internationalen Kulturaustausch", Wiesbaden/Hamburg

Hanspeter Blatt. Entwicklungspolitische Kulturförderung der Bundesrepublik Deutschland, Begriffe, Entwicklung, aktueller Stand; Bonn 1987

Berthold C. Witte, Acht Forderungen für die auswärtige Kulturpolitik der nächsten Jahre, in: kulturpolitische Mitteilungen N/1987, Hagen.

Hansgert Peisert, die Auswärtige Kulturpolitik der BRD, Bonn 1978.

Uwe Simson, Auswärtige Kulturpolitik, als EP, 1975



Kaum „O-Töne" im Radio

Afrikanische Erzähltradition und neue Medien

Die Erzählkulturen Afrikas sterben. Schuld daran sind nicht allein Kultur- und Technologieimporte, die mit der Tradition schwarzer Kulturen unvereinbar sind.

Auch Medien, nicht zuletzt das „Erzählmedium Radio", entfremden die Menschen ihrer Öffentlichkeit und Geschichte.

Wo O-Töne und nicht Geschichten gefragt sind, Statements und pädagogische Aufklärung dominieren, bleibt keine Zeit mehr zum Erzählen. Wolfram Frommlet, Medienexperte und Afrikaspezialist, beschreibt den Niedergang der „oral tradition".

Angepaßte Radioarbeit könnte ihn abwenden. Und das trifft nicht nur für Afrika zu.

In einem Dorf im Süden Zambias sitzt ein alter Bauer auf seinem Holzschemel und erzählt eine Geschichte, die sein halbes Leben umfaßt: Wie er, als Jugendlicher, von zu Hause loszog, barfuß, weil damals in den Dörfern sich niemand Schuhe leisten konnte, mit einem zerschlissenen Hemd und einer Hose als einziger Habe und sich aufmachte weiter in den Süden, in das damalige Southern Rhodesia, eine britische Kolonie wie seine Heimat, das Northern Rhodesia genannte Zambia. Es war die Zeit, als Werber aus den rhodesischen und südafrikanischen Minengesellschaften, im Verbund mit Händlern und Kolonialbeamten, durch die Dörfer im südlichen Afrika zogen, um Arbeitskräfte für die Minen der Weißen zu gewinnen. Sie versprachen Geld und Konsumprodukte, beides unbekannte Dinge in Dörfern wie dem, aus dem der alte Mann stammte. Wo Versprechungen nicht halfen, wurde mit Gewalt nachgeholfen, wurden Dörfer niedergebrannt oder die Bewohner mit einer Kopf- und Hüttensteuer belegt, die sie, weil sie Geld nicht kannten, nur mit Hilfe der Jungen bezahlen konnten, die sich auf Jahre in den Minen im zambischen Kupfergürtel, in den Bergwerken in Rhodesien oder Südafrika verdingen mußten.

Der alte Bauer erzählt, wie er sich seine ersten Schuhe verdiente, wie er zum ersten Mal von Dieben ausgeraubt worden war, wie er, zu Fuß versteht sich, weil es für Menschen wie ihn keine Transportmittel gab, über Wankie und Gwelo, über Bolawayo und Pietersburg in der „Golden City", in der Goldgräberstadt Johannesburg angelangt war und, wie Hunderttausende aus den umliegenden Kolonien, als Wanderarbeiter das Gold aus der Erde holten.

Zu Fuß, längst ein erwachsener Mann, begibt er sich auf den Heimweg, zurück in sein Dorf, ein Bündel Kleider, ein paar kostbare Utensilien, Töpfe und Werkzeuge auf dem Rücken und ein Bündel Geld in den Gürtel eingenäht.

Für dieses Geld, erzählt er stolz, kauft er sich sein erstes Paar Ochsen und einen Pflug. Das ist alles, was als Lohn aus den Minen der Weißen geblieben ist. Wieviel Meilen er gelaufen ist? Er lächelt, das weiß er nicht. „Viele mal hundert, müssen es sein." (Ein Blick auf die Karte später läßt es ahnen: mindestens viertausend Kilometer ist dieser Mann gelaufen, um sich eine kleine Existenz zusammenzusparen.)

Sicher hat dieser alte Mann seine Geschichte abends am Feuer allen im Dorf er-



zählt, so wie zigtausende seinesgleichen ihre Geschichten an die Jungen weitergegeben haben. Geschichten, die ein Teil der Geschichte des Kolonialismus, der Geschichte der „anglo-american corporation" des Reichtums der Weißen und der Armut der Schwarzen sind.

Nur: diese Geschichte ist nicht in den Schulbüchern von Malawi, Zambia, Botswana oder — in vergleichbarer Form, am Beispiel von Plantagenarbeit — in anderen afrikanischen Staaten zu finden.

Zambia verfügt, wie jedes andere afrikanische Land, über eine eigene Rundfunkstation, neuerdings sogar über eine Farbfernseh-Anstalt. Aber Geschichten wie die des alten Mannes sind nie gesendet worden.

Nach dem ewig gleichen Muster

Ein alter Mann sitzt in einem Dorf im Süden Zambias und erzählt...

Nur: dieses Mal ist der Anlaß des Erzählens ein anderer. Ins Dorf gekommen sind zwölf Rundfunkleute, die für das Informationsministerium, für den Landfunk, das Sozial- und Gesundheitsministerium Programme für die Landbevölkerung machen sollen. Die Hälfte kommt aus der nahen Provinz, die andere Hälfte aus der fernen Hauptstadt Lusaka. Mit ihnen der Autor dieser Zeilen, der, mit Mitteln aus dem Bonner BMZ, in Zambia ein Medienprojekt leitet. Drei Wochen leben die zwölf zambischen Journalisten in einem „farmer training centre", um zu lernen, wie Programme aussehen könnten, die nicht, wie in der Vergangenheit, vom Schreibtisch aus für die Landbevölkerung produziert werden, sondern auf Recherchen in der Wirklichkeit beruhen. Alle zwölf arbeiten seit vielen Jahren für den zambischen Rundfunk. Wann sie zum letzten Mal in einem Dorf gewesen waren, kann keiner so genau rekonstruieren.

Über erste Interviews in den Dörfern hatten wir herausgefunden, daß „Wasser" eines der zentralen Probleme für die meisten Dörfer ist: keine Ersatzteile für Pumpen, kein Baumaterial für Brunnen, Gelder verschwinden in den Taschen der Provinzhauptstadt... Wir sind in dieses Dorf gekommen, um uns für „dokumentarische Rundfunkprogramme" möglichst ausführlich die Situation schildern zu lassen. Die Dörfer sind äußerst kooperationsbereit, obwohl sie die Anwesenheit von so vielen Städtern nicht gewohnt sind. Nicht gewohnt sind andererseits die zambischen Kollegen den Umgang mit Bauern: die schildern detailgetreu, was „Wasser" für sie bedeutet — und das ist eben mehr als ein paar technische Probleme. Da geht es um Vieh und Kochen, um die langen Wege und den Zeitaufwand, der dann bei der Feldarbeit fehlt. Die zambischen Journalisten sind den Umgang mit „gebildeten" Entwicklungshilfe-Experten, mit Beamten gewohnt, die auf technokratische Fragen („was soll der Bauer beachten, wer ist betroffen von der Impfkampagne, wo soll der Mais abgeliefert werden...?") ebenso handlich-geradlinige Antworten parat haben. Da braucht im Studio wenig oder gar nicht geschnitten zu werden, ein Statement pro Sendung, Versatzstücke nach dem ewig gleichen Muster — an Anfang, Mitte oder Ende einer Sendung Sprechertext, den Bedingungen einer afrikanischen Rundfunkanstalt angemessen: es fehlt an Bandmaterial, an Technik und Personal und erst recht an einer journalistischen Ausbildung, die Sendungen erlauben würde, die in Form und Inhalt den Problemen und Lebensweisen der Zielgruppen angepaßt wären.

Wenngleich ausgestattet mit ausreichend Bändern, Batterien, Mikrofonen und Notizblöcken — bei den ersten Besuchen in Dörfern hatten, auch in vielen späteren Kursen, die zambischen Kollegen eine Angewohnheit, die ich im Laufe der Jahre auch in anderen afrikanischen und asiatischen Ländern staunend registrierte: wenn sie fünf, maximal zehn Minuten „O-Ton" hatten, schalteten sie die Tonbandgeräte ab, klappten die Blöcke zu, wurden unruhig und hörten nur noch mit schlecht gespielter Höflichkeit zu.

Unser Dorf im Süden Zambias.

Längst haben die zwölf Rundfunkleute das Gefühl, mehr als genügend „Interviews" zum Thema Wasser bekommen zu haben. Sie haben die Tonbandgeräte abgeschaltet. Bauern neigen nicht zu Statements. Wenn sie erst einmal überzeugt sind, daß es sich mit den Städtern zu reden lohnt, dann erzählen sie, sind dann in der Position dessen, der das Gespräch bestimmt, nicht primär Interviewte, Abgefragte.

Der alte Bauer setzt sich neben uns, rückt seinen Schemel zurecht und erzählt seine Geschichte, die sein halbes Leben umfaßt...

Aber niemand schreibt mit, kein Band wird wieder angestellt. Oral history, oral traditions. Eine der großen Kulturformen Afrikas bleibt undokumentiert, wie so oft auf diesem Kontinent.

Warum, frage ich die Teilnehmer des dreiwöchigen Trainings, habt ihr diese einzigartige Möglichkeit, erzählte, gelebte Geschichte zu dokumentieren und sie über das Medium Rundfunk weiterzugeben, nicht wahrgenommen?

Wir sehen, antworten sie, keine Verwendung dafür: in die Gesundheitsprogramme paßt diese „Erzählung" nicht, nicht in die Programme des Sozialministeriums, die sich mit „heutiger" Gemeindeentwicklung (community development) befassen sollen, nicht in die Programme des „rural information service", weil die möglichst pädagogisch sein sollen, konkrete Anleitungen für Bauern...

Es gibt keine Programmformen für „Geschichten", und vor allem redet der alte Mann viel zu ausufernd, zu lange für die meist nur zehn, fünfzehn Minuten langen Programme, die, entsetzlicher Begriff, eine „development message", eine entwicklungspolitische Botschaft haben sollen. In solchen Konzeptionen ist Erzählen unpassend, weil kein Raum mehr bliebe für den „pädagogischen" Kommentar, weil in diesen Konzeptionen O-Ton nur bedeutet: Statement. Dieser alte Mann hat keine Statements erzählt, sondern schwere, schleppende Geschichten, Teile der Geschichte seines Landes.

Was heißt denn erzählen in Afrika?

Gängige, eurozentrische Pauschalisierung: Afrika. Hunderte von Kulturen, Sprachen, wenngleich eine, en gros sehr ähnliche Kolonialgeschichte.

Von den arabischen Ländern und wenigen Ausnahmen südlich der Sahara abgesehen, wie Äthiopien beispielsweise, kennt Afrika außerdem keine Tradition der Schriftsprache. Daß dieser Kontinent bis zur strategischen Ausbreitung des Kolonialismus aber komplexe Überlebensformen, unter Bedingungen der Kalahari wie des Sahel oder der Regenwälder Zentralafrikas hervorbrachte, hat sich, wenngleich zögernd, selbst in Europa herumgesprochen. Viehzucht, Landbau, Eisenhandwerke, Eisenschmelzen, Schiffsbau in Westafrika, die Kulturformen der Lehmarchitektur, der Medizin, der Musik, des Tanzes und afrikanische Theaterformen haben, in

Ermangelung von Schrift, eines extrem hohen Stellenwertes von Erzähle n, von mündlicher Überlieferung bedurft.

Erzählen war die Form des Lernens wie der Unterhaltung in allen afrikanischen Gesellschaften:

Die verheirateten, oft die alten Frauen, weisen die jungen Mädchen in die Initiationsriten, in ihre Rolle, ihre Aufgaben ein; gleiches gilt für die Initiationsriten der Jungen, so unterschiedlich sie in den einzelnen afrikanischen Gesellschaften sind. Oft wochenlange Abgeschiedenheit vom Rest des Stammes, des Clans, brauchen die ausführliche verbale Vermittlung von Wissen, von Kulturtechniken.

Verbal überliefert wird bis heute, von Person zu Person, das enorme Wissen der „traditional healers", deren medizinische Fähigkeiten erst in jüngster Zeit von der WGO, der Weltgesundheitsorganisation, anerkannt wurden. Dieser lange als „Zauberdoktoren" verspottete Berufsstand hat seine jahrhundertealten Kenntnisse nur dann „erzählt", wenn das Gegenüber einen relevanten Status in der eigenen Gesellschaft hatte. Westliche Pharmagiganten versuchen inzwischen, mit Hilfe von Ethnologen und vorgeschobenen „Entwicklungshilfeprojekten" diese Weisen ans Erzählen, ans Ausplaudern zu bringen.

Mit dem Vordringen der Missionare war der erste Schritt zur Verschulung Afrikas getan. Schulen kannte Afrika vorher in der Tat nicht. Die Separation der Schule von der Gemeinschaft war weder sinnvoll noch nötig. Die Schule war das Dorf, die Gemeinschaft. Lernen und leben, lernen und handeln gingen ineinander über, ohne fachspezifische Einteilung, ohne Alterstrennung, ohne Zäsuren, primär über das Medium Erzählen.

Erzählen als Kunstform

Afrikas „oral literature" kennt viele Arten der Vermittlung, zahllose Formen, Strukturen, Konstellationen.

Wohl jede afrikanische Gesellschaft hat außerdem ihre Märchen und Mythen, ihre Legenden und Parabeln über die Alten weitergegeben: vor altersspezifischem Publikum, dem Clan, je nach Anlaß. Doch neben dem beliebigen „Laien" findet sich wohl in jeder Region Afrikas (zu einem erheblichen Teil trifft dies übrigens auch für die asiatischen Kulturen zu) in einem Dorf, zumindest einem Dorfverbund, der/die Erzähler/in.

Sie gehen alle einem „normalen" Beruf nach, leben nicht vom Erzählen. Sie besitzen einen großen gestischen und stimmlichen Reichtum, und die Fähigkeit, epische Geschichten dramatisch zu gestalten: mit Pausen, Blicken, mit stimmlicher Imitationsgabe, mit einem Sprachschatz, der bildhaft wirkt, Spannung erzeugt, Atmosphäre, Faszination, aber im Gegensatz zu „westlichen" Kunstformen durch seine schlichte Sprachschönheit dicht am Publikum bleibt. Erzähler, die es zu Autorität gebracht haben, erzählen nie „geradlinig" eine Geschichte, sondern lassen sich auf ihr Publikum ein: wenn gelacht wird, wenn (möglicherweise für die falsche Figur) das Publikum Sympathien kundtut, seine Spannung nachläßt, Kinder Angst haben, den Ausgang durch ein richtiges Eingehen des Erzählers erraten sollen (und aus ihrer möglicherweise falschen Schlußfolgerung lernen sollen), wenn ein „Lokalkolorit" nötig ist, um die Geschichte, den Mythos, die Legende für die Zuhörer lokal übertragbar zu machen...

Vor allem in westafrikanischen Staaten, in westafrikanischen Gesellschaften findet man — bis heute übrigens — den professionellen Erzähler. Ein Berufsstand, der hohe künstlerische Fertigkeiten und eine lange, intensive Bildung (Ausbildung ist ein nicht sehr treffender Ausdruck) erfordert: das Beherrschen eines Instruments, der Cora, wie im Falle des Griot, einer Mischung aus Sänger, Dichter, Musiker; häufig die Fähigkeit, mit Sprache künstlerisch-gestaltend umzugehen, in Sahel-Ländern wie dem Niger die Einbindung des Erzählers in eine Art Orchester, in Tanzformen, in theatralisch-musikalische Elemente.

So unterschiedlich die Präsentationsformen literarischer Erzählformen und -inhalte in Afrika sind, eines haben sie doch gemein: **daß sie Modell sozialen Verhaltens bzw. sozialen Fehlverhaltens, daß sie moralische Werte und politische Parabeln über Macht und Unrecht, über die Arroganz oder Gierigkeit des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft transportieren.** Die „Weisheiten" der oralen afrikanischen Literaturen, ob sie über Tiere, Menschen, Gottheiten vermittelt werden, die „Weisheiten" sind fast immer auf mehreren Ebenen rezipierbar: auf Alltagssituationen bezogen, auf die Herrschenden, als „abstraktes" Nachdenkmuster über den Umgang untereinander — und das macht sie sinnvoll für viele Anlässe, für viele Alters- und Zielgruppen. Aus ihnen läßt sich, unterhaltsam und poetisch, über das Wesen von Tieren, über den Umgang (den schonenden!) mit der Natur, über positives kollektives Bewußtsein ebenso etwas lernen wie über Macht, über List gegenüber den Herrschenden und über den Witz der Schwächeren.

Wird überhaupt noch erzählt?

Erzählen ist längst keine ungebrochene Tradition mehr. In ständig mehr Bereichen verschwindet Erzählen oder kommt nur noch rudimentär vor. In der nachkolonialen Phase Afrikas sind mehr Erzählstrukturen zerstört worden als unter der Kolonialzeit.

Die Kolonialsprachen wurden zu offiziellen Amtssprachen, auch zum Unterrichtsmedium städtischer wie ländlicher Kinder. Die francophone afrikanische Elite, mehr noch als ihr anglophones Pendant, verachtet jeden, der kein makelloses Französisch spricht. Nicht nur die Sprache wurde übernommen, auch das gesamte Denksystem: die Schulbücher, die Curricula, die Lehrer (und heute zumindest noch die Ausbilder für die Lehrerbildung) kamen und kommen aus den Zentren Europas; statt afrikanischer Mythen und Legenden nun die „mot- goose"-Reime, die Kinder lernten nicht die Namen der großen Haussa- oder Zulu-Reiche, die Namen der ersten afrikanischen Widerstandskämpfer wie Monomotapa, sondern die Liste der Tudors, Cromwells, der Louis' und Georges. Sie erfuhren, daß die Maschinen in Europa erfunden worden waren. Sie erfuhren nicht, daß dies tausend Jahre oder mehr war, nachdem die ersten Afrikaner Erz geschmolzen hatten und in afrikanischen Städten wie Timbuktu die ersten Universi-



Zwölf Rundfunkleute kamen ins Dorf...

täten der Welt, ohne britische oder französische Hilfe, entstanden waren.

Das alte System des Lernens, in dem die Umwelt, die verschiedenen Generationen, der Arbeitsalltag das Lernumfeld bildeten, wurde ausgetauscht gegen ein europäisches Modell: Schule mit Zensuren, die es in der afrikanischen „Schule des Dorfes" nie gab; Schule, getrennt in Altersstufen, wo in der afrikanischen „Lernwelt" die verschiedenen Generationen nahtlos voneinander profitieren; Schule getrennt von der Wirklichkeit. Denn gelernt werden sollte nicht, was die jungen Staaten wirklich gebraucht hätten, sondern was benötigt wurde, um die nach-kolonialen Strukturen mit mittleren einheimischen Kräften aufrecht zu erhalten.

Der herrschenden Elite war es recht so, weil sie diesem Bildungssystem den eigenen Aufstieg, den Luxus, die Macht verdankte. **Diese Eliten hatten nichts am Hut mit ihrer eigenen Kultur: das Stichwort**

Der alte Bauer erzählt, wie er sich seine ersten Schuhe verdiente...

hieß und heißt „Entwicklung". Entwicklung als Modernisierung, als Fortschritt, als Technologie. Was hatten sie mit „Erzählen" noch zu tun?

„Nach vorne blicken"

Wie oft hörte ich von afrikanischen Politikern, Beamten und selbst Medienkollegen „wir wollen nach vorne blicken, nicht ewig an unsere Entwürdigung erinnert werden, wir wollen der Welt und uns ein neues Bild von Afrika bieten — Erfolge, Leistungen, Entwicklung, nicht den getretenen, geschundenen Afrikaner von gestern." Das ist ein Afrika ohne Geschichten, ohne Erzählen, ohne Erzählungen.

Denn „oral history" hätte ja bedeutet, von den Alten zu erfahren, wie ihre einst blühenden, diversifizierten, jedem Klima angepaßten Landwirtschaften funktionierten, wie sie systematisch zerstört worden waren; es hätte bedeutet, von den Leiden und der Ausbeutung in den Minen, den Bergwerken zu hören; von den Zeiten, als mit traditioneller Medizin weniger Menschen gestorben waren als in den Ghettos der maroden Hauptstädte heute. Oral history hätte ja auch bedeutet, über die Missionare mehr zu erfahren als nur, daß sie einige wenige auf die Schulen geschickt hatten.

Auf die Erzählungen zu hören, sie zu dokumentieren, in Schulbehörden abzudrukken, über die Medien zu verbreiten, hätte ja geheißen, den Glauben an den Sieger und seine wundervollen Attribute, vom Baguette in Kamerun bis zur Worcester Sauce in Nairobi, in Frage zu stellen. Sollten wirklich die Jahre im Ausland, die elterlichen Entbehrungen für das Schulgeld, der Verlust der eigenen Kultur, umsonst gewesen sein?

Und überhaupt: wo wurde denn primär erzählt? Auf dem Lande. Die Landbevölkerung jedoch galt und gilt als renitent, als der Regierung gegenüber illoyal, als rückständig und unterentwickelt: sie weigert sich, moderne Produktionsmethoden anzunehmen, sich anders zu organisieren, mit Geld umzugehen, ist skeptisch gegen alles, was aus der Stadt kommt. Warum also sollten deren Erzählungen weitergegeben werden, erhalten bleiben?

Was Kultur war und ist, bestimmt in den postkolonialen Gesellschaften Afrikas die städtische Elite, und ihre Werte sind eine permanente Zementierung (in des Wortes doppelter Bedeutung) ihrer Verachtung der ländlichen Bevölkerung, der „ungebildeten" städtischen Massen, der Armen und der Tradition schlechthin. Das Land lieferte die Arbeiter für die Minen, für das Agrobusiness, die Hausangestellten der Reichen, die Angestellten der Bürokratie und hatte nie etwas dafür erhalten. Warum sollte die Landbevölkerung den Städtern trauen?

Erzählstrukturen aber wurden auch noch aus anderen Gründen zerstört, gerieten in Vergessenheit: schon wächst in den Großstädten Afrikas eine Generation heran, teilweise gar die zweite, die keine Märchen, keine Legenden, keine Mythen mehr kennt, die aufwächst ohne die Erzählungen der Alten.

Die neue städtische Mittelklasse will ihren (relativen) Luxus ohne den großfamiliären Anhang genießen, die Mieten, die Preise für Bungalows der Aufsteiger würden solche Familien, die die Alten einschließen, gar nicht erlauben. Die Alten ziehen sich, wenn sie es zu etwas gebracht haben, am Ende auf eine kleine Farm auf dem Land zurück. Wenn sie es zu nichts gebracht haben, in eine Hütte im Dorf, mit ein paar Habseligkeiten versehen, denn die städtischen townships, die compounds der Hunderttausende haben keinen Platz, kein Gefühl für Alte ohne Rente, ohne Arbeit.

Die Land — Stadt Migration hat ein tiefes Loch gerissen in traditionelle Erzählformen. Die Städte aber haben für die Massen neue „Erzählorte" geschaffen — die Kinos mit ihrem westlichen Kulturmüll, Bond & Karate, Spencer & Western, japanische, US-amerikanische Medienpenetration, Billig-Geschichten, Ablenkung von der politischen Realität der jeweiligen Eliten, Ablenkung von der Misere der Arbeiterklasse, der „house boys", der kleinen „accountants". So wird der Bruch mit den Traditionen noch größer.



Welche Rolle spielen die Medien

So wie die städtischen Prestige-Institutionen, das „University Teaching Hospital", der Universitäts-Campus, die Bürokomplexe entlang der „Independence Avenue" Fortschritt, Aufstieg, Anschluß der einst Getretenen an „die oben" symbolisieren mußten, so mußten auch die neuen Medien der unabhängigen Staaten den Anschluß an die Moderne, den Sieger, dem man auf

dem Wege war, ebenbürtig zu werden, repräsentieren: die nationalen Zeitungen in den ehemaligen Kolonialsprachen – die Titel ein direkter Abklatsch aus London, Paris, die Konzeption „die kleine Schwester" – Weltpolitik, Frauenseite, Nachrichten vom Präsidentenpalast, Rätsel, Quiz und Fortsetzungsroman.

Medien wurden ein Instrument der Herrschenden, auch wenn es in den Verlautbarungen der jeweiligen Informationsministerien anders klingt: sie sollen ein Instrument der Aufklärung der Massen, ein Mittel der Bildung und der nationalen Einigung sein, die gewählten Führer bieten in ihnen Beispiele der (so heißt es wörtlich!) „national guidance", der nationalen Führung... usw.

Das Volk kommt nicht vor, wie könnte es auch? Fast alle Journalisten erhalten ihre Ausbildung an Universitäten, Instituten oder Akademien in Europa, den USA oder in Osteuropa. Gestaltung, Gewichtung von Inhalten, Relevanz von Informationen lernen sie nach europäischen Maßstäben, nicht aus der Sicht des Bauern, des Händlers, des Arbeiters, einer Krankenschwester auf dem Lande, eines Lehrers zu Hause.

Sitz der Zeitungen ist immer die Hauptstadt. Um an die Menschen auf dem Lande, in den Kleinstädten heranzukommen, fehlt es an Transportmitteln, mehr noch aber am Kulturverhalten – wie kann ein Journalist, der die nationalen Sprachen gar nicht mehr spricht, sie nicht täglich benutzt, der das Leben der Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr aus eigener Anschauung kennt, anderes tun, als formalisierte Interviews inszenieren, wie könnte er Menschen, deren Kultur er nicht mehr verkörpert, zum Erzählen bringen, statt zu Skepsis und Verschlossenheit.

Radio als Instrument des Lernens

Nicht viel anders die Situation in den staatlichen Rundfunkanstalten. Die Nachrichten und politischen Magazine sind das Sprachrohr der Regierenden. Jedes Statement vom Präsidenten bis hinab zum Provinzgouverneur kauen sie wieder. Die entwicklungspolitischen Konzepte, Strategien, Rezepte und Diskurse sind – mehr als in die nationalen Zeitungen – in die Rundfunkanstalten eingeflossen.

Rundfunk wurde zum kompletten Lernpaket für die angeblich jeglichen Wissens, jeglicher Bildung entbehrende Bevölkerung. Parzelliert in die „Entwicklungsprioritäten" der einzelnen Ministerien wurden 5-Minuten-Spots, Magazine und Kurzfeatures für alles und jeden geschaffen, was unter „entwicklungsrelevanten Zielgruppen" einzuordnen ist: Klein- und Mittelbauern, „extension workers", Frauen, Mütter, Schulen, Gesundheitsprogramme, „community development" Programme, – die Liste ist endlos, aber: kein Ministerium, dessen Medienabteilung mit der eines anderen zusammenarbeitet.

Das Fazit: Abgehoben von der ländlichen Wirklichkeit „versenden" sich die Botschaften. Denn auf dem Lande ist das Leben komplex und miteinander eng verbunden. Die Medien sprechen immer nur von einer Sache, ohne Bezug zum Gesamten, Geredet wird von Kleinvieh, von Vieh, von Wasser, von Krediten, von Impfungen, von richtiger Ernährung etc.

Das Radio als ein Instrument des Lernens zu benutzen, ist ja nichts Negatives. Nur in den mir geläufigen afrikanischen Radioprogrammen, kein Bauer, kein Handwerker erzählt mehr die gesamte, langwierige, komplexe Entwicklung eines Dorfes, die Veränderung von Produktionsformen, erzählt, wie er motiviert wurde, etwas zu ändern, Innovationen auszuprobieren. Keine Krankenschwester erzählt, ausführlich, nachvollziehbar, mit allen Problemen, wie ein ländlicher Krankenposten aufgebaut wurde, die Skepsis der Menschen abgebaut, Vertrauen zu einer neuen Institution geschaffen werden konnte. Niemand beschreibt, erzählt Prozesse des gegenseitigen Lernens, erzählt von Rückschlägen, Fehlern in neuen Entwicklungen, erzählt gar von früher, so daß auch historische Vergleiche möglich wären. Radio heißt Pädagogisierung von oben, Anweisungen, Zeigefinger, Schreibtisch-Skripte, „Experten" und Ministeriumsvertreter, die in handlichen Statements, abrufbar auf das Sprecher-Stichwort, den besserwisserischen O-Ton liefern. Wenn wirkliche Menschen, wenn O-Ton „vor Ort" vorkommt, dann sind die „Zielgruppen" aus ihrem Zusammenhang gerissen, nicht mehr, wie in der Tradition des Erzählens, als identifizierbare, nachvollziehbare, glaubwürdige Person erkennbar, sondern in themengerechte Interview-Antworten zerstückelt.

Menschen „vor Ort" werden auf 30 Sekunden reduziert, sie haben keine Geschichte, keine Geschichten mehr, sondern sind Versatzstücke, Beweismaterial für die pädagogische Aktion des Journalisten: Impfexperten, Gesundheitsbeglückte, Klinikbesucher, Tabakzüchter, Kleinkreditler. Und sonst nichts.

Weil keine ganzen Personen mehr sprechen, sondern nur noch Teile von ihnen, Requisiten für themenspezifische Sendungen, gibt es keinen Beweis, daß „radio and development" auch nur das Geringste bewirkt hätte. Ein Beispiel zur Verdeutlichung:



„Menschen vor Ort"

Die „Geschichte" ist zu lang

Im Rahmen des zambischen Medienprojektes planen wir, mit einer Gruppe zambischer Rundfunkjournalisten, eine (oder mehrere) Sendungen zu einem sehr jungen Bereich der Landwirtschaft zu machen, der für Regierung, Gesundheits- und Landwirtschaftsministerium und eine holländische Hilfsorganisation die Rettung der Nation zu sein scheint: der Aufbau von Milchwirtschaft, die Ausbildung von entsprechenden Bauern.



Popular Theatre irgendwo in Zambia

Besuch des „dairy training centre". Technische Fragen, technische Informationen. Besuch eines Bauern, „der es geschafft hat" und Milch für die nahe Hauptstadt produziert. Die zambischen Kollegen löchern den Mann mit Fragen. Er hat eine brillante Didaktik, erklärt, gerade für Laien, logisch und lückenlos, wie man einen reinen Milchbetrieb aufbaut. Ende des Besuches. Abhören der Bänder. Ein Sendekonzept scheint allen klar: von der Besamung bis zur Milch. Wenn das keine pädagogisch stringente Sendung ist.

Ich melde Zweifel an. Die Regierung, das Ministerium, die Holländer wollen mehr Bauern gewinnen, motivieren, sich zum Training zu melden, den ersten Schritt (mit ausländischer Kredithilfe) zu riskieren.

Was also wäre sinnvoller, als unseren Bauern Haimbe zu fragen, was er denn vorher gemacht habe, was ihn motiviert habe, in dieses Experiment einzusteigen. Was er eigentlich erzählen müßte, meinte ich, wäre eine Lebensgeschichte, an der andere potentielle Milchbauern die ihre vergleichen könnten und sich dann vielleicht ähnliches zutrauten.

Wir besuchen ihn ein zweites Mal. Bauer Reuben Haimbe erzählt, in einem großen Atem, voller Intensität und wundervoller Details, eine Lebensgeschichte, die sich nicht nur wie ein Kreis schließt, nicht nur haargenau in des Präsidenten Aufruf „go back to the land" paßt, sondern eine kleine Lektion in nationaler Geschichte ist: Wie er, eines von vielen Kindern eines armen Kleinbauern, von den Erwachsenen hörte, daß man, weit weg im Kupfergürtel, Geld verdienen könnte, weil es im Minengürtel Zambias nicht genug landwirtschaftliche Produkte gebe. Da begriff er, zum erstenmal, warum Kindern erzählt wurde (ein Gerücht, das sich bis heute hält, weil kaum einer die Gründe „erzählt" bekam), daß Eier schädlich für sie seien. Die wurden nämlich an die Minenarbeiter verkauft und die besser verdienenden Angestellten. Und so machte er sich auf, bepackt mit soviel Körben wie er tragen konnte, lief zwei, drei Tage in den Kupfergürtel, verkaufte seine Eier und gab das Geld den Eltern. Mit diesem Geld war es ihnen möglich, ihm Schuhe, eine Schuluniform und einen Schulplatz zu kaufen... Dann der Weggang vom Hof, die Hoffnung auf das große Geld in den Minen; wie er erst abgelehnt wurde, zu jung war, beim Postamt Briefe sortierte, sie so schnell sortierte, daß er sich ein Fahrrad leihen konnte, so viele Briefe austrug, daß er sich ein eigenes kaufen konnte, von den Hunden der Weißen gebissen wurde, endlich, über einen Onkel als „Referenz", unter Tage angenommen wurden Hoffnung und Wirklichkeit Schicht für Schicht miteinander vergleichen konnte, sein Leben in diesem verfluchten Kupferbergbau sah, bis er eine Anzeige las, „Ausbildung zum Milch-Landwirt...". Da wurde ihm klar, er gehört nicht in die Minen, sondern aufs Land, von dem er kommt, leiht sich einen guten Anzug, fährt nach Palabana, eine Stunde vor Bewerbungsschluß, wird angenommen... Beschreibt, wie er seine Familie nachholt, ein Haus, einen Hof baut, Stück um Stück, redet über sein Selbstvertrauen, das er erst jetzt wieder findet... Redet und erzählt, was man in keinem Schulbuch in Zambia findet.



Themen werden „vor Ort" gefunden

Als es zur Produktion von zwei Sendungen kommt, entscheiden alle zambischen Journalisten, daß Haimbes „Geschichte" zu lang sei, daß „nur ein Minister so lange im Rundfunk reden darf, nicht aber ein kleiner Bauer, daß seine Geschichte vielleicht in den Schulfunk passen würde, nicht aber in den rural information service."

Kommt immerhin in einem afrikanischen Rundfunkprogramm gelegentlich noch ein „Erfolgsbauer" vor, zurechtgeschnitten freilich zur Unterstützung der von oben ausgedachten Entwicklungsstrategien, so wird die Verachtung gegenüber Alltagserfahrungen, gegenüber dem, was mit „erzählter Wirklichkeit" zu tun hat, am deutlichsten in den (austauschbaren) postkolonialen Schulsystemen: selbst im entferntesten Dorf wird die Lebenserfahrung der Schüler gebrochen, mit Leer- statt Lehrinhalten, mit einer „fremden" Sprache, mit Drill und der vollkommenen Isolation von außen: kein Bauer, kein Handwerker, kein „healer" wird je in das geschlossene afrikanische Schulsystem eindringen dürfen und das Dozieren von schulischem Fremdgut mit „Erzählen aus der afrikanischen Wirklichkeit" konterkarieren können.

Auf der Suche nach der Tradition — Versuche, das Erzählen wiederzufinden

Die systematische Zerstörung afrikanischer Strukturen ist weder in Regierungspalästen noch in den Verwaltungsetagen westlicher „Hilfsorganisationen" in ihren schrecklichen Konsequenzen länger zu übersehen: im Kollaps der Landwirtschaften, dem Erziehungssystem, das täglich mehr Arbeitslose produziert, in der verfallenden Moral der Städte, in den Ruinen des Technologietransfers, um nur einige Bereiche zu nennen.

Die Krise, vor allem im weitesten Sinne von Kultur, hat an den afrikanischen Universitäten, unter Intellektuellen, unter Schriftstellern, Künstlern und, vereinzelt wie im Falle von Burkina Faso beispielsweise, selbst unter jungen Militärs, Alternativen provoziert:

Afrikas Geschichtsschreibung ist schließlich durch Afrikaner selbst revidiert, grundlegend neu geschrieben worden: Joseph Ki-Zerbo, Basil Davidson, Walter Rodney oder Ali Mazrui. Die Kulturleistungen „von unten" wurden neu entdeckt und damit der Wert der „oral histo-

ry", der „oral traditions", der „oral literature", der Zeugen aus dem Volk, die Stimmen derer, die früher gehört worden waren.

Die Einführung afrikanischer Sprachen, wie Suaheli in Kenya und, in weit stärkerem Maße noch in Tanzania, ist über das Experimentierstadium seit Jahren hinaus: selbst Bürokratie, Verwaltungen und Teile der Universitäten haben diese Sprache auf ihre Bedürfnisse adaptiert. Das hat eine demokratische Kommunikationsbeziehung zwischen oben und unten ermöglicht, hat sich auf das Selbstbewußtsein der „einfachen" Leute ausgewirkt. In tanzanischen Zeitungen findet man täglich Gedichte, Erzählungen, kleine Geschichten aus dem Volk, in Suaheli.

Eines der erfolgreichsten Medienexperimente in Afrika findet man in Kenya, in vergleichbarer Weise auch in Tanzania: „Rural Press", ländliche Zeitungen in Suaheli, dezentral in den Provinzen hergestellt, kein Abbild der verwestlichten Hauptstadt-Blätter, sondern in angemessener, einfacher Technik hergestellte Zeitungen in 14-tägigem Rhythmus, die lokale Probleme und Sorgen, lokale Entwicklung, lokale Geschichte für die ländliche Bevölkerung schildern.

Mehrere der kenianischen „Landzeitungen" haben eine Sparte, die sich „Ich erinnere mich" nennt:

Zeitzeugen, Alte, werden von den Mitarbeitern dieser Blätter aufgesucht, um den Jüngeren, der heutigen Generation lokale Geschichte, das nationale, das regionale Kulturerbe zu erzählen. Mal erzählt der alte Chief von der Ankunft der ersten Missionare, mal eine alte Frau über Speisen und Rezepte, die gesünder wären als die heutigen, wenn man nur wieder vergessene Getreidesorten anbauen würde. So bekommen Dörfer und Regionen und ihre Menschen wieder ein Gesicht, eine Identität, werden die alten Zeiten, die alten Werte mitteilenswert, aufgewertet, und inzwischen sogar als Unterrichtsmaterial in den Schulen verwendet. Erzählen wird für ein neues Medium gerettet, nachdem Generationen lang diese Menschen in keinem Schulbuch, keinem Rundfunkprogramm, keiner (englisch-sprachigen) Zeitung vorgekommen waren.

Revidiert wurden in vielen Ländern Afrikas auch die Alphabetisierungskampagnen: weil mit Sprachmustern und Lehrmethoden „von außen" gelernt wurde, blieb der Erfolg aus. Die Inhalte und Methoden waren für die des Lesens Unkundigen nicht auf ihre Wirklichkeit anwendbar. Heute wird vielfach unter dem Begriff der „functional literacy" die Lebenserfahrung der Lernenden zur Grundlage des Unterrichts: Sprache, Begriffe, Lesevorlagen sollen der unmittelbaren Umgebung der Analphabeten entstammen (eine Methode, die vor allem von Paolo Freire entwickelt wurde und bei der Literarisierung in Angola und Mocambique benutzt wurde). Richtig verstanden heißt „functional literacy", daß Erzählen in der Erwachsenenbildung einen neuen Stellenwert erfährt — die Lernenden erzählen, was ihnen wichtig ist in ihrem Alltag, aus diesen Erzählungen werden Begriffe, später Sätze und Wendungen ausgewählt, zu einem späteren Zeitpunkt schreiben die „Schüler" aus ihrer Wirklichkeit Texte, die für sie unmittelbar einsichtig, nützlich und verwertbar wären: also „funktional". In Kenya, Tanzania oder Mali schreiben sie, mit Hilfe der Lehrer, zum Beispiel Briefe, Anfragen zu lokalen Problemen und Sorgen an „ihre" ländlichen Zeitungen.

Eine Reflektion des Gesprochenen, des Wortes von Erzählten für „Kulturprodukte" fand in den letzten Jahren in mehreren Medien- und Kulturbereichen statt: Die beiden senegalesischen Filmemacher(in) Ousmane Sembène und Safi Faye, um nur zwei besonders herausragende Beispiele zu nennen, haben für ihre Spielfilme wie ihre semidokumentarischen Filme besonders ausführlich die Sprachgesten, das Sprachverhalten, die Kommunikationsformen des Volkes, die Sprachverhalten unter verschiedenen Schichten und Klassen studiert und so umgesetzt, daß ihre Filme für ein afrikanisches Publikum zu einem Erkenntnisprozeß über sich, über seine Geschichte werden konnten. Die Filmemacherin Safi Faye hat einen erheblichen Teil ihrer Produktionen an Originalschauplätzen, in Dörfern Westafrikas, und großenteils mit Laiendarstellern gedreht. Kein Wunder, daß manche dieser Filme für ein europäisches Publikum schwer zu rezipieren sind — weil ausführlich palavert, erzählt, mit der ganzen Kraft der Sprache miteinander umgegangen wird. Einer Sprache, die die Sterilität und Gelacktheit der postkolonialen Sprachhülsen der städtischen Eliten rasch desavouiert (und nicht ohne Grund werden diese Filmemacher in ihrer Heimat bislang nicht gefördert!).

Die Erfahrungen mit der Kulturzerstörung, die Rückbesinnung auf die oralen Traditionen hat eine Reihe afrikanischer Schriftsteller grundlegend in ihrer Arbeitsweise verunsichert: den kenianischen Autor Ngugi Wa' Thiongo zum Beispiel (der heute in London im Exil leben muß). Als er, eine Autostunde von Nairobi entfernt, Ende der siebziger Jahre anfing, ein Volkstheater für Bauern (und mit Bauern) aufzubauen, fing er gleichzeitig an, mit ihnen die Stücke zu entwickeln: aus ihren Erzählungen, aus ihren erzählten Wünschen, Sorgen, Hoffnungen, ihrer meist unbekannten Geschichte. Was entstand, waren nicht mehr isolierte Schriftsteller-Stücke, sondern Bühnenfiguren mit solcher Kraft und Wirkung, von solcher politischen Mobilisierungsfähigkeit, daß die Regierung in Nairobi das Theater verbieten und schließlich von der Armee niederreißen ließ. Die Konsequenz für Ngugi Wa'Thiongo war, sich vorzunehmen, künftig nur noch zuerst in seiner Landessprache Kikuyu zu schreiben, und erst auf dieser Grundlage ins Englische zu übersetzen.

Interesse an „oralen" Traditionen

Volkstheater, ein „popular theatre" ist in vielen Teilen Afrikas zu einer regelrechten Bewegung geworden. Das Konzept ist in einer Reihe von Ländern — Zambia, Zim-

Die Journalistin Catherine N'Diaye reiste aus Paris auf Besuch in ihre Heimat, den Senegal. Nachher entstand eine Sammlung von Beobachtungen und Überlegungen zum dortigen Alltag. Daraus übersetzen wir folgendes Beispiel selbstbewußten Mediengebrauchs:

Radio:

Der „Alte" klebt mit einem Ohr am Radio.

Gestern ist der Bengel von nebenan los und hat ihm dieses tragbare Radiogerät gekauft, als Dank für ein Halbjahr Nachhilfeunterricht jeweils nach der Schule. Das Gerät ist ein knallgelber Mickey-Maus-Kopf, dessen Ohren als Antennen ausgezogen werden können und bei dem die Frequenzanzeige — wenn man sie verändert — die Augen des Tieres (zwei Glaskugeln, mit Einteilungen) flackern läßt.

Djiby, „der Alte"[1], ist mein Freund[2]; wir reden oft noch lange nach den Mahlzeiten, und wenn wir merken, daß wir, der Spirale des Redens folgend, in Philosophisches abzurutschen drohen, scherzen wir: eine Kumpanei zwischen uns, um falsche Tiefe zu vermeiden, ein stilles und sehr kontrolliertes Korrigieren. Djiby ist ein weiser Hüter der Traditionen — einer von denen, die sie in sich überdacht haben, sie bewahren oder schützen aus irgendwelchen Gründen, die sie dafür zu finden gewußt haben.

Jetzt lauscht er, unbeweglich auf den Fersen hockend, als ob aus dem Minitransistor ein vertrauliches Flüstern dringt; die Stimme, die herausquillt, ist eintönig: offensichtlich eine besondere Verlautbarung. Das zweite Frühstück[3] ist schon vorbei, und Djiby sitzt noch immer über den kleinen Kasten gebeugt, immer noch genauso... konzentriert. Schon über eine Stunde bewegen sich die Mickey-Maus-Ohren über seinem Kopf, wenn er die Antenne ausrichtet.

„Was ist denn das für eine Litanei?"

„Die Todesanzeigen" antwortet er mir.

Djiby darf keine Trauermeldung für einen entfernten Verwandten, einen Freund, einen Schulkameraden verpassen. Ich setze mich neben ihn, um an einer Englischhausarbeit zu knobeln, die mir meine Nichte sehr geschickt untergeschoben hat; währenddessen wiegt sich Djiby auf seinen Fersen.

Eine solche Hartnäckigkeit amüsiert mich, und erfüllt mich gleichzeitig mit Freude. Wirklich, die einzige Genugtuung, die man haben kann, wenn man sieht, wie die

babwe, Botswana, Tanzania, Ghana, Nigeria – sehr ähnlich: gespielt werden keine am Schreibtisch entworfenen oder entstandenen Stücke, geprobt wird nicht unter Ausschluß des Publikums bis das Stück steht. Die Themen für die Stücke werden mit dem künftigen Publikum „vor Ort" gefunden, ausgewählt und im folgenden in den einzelnen Dramatisierungsschritten immer wieder diskutiert, vorgespielt, revidiert. Zwei Beispiele sollen verdeutlichen, wie bedeutend für diese Form von „popular theatre" Erzählen geworden ist: 1980/81 habe ich im Rahmen meiner Medienarbeit in Zambia mit Autoren, Universitätsdozenten aus den Bereichen Kunst, Pädagogik und Musik sowie einer Gruppe „Freier" Schauspieler zusammen Volkstheater-Formen für Stadt- wie Landbevölkerung entwickelt, die die nationale Gesundheitskampagne (primary health care) unterstützen sollten. Wir entwickelten folgende Produktionsschritte: Daten, Fakten, Hintergrundinformationen zu relevanten Gesundheitsthemen bei Fachministerien einholen; in städtische „compounds" und in Dörfer gehen, Relevanz der Thematik und Sichtweise der Bevölkerung recherchieren und mit Sichtweise der „Planer und Experten" vergleichen; Stückidee und denkbare Figurenkonstellationen überlegen; dann zu den Themen der „Stücke" ausführliche Gespräche (über mehrere Tage an einem Ort, um ein Vertrauensverhältnis herzustellen) mit den „Zielgruppen", dem Publikum, führen. Sie vor allem lange, möglichst plastisch und persönlich, zu diesen Themen erzählen lassen; genauestens mitgeschriebene und aufgezeichnete Erzählungen studieren: wie argumentieren die Menschen, wie reden sie miteinander zu „heiklen" Gesundheitsthemen, welche Sprachhierachien gibt es, welche Tabus, welchen Sprachwitz etc., zum Beispiel Frauen-Männer, Kinder-Eltern, Bevölkerung zu Dorfvorsteher, Chief, Partei-Vertreter, zu ministeriellen „Autoritäten"... Stück wird geprobt, vorgespielt, immer im Halbkreis, anschließend ausführliche Diskussion, Kritik wird in Stück einbezogen, Endfassung wieder gespielt. Die Tournee startet. Die Theatergruppe aber bleibt so lange an einem Vorstellungsort, bis sich aus der Bevölkerung eine „Gruppe" gebildet hat, die das im Stück dramatisierte Thema im Alltag angehen, beheben will. Basis-Gesundheits-Komitees entstehen.

Bevor an Orten gespielt wird, die der Truppe nicht intensiv bekannt sind, werden ein-zwei Mitglieder vorausgeschickt, die, auf der Basis der Stücke, die thematische Relevanz mit der Bevölkerung diskutieren sollen. Gegebenenfalls wurden dann lokale Verschiedenheiten, ein Lokalkolorit, ein lokales Spezifikum eingebaut, bevor gespielt wurde.

Noch intensiver arbeitet seit einigen Jahren eine Gruppe Theaterleute unter dem Schriftsteller Stephen Chifunyse bei ihrer Form von „popular theatre" in Zimbabwe: von der ersten Themendiskussion bis zur Vorstellung wohnt das Theaterteam die ganze Zeit in einem Dorf, beteiligt die Bevölkerung am gesamten Produktionsprozeß, integriert Laien in das Stück und, das ist das Entscheidende, verbindet „politische Motivationsarbeit" mit Theaterarbeit. Konkret heißt dies, daß Stücke nur zu solchen Themen entwickelt werden, die extrem brisant für die Bevölkerung sind und deren Lösung sie durch eigene Organisationsformen anstreben sollen.

Ein Theater also, das verändern will, bewußt machen, alles andere als platter Realismus, aber glaubwürdig, authentisch, weil die Grundlage dafür aus dem Publikum selbst kommt: aus ihren Erzählungen.

Viele Versuche kommen zu spät

Das Interesse an oralen Traditionen ist auch gewachsen in einzelnen universitären Bereichen – eine Reihe von Ländern haben das ungeschriebene, kaum erfaßte Wissen der traditionellen Medizin – Leute in ihren Lehr- und Forschungsbetrieb aufgenommen; an den „Instituts for African Studies", dem „Institute for Extramural Studies" wird Feldforschung gefördert, um über die „erzählten Erfahrungen" verschüttete Landbaumethoden, traditionelle Sozial- und Kulturformen, bis hin zu traditioneller Musik, Märchen und Mythen einer orientierungslosen Generation zugänglich zu machen. Versuche, in der Krise der afrikanischen Gesellschaften wieder Orientierungen aus sich selbst heraus zu finden.

Viele Versuche kommen spät, möglicherweise zu spät, weil Jahrzehnte die Alten nicht gefragt worden waren, keine Dokumentationszentren zur nationalen Geschichte und Kultur aufgebaut wurden und Generationen ihr Wissen mit ins Grab genommen haben.

Hoffnungsvoll ist, daß Verlage wie das East African Publishing House in Nairobi Sprichwörter, Legenden, Mythen und Märchen aus dem ostafrikanischen Raum mit großer Sorgfalt sammeln und publizieren – vor Jahren noch ein Experiment, das kaum Leser gefunden hätte. Manches von dieser Spurensuche geht erfreulicherweise bereits in die Schulbücher ein.

Dennoch: ein wichtiges Element fehlt, wenn orale Literatur, orale Geschichte in Printmedien publiziert wird – der Charakter der erzählenden Person, das Flair der Sprache, die Atmosphäre des Erzählens, der oft melodische Klang beim Erzählen von oraler Literatur.

Das Medium Rundfunk wäre, mit all seinen spezifischen Vorteilen unter afrikanischen Bedingungen, ein exzellentes Transportmittel, Erzähltraditionen weiterzugeben, zu erhalten, zu fördern, neue Formen und Anlässe unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu unterstützen.

Wolfram Frommlet

* Für diesen Artikel erhielt Wolfram Frommlet den Journalistenpreis Entwicklungspolitik 1987, der vom BMZ gestiftet und – noch – von einer unabhängigen Jury verliehen wird. Er erschien zuerst unter dem Titel „Erzählen – gegen die Enteignung" im Network Medien Magazin Heft Nr. 10/11, Januar 1987 und ist hier gekürzt wiedergegeben.

Dritte Welt mit den technologischen Objekten des Westens überschwemmt wird, ist, den einfachen Leuten zuzusehen, wie sie sich dieser bemächtigen, um sie ihrer ersten Funktion zu berauben, um sie radikal aus ihrem Funktionsprozeß herauszunehmen.

Daß das tragbare Radio den zutiefst verankerten Traditionen zu Hilfe kommt – anstatt sie auszulöschen – darin liegt eine unvorhergesehene und erfreuliche Ver-Wendung. Glücklicherweise zieht die weltweite Überflutung mit diesen ausgebufften Produkten nicht schicksalsergeben einen trübsinnigen und universellen Positivismus nach sich, einen vereinfachten und einheitlichen Gebrauch der komplizierten Objekte (jene berühmte „Vereinheitlichung der Verhaltensweisen"). Mangels der Fähigkeit, diese Stärke, diesen kulturellen Widerstand vorherzusehen, kann man ihm nur Beifall spenden – was eine Form ist, daran teilzunehmen. Worte wie „Paradox", „Synkretismus" sind unangebracht, unzureichend um diese komplizierte Hartnäckigkeit zu analysieren. Sie dienen nur der Benennung der Schwierigkeit, dem Aufzeigen dieser Komplexität. Ich benutze sie ebenfalls nur mangels Besserem.

Auf die Sterbemeldungen folgt ideologisches Einhämmern – das, was man auf dem ganzen Kontinent zurecht als „Propaganda" bezeichnet. Übertragungen in extenso von Reden des Präsidenten, der Minister, manchmal der Präfekten und Gouverneure während der Nachrichten etc. Gott weiß wie lang...

Und da macht Djiby, wie viele „Alte", das Radio aus oder vergnügt sich, indem er anderes hört. Doppelte Verweigerung: Weigerung, die importierte Technik einfach so anzuwenden, samt innewohnender Perversion durch die ihr zugewiesene Funktion, und Verweigerung der offiziellen Ideologie, der Gewichtigkeit dieser unendlichen Langeweile auf den Wellen. List und gesundes Empfinden der Bevölkerung.

[1] *Der Begriff des „Alten" ist nicht abwertend, im Gegenteil.*

[2] *„Der Freund von jemand zu sein" ist ein stark affektiver Ausdruck, der gleichzeitig eine gegenseitige moralische Verpflichtung bezeichnet.*

[3] *Eines jener angenehmen familiären Ferienrituale, denn es ermöglicht den schönen Augenblick natürlichen Wachwerdens zu wiederholen, das Vergnügen zu verdoppeln.*

aus: Catherine N'Diaye, Gens de sable, Paris 1984

Karfreitag in San José

Die zweite Kolonialisierung der Religion

Karwoche 1987* in San José de Chiquitos, einer ländlichen Provinzhauptstadt im ostbolivianischen Tiefland. San José ist eine Gründung der Jesuiten Ende des 17. Jahrhunderts und gehörte damals zu den Reduktionssiedlungen (christliche Indianersiedlungen unter Missionsleitung) der Missionsprovinz Paraquaria, die später von den einen „Soutanenkaserne“, von anderen „Gottesstaat“ oder „Das Heilige Experiment“ genannt und unlängst durch den Kommerzspielfilm 'Mission' wieder in Erinnerung gerufen wurden.

Im Gegensatz zu den weiter südlich im heutigen Parayuay, Brasilien und Argentinien gelegenen Reduktionen, wo meist nur noch Ruinen der damaligen Kirchen zu sehen und Elemente jesuitischer Missionsarbeit und Pädagogik nur noch rudimentär zu erkennen sind, hat sich in Chiquitos das jesuitische Erbe aufgrund langjähriger Abgelegenheit noch als umfassender Komplex kultureller Traditionen erhalten, so wie der imposante Kirchenbau, der lange Zeit räumlicher Mittelpunkt des sozialen Lebens der indianischen Bevölkerung der ehemaligen Reduktionssiedlungen war.

So kommen während der Karwoche die Kleinbauern aus den umliegenden Dorfgemeinden, um an dem szenischen Nachvollzug der Leidensgeschichte in der Tradition des jesuitischen Barocktheaters teilzunehmen. Der Begriff 'Theater' scheint hier jedoch unpassend, denkt man z.B. an die Frau, die 'ihr Jesuskindlein' am Palmsonntag tröstend in den Arm nimmt, den alten Mann, der stellvertretend das schwere Kreuz trägt, die Schächer, die die Figur mit den beweglichen Armen ans Kreuz schlagen, an Juan Kasupá aus dem nahen kleinen Weil er Piococa, der bei der Totenwache die andächtige Stille mit einem traditionellen Gesang auf die Palmenhaine unterbricht, während Kinder gebannt auf den aufgebahrten Jesus blicken, oder denkt man an die jungen Notablen, die bei einer der vielen Prozessionen den schweren Sarkophag tragen, hinter dessen Glasfenstern der Gekreuzigte im Kerzenschimmer wie echt erscheint.

Doch 1987 ist der seit altersher gewohnte, fast selbstverständliche Ablauf gestört, gibt es Unruhe, Streit. Von indianischer Seite hat es Beschwerden über den Priester beim Subpräfekten und beim Bischof gegeben. Als die Chiquitano am Gründonnerstag abend die Christusfigur vom Kreuz nehmen, um Jesus und das Kreuz anstelle des Allerheiligsten anzubeten, geht der spanische Priester erbost aus der Kirche. Er kommt aber wieder, als er merkt, daß diese den Ritus auch ohne ihn weiterführen, so wie sie es früher über Jahrzehnte taten, als keine Priester in den Ort kamen.

Aber das erste und einzige Mal, als die Chiquitano-Musiker an diesem Abend versuchen, eines ihrer traditionellen Kirchenlieder anzustimmen, werden sie von Hinweisen des Priesters über Mikrophon mit Hilfe der überdrehten Lautsprecheranlage übertönt und zum Schweigen gebracht.

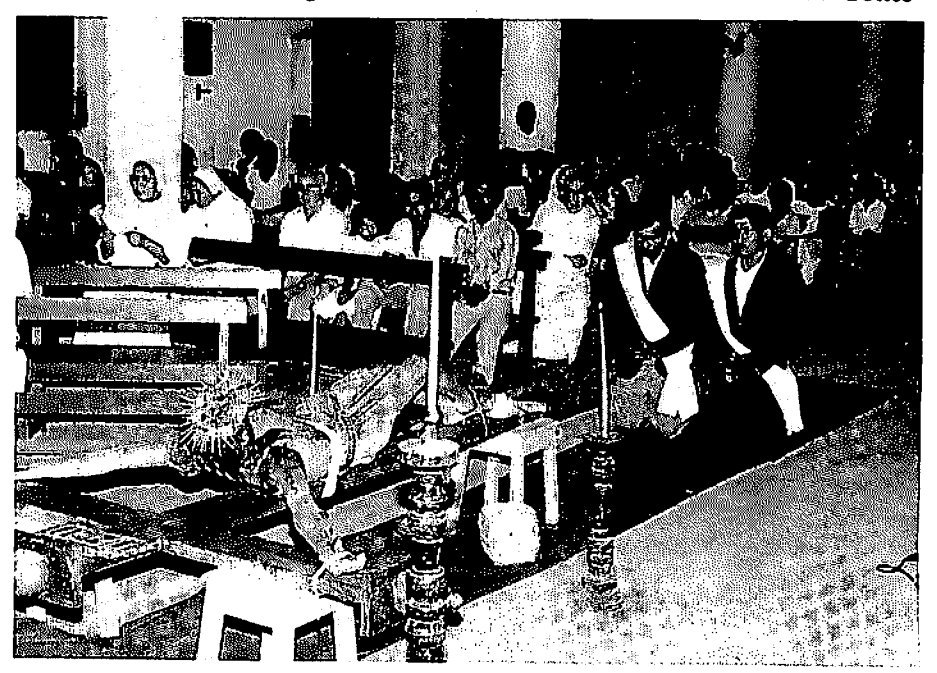
1992 jährt sich der 500. Jahrestag des Beginns der Kolonialisierung des amerikanischen Kontinents durch Spanier und Portugiesen. Neben der zweifellos auch vorhandenen gegenseitigen kulturellen Beeinflussung, ist dies vor allem eine Geschichte der Zerstörung und Ausplünderung, der Eroberung der Körper und der Seelen, für die das Schwert und das Kreuz als Symbole stehen.

Das Schwert ist heute weitgehend durch das Geld ersetzt worden. Was die Religion betrifft, muß man heute bei den meisten Chiquitano wie auch bei der mestizischen Bevölkerung von einem selbstverständlichen, volkstümlichen Katholizismus ausgehen, der zwar ursprünglich Ergebnis eine Kolonialisierungsprozesses, heute aber zentraler Bestandteil der ethnisch-kulturellen Identität ist. Es liegt auf der Hand, daß diese über den Warenmarkt und Arbeitsmarkt durch Vereinzelung, Käuflichkeit, Warenfetischismus etc. bedroht ist. Als Ersatzreligion bieten sich nicht nur die Fiktionen von Fernseh- und Radioserien an, sondern auch evangelikale Sekten, meist US-amerikanischer Provenienz, die anstelle der verwurzelten, eher egalitären Gemeinschaft einen den kapitalistischen Verwertungsinteressen angepaßten, auf individuelles Heil ausgerichteten, autoritäten Charakter formen.

Welche Kolonialisierungsprozesse finden innerhalb der katholischen Kirche auch heute noch, oder im Falle von San José heute wieder statt?

Die Bedeutung europäischer Barockriten für den ethnischen Zusammenhalt der Chiquitano

Die Karwoche ist eine besondere Zeit im Jahr, eine Zeit verstärkter religiöser Betätigung und des Auflebens indianisch-christlicher Traditionen. Sie ist der Höhepunkt des religiösen Jahres, was allein an den über die Passionszeit gegen Karfreitag hin zunehmenden Besucherzahlen im Gottes-



Betende Chiquitanos: Am Gründonnerstag ging der Priester erbost aus der Kirche.

---

* Der Artikel wurde von der Redaktion stark gekürzt. Er erscheint in voller Länge, in der Peripherie. Das Heft hat den Schwerpunkt 'Arbeit, Alltag, Feste', und wird Anfang 1989 erscheinen.

dienst abzulesen ist. Die Karwoche ist in zeitlichem und räumlichem Sinne ein Teilbereich der Gesellschaft, denn ihre Riten finden an bestimmten festgelegten Plätzen zu bestimmten Zeiten statt. Sie darf nicht mit dem Alltag gleichgesetzt werden. Ihre Erfahrung ist nicht identisch mit der alltäglichen Lebens – und Weltsicht. Aber gerade weil weite Teile des Lebens, die tägliche Reproduktionsarbeit, Wirtschaft und Politik und selbst – wenn auch in geringerem Maße – die Unterhaltung und Freizeit kulturell nicht von der betroffenen indianischen Bevölkerung kontrolliert werden, weil sich über Marktmechanismen, Demonstrationseffekte und Macht die Konsum – und Denkgewohnheiten so oft nach fremden Interessen ausrichten und die soziale Reproduktion der Chiquitano als ethnische Gruppe dadurch unterminiert wird, bekommt das Nicht-Alltägliche, bekommen die Feste eine besondere Funktion.

Hier bekommt das Besondere, das Eigentümliche Bedeutung, hier wird symbolisch die eigene Gemeinschaft aktualisiert. In einem Teilbereich, der nach anderen Regeln funktioniert als der Alltag, erfahren sich die Chiquitano als Gruppe, deren Mittelpunkt ihre ethnisch-kulturelle Tradition ist; kein Marktgesetz, kein Patron und keine 'weiße' Autorität. Daß es ausgerechnet christliche Riten sind, bei denen die Chiquitano ihre Identität als Gruppe gegenüber der herrschenden, städtischen Kultur der Fremden aktualisieren, hat historische Gründe. Erst in den Jesuitenreduktionen entstand aus verschiedenen Ethnien die synkretistische Kultur der Chiquitano, die schon in der Reduktionszeit als Bastion gegen die Interessen der spanischen Kolonialgesellschaft diente. In den Reduktionen erlebten die Chiquitano eine wirtschaftliche und künstlerische Blütezeit, die sicher zu der positiven Identifizierung auch mit den ursprünglich europäisch-christlichen Elementen der Reduktionskultur beitrug. Nach der Vertreibung der Jesuiten 1767 und der späteren Auflösung der Reduktionen blieben diese Elemente zentraler Bestandteil der indianischen Kultur und dies durchaus im Gegensatz und als Abgrenzung zu der Oberschicht, vor allem den Großgrundbesitzern, deren expansive Landherrschaft ein eigenständiges Überleben der Chiquitano zunehmend verunmöglichten.



Chiquitanos vor dem Palmesel: Der volkstümliche Katholizismusist zentraler Bestandteil ihrer ethnisch-kulturellen Identität.

Die Rolle der Jesuiten war durchaus ambivalent: als Beschützer und Innovatoren einerseits, andererseits aber als diejenigen, die ihre eigene Person an die Stelle traditioneller Autoritäten setzten und – wenn auch für damalige Verhältnisse durchaus progressiv – dennoch die Chiquitano bevormundeten. Die Chiquitano wurden von dem Sachverstand der Jesuiten, von ihrer organisatorisch zentralen Stellung abhängig. Für die dazugehörige religiöse Weltanschauung beanspruchten zuerst die Jesuiten und später die Priester allgemein das Interpretationsmonopol. Da die Chiquitano später über Jahrzehnte jedoch überhaupt nicht von Priestern betreut wurden, bekamen sie selbst eine zentrale Rolle in der Organisation und Durchführung der Riten. Dies und eine Veränderung in ihrem eigenen Sinne ermöglichte, daß die katholische Religion mit ihren Barockriten eben weniger als koloniales Erbe, denn eher als symbolischer Ausdruck und äußere Form der Aktualisierung der eigenen kulturellen Gemeinschaft verstanden werden konnte. So bildete sich bis in die jüngste Vergangenheit ein gewohnter, selbstverständlicher Ablauf der Karwoche heraus. Es bedurfte keiner schriftlichen Regeln, um die zeitliche Aufeinanderfolge der Handlungen zu bestimmen und die Funktionen und Rollen zu verteilen; die Institutionen der Chiquitano organisierten den Ritus. Die europäischen Priester, die ab den 30er Jahren die pastorale Betreuung übernommen hatten, brauchten in die Organisation nicht einzugreifen, wenn sie auch sicher ihren unangefochtenen zentralen Platz einnahmen, wie er traditionell vorgegeben war. Wo ein Widerspruch zu den Regeln der römischen Kirche bestand, war man in den letzten Jahren zuvor eher zurückhaltend und offen oder zumindest tolerant bezüglich bestimmter traditioneller Formen der Frömmigkeit.

Zu Konflikten kam es dort, wo Machtinteressen oder auch theologischer Fundamentalismus zur Geltung gebracht wurde. Der Konflikt in der Karwoche 1987 ist als Machtkonflikt interpretierbar, zwischen den Chiquitano und ihrer eigenen religiösen Tradition und einem neuen Priester, dem die vergleichsweise schwache Position des Priesters ein Ärgernis ist, und der formaltheologische Gründe benutzt, um selbst wieder die kulturelle Kontrolle, die Entscheidungsgewalt über die religiösen Riten zurückzugewinnen. Fatal daran ist, daß dieser religiöse Bereich der letzte gesellschaftliche Teilbereich ist, abgesehen von der Familie und den ländlichen Dorfgemeinschaften, in dem die Chiquitano eine entscheidende Rolle spielen und der für ihr Selbstbewußtsein und ihren Zusammenhalt über lokale Bindungen hinaus so wichtig ist. Bevor aber der Ablauf dieser Kolonialisierung genauer beschrieben wird, sollen auch die inneren Faktoren des kulturellen Wandels umrissen werden. Wie schon bei der Kolonialisierung durch die ersten Spanier nach Kolumbus ist auch die Besetzung und Zerstörung der indianischen Kultur heute nicht ohne eine innere Schwäche, bereits vorhandene Zerfallsprozesse verstehbar. Kolonialisierungsversuche setzen an Schwachpunkten an.

Faktoren des kulturellen Wandels

Die Entwicklung der Karwoche, und das heißt auch der indianischen Gemeinschaft, war schon in den letzten Jahren entmutigend für die, die diese Kultur als erhaltenswert ansahen. Da die indianische Tradition in einer sich modernisierenden – und das heißt hier einer sich städtischen Lebens-

und Denkformen anpassenden, individualisierenden, monetarisierenden – Gesellschaft, immer weniger funktional wurde. Da die äußeren Einflüsse stärker waren, als die Geschwindigkeit, mit der sich die indianische Kultur, aber auch die mestizische Lokalkultur den neuen Erfordernissen hätten anpassen können, wurden die indianischen Elemente aus dem Alltagsleben verdrängt. Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erfolg wurden immer stärker an andere, fremde Kriterien geknüpft: Verfügbarkeit über Geld, klientelistische Beziehungen zur Oberschicht, aber auch Schulbildung. Wenn der Delegierte der Chiquitano von Santiago, ebenfalls eine ehemalige Reduktion, in San José beim Dorffest beklagt, daß die Schule die Jugendlichen unwissend gemacht habe, so bezieht sich das auf ihre eigenen Traditionen. Die Musiker, die die Melodien von San José, deren Klang ein anderer ist als selbst der von Santiago, noch kennen, werden immer weniger. Einen guten Geiger zu finden, wird jedes Jahr zu einem größeren Problem. Da muß man heute sogar auf einen Weißen zurückgreifen, den Ingenieur der halbstaatlichen Entwicklungsorganisation, damit er die Mittel bereitstellt, einen solchen Geiger aus einem anderen Ort zu engagieren. Die Jugendlichen heute interessieren sich fast nur für die Gitarre und spielen vorzugsweise Pop-Musik, die sie im Radio gehört haben. Immer mehr, gerade die Jugendlichen, schämen sich, an den traditionellen Riten teilzunehmen; abgesehen von den festlichen Höhepunkten sind die alten Chiquitano oft unter sich. Der Zustrom an Touristen aus der Landeshauptstadt Santa Cruz hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Ganze Oberschulklassen kommen, für die Chiquitano bisweilen unzüchtig aufgemacht, oft lärmend und ohne Verständnis für den religiösen Gehalt und die Bedrohung der Riten für die Akteure, in den Festtagen nach San José. Die Chiquitano drohen bei solchen Freizeitvergnügen zu folkloristischer Kulisse zu verkommen. Nicht mehr 'unter sich' versuchen die einheimischen Jugendlichen, aber auch ein Teil der Älteren, sich von der indianischen Tradition zu distanzieren, die schon immer ein Vorwand und Aufhänger der Diskriminierung durch die 'weiße Gesellschaft' war, die nun diesen 'Relikten aus der Vorzeit', regionalistischer Folklore aus Schaulust oder musealer Fürsorge eine neue durchaus zerstörerische Art von Aufmerksamkeit schenkt.

Die Zahl der Zuschauer wird mehr, die der Teilnehmer weniger. Man sieht weniger Gesichter aus umliegenden Dörfern, dafür mehr aus Santa Cruz. Wo früher bei den Teilnehmern stundenlange Andächtigkeit möglich war, brauchen die auf Kurzweil ausgerichteten Zuschauer Abwechslung. Am Rande der Prozession werden Spieltische aufgebaut, in den Kneipen läuft ein alkoholreiches Parallelprogramm. Und wo von innen heraus, aus dem Blickwinkel der indianischen Gemeinschaft, die Karwoche durchaus noch eine Aktualisierung, ein Mittelpunkt der eigenen Kultur ist, an denen allerdings immer weniger Menschen beteiligt sind, ist die Karwoche von außen betrachtet im Laufe der letzten zehn Jahre immer heterogener, widersprüchlicher und, was den traditionellen Gehalt angeht, ärmer geworden.

Die moderne Form der Kolonialisierung

Als die Spanier das erste Mal in das Tiefland des heutigen Boliviens eindrangen, gründeten sie Siedlungen, die verteidigt und befestigt wurden und deren Einflußbereich immer weiter ausgedehnt wurde. An erhobenen Stellen wurden Kreuze oder gleich Kirchen errichtet, der traditionelle Lebensraum der indianischen Bevölkerung immer weiter eingeschränkt, ihre strategisch für die Selbstversorgung und Verteidigung wichtigen Verbindungswege wurden unterbrochen. Die indianische Bevölkerung wurde – mit der Zeit unter immer größerem Zwang – in den Einzugsbereich der spanischen Siedlungen gebracht, vor allem als Arbeitskräfte oder gar als Sklaven verkauft und ins Hochland deportiert.

Innerhalb einer sich modernisierenden Gesellschaft mit immer höherer Integration und Verflechtungen der verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche und vor allem mit einer zunehmenden Ausdifferenzierung des Alltags in verschiedene kleine Lebenswelten verwischen sich die Grenzen. Die moderne Kolonialisierung ist nicht mehr so offensichtlich wie im 16. und 17. Jahrhundert und, was die Mittel ihrer Durchsetzung angeht, subtiler.

Tourismus ist eine solche moderne Art der Kolonialisierung. Allein durch die Anzahl der Besucher wird der Platz der Akteure eingeschränkt, wird der Lebensraum der Akteure, der erst einmal offen ist, zur Bühne gemacht. Das unstetige Kommen und Gehen der Zuschauer, die oft laute Unterhaltung, Musik von Cassettenrekordern usw. zumindest draußen auf der Straße, gefährden den sakralen Charakter des Festes und verändern es in Richtung eines folkloristischen Spektakels. Hatte man sich 1984 beim 'letzten Abendmahl' noch in den Pfarrsaal zurückgezogen, anstatt wie früher im offenen Pfarrhof gemeinsam von traditioneller Musik begleitet zu essen, so wurde 1987 schon vor dem Abendmahl das Fleisch an die Familien verteilt, die es mit nach Hause nahmen. Das traditionelle Schlachten und die Herstellung der Osterkerzen hatten ohnehin nicht mehr in der Pfarrei, die inzwischen von einem belebten Mehrzweckzentrum zu einem stillen, für Meditationen geeigneten Innenhof umgestaltet worden war, stattgefunden, sondern in einem unbenutzen, ehemaligen Schulgebäude.

Wo Rituale fremd werden oder nicht mehr den eigenen Bedürfnissen entsprechen, kann, wenn schon nicht Widerstand, so aber ein Rückzug der Betroffenen konstatiert werden. So auch in San José, wo die Anzahl der indianischen Teilnehmer an der Karwoche, gerade aus den umliegenden Ortschaften, deutlich zurückgeht. Und manche Aktivität der Chiquitano wird aus dem kirchlichen und öffentlichen Raum dorthin verlegt, über den man selbst die kulturelle Kontrolle besitzt: die eigene Wohnung. Denn die Flucht in die Wälder oder in übriggebliebene Zentren der eigenen Kulturen wie im 17. Jahrhundert ist nicht mehr möglich. Diese Rückzugsgebiete gibt es nicht mehr. Eine solche Verweigerung kann nicht im Interesse der Kolonisatoren, der Besucher wie des Priesters sein. Erstere benötigen die indianische Folklore, sei es zur Unterhaltung, sei es bei dem Bemühen, eine eigene regionale Identität gegenüber dem Zentralstaat zu definieren, bzw. regionale Wirtschaftsinteressen symbolisch zu legitimieren. Ziehen sich die Chiquitano zurück, tritt man durchaus einmal an ihre Stelle. Damen der „sociedad", der feinen Gesellschaft, tragen ostentativ



Immer mehr Jugendliche schämen sich, an den traditionellen Riten teilzunehmen.



Chiquitano-Musiker: vom Priester zum Schweigen gebracht.

das traditionelle indianische Kleid, den Tipoy, wenn auch nicht aus Baumwolle sondern aus glänzender Seide. Man singt und spielt Chiquitano-Musik, grüßt mit 'oriña' oder schmückt sein Haus mit indianischem Kunsthandwerk aus. Indianische Elemente werden in den nicht-indianischen Lebensbereich herübergeholt, dort aber ihres eigentlichen Sinnes und ihrer Identifikationsfunktion beraubt; sie werden beliebig, austauschbar. (...)

Die Machtinteressen der Kirche

In der Kolonialzeit versuchten die Spanier nicht nur über das Land der indianischen Bevölkerung zu verfügen. Ein elementarer Bestandteil für das Überleben der Kolonialgesellschaft war die Verfügbarkeit über deren Zeit, vor allem in Form von Arbeitszeit. Die Politik der Ansiedlung aber hatte neben der Aufgabe, die Kontrolle über die Arbeitszeit der Chiquitano mit einem möglichst geringen eigenen Zeitaufwand auszudehnen, auch die Funktion, die Chiquitano an eine neue zeitliche Ordnung des sozialen Lebens anzupassen. Das hieß damals 'zivilisieren'. Die weltliche und religiöse Ordnung der Spanier veränderte nicht nur äußerlich den Tages- und Jahresablauf, sie führte auch zu einer Veränderung der Weltanschauung. Neue Werte oder Leitfiguren traten an die Stelle der alten indianischen, und diese neue Ordnung war funktional für die Herrschaftsinteressen der Spanier. Wenn die indianischen Jäger, Sammler und Ackerbauern vor der Kolonialisierung zweifellos ebenfalls bestimmten Arbeits- und Lebensrhythmen unterlagen, so ist dennoch unbestritten, daß der spezifische, eher auf Beständigkeit und weniger flexibel ausgerichtete Arbeitsrhythmus, den man den Chiquitano in den Reduktionen anerzog, eine Voraussetzung dafür war, ihre Arbeitskraft später auch außerhalb der Reduktionen auf Plantagen und im Handwerk um so effizienter ausbeuten zu können.

Die Karwoche selbst kann jedoch nicht in dieser Hinsicht interpretiert werden. Als Feiertagswoche zeichnet sie sich gerade dadurch aus, daß bezahlte Arbeit ruht. Auch ist die Verfügbarkeit der Kirche über Arbeitszeit heute im Vergleich zu früher, als sie noch große Ländereien bewirtschaftete und die ansässige Bevölkerung für verschiedenste Dienste beanspruchte, gering. Die Volksweisheit „Zeit ist Geld", die für die Wirtschaft gilt, ist im religiösen Bereich weitgehend außer Kraft gesetzt. (...)

Der Zeitanteil des Priesters gegenüber früheren Jahren wurde in der Karwoche auf Kosten der indianischen Bevölkerung ausgeweitet. Da sind z.B. die extrem langen Predigten des Priesters, die sich im Inhalt meist wiederholten und den Traditionen des Jesuiten-Theaters entgegenstehen, deren Missionierung stark auf der szenischen Darstellung und auf musikalisch-rituellen Elementen beruhte. Die szenische Darstellung wurde jedoch vom Priester zeitlich gegenüber früheren Jahren immer wieder stark reduziert. Denn bei der szenischen Darstellung sind die Chiquitano die Akteure, diejenigen, die den Ablauf kennen.

Immer dort während der Karwoche 1987, wo die Chiquitano eine tragende Rolle spielen, ließen sich Versuche des Priesters bemerken, deren Bedeutung zu schwächen. Während der Fußwaschung, dort wo die Chiquitano allein durch ihre Zahl im Übergewicht waren und der Priester als Darsteller Jesu in der dienenden Rolle erscheint, wurde in diesem Jahr parallel gesungen und die Kollekte eingesammelt. Eine Form der Entwertung der Fußwaschung, die aufgrund der Anzahl der Beteiligten zeitlich schwer gekürzt werden kann. Bei den Kirchenliedern wurde der Lautsprecher der Vorsängerin so laut gestellt, daß man hinten in der Kirche kaum noch Gemeindegesang wahrnehmen konnte. Nicht nur, daß ein überlauter Lautsprecher vom eigenen Singen abhält, hier wurde die Gemeinde schlichtweg übertönt. Auch die Auswahl der oft wenig bekannten Lieder ließ nicht erkennen, daß Gemeindebe-



Der Priester versuchte, die tragende Rolle bei den Riten zurückzudrängen.

teiligung erwünscht war. Bei solch geringer Beteiligung war die Unruhe nicht verwunderlich, die ganz im Gegensatz zu der andächtigen Stille früherer Jahre stand und nicht nur auf die herein- und hinausgehenden Touristen zurückzuführen war.

Daß die Jesuiten didaktisch geschickter waren, spielt hier keine Rolle. Worum es 1987 ging, war nicht so sehr die Vermittlung religiösen Gedankengutes, sondern die Inszenierung der Rolle des Priesters als Führer und Mittelpunkt des Geschehens und dies auf Kosten der indianischen Bevölkerung. Daß die Gläubigen kaum auf die Beschwerden des Priesters über die Unruhe reagieren, der nur das weitere Überdrehen der Lautsprecheranlage als Mittel ansieht, seine Ordnung wiederherzustellen, ist allerdings ein deutliches Zeichen, daß die Gläubigen eine andere Art von Religiosität bevorzugen.

Folgen eines Strukturwandels oder Strategie?

Die bisherige Darstellung wurde bewußt auf die Karwoche und auf den Konflikt über ihre Kontrolle zwischen Priester und der Gruppe der Chiquitano konzentriert, da hier exemplarisch Kolonialisierungsprozesse analysiert werden konnten. Die Rolle anderer Akteure, wie der Nonnen, christlicher Bruder- und Schwesternschaften, der lokalen Mittel- und Oberschicht wurde erst einmal außer Acht gelassen.

Auch konzentrierte sich die Darstellung auf Prozesse der Kolonialisierung, Machtkonflikte, die üblicherweise im öffentlichen Raum sanktioniert werden. Wenn dabei positive Elemente der Rolle der Kirchenvertreter für das Leben der Chiquitano ausgeblendet waren, ist das auf diese besondere Fragestellung zurückzuführen. Und es ist bezeichnend, daß Kolonialisierung gerade auch deshalb so leicht durchsetzbar, daß der Widerstand von Seiten der Chiquitano gerade deshalb so schwach ist, weil ihre Kultur auch geprägt ist von, im Gegensatz zu anderen Regionen ihrerseits sehr positiv empfundenen Erfahrungen mit der Missionierung im 18. Jahrhundert und mit Priestern in jüngerer Zeit.

Gerade der abrupte Bruch mit dem Gewohnten ließ einen latenten Machtkonflikt während der Karwoche 1987 offen zum Ausbruch kommen.

Zeit und Raum sind in modernen Gesellschaften zunehmend zu knappen Ressourcen geworden. Aber nicht nur deshalb erstreckt sich der Versuch, die kulturelle Kontrolle über die indianische Bevölkerung auszudehnen, auch auf den letzten Teilbereich, dem der Religiosität, in dem sie noch eine starke kulturelle Kontrolle ausübten. Daß man damit diesen Teilbereich selbst zerstört, mag den einen klar sein, anderen nicht. Zerstört man die sozialintegrative Funktion der Karwochenriten, die Funktion der Sinngebung für das Leben der Chiquitano als Gruppe, als eigene Kultur, wird auch das Interesse an den Riten, sowie ihr Fortbestand selbst gefährdet.

Ginge es um den Erhalt der religiösen Tradition und die Ausübung des Glaubens, müßten die Ereignisse gerade auf die Vertreter der Kirche, nicht zuletzt den Priester selbst, alarmierend wirken. Die Reaktionen der Autoritäten, an die sich die Chiquitano gewandt hatten, und damit eigentlich die bestehenden Machtverhältnisse implizit bestätigt hatten, blieben zurückhaltend, abwartend, z.T. sicher, weil keine ausreichenden Kommunikationsmöglichkeiten bestanden haben, aber auch, weil es sich tatsächlich um einen Machtkonflikt handelte, dessen Ausgang man – ohne dies unbedingt gutheißen zu müssen – schon im vorneherein als entschieden ansah. Auch der religiöse Bereich, so erfreulich intensiv und so folkloristisch bunt er auch für die Mächtigen sein mag, würde sich den Verhältnissen der übrigen Gesellschaft anpassen.

Es wäre zu überprüfen, ob dies unterbewußt eine Rolle für den Priester gespielt haben mag, der lieber zu den Gewinnern, zur herrschenden Kultur gerechnet werden will, d.h. nicht ein folkloristisches Objekt der Touristen, die sich für bunte, skurrile, aber als rückständig angesehene Riten in einer Provinzstadt interessieren, und schon gar nicht als einer unter mehreren, der seine, nicht aber die entscheidende, Rolle in dem traditionellen Fest spielen soll; zumal, da er ein Städter, ein Weißer, ein Spanier ist.

Es scheint der Versuch, nicht eine stark indianisch geprägte Karwoche in der Provinz durchzuführen, sondern die Riten und das Erscheinungsbild dem anzugleichen, was in den Zentren der Macht, den großen Städten zu sehen ist. Der Priester findet dabei Verbündete in der Mittel- und Oberschicht, die auch Wert darauf legen, nicht als Provinzler angesehen zu werden. Daß auch sie aufgrund ihres tatsächlich abhängigen Status' (Vergl. Bourdieu 1982) einer Diskriminierung nie gänzlich entgehen können, und daß sie deshalb immer auf lokale Elemente zurückgreifen müssen, um eigene Ansprüche gegenüber dem Zentrum der Macht zu legitimieren, bringt diese Leute in einen inneren Widerspruch, der hier nicht Thema sein soll, der aber möglicherweise durchaus mit eine Erklärung für die Radikalität im Vorgehen gegen die indianische Bevölkerung ist.

Darüber hinaus hat bei dem Konflikt in San José während der Karwoche 1987 aber auch eine bewußte Strategie der Übernahme kultureller Kontrolle eine Rolle gespielt. Es ist der Versuch, einen autoritären, auf den Priester konzentrierten und mit den Mächtigen im weltlichen Bereich, so sie nicht linke Regierungen sind, verbundenen Typus von Kirche gegenüber einem Typus von Volkskirche zu stärken, der gerade in Lateinamerika aufgrund des zunehmenden Priestermangels hier oder durch soziale Veränderungen der Machtstrukturen und größere Partizipation dort weiter zuzunehmen droht.

Peter Strack

Literaturhinweise:

Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Frankfurt 1982

Heinz Dietrich, Produktionsverhältnisse in Lateinamerika, Lahn-Gießen 1977

Benita Luckmann, „The Small Life – Worlds of Modern Man", in: Thomas Luckmann (Hrsg.), Phenomenology and Sociology, Harmondsworth/New York 1978, S. 275–290

Hans Jürgen Prien, Die Geschichte des Christentums in Lateinamerika, Göttingen 1978

Jürgen Riester, Zúbaka, Bd. I., Cochabamba/La Paz 1986

Hans-Günter Semsek, Georg Stauth, Kultur und Lebenswelt, Der kulturelle Konflikt in peripheren Gesellschaften, Versuch einer Konzeptualisierung, Skript, Forschungsschwerpunkt Entwicklungssoziologie, Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, Bielefeld 1985

Peter Strack, „Was hat die Cola vom Yankee?", in: IKA, Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität, Nr. 28, Wiesbaden/Stuttgart 1986

ders. Lebensstile und Gesundheit in Chiquitos, Champesinos zwischen indianischer Tradition, Nationalgesellschaft und 'Weltzivilisation', Münster 1987

Der Beitrag beruht auf meinen Beobachtungen und Erfahrungen vor Ort aus den Jahren 1979, 1982, 1984 und 1987. Im Mittelpunkt des Aufsatzes stehen die Ereignisse 1987. Ekhart Kühne, dem ich den ersten Entwurf vorgelegt habe, konnte die Darstellung auch schon für das vorhergehende Jahr bestätigen. Ihm, sowie C.H. Middelanis und Uwe Pollmann möchte ich für Anregungen und Kommentare danken.



Rugendas: Jogar Capoeira

Capoeira zwischen Kampf und Tanz

„Ich fand meine Quellen
in alten Archiven
Büchern

ich fand sie
in verfluchten Gegenständen
Pfählen und Ketten
ich fand meine Quellen
im Osten
auf dem Meer in dreckigen
Sklavenschiffen
ich fand sie
in süßen Worten
Gesängen
in wütenden Trommeln
Ritualen
ich fand meine Quellen
in der Farbe meiner Haut
in den Wunden meiner Seele
in mir
in meinen dunklen Leuten
in meinen stolzen Helden

ich fand sie
ich fand sie endlich
fand mich selbst."
(Oliveira Silveira)

aus: Schwarze Poesie-Poesie Negra

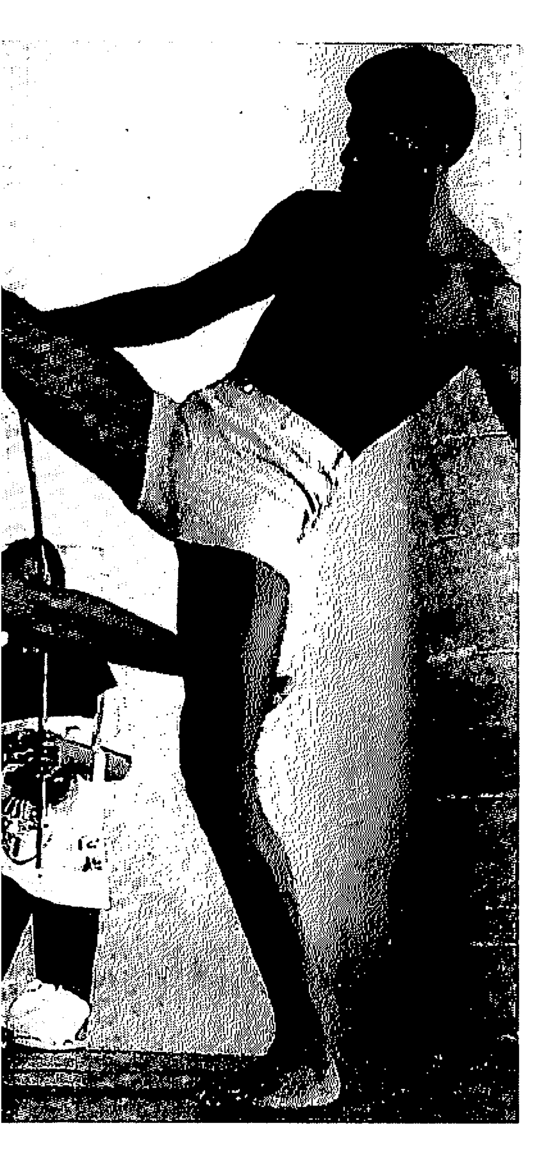
Capoeira ist inzwischen auch bei uns recht populär geworden. Neben dem Interesse an afrikanischer Musik und afrikanischem Tanz spielt dabei sicher auch die Faszination, die vom Capoeira als Kampfsport ausgeht, eine wichtige Rolle. Im Capoeira begegnen sich so gegensätzliche Dinge, wie Kampf und Tanz, Gewalt und Ästhetik, Spiel und tödlichem Ernst, Ritual und Spontaneität, choreographische Strenge und Improvisation.
Die Geschichte des Capoeira ist eng mit der Geschichte der Sklaverei in Brasilien verbunden. In Brasilien, 1500 von den Portugiesen in Besitz genommen und ab ca. 1530 gezielt kolonisiert, entstand ein großer Bedarf an billigen Arbeitskräften, nachdem die zuvor versklavten Indianer größtenteils ausgerottet waren. Die Einfuhr schwarzer Sklaven aus Afrika sollte diesen Arbeitskräftemangel beheben. Schon auf dem Transport wurden dabei Afrikaner verschiedenster Herkunft in Gruppen zusammengefaßt. Auf diese Weise sollte eine gegenseitige Verständigung, sowie ein möglicher Aufstand von vornherein ausgeschlossen werden. Es gab jedoch etwas, was die Menschen unterschiedlichster Herkunft verband: die Möglichkeit Musik und Rhythmus als Kommunikationsmittel einzusetzen. Und es existierte noch eine Gemeinsamkeit: Kriegstänze, also Kampftraining mit Musik, waren und sind auch heute noch in weiten Teilen Afrikas üblich. Mit der menschlichen Ware hatten die Kolonisatoren auch die Grundlagen für das Instrument des Widerstandes mitgebracht: den **Capoeira.**

Die Frage, ob der Capoeira schon in Afrika existierte oder erst auf der Grundlage afrikanischer Musik- und Kampfkultur in Brasilien entstand, ist bis heute noch nicht eindeutig geklärt. Die historischen Quellen wurden zwei Jahre nach der offiziellen Aufhebung der Sklaverei 1888 zum größten Teil vernichtet. Ruy Barbosa, der damalige Finanzminister verfügte die Verbrennung sämtlicher Unterlagen zur „Ehre des Vaterlandes". Der dunkle Teil der brasilianischen Geschichte sollte in Vergessenheit geraten. Neben der Verdrängung kolonialer Unmenschlichkeit hatte die Vernichtung der Archive noch einen willkommenen ökonomischen Effekt: da die Unterlagen fehlten, konnte der junge Staat Brasilien die zugesagte Entschädigung der Sklavenhalter teilweise umgehen. Den Afro-Brasilianern wurde mit dieser „gutgemeinten" Aktion zum zweiten Mal die Heimat geraubt. Nachforschungen zur afrikanischen Vergangenheit der Afro-Brasilianer sind mit Schwierigkeiten verbunden. Immerhin sind nicht sämtliche Unterlagen dem Feuer des Finanzministers zum Opfer gefallen. Aus dem, was übrig blieb - und das war nicht viel - läßt sich folgendes entnehmen: 1549 wurden jedem Plantagenbesitzer 120 Sklaven aus Guinea und Sao Tomé zugebilligt. Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts kamen die Sklaven vor allem von der Guinea-Küste. Im 17. Jahrhundert wurden verstärkt Menschen aus Angola und dem Kongo verschleppt. Danach kamen sie von der Mina-Küste und aus dem Golf von Benin. Hinweise auf die Wurzeln des Kampftanzes ergeben sich vor allem aus den verschiedenen im Capoeira gebräuchlichen Begriffen. So sprechen alte Capoeira-Meister aus Bahia vom „Capoeira angola", wenn sie auf die ursprüngliche Form des Capoeira hinweisen, die sie von der neueren des „Capoeira regional" abgrenzen. Einer der beliebtesten Rhythmen in der Musik, die den Capoeira begleitet, heißt heute noch „toque angola" (Angola-Schlag). Ein anderer nennt sich „benguela", nach einem der früheren Ankerplätze portugiesischer Schiffe an der angolanischen Küste. Trotz dieser Hinweise auf afrikanische und vor allem angolanische Wurzeln, konnte bis heute kein afrikanischer Capoeira entdeckt werden. Der Capoeira scheint dementsprechend etwas spezifisch Brasilianisches zu sein, das als Antwort auf die Versklavung unter Verwendung afrikanischer Kulturelemente entstanden ist.

Die Geschichte afro-brasilianischer Kultur ist nicht nur eine Geschichte der Sklaverei; sie ist auch eng verknüpft mit dem Widerstand dagegen. Die Errichtung von Quilombos (Siedlungen entflohener Sklaven im Urwald) und vor allem die Gründung des afro-brasilianischen Königreiches „Palmares", das immerhin fast ein Jahrhundert lang erfolgreich gegen die Sklavenhalter kämpfte, bezeugen ein ausgeprägtes politisches Bewußtsein der schwarzen Sklaven. Die Quilombos können auch als Entstehungsort des Capoeira betrachtet werden. Der Ausdruck „Capoeira" taucht zum ersten Mal kurz nach dem „Palmares-Krieg" auf. Dieser Krieg zwischen geflohenen Sklaven und holländischen und portugiesischen Kolonisatoren hätte beinahe das Machtverhältnis zwischen europäischem und afrikanischem Einfluß radikal zugunsten der Afrikaner verändert.
Obwohl die Quilombos in großer Distanz zu den portugiesischen Machtzentren gegründet wurden, mußten die Bewohner ständig mit Strafexpeditionen und Vernichtungsfeldzügen der Weißen rechnen. Der Mangel an Waffen und die ständige Bedrohung erforderte eine Kampftechnik, die so wirksam war, daß sie den portugiesischen Schußwaffen gewachsen war.
Zu Beginn des 17. Jahrhunderts hatte sich die Macht von Palmares so weit gefestigt, daß die ersten freien Nachkommen ehemaliger Sklaven zu offensiven Aktionen übergehen konnten. Ab 1608 kam es zu Raubzügen, die immer gleichzeitig Propagandafeldzüge waren, um weitere Sklaven zur Flucht anzustacheln. Unter der Führung von Zumbi, einem gewählten Anführer, dessen Handlungen von einem Rat überwacht wurden, entwickelten die Palmarinos ein strategisches Verhalten, das bis heute den typischen Capoeira-Kampfstil prägt. Der Gegner wird in eine Umgebung gelockt, in der ihm seine Schußwaffen nichts mehr nutzen. Gleichzeitig wird durch ständige Bewegung der nach einer Angriffsfläche suchende Feind verwirrt. Aus einem vorgetäuschten Rückzug werden im richtigen Moment Überraschungsangriffe gestartet. Zumbis Leute wagten sich sehr bald bis in die Städte und organisierten dort Verschwörungen unter der versklavten Bevölkerung.
Capoeira wurde auch auf den Plantagen geübt. Überall jedoch mußte der Capoeira getarnt werden, um einer Verfolgung zu entgehen. Beim Herannahen von Weißen wurde der Kampfsport plötzlich zum harmlosen Tanz. Gewarnt wurde über die begleitende Musik. Ein bestimmter Rhythmus veranlaßte die Kämpfer ihre Bewegungen tänzerischer und verspielter erscheinen zu lassen, so daß ein Außenstehender in der Regel nicht bemerkte, womit er in Wirklichkeit konfrontiert war.


Capoeiristas

Zwar war der harmlose tänzerische Anstrich eine Notwendigkeit, die Tarnung war jedoch nicht nur eine Antwort auf die gefährliche Situation. Der Tanz war auch Ausdruck der Lebensfreude angesichts der Gefahr. Außerdem war er Teil eines Initia-



tionsrituals, das die Kinder in die Welt der erwachsenen Kämpfer aufnahm. Neben der offensichtlichen Verteidigungsfunktion diente der Capoeira so der Schaffung eines schwarzen Identitätsgefühls. Er besaß bzw. besitzt noch eine weitere psychische Komponente: die Entschärfung von Spannungen innerhalb der Gemeinschaft durch die Überführung der Aggression in tänzerische Bewegungen.

Die Musik spielt eine sehr große Rolle in der Kunst des Capoeira. Sie ist so stark damit verbunden, daß der Capoeira ohne Musik kaum vorstellbar ist, es sei denn als harter Straßenkampf. Die Rhythmik der Musik ist ausschlaggebend sowohl für Beginn und Ende als auch für die Art der Bewegung. Auf der einen Seite stehen dabei fließende Bewegungen und harmonisches Zusammenspiel, auf der anderen harte Schlagabfolgen, die beim Zuschauer sehr leicht den Eindruck hervorrufen können, sie wohnten einem ernsten Kampf bei.

Eine wichtige Rolle spielt auch der begleitende Gesang. Er besteht in der Regel aus einem Wechselgesang zwischen Vorsänger und Chor. Die Liedtexte umfassen Lobgesänge auf bestimmte Capoeiristas, Sticheleien, um den Gegner anzufeuern, genauso wie Kritik an der aktuellen politischen Situation Brasiliens - letzteres im allgemeinen sehr verschlüsselt dargestellt. Alte Capoeira-Lieder beinhalten oft die Aufforderung zur Flucht vor der Sklaverei. Auch religiöse Vorstellungen sind eng mit dem Kampftanz verbunden. Capoeira kann nicht unabhängig von der Mischreligion bzw. den Mischreligionen Brasiliens betrachtet werden. Katholizismus, religiöse Vorstellungen afrikanischen Ursprungs und indianische Elemente wirken sich auf das Phänomen des Capoeira aus. Afrikanische Gottheiten in der Gestalt katholischer Heiliger werden von der Capoeiristas um Schutz und Hilfe gebeten. Eine Gottheit afrikanischen Ursprungs, Exù, eine Art Tricksterfigur, sehr eitel und gerne Streiche spielend, muß z.B. vor jeder Zeremonie zufriedengestellt werden. Da Exù als guter Capoeirista gilt, versucht auch jeder Capoeirista in der Regel sich mit ihm gutzustellen. Die religiösen Riten im Umfeld des Capoeira bewirken nicht zuletzt, daß der Kämpfende/Tanzende sich sicher und im Kampf geschützt fühlt. Dies ist sicher ein Faktor, der sowohl in der Vergangenheit im Kampf gegen die Sklaverei als auch heute beim täglichen Überlebenskampf in den Favelas nicht ohne Bedeutung war bzw. ist. Von seinem Beginn im 16./17. Jahrhundert bis 1937 mußte der Capoeira, von den Herrschenden gefürchtet, sich verstecken und tarnen. Eine der schwersten Verfolgungsphasen erlitten die Capoeiristas 1807, als die portugiesische Königsfamilie nach Brasilien auswanderte. Die Angst vor Attentaten und einem Aufstand führte zur massiven Verstärkung der Polizeigewalt und einer Verfolgungswelle. Im Krieg gegen Paraguay (1864-1870) erhielt die Regierung die Möglichkeit, einem eventuellen Aufstand die Grundlage zu nehmen und gleichzeitig die Kampfkraft der brasilianischen Truppen zu stärken. Die Capoeiristas wurden zwangsrekrutiert und im Krieg gegen Paraguay verheizt. 90.000 Sklaven fanden den Tod, größtenteils im Kampf gegen die gleichfalls zwangsrekrutierten Chacoindianer auf der anderen Seite.

Auch nach der Sklaverei und der nachfolgenden Ausrufung der Republik fand die Verfolgung kein Ende. Die Angst der Bevölkerung vor den berittenen Polizeischwadronen fand ihren Ausdruck in einem „Cavaleira" genannten Rhythmus, der - noch heute beim Capoeira gespielt - das Getrappel der Pferde imitiert und als Fluchtsignal oder als Aufforderung, die Kampf- in Tanzbewegungen zu verwandeln, diente.
Capoeira wurde jedoch nicht nur im Kampf gegen die Unterdrückung angewendet; er diente sehr oft auch als Mittel der Auseinandersetzung zwischen rivalisierenden Gruppen. Manche Capoeiristas ließen sich auch als Leibwächter von der Oberschicht anheuern. Andere traten in die Dienste von Politikern, wo sie für die Einschüchterung und Beseitigung unliebsamer Gegner zuständig waren. Der Capoeira wurde also schon zum Teil von den herrschenden Schichten in ihrem Sinne genutzt, als offiziell immer noch verfolgt wurde. Erst 1932 gelang es den Capoeira-Meistern Bimba und Pastinha unbehelligt von der Staatsmacht, eine Schule aufzubauen. Die Schule wurde geduldet und 1937 wurde der Capoeira zum ersten Mal öffentlich anerkannt. Kurz darauf entstanden in ganz Brasilien Capoeira-Schulen, die einen großen Zulauf hatten. Teil dieser Anerkennungsstrategie war sicher die Besinnung der Regierung auf das „brasilianische Erbe". Die plötzliche Duldung, ja sogar Anerkennung als authentisches brasilianisches Kulturgut, läßt sich aus der Situation Brasiliens in den 30er Jahren unseres Jahrhunderts erklären. Die Suche nach einer brasilianischen Identität, einer „Nationalkultur", der sich bis zu diesem Zeitpunkt nur einige Intellektuelle gewidmet hatten, stand auf einmal im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die 1930 beginnende Militärdiktatur Getulio Vargas benötigte dringend eine nationale kulturelle Identität als Herrschaftsbasis. Unter der Lösung des gemeinsamen brasilianischen Erbes sollte das an sich uneinheitliche Volk, gespalten durch soziale Konflikte und regionale Unterschiede, geeint werden. Neben der Anerkennung einiger afrobrasilianische Religionen, die nach Jahren der Verfolgung auf einmal als Symbole brasilianischer Kultur verstanden wurden, hatte jetzt auch der Capoeira die Chance, erstmals aus dem Untergrund aufzutauchen.

Die offizielle Anerkennung und Verwertung im Dienste der durch die Militärdiktatur betriebenen Besinnung auf die nationale Kultur veränderte jedoch das Gesicht des Kampftanzes. Das einstige Instrument des Widerstandes verlor weitgehend seine früheren Funktionen. Zum nationalen Symbol eines diktatorischen Nationalstaats erhoben, verkam der Capoeira zum Instrument körperlicher Ertüchtigung junger Brasilianer und zu einer gesellschaftsfähigen Volksunterhaltung. Nach der jahrhundertelangen Unterdrükkung droht ihm seit diesem Zeitpunkt eine andere Gefahr: Die Vereinnahmung als exotisches Konsumgut durch Touristenströme. Führungen zu Candombléveranstaltungen gehören schon genauso zum Programm wie der Capoeira inzwischen festes Element jeder „Tropical Show" ist. Um die touristische Vermarktung gezielt anzugehen, wurde schon in den späten 30er Jahren eine neue Behörde zur Förderung des Tourismus in Salvador de Bahia geschaffen. Diese Behörde war für Lizenzvergaben an Capoeira-Schulen zuständig. Öffentliche Auftritte konnten nur mit ihrem Segen erfolgen. Bevorzugt wurden akrobatische Techniken und ein karnevalistischer Auf-

„Für einen Neger
ist die Hautfarbe
ein Schatten
vielmals stärker
als ein Faustschlag.

für einen Neger
ist die Hautfarbe
ein Messer
es trifft
viel tiefer
ins Herz
(Adao Ventura)

aus: Schwarze Poesie-Poesie Negra.

und der dazugehörigen Philosophie, die sowohl den Kampf selbst als auch das Leben als in einen ständigen Fluß zwischen Kampf und Tanz gestellt sieht.
Unter den jüngeren Capoeiristas jedoch, auch unter denen, die eine Ausbildung in „Capoeira regional" erhalten haben, ist schon wieder ein Umdenken zu beobachten. Der lange vernachlässigte philosophisch-religiöse Hintergrund erhält wieder einen größeren Stellenwert.
Obwohl der Capoeira zu einem großen Teil nur noch als Touristenattraktion einen Wert besitzt, gibt es in Brasilien noch gesellschaftliche Schichten, in denen er sich, egal in welcher Form, noch die ursprüngliche Funktion bewahrt hat.

zug. Dem Tourist sollte das ganze Jahr brasilianischer Karneval vorgespielt werden. Die Capoeiristas selbst profitierten jedoch nicht in dem Maße von der touristischen Vermarktung, wie sie sich das vielleicht zum Teil gewünscht hatten.
Die meisten Capoeira-Lehrer können auch heute noch nicht vom Unterrichten leben. Viele versuchen, sich mit dem Verkauf der dazugehörenden Musikinstrumente und mit dem Verkauf von selbstgemachten Schmuck durchzuschlagen. Selbst solche Berühmtheiten wie Pastinha, immerhin einer der ersten Gründer von öffentlichen Capoeira-Schulen, profitieren nicht von der Entwicklung. Er mußte im Rahmen einer Altstadtsanierung seine Schule aufgeben und fristet nun seinen Lebensabend zusammen mit seiner Frau und einem Kind in zwei fensterlosen Zimmern in einem Armenhaus. In der ehemaligen Schule ist ein Restaurant eingerichtet worden, in dem neben typisch bahianischen Gerichten den Touristen auch Unterhaltung in Form einer Capoeira-Show geboten wird. Der ursprünglich sehr wichtige philosophisch-religiöse Hintergrund ist weitgehend zurückgetreten. Der im Rahmen der Tourismusindustrie zunehmend wichtigere Unterhaltungswert hat alte weniger spektakuläre Bewegungen zugunsten von mehr kampfbetonten, gefährlicher aussehenden Elementen zurückgedrängt. Der so neu entstandene „Capoeira regional" - im Gegensatz zu dem in der Region von Bahia immer noch populären „Capoeira angola" - hat die traditionellen musikalischen und Bewegungselemente zum größten Teil integriert, zusätzlich jedoch Elemente fernöstlicher Kampftechniken, wie Karate oder Judo eingeführt. Dies ist natürlich grundsätzlich nichts Negatives. Eine Miteinbeziehung fremder Kulturelemente in traditionellen Techniken hat schon immer stattgefunden und es ist „mestre bimba", der als erster Capoeira-Lehrer über asiatische Einwanderer mit fernöstlichen Techniken in Berührung kam, sicher nicht vorzuwerfen, daß er den Capoeira auf diese Art schlagkräftiger machen wollte. Die Gefahr liegt allerdings in der Ausrichtung des Kampftanzes auf eine reine Kampfsporttechnik hin, ohne Miteinbeziehung des kulturellen Umfeldes

Bei den Favela-Kindern, von denen sich ungefähr 15 Millionen als Straßenkinder allein durchs Leben schlagen, dient der brasilianische Kampftanz immer noch als Waffe im Kampf ums Überleben.

Auch die identitätsstiftende Wirkung ist für die Nachkommen ehemaliger Sklaven immer noch dringend notwendig. Denn selbst im heutigen Brasilien, das sich so gerne „Rassendemokratie" nennt, existieren subtile Unterdrückungsmechanismen für alle, die nicht weiß genug bzw. „etwas zu dunkel" sind. Dies äußert sich u.a. in so verräterischen Zeitungsanzeigen wie: „Menschen mit angenehmem Äußerem gesucht", wobei angenehm für „nicht ganz schwarz" steht.

cho

Literatur:
Pinto, Tiago de Oliveira (Hrsg.): Brasilien. Einführung in die Musiktraditionen Brasiliens. Mainz. 1986

Kubik, Gerhard: Angolan Traits in Black Music. Games and Dances of Brazil. Lisboa. 1979

Brown, Diana DeG: Umbanda. Religion und Politics in Urban Brazil. Michigan. 1986

Onori, Piero: Sprechende Körper. Capoeira-ein afrobrasilianischer Kampftanz St. Gallen. 1988: edition diá

Bauer, Matthias: Das Spiel der Sklaven. in: Trickster. Nr. 11. 1983. S.64 ff

Buettner, Edgar Ricardo v. und Fichte, Hubert: Baianas. Priesterinnen der Straße. St. Gallen. 1985

Schwarze Poesie-Poesia Negra. Afrobrasilianische Dichtung der Gegenwart. Portugiesisch-Deutsch. Mit einer Einleitung von Moema Parente Augel. Aus dem brasilianischen Portugiesisch von Johannes Augel. St. Gallen/Köln. 1988: edition diá

[redacted]

Lachen bis es einem vergeht

'Blutiger Ball' — ein Roman von Henri Lopes

"Und all diese Zeitungen, die das geringste Hüsteln eines französischen Abgeordneten vermelden, schweigen sich aus über die Granaten, die jetzt bei uns explodieren", stellt resignierend der Ex-Küchenchef des Diktators Hannibal Ideloy Bwamakabé Na Sakkadé fest.

★

Na, noch nie was gehört oder gelesen von Hannibal Ideloy Bwamakabé, Herrscher eines afrikanischen Staates im Tropengürtel? Auch in den 'blättern' nicht? Aber wenigstens ein paar Erinnerungen an ... Bokassa, Idi Amin Dada, Mobutu und dergleichen dürften doch verfügbar sein. Na also. Aber viel wissen — is nich. Nur gut, daß sich der jetzt im afrikanischen Exil lebende ehemals ranghöchste Diener und Maître Cuisinier weder zu politischer Oppositionsarbeit noch zu genußvollem Privatisieren entschlossen hat. Sondern sich stattdessen nach der täglichen Arbeit als Oberkellner seitenweisen Aufzeichnungen hingibt, in denen er all seine Erfahrungen an der Seite des Diktators festhält. Und an der Seite einiger Frauen.

★

Interessante Episoden:
Wie der vertraut 'Tonton' — „Onkelchen" — genannte Bwamakabé nach der nicht unblutigen Machtübernahme qualifizierte Mitarbeiter um sich scharrt, allesamt Mitglieder seiner Ethnie. Wie der Französische Sicherheitschef — dessen Name wie 'Schlagstock' klingt -, der französische Modemacher und der französische Botschafter, kurz: „die Onkels", die Größe Bwamakabés erkennen und uneigennützig dem selbständigen und unabhängigen Partnerstaat helfen. Woher Tonton seine Führungsqualitäten hat: Daß ihm hier sein langjähriges Wirken als Soldat in der französischen Armee zugutekommt — gegen die Deutschen, den Vietkong, gegen die FLN in Algerien. Auch sein Umgang mit Kritikern ist vorbildlich: er läßt nur französisch foltern. Warum die Volksmassen so begeistert sind, daß man ihn sogar als beliebten Diktator bezeichnet. Wie enorm seine rednerischen Fähigkeiten sind, die von allen Lehrern nur als beispielhaft hingestellt

werden, zwecks Abschreckung. Wie groß sein Einsatz für die Nöte seines Volkes ist, daß er die Hälfte der Zeit mit Auslandsreisen zuzubringen gezwungen ist. Wie sehr er sich um die Nationale Identität besorgt: seine 'Kampagne zur kulturellen Wiedererstehung' ist ein voller Erfolg, die portugiesischen und westafrikanischen Händler sind schnell ausgewiesen. Wie er souverän, wenn finanziell nötig, mit Israel bricht und sich zum Islam bekehrt, um die solidarische Freundschaft mit Libyen und Saudi-Arabien zu genießen, pardon: zu stärken. Und erst seine gegenüber Südafrika betriebene entschlossene Politik der Nichteinmischung! Doch genug der reißerischen Verkürzungen.

☆

Lopes' Satire ist feiner, komplexer. Dem naiven Leib- und Magenberichterstatter ist ein ideologisch geschulter Briefpartner an die Seite gestellt - der ehemalige Kabinettschef Tontons, ein studierter junger Militär. Mehrmals interveniert er, der ebenfalls ins Exil flüchten mußte, und korrigiert, ergänzt die Berichte des namenlosen Ich-Erzählers.

Fast kein Problem heutiger Politik in Teilen Schwarzafrikas bleibt auf den 380 Seiten unangesprochen: personenfixierte Machtausübung, Oppositionsarbeit drinnen und aus dem Exil, ethnische Konflikte, schwarz-weiße Führungsschicht, Statistenrolle der Bevölkerungsmasse. Der Informationsgehalt des nicht nur amüsanten Romans ist hoch. Auch der Realitätsgehalt?

☆

Das übliche Zeitungsschweigen wird gebrochen. Die französische Tageszeitung 'Libération' schreibt am 7.7.1988:

Kongo: Rebellenchef von regulären Truppen getötet

Ex-Hauptmann Pierre Anga, der letzten September gegen den kongolesischen Präsidenten Denis Sassou Nguesso rebellierte, ist von der Armee unweit seines Hauses in Owando, 400 km nördlich von Brazzaville, in der Nacht von Montag auf Dienstag getötet worden, wie eine offizielle Stelle gestern in Brazzaville verlautbaren ließ. „Die Soldaten haben ihre Aufgabe erfüllt, nach zahlreichen Versuchen, das Problem auf eine friedliche Art beizulegen", teilte ein per Telefon von Paris aus befragter zuständiger kongolesischer Beamter mit.

Pierre Anga und seine Getreuen hatten Owando in ein Nest von Aufständischen verwandelt, in Folge einer Verschwörung innerhalb der Armee und der Verhaftung von mehreren Offizieren, die der Ethnie der Kouyou angehören. Am 4. September 1987 waren sechs Personen in Owando getötet worden. Jacques Chirac hatte damals dem Präsidenten Nguesso eine Transall zur Verfügung gestellt, um kongolesische Truppen in den Norden zu transportieren. Anga, mit Porzellanerde eingeschmiert, hielt sich für 'unbesiegbar' durch Angriffe regulärer Truppen.

Von den kongolesischen Medien als „Psychopath" bezeichnet, hatte Pierre Anga Präsident Sassou Nguesso der Beteiligung an der Ermordung des ehemaligen Präsidenten Marien Ngouabi 1977 bezichtigt.

Das gewaltsame Ende seiner Revolte findet zu einem Zeitpunkt statt, da sich Danielle Mitterand seit Dienstagmorgen in Brazzaville aufhält.

☆

Eine Groteske ist die realistische Wiedergabe der selbst grotesken Wirklichkeit. Ironie will eine Erkenntnisanstrengung provozieren. Satire ist eine realistische Darstellungsform in erzieherischer Absicht, geboren aus der Erfahrung bisheriger faktischer gesellschaftlicher Ohnmacht. Literatur ist keine Zeitverschwendung. Lopes sucht die Diskussion, will Interesse wecken. Nach dem Genuß kommt das Denken.

☆

Am Anfang des Romans steht eine Erklärung des 'Zwischenstaatlichen afrikanischen Verbandes frankophoner Zensoren'.



Dieses Machwerk sei, so schreiben sie, Entschuldigung, Mist: „Afrika braucht Klarheit und dieses Buch bringt Verwirrung... Wie Tonton stellen sich die rassistisch, einem für immer vergangenen Kolonialismus nachtrauernden Weißen die schwarzen Präsidenten vor... Nein, einen Tonton gibt es nicht, kann es nicht geben in diesen Tagen, auf diesem Kontinent. Er wurde hervorgeholt von einer düsteren Phantasie, die an Wahnsinn grenzt... Wir haben seinen Schöpfer sogar im Verdacht, ein Weißer zu sein, der das Glück gehabt hat, sich ein paarmal in Afrika aufhalten zu können."

Für den wirklichen Autor gilt das Gegenteil: er weiß, wovon er spricht. Henri Lopes, Jahrgang 1937, ist im Brazzaville der Kolonialzeit aufgewachsen. Später studiert und unterrichtet er Geschichte in Frankreich. Während dieser Zeit arbeitet er im Führungsgremium der Föderation schwarzafrikanischer Studenten und schreibt Gedichte, so aus Empörung über die Ermordung Lumumbas. 1965 kehrt er in die mittlerweile unabhängig gewordene Republik Kongo zurück, beginnt eine Karriere im staatlichen Schulwesen. 1968 übernehmen junge Militärs die Macht, die die Armee bis heute behalten hat. Marien Ngouabi schafft die Parti Congolais du Travail (PCT) als neue, linksgerichtete Einheitspartei; Anfang 1970 wird Kongo zur Volksrepublik. Lopes wird erst Kulturminister, dann Außenminister, schließlich ist er von 1973–75 Premierminister. Gleichzeitig beginnt sein literarischer Aufstieg: ein Erzählungsband erscheint, sein erster Roman folgt bald. Nach seinem Rücktritt übernimmt er die Herausgebertätigkeit der beiden dominierenden kongolesischen Zeitungen und erarbeitet seinen zweiten Roman, 'Die strafversetzte Revolution' (deutsch im Hammer Verlag). In Briefen eines engagierten jungen Geschichtslehrers (!), der von Brazzaville auf einen Urwaldposten abgeschoben wurde, werden die Mißbräuche der politischen Führungsschicht angeprangert, Literatur als Kritikreservoir diskutiert und Revolutionsgerede entlarvt.

Mitte der siebziger Jahre spitzen sich in der VR Kongo die ideologischen und ethnischen Machtkämpfe zu. Ngouabi wird 1977 ermordet, unter dubiosen Umständen. Lopes kehrt nochmal in die Regierung zurück, für drei Jahre, als Finanzminister. Zwischenzeitlich übernimmt der heutige Präsident Denis Sassou Nguesso den Staats- und Parteivorsitz.

1981 dann der Schnitt: Lopes geht weg, tritt seinen jetzigen Job als stellvertretender Generaldirektor der Kulturabteilung bei der Unesco an, in Paris. Dort erscheint ein Jahr später sein bisher umfassendstes und letztes Werk, eben 'Blutiger Ball', bei Présence Africaine.

☆

Das Buch ist nicht einfach eine Abrechnung Lopes' mit der jüngsten Geschichte seines Landes. Es enthält auch keine politischen Rezepte. Küchenchef oder Oberkellner war er nie. Auch wenn das Buch in der VR Kongo sofort auf den Index gesetzt worden ist.

nst

Henri Lopes, Blutiger Ball,
Köln, Pahl-Rugenstein, 1987
29,80 DM
Gerd Meuer

Vom hohen Roß wollten sie runter

Zum SPD-Kongreß „Mythos und Aufklärung"

Vom 22.4. - 24.4.1988 fand im Kloster Irrsee (bei Kaufbeuren) ein Kongreß zum Thema „Mythos und Aufklärung" statt, der vom Kulturforum der Sozialdemokratie durchgeführt wurde. Im Mittelpunkt standen folgende Themen: Unsere Sicht der Anderen, die Aneignung der Anderen, ein Disput über Ethnologie und Praxis und die politische Sicht des Eurozentrismus. Neben Vertretern aus Afrika, Australien, den USA und Kanada nahmen u.a. Al Imfeld, Freimut Duwe und Klaus Biegert u.a. als Referenten teil. Die Veranstaltung wurde von 200 Menschen besucht.

Salopp hatten die sozialdemokratischen Veranstalter ihren An-Spruch formuliert: „vom 'hohen Roß wollten sie runter'. Salopp muß man es ihnen mit ihrem Genossen, dem früheren Finanzminister Apel, zurückgeben: die Organisatoren vom Kultur-Forum der sozialdemokratischen Partei, die sind wohl vom Pferd getreten worden. In den 18 langen Monaten, in denen sie ihren Kongreß, ihr Forum, ihren 'Versuch' vorbereiteten, und das alles für eine dreitägige Veranstaltung zum an-spruchsvollen Thema „Mythos und Aufklärung".

Einige Teilnehmer formulierten das Thema gleich zu Beginn auf ihren Namensschildern um: statt Mythos und Aufklärung stand da jetzt zu lesen: „Mythos der Aufklärung". Hätten die offensichtlich viel zu vielen Köche dieser Veranstaltung diese Buttons gelesen, vielleicht hätte der kostspielige, von der Stiftung eines früheren Wurstfabrikanten großzügig finanzierte Kongreß vielleicht doch noch seinen An-Spruch einlösen können. Doch die Veranstalter lasen selbst diese Herausforderung nicht, zeigten stattdessen wieder einmal teutonisch-verbiestert, wie man die verkorksten Nord-Süd-Beziehungen auf kulturellem Gebiet heutzutage gerade nicht aufarbeiten kann.

Eben nicht, indem man drei Tage in einem luxuriös renovierten Barock-Kloster geradezu besinnungslos mit hektisch aneinander gereihten Veranstaltungshäppchen vollkleistert: überbesetzte Podien, ungebremste Selbstdarstellungen, Video- und Filmversatzstücke. Dies alles mit einer, weil übertechnisierten, nicht-funktionierenden Technik. Die Folge: Hektik, Nervosität, Aggressionen. Für den Austausch, die interkulturelle Kommunikation — just, das was hier erreicht werden sollte — blieb bis zum Ende keine Zeit; die Kommunikation geriet unter die massiven Hufe des beschworenen Roßes, eines deutschen Ackergauls. „Mythos und Aufklärung", das hätte — gerade in New Age-Zeiten — eine spannende Herausforderung werden können. Die Frage, mit dem Philosophen Paul Feyerabend als Motto formuliert: „wann denn die Aufklärung **endlich** beginnt". In diesem Falle unsere Aufklärung über die heute ach-so-nahen Welten draußen. Die Frage, sie wurde nie wirklich angegangen. Stattdessen erging sich das halbe Dutzend eingeladener francophoner, aber seit vielen Jahren in Europa lebender afrikanischer Intellektueller in einer endlosen Abrechnung mit den Missetaten europäischer Ethnologen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Geschenkt! Denn über die ist die Wissenschaft längst hinweggegangen. Doch die Veranstalter schienen es — wieder einmal — geradezu masochistisch zu genießen.

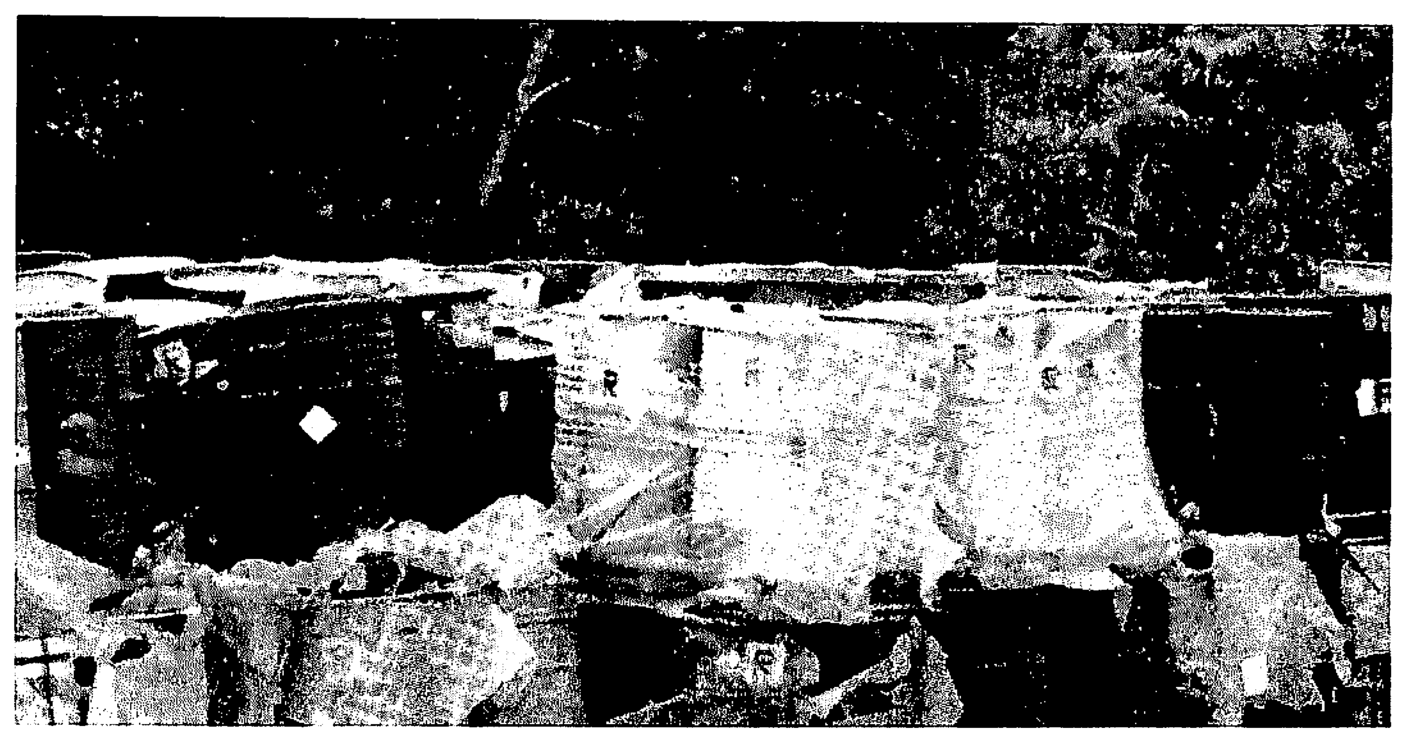
Als Kontrast dazu die ach-so-heile Welt der „Ureinwohner" aus Australien, den USA und Kanada, Aborgines und Indianer. Heil, wenn da nicht bösen Weißen, die Minenkonzerne etc. wären. Gewiß, gewiß, so ist es. Doch was die Aborigines angeht, so wurde dies ja gerade anläßlich der 200-Jahr-Feier Australiens in den Medien intensiv aufgearbeitet. Die Frage an den schnell aufs Podium gehievten Berichterstatter gestellt, wie er denn im Tagesgeschäft „mit Ureinwohnern umgehe", ließ ihn perplex. Er kennt kaum noch welche auf dem ihm am besten bekannten Dritt-Welt-Kontinent Afrika. Er kennt Afrikaner, besser: Nigerianer, Ghanaer, auch große, traditionsreiche, kultur-besitzende Völker wie die Yorubas, die Hausas u.v.a.m. Er kennt Menschen, die keine Ureinwohner mehr sind, die kolonisiert wurden, auch kulturell, die zwischen dem afrikanischen Dorf und der neuen Megalopolis à la Lagos, Abidjan, Nairobi oder Kairo leben. Menschen zwischen den Welten somit.

Er kennt auch afrikanische Kulturschaffende, Traditionalisten und Modernisten, Stadtmenschen, die sich einen Dreck um den Kategorisierungswahn der Ethnologen oder die exotischen Selbstbefriedigungsgelüste von Entdeckungsreisenden auf der Suche nach „Seele" scheren: Reisende zwischen den Welten, die sehr wohl „unsere" europäische philosophische, kulturelle, künstlerische Tradition besitzen, wie der kamerunische Romancier und Musiker Francis Bebey es einmal ausgedrückt hat. Gleichzeitig aber wurden ihre eigene Kultur, ihr Totem, ihre Bilder, ihre Sehnsüchte — wenn auch unterschiedlich stark — nie ethnologisch-statisch festgeschrieben. Der Nigerianer Wole Soyinka hat nicht zuletzt dafür 1968 als erster Afrikaner den Nobelpreis für Literatur erhalten, daß er hilft, ihre Mythen, die die vielen Welten jenseits der behaupteten europäischen Rationalität oder Aufklärung — mit ihren mörderischen Konsequenzen — Genozide, Nuklear- und andere Umweltkatastrophen — erklären, zu begreifen und überleben zu lassen. Doch diese selbstbewußten Erschaffer neuer Mythen waren eben im Kloster Irrsee nicht präsent. Und so konnte das von den Nordlichtern „erhoffte neue Blut" nicht fließen, konnten die „neuen Bilder" garnicht erst wahrgenommen werden. Die zu Recht angesprochene Gefahr, daß wir — wäre Blut geflossen, wären Bilder aufgeschienen — erneut zu „Vampiren und Voyeuren" werden könnten, diese Gefahr kam garnicht erst auf, ihr konnte somit auch nicht gewehrt werden. Das wäre wichtig gewesen wenn wir „eine neue Form des Koexistierens" in einer pluralistisch konstituierten Kulturwelt" mit „konkreten Utopien" entwickeln wollen.

Der aus der Karibik stammende franco-afrikanische Schriftsteller Edouard Glissant entwickelte mit geradezu cartesianischer Schärfe und Brillanz das Bild einer „opaquen", zweideutigen Kulturwelt, in der die aufgeklärten Mythen auch im Norden der Welt ihre Rolle zu spielen hätten.

„Der gefleckte Adler", ein amerikanischer Indianer, machte ganz gegen Ende der Veranstaltung den als Rettung gemeinten Vorschlag eines Ausflugs an einen Nudistenstrand, wofür es in Bayern denn doch zu kalt war. Der nun schon wieder als „zu intellektuell" abgekanzelte Glissant wollte wenigstens live-Musik und er wollte dazu tanzen. Doch bis auf die mit dem Kopf aufgenommene Musik dreier Samen oder Lappen gab es keine Musik. Der Kongreß tanzte eben nicht, er blieb auf dem hohen Roß, einer teutschen, ältlichen Mähre.





Italienischer Giftmüll in Koko (Nigeria)



Das tödliche Geschäft

Ein Giftmüllskandal jagt den anderen. Italienischer Giftmüll wird illegal in Nigeria eingelagert, deutscher Giftmüll wird falsch deklariert in die Türkei exportiert, die DDR deponiert deutschen Giftmüll im Grundwassereinzugsbereich der Stadt Lübeck, China lagert Atommüll in der Wüste Gobi und Brasilien kauft radioaktiv verseuchte Trockenmilch aus Europa. Die Liste der Skandale ist lang. Und doch weiß man nur von wenigen Geschäften. Die meisten werden unter der Hand abgewickelt. Es wird falsch deklariert, toxische Stoffe mit anderen verschnitten, um die ohnehin unzulänglichen Kontrollen zu umgehen, es wird bestochen und geschmuggelt — das Giftmüllgeschäft blüht. Auf der einen Seite haben die Industrieländer größte Schwierigkeiten, die wachsenden Mengen Giftmüll zu beseitigen. Auf der anderen Seite haben die Länder der Dritten Welt mit der Verschuldung zu kämpfen. Der Entsorgungsnotstand in den westlichen Industrieländern treibt die Preise nach oben, die Verschuldungskrise zwingt die Dritte-Welt-Länder zu den gefährlichsten Geschäften. Erst werden die Länder der Dritten Welt durch ungleichen Tausch ausgebeutet, dann werden ihre Wunden mit unseren Giften behandelt.

Gift für die Welt

Nach einer Greenpeace-Studie sind in den letzten zwei Jahren 115 Exporte von Giftmüll in die Dritte Welt erfolgt. Mindestens ein Dutzend westafrikanischer Staaten ist in Giftmüllgeschäfte verwickelt. Offiziell leugnen die meisten Regierungen aber, daß sie Giftmüllgeschäfte abgeschlossen haben. Nur Gambia gibt offen zu, jährlich bis zu 30 Millionen an der Giftmüllagerung zu verdienen. Ohne Rücksicht auf die eigenen Lebensgrundlagen werden die giftigsten Chemikalien aufgekauft und ungesichert gelagert. Die herrschende Oberschicht in Gambia nutzt jede Gelegenheit, sich zu bereichern und ihre Herrschaft zu sichern. Denn die wachsende Verschuldung und die wirtschaftliche Rezession provozieren innere Krisen. Auf der verzweifelten Suche nach Devisenquellen scheuen sie vor nichts zurück, zumal das Wort Umweltschutz in der afrikanischen Öffentlichkeit ein Fremdwort ist.

Guinea-Bissau hatte schon in Verhandlungen gestanden, in den nächsten fünf Jahren 15 Millionen Tonnen Giftmüll aus Europa zu importieren. Bei einem Preis von 40 Dollar pro Tonne wären dann insgesamt 600 Millionen Dollar in die Staatskasse geflossen. Das entspricht dem 25-fachen der gesamten Exporterlöse. Im letzten Monat wurde der Regierung dieses Geschäft doch zu heiß. Unter anderem auch wegen eines Giftmüllskandals im eigenen Land. 15.000 Tonnen toxischer Flugasche aus einer Sondermüllverbrennungsanlage in Philadelphia, USA, wurden ungesichert auf der Insel Kassa gelagert. Als ein Großteil der Vegetation abstarb, wurde Alarm geschlagen. Der Botschafter Norwegens wurde sofort festgenommen. Er war nämlich der Direktor jener norwegischen Firma, die den Sondermüll in den USA aufgekauft und an Importeure in Guinea weiterverkauft hatte. Das Geschäft hatte sich gelohnt, denn statt 1000 US-Dollars in den USA kostete die Beseitigung einer Tonne nur 40 US-Dollars (Third World Network 319/88). Inzwischen hat sich Norwegen bereiterklärt, den Giftmüll zu übernehmen und zu beseitigen.

Aufgerüttelt durch die Giftmüllskandale hat sich die Organisation der Afrikanischen Staaten (OAU) mit den Giftmüllexporten beschäftigt und Gegenmaßnahmen beschlossen. Im Mai 1988 haben sie sich in einer Resolution dagegen verwahrt, Afrika als Giftmüllschlucker der Industrieländer zu mißbrauchen. Sie verurteilten den Im-

port von giftigem Industriemüll und forderten die Regierungen auf, sich nicht auf die tödlichen Geschäfte einzulassen.

Entsorgungsnotstand

Weltweit sollen mindestens 20 Millionen Tonnen Abfälle von Chemie-, Pharma- und Metallunternehmen auf der Reise sein. Das sind Farben, Lacke, Medikamente, Ölrückstände, Flugasche, PCB, Dioxin, Arsen und Asbest, Klärschlamm und Schwermetalle aus den Konsumparadiesen der westlichen Wohlstandsgesellschaften, die in den Wüsten, Sümpfen und Flußdeltas, in Vorstadt-Slums und Hinterhöfen wuchernder Dritte-Welt-Metropolen lagern.

In der Bundesrepublik werden jedes Jahr nach Angaben des Umweltbundesamtes mehr als fünf Millionen Tonnen Giftmüll produziert. Die Menge dürfte aber weit höher liegen. Denn was als Giftmüll (offiziell: Sondermüll) bezeichnet wird, das ist von Bundesland zu Bundesland verschieden. Zudem sind viele Mengen in der Rechnung nicht erfaßt, z.B. der Giftmüll aus Haushalten. Die Beseitigungsanlagen können nach offiziellen Zahlen des Umweltbundesamtes nur 73 % des anfallenden Giftmülls beseitigen. 27 % werden exportiert, 7 % in die DDR und 19 % nach Belgien. In dieser Statistik fehlen natürlich die illegal in die Türkei entsorgten 1581 Tonnen „Ersatzbrennstoff" oder die in Nigeria gefundenen Abfalltonnen mit dem Aufdruck BASF oder Hoechst.

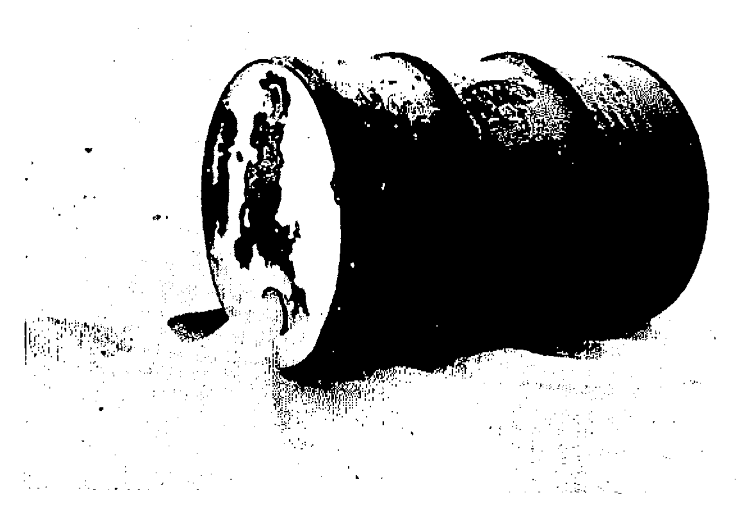
In der BRD gibt es zwar schon 1380 Sondermülldeponien, aber der Großteil davon ist schon fast aufgefüllt. Die meisten Sondermülldeponien sind betriebseigene, die ohne großen Aufwand eingerichtet worden sind. Man erinnere sich nur an die Skandale um die BASF-Deponie in Gerolsheim (Pfalz), die schon seit Jahren die Schlagzeilen füllt, weil sie die Luft im Umkreis von 20 km verpestet und das Grundwasser verseucht. Diese Sondermülldeponie ist weder gegen das Regenwasser nach oben abgedeckt, noch nach unten abgedichtet. Deshalb werden vom Regenwasser alle Gifte gelöst und sickern ins Grundwasser, das als Trinkwasser wieder aufbereitet wird. Bei Millionen von chemischen Verbindungen gibt es aber nur rund dreitausend Analyseverfahren, die zum Teil extrem aufwendig und teuer sind. Welches Wasserwerk kann bei diesem Umstand die Gewähr übernehmen für die chemischen Inhaltstoffe des Trinkwassers? Die BASF-„Sondermülldeponie" in Gerolsheim ist sicherlich nicht die einzige der 1380 Sondermülldeponien, die unzureichende Sicherungsvorkehrungen getroffen haben. Die anderen bilden ebenso chemische Zeitbomben, die vielleicht schon hochgegangen sind. Man weiß es nur nicht.

In den letzten Jahren hat sich immerhin das Bewußtsein für ökologische Fragen in der BRD geschärft. Neue Deponien und Verbrennungsanlagen können nicht mehr ohne große Sicherheitsvorkehrungen gebaut werden. Die Planfeststellungsverfahren sind langwieriger geworden. Deshalb schrumpft die Deponie- und Verbrennungskapazität immer mehr. Auf der anderen Seite wird immer mehr Giftmüll produziert. Zudem steigt die Menge an Sondermüll, weil die Grenzwerte niedriger gesetzt werden oder die Definition von Sondermüll sich ändert.

Illegale Beseitigung

Wohin also mit dem Sondermüll, der häufig illegal und ungesichert in „Zwischenlagern" auf den Betriebshöfen der Firmen lagert? Der Kapitalismus droht an seinen Ausscheidungen zu ersticken. Da der Sondermüll offiziell nicht zu beseitigen ist, wird er einfach illegal entsorgt, was auch viel billiger ist und relativ ungefährlich bei den laschen Kontrollen. Was mit Dioxin-belasteten Altölen schon seit Jahren praktiziert wurde, hat man nun bei dem Giftmüll-Transport in die Türkei nachgeahmt. Die Salacher Firma Weber, zu deren Kunden Siemens, Bosch und Daimler-Benz gehören, hat das giftige Brennmaterial mit Sägemehl verdünnt und auf dem Papier zum „Wirtschaftsgut" umdeklariert. Damit fiel es nicht mehr unter das Abfallbeseitigungsgesetz. Der Verkauf an die türkische Firma ist somit legal. Der „Ersatzbrennstoff" kostete die türkische Firma nur ein Zehntel des Preises von Kohle.

Ein anderer Trick ist die Verschiebung des Sondermülls in Zwischenlager. Damit



ist der Fabrikbesitzer nicht nur vom Verursacher-Prinzip befreit – es beginnen auch rege Verschiebe-Bewegungen. Ein Teil des Mülls wird vielleicht von einer Recycling-Firma gekauft, ein anderer geht zu einer Deponie. Andere werden zur Verbrennungsanlage geschafft. Manche werden aber auch „aufgearbeitet", indem man sie mit anderen Stoffen verdünnt, um sie entweder zu tarnen oder um die Grenzwerte zu unterschreiten.

Das Müllgeschäft wirft riesige Gewinne ab. Guinea-Bissau wurden 40 Mark pro Tonne Sondermüll angeboten, in den öffentlichen Beseitigungsanlagen der BRD kostet die Tonne zwischen 350 und 4000 Mark (Die Zeit, 5.8.88). Illegale Giftmüllexporte sind daher schon längst keine Delikte von Einzeltätern mehr. Der Markt wird von Firmen mit internationalen Beziehungen beherrscht. Diese Firmen suchen Gesetzeslücken, schmuggeln und „bearbeiten" den Sondermüll oder bestechen Politiker und Unternehmer.

Greenpeace fordert die Regierungen zu sofortigen und konsequenten Maßnahmen auf. Die Gesetze sollen verschärft, die Strafen erhöht und die Kontrollen verbessert werden. Dazu müßten den Kontrollbehörden mehr Mitarbeiter und Mittel bereitgestellt werden. Außerdem werden die internationalen Behörden aufgefordert, enger zusammenzuarbeiten.

Halbherzige Reaktionen

Die Bundesregierung hat zwar inzwischen reagiert und neue Erlasse erarbeitet. Giftmüllexporte sollen nur noch erlaubt werden, wenn das Empfängerland nachweisen kann, daß es über entsprechende Entsorgungsanlagen verfügt. Zudem soll im Gefahrgutgesetz geregelt werden, daß deutsche Frachter Giftmüll zwischen dritten Staaten nur noch transportieren dürfen, wenn durch einklagbare Vereinbarungen sichergestellt ist, daß sie ihre Ladung entweder im Bestimmungsland löschen oder dem Auftraggeber zurückliefern können. Firmen, die Giftmüll exportieren wollen, müssen nachweisen, daß sie finanziell nicht in der Lage sind, die Beseitigung selbst vorzunehmen.

Diese schnellen Reaktionen täuschen aber nur eine Verbesserung vor. Ein Gesetz ist nämlich nur so gut wie seine Überwachung. Doch da liegt noch einiges im argen. Die Kontrollen sind bisher noch so nachlässig, daß die meisten Umweltsünder fast immer unbehelligt bleiben. Oft melden die Umweltbehörden Verstöße nicht den Ermittlungsbehörden, so daß viele Taten verjähren. Die verantwortlichen Amtsträger können aber wegen mangelnder gesetzlicher Regelungen nicht für ihre „Nachlässigkeiten" zur Rechenschaft gezogen und be-

straft werden. Unklar ist sogar, wer bei der Firma haftet. Bisher wurden nur die kleinen Handlanger, die Werks- und Betriebsleiter, bestraft, während die eigentlichen Drahtzieher im Management immer ungeschoren davonkamen, klagen Wissenschaftler des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht. Der Anteil gerichtlicher Verurteilungen gehe immer mehr zurück, die Einstellung der gerichtlichen Verfahren durch die Staatsanwaltschaft sei zur Regel bei Umweltstrafsachen geworden. Die Umweltkriminalität könne nur durch ein radikales Abschöpfen von Gewinnen aus Umweltdelikten eingedämmt werden.

Ein schwerer Fall von Umweltstraftaten solle nicht nur bei schwerwiegenden Umweltschäden angenommen werden, sondern bereits dann, wenn der Täter aus Gewinnsucht handele.

Legale Giftmüllexporte

Neben den illegalen Methoden gibt es aber auch legale, die seit Jahren bekannt sind. Produktionsverfahren, bei denen zu viel Giftmüll entsteht, werden ins Ausland verlagert oder die Fertigprodukte gleich im Ausland gekauft. Bei der Herstellung von Aluminium fallen alkalische, schwermetallhaltige Rotschlämme und hochwertige Fluorverbindungen, die beim Menschen zu chronischen Schleimhaut- und Organschädigungen führen, an. Um die steigenden Kosten für die Umweltschutzmaßnahmen und Abfallbeseitigungen zu sparen, hat man die Produktion zum Teil in andere Länder verlagert, z.B. nach Brasilien.

Bei der Herstellung des Holzschutzmittels Lindan fallen 98 % Abfall an. Der Abfall besteht aus a-, ß- und Y-Hexachlorcyclohexan (HCH), die sowohl bei der Weiterverarbeitung als auch im Fall der Deponierung erhebliche umwelt- und gesundheitsschädigende Wirkungen haben. Deshalb ist die Firma Merck inzwischen dazu übergegangen, Lindan als Fertigprodukt aus China zu kaufen. So umgeht man geschickt die Abfallbeseitigung.

Produkte, die im eigenen Land verboten sind, werden in andere Länder verkauft. Die internationalen Konzerne wie Wella haben spezielle Rechtsabteilungen, die die Gesetze aller Länder archivieren und ständig im Auge behalten. Die Produkte, die Wella auf den Markt wirft, sind den gesetzlichen Bestimmungen genau angepaßt. Wella achtet penibel darauf, daß immer das billigste Produkt, das die Gesetze noch erlauben, auf den Markt kommt.

Die Verschärfung von Gesetzen und Kontrollen reicht aber nicht aus, um die Giftmüllgeschäfte zu bekämpfen. So lange weiterhin so viel Giftmüll produziert wird wie bisher, werden sich auch gute Geschäfte machen lassen. Ansetzen muß die Problemlösung bei den Ursachen. Jahrzehntelang hat die Industrie nur produziert, ohne an die Beseitigung des anfallenden Mülls zu denken. Die realen Entsorgungskosten wurden nicht in die Preiskalkulation einbezogen. Es wurde nicht danach gefragt, ob es bessere, ökologisch vertretbare Produkte oder Produktionsverfahren gibt. Es wurde einfach produziert und der Gewinn eingestrichen. Die Müllbeseitigung wurde den nachfolgenden Generationen aufgebürdet.

Der BUND fordert deshalb, daß die Folgekosten in die Preiskalkulation einfließen sollen. Das könne über eine Ökosteuer geschehen, die auf alle Produkte erhoben wird, die die Umwelt belasten. Produkte, die ökologisch nicht mehr vertretbar sind, sollen verboten werden.

Absurder Konsumwahn

Große Mengen an Sondermüll könnte man auch vermeiden, wenn man manche Absurditäten beheben würde. Obwohl es schon ein paar Dutzend Medikamente gegen Schnupfen gibt, wird auf dem Gebiet immer weiter geforscht und jedes Jahr wird ein neues Produkt auf den Markt gebracht. Dabei hilft das Neue genausowenig wie das Alte: Denn mit Medikamenten dauert der Schnupfen eine Woche und ohne sieben Tage.

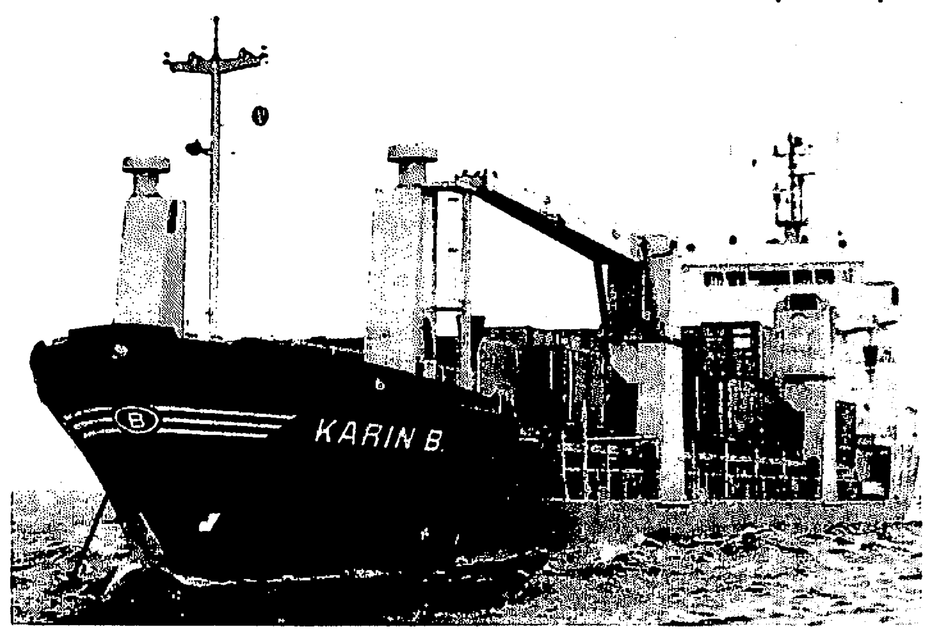
Um noch ein Beispiel hinzuzufügen: In der Kosmetikforschung arbeiten dutzende Firmen auf der ganzen Welt um die Konkurrenz an der Entwicklung neuer Shampoos. Bei der Forschung und Produktion entsteht sehr viel Giftmüll, wie Lösungsmittel, Laurylalkoholschwefelsäureester, Triäthanolaminsalze, Fettsäurekondensationsprodukte, Alkarylsulfonate, Alkylpolyglykoläther und nicht zuletzt das Seveso-Gift Dioxin.

Zudem muß jedes Produkt an Tausenden von Kaninchen, Ratten und Mäusen getestet werden. Haarsträubend ist aber die Tatsache, daß sich seit mehr als fünfzig Jahren in der Shampoo-Forschung nichts mehr getan hat. Seit fünfzig Jahren erfüllen Shampoos ihre Funktion: Sie waschen die Haare. Welche Verbesserung sollte die Forschung denn noch bringen? Es ist keine denkbar.

Und warum wird trotzdem weitergeforscht? Weil es der Markt erfordert, daß jedes Jahr ein neues Produkt erscheint. Der Wirkstoff ist aber der gleiche, nur die Konfektion wie Farbe, Parfüm und Viskosität sind verändert worden und natürlich das Allerwichtigste — das Design der Verpakkung.

Seit Jahren werden also Unmengen von Giftmüll produziert. Milliarden von Tieren gequält oder zu Tode gemartert und Ressourcen verschleudert, ohne daß sich qualitativ etwas verbessert hätte. Das ist die Logik des kapitalistischen Systems.

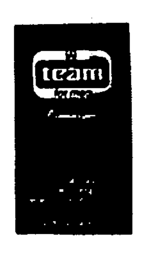
Giftmülltransport



Obwohl es umweltverträgliche Haarwaschmittel gibt, produziert man weiterhin umweltschädigende. Solche Beispiele gibt es zuhauf. Der BUND tritt deshalb für das Erforderlichkeitsprinzip ein. Produkte sollen nicht mehr zugelassen werden, wenn umwelt- und gesundheitsverträgliche Verfahren oder Produkte zur Verfügung stehen. Produkte, die mit großer Wahrscheinlichkeit erhebliche Gesundheits- und Umweltschäden bewirken, sollen prinzipiell verboten werden. Die Beweislast soll grundsätzlich bei den Herstellern liegen. Zudem fordert der BUND Produktions- und Exportverbote für alle Produkte, die bei uns nicht angewendet werden dürfen.

Nicht zuletzt ist die Konsumgesellschaft zur Disposition gestellt. Können sich die Menschen in den westlichen Industriegesellschaften denn erlauben, durch ihren Konsumrausch die Produktion von Giftmüll anzuheizen? Was ist mit den schwindenden Ressourcen, der lebensgefährdenden Umweltverschmutzung und den chemischen Zeitbomben, den Giftmüllbergen? Der Kollaps der Weltwirtschaft ist eigentlich schon da, man will ihn nur nicht wahrhaben.

Horst Breit

Giftmüll im Haushalt

Wenn man über Giftmüll redet, denkt man meist nur an den in der Industrie produzierten. Man ist sich nicht bewußt, daß man tagtäglich mit vielen giftigen Chemikalien im Haushalt arbeitet.

Einige von diesen giftigen Chemikalien haben traurige Berühmtheit erlangt: Formaldehyd in Shampoos, Laurylüthersulfat in Zahnpasten, Treibgas als Verursacher des Ozon-Lochs, Phosphate in Waschmitteln, Perchlorethylen (Per) in Reinigungsmitteln, Pentachlorphenol (PCP) und Lindan in Holzschutzmitteln, Pflanzen- und Schädlingsbekämpfungsmittel in der Landwirtschaft, chlorhaltige WC- und Abflußreiniger, mit denen sich die Benützer selbst vergiftet haben u.v.a. mehr. Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Selbst in Lebensmitteln werden immer wieder giftige Substanzen gefunden. Man denke nur an das Perchlorethylen im Olivenöl oder den Ethylenglykol im Wein.

Aber nicht nur die Produkte, die Schlagzeilen gemacht haben, enthalten umwelt- oder gesundheitsschädigende Stoffe, sondern fast alle Produkte im Haushalt. Batterien enthalten Schwermetalle, Arzneimittel die diversen Chemikalien ebenso wie Photochemikalien und Reinigungs- und Putzmittel, Waschmittel enthalten Tenside, Farben und Lösungsmittel und Schwermetalle. Es gibt fast keine Chemikalie, die nicht in Haushaltsprodukten eingesetzt wird. In der anschließenden Tabelle werden noch einmal alle schadstoffhaltigen Haushaltsprodukte aufgeführt.

Diese Schadstoffe dürfen weder in die Müll- oder die Wertstofftonne geworfen, noch in den Ausguß geschüttet werden. Diese Schadstoffe müssen gesondert entsorgt werden. In den meisten Bundesländern werden inzwischen Schadstoffsammlungen durchgeführt. Was dann allerdings mit den eingesammelten Giften geschieht, wie sie „beseitigt“ werden, ist oft ungewiß. Das Land Baden-Württemberg z.B. ist zwar der größte Giftmüllproduzent, verfügt aber über keine einzige Müllbeseitigungsanlage. Der Giftmüll muß also exportiert werden.

Inzwischen gibt es verschiedene Sammelsysteme. Das Händlerrücklaufmodell setzt auf die Mitarbeit der Händler, bei denen das Produkt erworben wurde. Dieser soll die Reste oder überlagerten Produkte zurücknehmen und über den Großhandel der geordneten Entsorgung zukommen lassen. Das hat die Vorteile, daß vor Ort ein Fachmann die giftigen Produkte entgegennimmt und daß das Distributionssystem schon besteht. Dieses Händlerrücklaufmodell wird heute schon bei Altöl, Arzneimitteln, Batterien und Photochemikalien angewendet. Beim mobilen Sammelsystem werden die Schadstoffe vor Ort eingesammelt. Die Schadstoffe werden mit einem speziellen Entsorgungsfahrzeug abtransportiert. Bei jeder Sammlung ist ein Chemiker zugegen, der die angelieferten Produkte analysiert und klassifiziert und den Abtransport überwacht.

Das dritte System ist das stationäre. In jeder Stadt gibt es mehrere Stellen, die zu bestimmten Zeiten Sondermüll entgegennehmen. Das stationäre System hat sich als ungünstig erwiesen, weil die baulichen Vorschriften zur Entgegennahme und Zwischenlagerung nur schwer zu erfüllen sind. Außerdem muß bei jeder Schadstoffsammlung ein Chemiker die Anlieferung überwachen.

Schadstoffhaltige Produkte im Haushalt, die nicht in die Hausmülltonne geworfen oder in den Ausguß geschüttet werden dürfen:

- Wäsche- und Kleiderpflege: Waschmittel, Weichspüler, Mottenschutzmittel, Fleckentferner, Imprägnierungsmittel.
- Wohnungspflege: Putz- und Reinigungsmittel, WC-Reiniger, Abflußreiniger, Fleckentferner, Kalkentferner, Desinfektionsmittel.
- Geschirrpflege: Geschirrspülmittel, Metall- und Silberputzmittel.
- Gesundheitspflege: Medikamente, Kosmetika, Mundpflegemittel.
- Auto: Rostschutzmittel, Öl, Batterien, Farbe, Autopflegemittel.
- Garten: Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel, Holzschutzmittel, Düngemittel.
- Do-it-yourself-Bereich: Farben, Lakke, Lösungsmittel, Klebstoffe, Holzschutzmittel.
- Hobbybereich: Photochemikalien und sonstige Hobbychemikalien, Batterien.

Altöl kann bei jeder Tankstelle oder Werkstatt, Arzneimittel bei der Apotheke, Batterien beim Elektrofachhandel abgegeben werden.







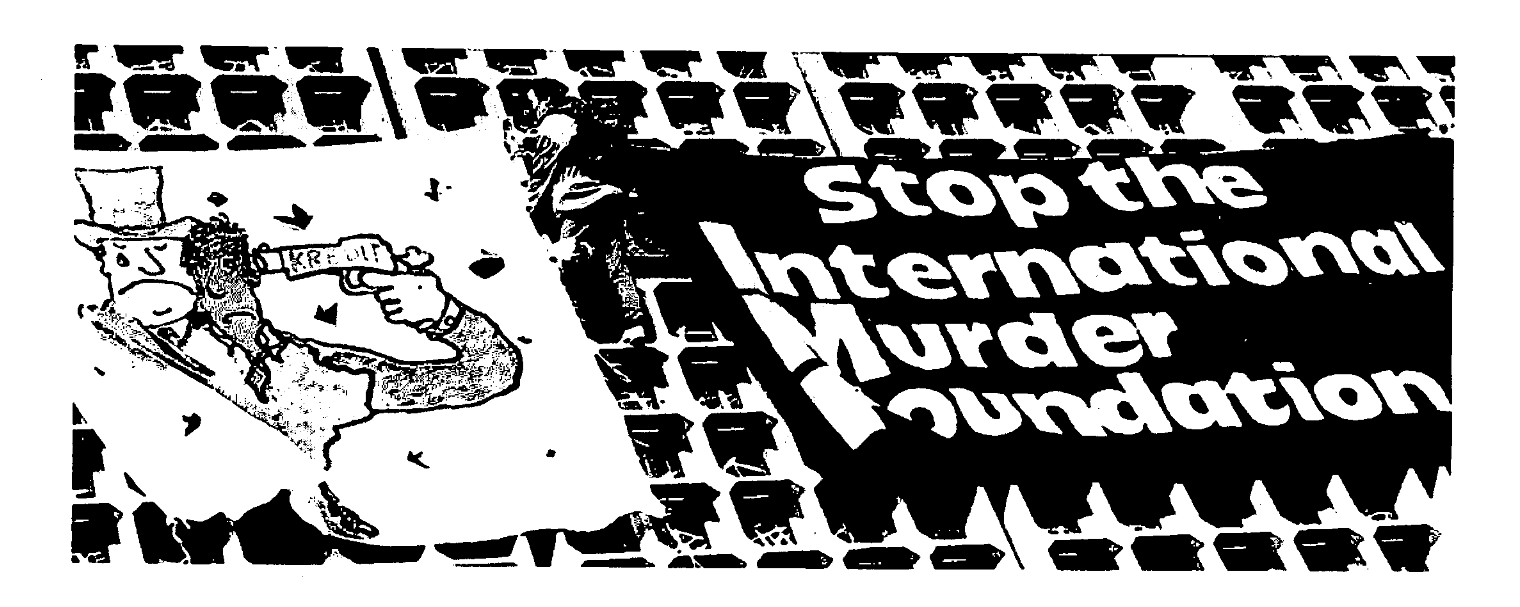







Dokumentation

Chancen eines neuen Internationalismus



Rede für den Trägerkreis auf der Abschlußveranstaltung des Internationalen Gegenkongresses der IWF/ Weltbank-Kampagne.

Es ist ein großer Erfolg, daß fast 4.000 Menschen aus ganz unterschiedlichen Arbeitszusammenhängen auf diesem Kongreß zusammengekommen sind. Dies zeigt deutlich, daß wir mit unserer Kampagne auf dem richtigen Weg sind. Wir haben erlebt, daß es möglich ist, nicht nur in unseren eigenen Bewegungsbahnen zu diskutieren. Vielmehr gab es ein Bemühen, an gemeinsamen Perspektiven zu arbeiten. Wir wissen alle, dies ist keine Selbstverständlichkeit. Denn das Bewußtsein über den Zusammenhang weltwirtschaftlicher Krisenerscheinungen in den Industrieländern und in den Ländern der sog. „Dritten Welt" ist eher unterentwickelt. Bei oppositionellen Bewegungen in den Industrieländern kann von einem internationalistischen Politikansatz noch nicht die Rede sein. Ausgehend von der eigenen „Betroffenheit" vom drohenden Verlust des Arbeitsplatzes, vom nächstgelegenen AKW, Sondermülldeponie oder Raketenstandort hat sich eine größtenteils eurozentristische Politik der bundesdeutschen und wohl auch europäischen „neuen" und „alten" sozialen Bewegungen entwickelt. Angesichts der international angelegten Kapitalstrategien können wir uns diese Beschränkung allerdings nicht leisten. Die Entwicklungen der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, wie flexibel nicht nur multinationale Konzerne sind, wenn es darum geht, sogenannte Standortvorteile zu nutzen. Die oppositionellen Kräfte weltweit haben dem bislang nichts Vergleichbares entgegenzusetzen. Dies hat Gründe. Historische Erfahrungen, die Geschichte des Kolonialismus zeigen, daß internationale Solidarität der metropolitanen Unterklassen mit der Bevölkerung in den Ländern der drei Kontinente nicht selbstverständlich ist, über eine Klassenanalyse allein läßt sich die Notwendigkeit internationaler Solidarität, internationalistischer Politik nicht herstellen.

„Arbeiter der ganzen Welt, kämpft und vereinigt Euch – für ein weißes Südafrika!" Dies war die Parole unter der 1922 die weißen Minenarbeiter zum Streik gegen die britischen Minenkapitalisten antraten. Die weißen Arbeiter verlangten gesetzlich verankerte Privilegien, da sie die Konkurrenz der billigen schwarzen Arbeitskraft fürchteten. Ihre Forderungen wurden mit der grundsätzlichen Überlegenheit der weißen Rassen begründet. Diese Parole von 1922 bringt unser Dilemma auf den Punkt: scheinbar zwischen den Fronten sitzend, nicht zu den Herrschenden gehörend, doch bis zu einem gewissen Grad an der Ausbeutung der „Dritten Welt" partizipierend bis hin zur offenen Unterstützung und damit einen Beitrag leistend zur Stabilisierung der gegenwärtigen weltweiten Herrschaftsstrukturen. So verwundert es nicht, daß die traditionelle Solidaritätsbewegung hin- und hertaumelt zwischen Schuldgefühlen und Resignation. Zwischen Almosenmentalität und der Hoffnung auf den bewaffneten Befreiungskampf in den drei Kontinenten, denn die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in den Metropolen erschien fast unerreichbar. Jedoch auch die großen Hoffnungen in die revolutionären Bewegungen der Länder der „Dritten Welt" wurden enttäuscht, denn das internationale Machtgefüge hat sich nicht verändert, die Siege der Befreiungsbewegungen über die kolonialen Besatzer oder über eigene Eliten hat sie nicht dem Zwang des kapitalistischen Weltmarktes entziehen können. Die gegenwärtige Krise mit ihren existenzvernichtenden Auswirkungen in den Ländern der „Dritten Welt" und der zunehmenden Marginalisierung großer Bevölkerungsteile in den Industrieländern macht dies überdeutlich.

Vielleicht ist es erst heute wieder möglich, „alte" Weisheiten auszugraben, eine internationalistische Politik zu thematisieren und konkrete Handlungsschritte ins Auge zu fassen. Rudi Dutschke hat es 1968 so ausgedrückt: „Jede radikale Opposition gegen das bestehende System, das uns mit allen Mitteln daran hindern will, Verhältnisse einzuführen, unter denen die Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können, muß heute notwendigerweise global sein. Diese Globalisierung der revolutionären Kräfte ist die wichtigste Aufgabe der ganzen historischen Periode, in der wir heute leben und in der wir an der menschlichen Emanzipation arbeiten."

Aufgreifen und einbrechen müssen wir in das dumpfe lähmende Gefühl, daß diese nördliche Halbkugel keine Sicherheit mehr bietet in dieser Nach-Tschernobyl-Ära, dem Zeitalter des Ozon-Lochs, der durch die Welt geisternden Giftmüllfrachter, der sich rasant entwickelnden Gen- und Reproduktionstechnologien, des zerreißenden sozialen

Netzes. Vielleicht besteht tatsächlich die Chance für einen Internationalismus, der nicht zur Floskel auf 1. Mai-Kundgebungen oder internationalistischen Demonstrationen verkommt, der sich nicht auf die Solidarität mit einer Bewegung oder einer „guten Sache" am anderen Ende der Welt beschränkt, die aber mit den eigenen Lebenszusammenhängen scheinbar nichts zu tun hat. Internationalismus muß integraler Bestandteil oppositioneller Politik „neuer" und „alter" sozialer Bewegungen in den Metropolen werden. Aufgabe der sozialen Bewegungen hier muß es sein, die eigene „Betroffenheit" in Beziehung zu setzen zu den Strategien imperialistischer Herrschaftssicherung und Kapitalinteressen. Länder der sogenannten „Dritten Welt" werden über den Hebel der Schuldknechtschaft gezwungen, Atom- und Giftmüll aus den Industrieländern zu günstigsten Konditionen zu bunkern. Internationale Solidarität heißt an diesem Punkt: Verhinderung der Produktion eben jener Stoffe hier in den Industrieländern und Unterstützung der Kräfte, die in den betroffenen Ländern der „Dritten Welt" dafür sorgen, daß die Konzernstrategen keine Möglichkeit mehr haben, den Müll ungestört zu verbuddeln.

Ohne einen Internationalismus von unten, werden wir unsere Ziele hier in den Industrieländern auf Dauer nicht erreichen können. Um der Marginalisierung der Frauen hier in den Industrieländern effektiven Widerstand entgegenzusetzen, um das Abdrängen in sogenannte ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse, in Teil- und Heimarbeit, in die Rolle derjenigen, die wieder „Verantwortung" übernimmt für die Pflege der Alten und Kranken und damit einen gewichtigen „Solidar"-Beitrag leistet in unserer Gesellschaft, so wollen die Herrschenden es uns verkaufen, um dieses also zu verhindern müssen wir auch die Kämpfe der Billiglohnarbeiterinnen in Südkorea, auf den Philippinen oder in Mexiko aktiv unterstützen. Das stellt auch ganz konkrete Anforderungen an die politische Praxis von Gewerkschaften und an die Arbeit von Betriebsgruppen hier in den Metropolen. Ich weiß, ganz so einfach ist es nicht, aber plakativ ausgedrückt heißt das: Streik nicht nur für die 35-Stunden-Woche hier, sondern auch gegen die 60-Stunden-Woche der Arbeiterinnen in den Filialen von Adler, Siemens, Phillips in Südkorea und Taiwan. Dies impliziert nicht nur den Aufbau eines Diskussionszusammenhanges zwischen fortschrittlichen Kräften in den Industrieländern über Bewegungsgrenzen hinweg, sondern vor allem auch eine wesentlich effektivere internationale Zusammenarbeit. Und da gibt es ja schon einiges: Es existieren bereits internationale Netzwerke von ArbeiterInnen und GewerkschaftlerInnen auf Betriebsebene, Pestizidnetzwerke, internationale feministische Netzwerke gegen Gen- und Reproduktionstechnologien. Diese gilt es zu stärken und ihnen neue hinzuzufügen. Wir müssen voneinander wissen, scheinbar gegensätzliche Interessen zur Kenntnis nehmen und bearbeiten, um besser gerüstet zu sein in der Auseinandersetzung mit den Konzern- und Bankenstrategen, um die Utopie, diesem Machtkartell irgendwann doch das Wasser abgraben zu können, realistischer werden zu lassen.

Die Kampagne anläßlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank ist ein erster Ansatzpunkt in Richtung eines neuen Internationalismus. Aber wir müssen auch aufpassen. Nach wie vor besteht die Gefahr nur ein neues „Modethema" gefunden zu haben, eine neue „Ein-Punkt"-Bewegung auf die Beine zu stellen, zur Verschuldungskrise zu arbeiten, aber nicht gegen die mörderische Politik von Banken, Konzernen, IWF, Weltbank und den Regierungen der imperialistischen Staaten. Wir müssen in unseren konkreten Arbeits- und Lebenszusammenhängen handeln. Ziel dieser Kampagnen darf es nicht werden, sachdienliche Hinweise zur Aufmöbelung eines bankrotten Industrialisierungs- und Entwicklungsmodells zu geben. Wir werden uns nicht darauf beschränken können, eine Diskussion über eine neue Weltwirtschaftsordnung zu führen oder internationale Schuldnerkartelle zu unterstützen, sondern unsere alltägliche politische Praxis wird sich daran orientieren müssen, mit welchen Forderungen, Strategien, Aktionen wir eine Gegenmacht organisieren können.

„Das kolossale Werk, den Menschen, den ganzen Menschen zur Welt zu bringen, wird nur mit der Hilfe der europäischen Massen gelingen. Die Massen Europas müssen sich darüber klarwerden, daß sie sich in den kolonialen Fragen oft, allzuoft mit unseren gemeinsamen Herren verbündet haben. Heute müssen sie sich entscheiden, sie müssen aufwachen, zu einem neuen Bewußtsein kommen und ihren verantwortungslosen Dornröschenschlaf ein für allemal aufgeben." Diese Sätze Frantz Fanons sind immer noch aktuell. Die sozialen Bewegungen und fortschrittlichen Kräfte müssen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse in den Industrieländern so verändern, daß bspw. Reparationszahlungen an die Länder der drei Kontinente eine Selbstverständlichkeit werden, denn auf das Verständnis der westlichen Regierungen für eine solche Forderung wird realistischer Weise nicht zu bauen sein.

In der Berliner Erklärung heißt es: „Der Logik des Kapitals, die den internationalen Ausbeutungsstrukturen zugrundeliegt, müssen wir hier in der Bundesrepublik und in West-Berlin entgegentreten." Wenn wir unsere eigenen Analysen ernstnehmen, setzt dies Maßstäbe für unsere politische Praxis. Wir werden dann nicht unbedingt davon ausgehen können, als respektierliche KritikerInnen oder Dialogpartner akzeptiert zu werden.

Eine internationalistische Perspektive ist auch gefragt, wenn es um die Zusammenarbeit der fortschrittlichen, oppositionellen Kräfte hier in den Industrieländern geht. Es hat bittere Erfahrungen gegeben: Ich erinnere an die bundesdeutschen Kohlelieferungen, die den Streik der britischen Bergarbeiter unterlaufen sollten. Wir müssen uns selbstkritisch fragen, welche Schritte haben die europäischen Bewegungen bisher unternommen, um gemeinsame, effektive Strategien gegen das „Projekt Europäischer Binnenmarkt" 1992 zu entwickeln? Ein Projekt, das die Nivellierung sozialer und ökologischer Standards auf niedrigstem Niveau anstrebt, das hilft, noch machtvoller die Interessen gegen die Armutsbevölkerung in den Ländern der sog. „Dritten Welt" durchzusetzen. Es bleibt nichts anderes übrig, als endlich über nationalstaatliche und Bewegungsgrenzen hinweg Strategien für eine gemeinsame Gegenwehr zu entwickeln und zu realisieren. Dieser Kongreß hier in Berlin war ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung.

Aber wir sind hier in Berlin nicht nur zusammengekommen, um über eine gemeinsame Gegenwehr zu diskutieren. Unseren Protest und Widerstand werden wir heute abend, morgen und in den nächsten Tagen auf die Straße tragen. Diese Clique, die sich dort im ICC eingebunkert hat, soll deutlich merken, daß wir keine beliebige Manövriermasse sind, die ihre schmutzigen Geschäfte legitimiert. Wir werden uns von ihren Sprüchen nicht einschüchtern und gegeneinander ausspielen lassen. Wie sagte gestern der Generalsekretär der CDU Berlin: „Derartige Demonstrationen, wie sie vorgesehen seien, richten sich gegen die Berliner selbst, schaden dem Ansehen der Stadt und nutzen in keinster Weise den Interessen der Entwicklungsländer. Sie haben mit einer kritschen Diskussion nichts zu tun. Veranstalter und Teilnehmer der Demonstrationen müssen sich im klaren sein, daß sie mitverantwortlich sind für eventuelle Gewalttaten der kriminellen autonomen Szene."
Ich finde, Rosa Luxemburg hat es trefflich ausgedrückt: „Es gibt jemand anderen, der heute Terror, Schreckensherrschaft, Anarchie dringend braucht: Das sind die Herren Bourgois, das sind alle Parasiten der kapitalistischen Wirtschaft, die um ihren Besitz, um ihre Privilegien, um Profit und um Herrschaftsrechte zittern."

Werena Rosenke
(Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen — BUKO)
Berlin, den 24.9.88

IWF-Nachlese



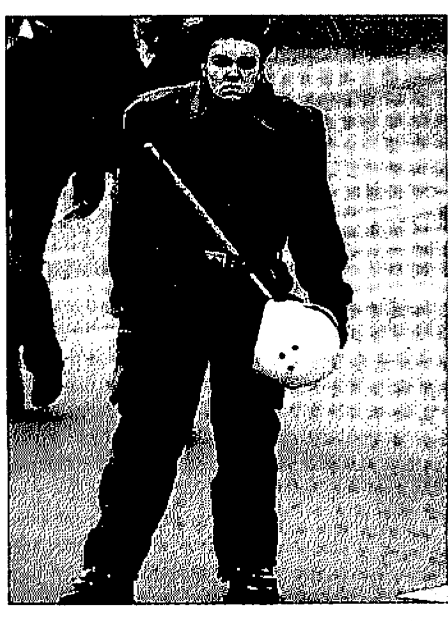
Demo am 25.9.88 *Photos: Theo Heimann*

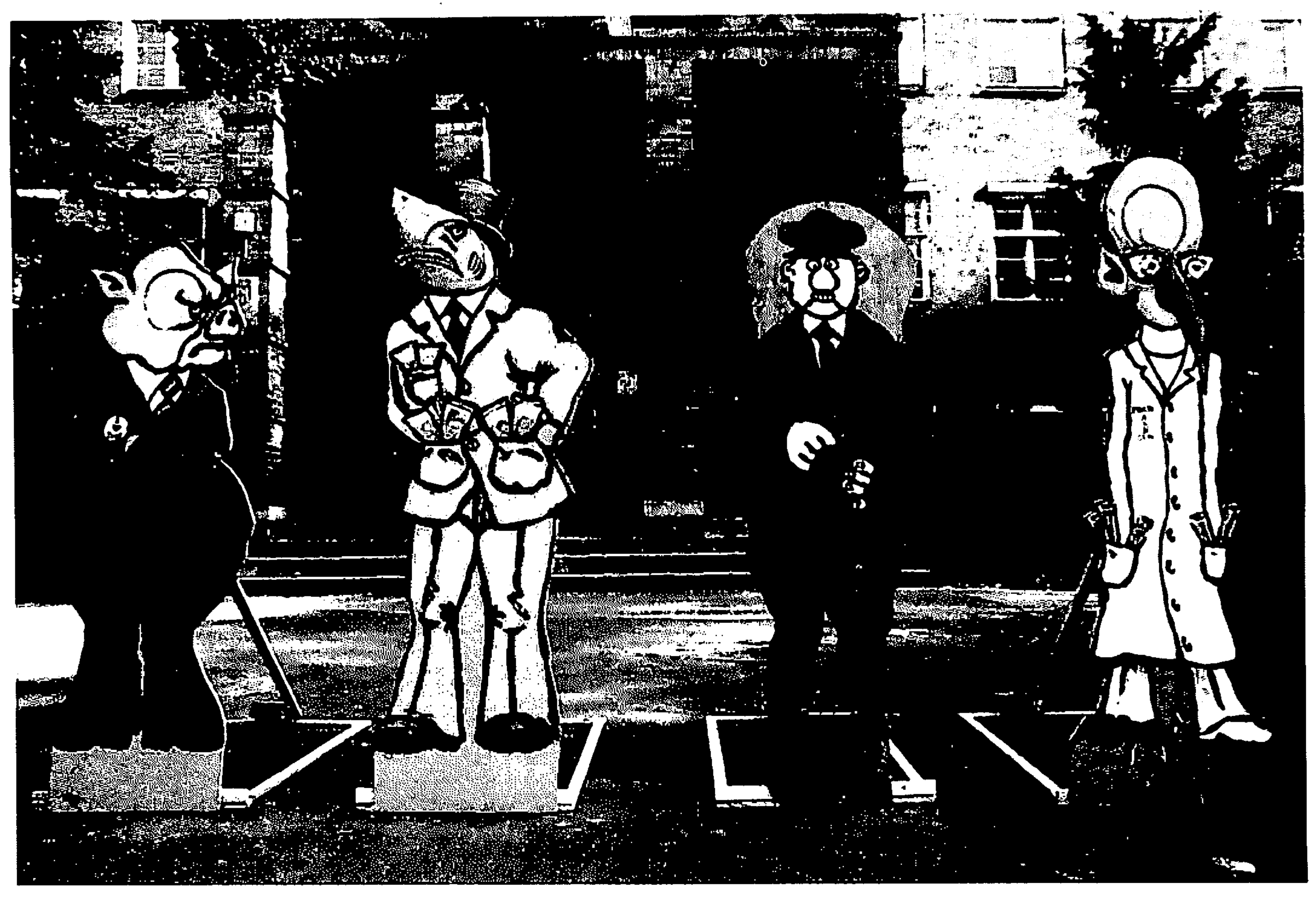
Berlin war eine Reise wert

"Unser Kongreß soll-öffentlichkeitswirksame Kritik am herrschenden Weltwirtschaftssystem und der Politik von IWF und Weltbank formulieren; — politische Alternativen und Strategien oppositioneller Kräfte in der „Dritten Welt" und hier bei uns diskutieren und sichtbar machen; — ein unübersehbares Zeichen der Solidarität mit den von IWF und Weltbank-Politik am meisten Betroffenen setzen; — Gelegenheiten zum Erfahrungsaustausch, zur internationalen Vernetzung und Selbstdarstellung der teilnehmenden Initiativen geben . . ."
Diese Forderungen formulierte der Trägerkreis für den Gegenkongreß in seinem Aufruf.
Wie sah nun die praktische Umsetzung dieser Forderungen aus?
Unbedingt positiv vermerkt werden muß, daß sich aufgrund der IWF-Kampagne ein breites linkes Oppositionsbündnis gebildet hat, wie schon lange nicht mehr. Und aller negativen Stimmen zum Trotz: Die Erwartung, daß die Forderungen und Ziele auf dem Gegenkongreß sich auf den „kleinsten gemeinsamen Nenner" beschränken würden, erfüllte sich nicht. Die eingeladenen VertreterInnen der „Dritten Welt" formulierten in ungewohnter Deutlichkeit und Klarheit ihre Situation und ihre Probleme, in Redebeiträgen, nach denen jeder beschwichtigende Ton nur peinlich gewesen wäre.
Auch das also durchaus ein Verdienst der OrganisatorenInnen: Durch die eingeladenen Vertreter von Selbsthilfegruppen und Gewerkschaften (allerdings waren nur wenige VertreterInnen von Oppositionsbewegungen anwesend), bestand zumindest die Voraussetzung, Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Forderungen in einem internationalen Rahmen zu diskutieren und eventuell auch eigene Vorstellungen als eurozentristisch zu entlarven.

In der Praxis war allerdings meist durch lange Redebeiträge. Sprach- und Übersetzungsprobleme und vielleicht auch durch die straffe Organisation (die bei einer Veranstaltung dieser Größenordnung aber unbedingt notwendig war) wenig Zeit, diese Möglichkeiten zu nutzen. Die Frage muß offen bleiben, wie ein internationaler Gegenkongreß aussehen könnte, in dem sich die RednerInnen mehr aufeinander beziehen und sich durch eine tiefergehende Diskussion vielleicht eine deutlichere Perspektive für eine „neue internationale Solidarität" entwickeln könnte.
Während sich deutsche Teilnehemer öfter die Frage stellten, ob dieses gemeinsame Treffen eher ein Zweckbündnis sei, äußerten sich die Vertreter der „Dritten Welt" durchweg positiv über den Gegenkongreß und bestaunten zum Teil regelrecht die breite Öffentlichkeit, die diese Veranstaltung herstellte (was hiesigen Teilnehmern natürlich gut tat.).
Vor zwei Monaten schrieben wir, daß es gegen die IWF-Tagung keine einheitliche Kampagne geben werde, wie ursprünglich (zumindest vom BUKO) erhofft. Allen Erwartungen zum Trotz waren die Gegenaktionen jedoch einheitlicher als erwartet. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt durch die Taktik der Polizeiführung, jede Form des legalen Widerstands zu untersagen, mitbewirkt worden.
Ebenso zog der Gegenkongreß, obwohl er eher wissenschaftlich ausgerichtet war (es hatte auch das Konzept für einen Kongreß der Kultur und der Befreiungsbewegungen gegeben), ein relativ breites Publikumsspektrum an, das nach Ende fast geschlossen zur untersagten Trommelaktion auf den Breitscheidplatz zog und anschließend an der abendlichen Demo auf dem Kudamm teilnahm. So entwickelte sich im Verlauf der Gegenaktivitäten eine eigene Dynamik, die die vorher von den veranstaltenden Parteien und Gruppen eingebauten Trennungslinien teilweise überwinden konnten.
So witzig und phantasievoll die Aktionstage verliefen, konnten sich die Banker dennoch nur zu wenigen Gelegenheiten direkt konfrontieren.
Die polizeiliche Abschottung sowohl der DemonstrantInnen als auch der IWF-Leute war nahezu perfekt, und wenn man den Presseberichten glauben darf, flogen die meisten der Banker und Regierungsvertreter mit einem „Berlin was beauti ful"-Gefühl nach Hause zurück. Auch die Resonanz, die die Gegenkampagne in der BRD und auch im Ausland hatte, ist schwer einzuschätzen.
So wurde zum Beispiel eher über das Pressespektakel Gegenkongreß und über die Großdemo berichtet, Hintergründe über die Aktionstage oder über die IWF-Kampagne als Ganzes gab es in den Medien dagegen kaum.
Diese gegensätzlichen Eindrücke — beschworene Solidarität auf dem Gegenkongreß und bei den Aktionstagen kontra Polizeihochburg Berlin, Ignoranz und Überheblichkeit bei den offiziellen IWF-Teilnehmern, auch von Vertretern der „Dritten Welt" — machen es schwer, eine Bilanz der IWF Kampagne zu ziehen.
Letztendlich muß sich ihre Bedeutung daran messen, wie wir jetzt weiterarbeiten werden und wie wir es erreichen können, die vielbeklatschte Vernetzung der Gruppen, die in der BRD Widerstand leisten, in die Realität umzusetzen.

AG-ADW-IWF-TRIP


Berliner Spezialeinheit



International Murder Foundation

Die Bewegung wird beweglich

Zu den Anti-IWF-Aktionstagen und darüber hinaus

Donnerstag, 29. September, 19.00 Uhr: Stoßstange an Stoßstange stehen die Polizei-Wannen, Gitterabsperrungen sind aufgebaut, die Kameras postiert, Wasserwerfer im Anschlag, Panzerfahrzeuge gleich dutzendweise, das Polizei-Aufgebot stellt alles an den Tagen zuvor gesehene in den Schatten, der Platz vor der West-Berliner Urania, Endpunkt der Abschlußdemonstration gegen den IWF, ist als perfekter Polizeikessel hermetisch abgeriegelt, die Spitze des rund 8.000 Leute starken Demonstrationszugs ist an der letzten Ecke vor der Urania angelangt, rund 200 Meter trennen Polizei und Anti-IWF-Kampagne noch von dem final showdown, der Großen Konfrontation, die bislang nicht stattgefunden hat, nicht am Sonntag bei der Groß-Demo der 80.000 Leute gegen IWF & Weltbank, und nicht bei den folgenden „Aktionstagen", den vielen Aktionen und Demonstrationen vor Siemens, Schering, der Ausländerpolizei, den Kaufhäusern, und und und, vier Tage lang, und auch nicht an den Abenden des Bürger-Bejubeln-Banker und des Trommelns-gegen-den-IWF mitten im Zentrum von West-Berlin, gegen die die Polizei zwar vorging, und auch hart, aber immer wenn sie an einer Stelle eine „unerlaubte Versammlung" auflöste, bildeten sich ein paar Meter weiter eine lärmende neue, wenn sie ein Stück Ku'Damm freigeräumt hatte, wurde der Verkehr eine Kreuzung weiter lahmgelegt, war der Anti-IWF-Protest mit seiner Beweglichkeit und Originalität und seinem Lärm und seinen vielen Menschen für Viele weitaus vermittelbarer als das überdimensionierte Polizei-Aufgebot und die wahllosen Festnahmen, und zur Großen Konfrontation, einer Straßenschlacht mit fliegenden Steinen und brennenden Autos als Rechtfertigung dafür kam's ja nicht, und nun, am Donnerstag, am Ende der von den Autonomen organisierten, aber dann doch viel breiter gewordenen „internationalistischen" Demo sollte sie also stattfinden, die Letzte Schlacht, der Polizeikessel schon vorab perfekt, Stoßstange an Stoßstange, und dann schlägt die Nachricht in den Plizeikessel ein wie eine Bombe: Die Demonstration hat sich, 200 Meter vor und angesichts des auf sie wartenden Kessels — selbst aufgelöst!, und auf die letzten 200 Meter Demonstrationsrecht verzichtet, den präparierten Showdown ins Leere laufen lassen, und die Polizisten fluchen und warten auf Befehle, und der die geben soll, weiß wohl nicht recht, welche nun. „Die schwierigste Aufgabe der Polizei nach dem Zweiten Weltkrieg" endet mit einem Griff ins Leere, dabei war das früher ganz anders gewesen, die Arbeiterbewegung stürmte vorwärts, vorwärts. Auf zum Letzten Gefecht!, vor 10 Jahren ließ sich die Linke von TonSteineScherben immer munter in die Niederlagen singen, „denn jede Schlacht, die wir verlieren, bedeutet unsern nächsten Sieg". doch wer mag noch an das Letzte Gefecht, an das Grande Finale der Weltrevolutione glauben, und auf verlorene Schlachten, Niederlagen, Knast, Verletzte, Helden, Tote, Märtyrer, sind wir nicht mehr scharf, so wurde scheint's von asiatischen Kampfsportarten gelernt: Die Wucht des physisch überlegenen Gegners ins Leere gehen lassen und sie in die eigene Aktion aufnehmen, seine Wucht gegen ihn selbst wenden, für die Berliner Anti-IWF-Kampagne hieß dies: West-Berlin in einen Ausnahmezustand versetzen, einen Ausnahmezustand, der dem Treffen von IWF & Weltbank angemessen ist, dem Zustand der Weltwirtschaft angemessen ist, so wie der militärische High-Security-Bauzaun um Wackersdorf ein adäquates Abbild der Technologie gibt, die er verstecken soll, und diesen angemessenen Ausnahmezustand herzustellen, dazu haben die 11.000 Polizisten einen entscheidenden Beitrag geleistet, hat die Polizei ordentlich Chaos in der City gestiftet und oftmals mustergültige Blockade-Aktionen durchgeführt und Journalisten der internationalen Agenturen und der bürgerlichen Presse geknüppelt und eingekesselt und: geweckt!, wurde die Polizei zu einem der hervorragendsten Instrumente der Kampagne gegen den IWF, je stärker sie auftrat, desto stärker schlug sie auf sich selbst zurück, die Wucht des phy-

sisch überlegenen Gegners ins Leere gehen zu lassen hatte bereits einige Wochen zuvor eine spektakuläre Vorführung erlebt beim fotogenen Mauer-Sprung 'rüber nach Ost-Berlin, der den Besetzern des autobahnbedrohten Kubat-Dreiecks einen ruhmreichen Rückzug und das breite Grinsen der Welt-Presse sicherte, die Aktionstage gegen den IWF nun waren eine schon ausgereifte Leistung dieses Zuletzt-am-Besten-Lachens, die Selbstauflösung der internationalistischen Demo als Höhepunkt und Abschluß der Aktionstage, das letzte dem-Gefecht-aus-dem-Weg-gehen, schon hohe Kunst einer Neuen Beweglichkeit, einer „Synthese auf höherem Niveau" von Spaß-Guerilla, Greenpeace-Aktionen und traditioneller Massenmobilisierung, einer ausbaufähigen Neuen Beweglichkeit, die der Linken und den Bewegungen Perspektiven für zukunftsträchtige Formen politischen Agierens jenseits von Letzter Schlacht, durchprofessionalisierter PR-Abteilung und abstrusem Attentat bietet.

bert hoffmann

Eindrücke vom Gegenkongreß

In der auf der Eröffnungsveranstaltung verlesenen Grußadresse von Fidel Castro heißt es, daß es keinen Frieden geben wird ohne Entwicklung für acht Zehntel der Menschheit - die Bewohner der südlichen Kontinente. Diese Zahl machte die Dimension des Problems, um das es auf dem Kongreß ging, greifbar, besonders angesichts vieler Stimmen aus diesen Ländern. Menschen, die an uns appelieren.

Mauricio Rosencov aus Uruguay schildert in seiner Rede auf der Eröffnungsveranstaltung in poetischer, deutlicher Sprache die Eroberung seines Kontinents durch die Europäer, deren blindwütige Zerstörung der hochentwickelten Kulturen. Als Synonym für den Kampf dagegen nennt er die großen Namen: Sandino, Zapata, Allende, Che. Bei jedem Namen entsteht im Geist eine lebendige Geschichte, das Bild vom selbstbewußten Kontinent, und verdrängt die sonst naheliegende gedankliche Verbindungm von Lateinamerika bzw. der Dritten Welt, als dem Opfer von Elend und Ausbeutung. Es geht um mehr als um Ökonomie, es geht um Menschen, um Würde: „Die unpersönlichen Institutionen machen uns blind und stumpf; denkt an die Gesichter der Menschen — die offenen Adern müssen geschlossen werden."

Bei einer Pressekonferenz fragt ein Reporter etwas polemisch nach konkreten Vorschlägen zur Änderung der Weltwirtschaftsordnung. Mit dem Unterton: „Ja, was soll man nur machen, was schlagen Sie denn den Bankern vor?" Vandana Shiva, in einen Sari gehüllt, antwortet erregt: „Indien hatte eine jahrtausende alte Agrokultur, die die Menschen ernährt hat. Wir sind gut klargekommen, bis Ihr gekommen seid, uns Eure Kultur aufgezwungen habt. Durch die Plantagen ist unser lebenswichtiger Reisanbau verdrängt worden. Täglich beeinflußt Ihr durch Eure Politik, Euren Alltag, Eure Konsumgewohnheiten ganz unspektakulär, aber nachhaltig unser Leben. Ihr habt diese Verantwortung, bitte nehmt Sie war!"

Diese Worte bedurften keiner Übersetzung, sie trafen das Herz ebenso wie den Verstand, und das waren die schönen, spannenden Momente des Kongresses, wenn Menschen durchschimmerten, sich Platz schufen neben der Sprache der Ökonomen und Politologen. Solche Worte können Menschen in Bewegung setzen, auch wenn zu vermuten ist, daß der fragende Journalist sie spätestens bei der Pressekonferenz der IWF-Tagung wieder vergißt.

Die Organisatoren der Gegenveranstaltung betonen, es ginge um Handlungsperspektiven, weniger um akademische Selbstreflektion. Es war jedoch die Mischung von beidem, die einmalig war und den Kongreß spannend machten: Die Perspektiven von Menschen mit sehr unterschiedlichen Ansatzpunkten — wissenschaftliche Arbeit an dem Thema einerseits, praktische Solidaritätsarbeit andererseits — konnten sich mal überschneiden.

Trotz überfüllter Säle weitete sich der Blick, die Vielfalt von Initiativen und Ansätzen, das Spektrum gesellschaftlicher Kräfte wurde offenbar. Kreuzberger Straßenkämpfer hören aufmerksam E. Altvater (gerade bei diesem Namen erstaunlich) zu — und umgekehrt. Es gab scharfe Debatten um die Frage, ob der IWF abgeschafft oder reformiert werden soll, aber die Positionen blieben vermittelbar. Eine endgültige Klärung dieser Frage (die ja nur ein Ausdruck des grundsätzlichen Streits um Reform oder Revolution ist) wird es nie geben, aber das ständige Aneinanderreiben, das gegenseitige Infragestellen ist für beide Seiten wichtig und produktiv, wenn die gemeinsame Richtung dabei nicht aus dem Blick gerät.

Und tatsächlich ist es neu, wenn praktisch alle sozialen Bewegungen hier zusammenkommen, den begrenzten Horizont ihrer konkreten Arbeit überschreiten; neu ist die Erkenntnis und das Gefühl von Ganzheitlichkeit politischer und sozialer Prozesse. Das ist die lange überfällige Reaktion auf die Tatsache weltweiter Vernetzung unserer Widersacher.

Der Kongreß war ein Herauskommen aus dem frustrierenden Rummuddeln, aus der Begrenztheit der diversen Gruppen. Dazu trugen auch die vielen Vertreter der Dritten Welt bei, die nicht müde wurden, den Kongreß emphatisch als historisches Ereignis zu bezeichnen, die Betroffenheit schufen und Mut machten. Sie gaben uns ein Feed-Back für die ermüdende Arbeit, indem sie ihre Erwartungen an unsere Solidarität zum Ausdruck brachten. Es wurde klar, daß unsere Aktivität auch in der Dritten Welt nicht ganz verhallt.

Noch einmal zurück zum Anfangsbild. Die Diskussion um Interessengegensätze zwischen Menschen der Ersten und Dritten Welt, wenn auch als Angehörige der jeweils ausgebeuteten Klassen, kam zu kurz, hatte kaum Platz neben soviel kuscheliger Solidarität, die ja alle bitter nötig haben.

Ludger Vollmer regte zu dieser Debatte mit seinen etwas provokanten Fragestellungen nach den Perspektiven einer neuen Weltwirtschaftsordnung an: Kostet ein T-Shirt dann 50,- DM anstatt 5,- DM? Wie wollen wir die Leute hier dafür gewinnen? Was hätte das für Konsequenzen? Welche internen sozio-politischen Veränderungen würden sich daraus ergeben? Klare Antworten gibt es nicht, aber die Fragen müssen gestellt werden, wenn unsere Forderungen glaubwürdig sein sollen. Es ist natürlich leichter, gegen Banken, Konzerne und Staat zu wettern, als sich selbst als Nutznießer von Kolonialismus und Neokolonialismus zu sehen, denn das ist ein Stachel im eigenen Fleisch. Da war Vandana Shiva sehr deutlich: Nicht nur die Oberen, jeder hier trägt Verantwortung. Jeder muß sich ihr stellen.

Detlev Vogel

Wut
Witz
Widerstand

Gegenaktivitäten in Berlin

Jahrelang war alles gutgegangen, jahrelang konnte der Troß von Finanzministern und Bankern, IWF- und Weltbankdirektoren ungestört über Tod und Elend von Millionen Menschen beschließen. Ausgerechnet in einem der 3 wichtigsten imperialistischen Länder gab es 1988 erstmals Sand im Getriebe.

Die Berichterstattung in den Medien wurde schon im Vorfeld der Tagung weltweit von den Aktionen der IWF/Weltbankgegnerlnnen und Kritikerlnnen beherrscht. Etliche US-Banker sagten ihre Teilnahme an dem größten Bänkertreffen ab, da sie gehört hatten, in Bärlin sei der Bär los. Auch ein Großteil der BRD-Banker konnte nur mühselig von den 3 deutschen Großbanken zur Teilnahme überredet werden. Bärlins Kriegsgott Kewenig hatte knapp 10.000 Gralshüter zusammengetrommelt — pro Banker einen — um den Tanz ums goldene Kalb zu bewachen. So fand parallel zum Bankertreffen, das die Weltbank unter das Motto „Mehr Ökologie wagen" gestellt wissen wollte, stilecht dann auch eine „grüne Woche" statt. Und alle waren sie gekommen. Nicht nur die besonderen Bärliner Schlagstockkommandos, nein auch das entsprechende bayrische Gegenstück — Wackersdorf erprobt — hatte wie auch die Kämpen aus den anderen Bundesländern den weiten Weg zur „grünen Woche" nicht gescheut. Die Gastgeber gaben sich alle Mühe, daß sich auch die Banker und Politiker von autoritären Regimes und Militärdiktaturen wie zu Hause fühlten. Ausspruch eines Bankers: „Ich verstehe die ganze Aufregung nicht, bei uns sieht es immer so aus."

Auch sonst ließ sich die BRD nicht lumpen. 30 Millionen ließ man sich bzw. uns den Spaß kosten. Im Preis inbegriffen 1000 (!) Begleitpersonen, wer immer sich auch im Einzelfall dahinter verbergen mochte.

Rechtzeitig 1 1/2 Jahre zuvor hatte der Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zu einer breiten Gegenkampagne anläßlich der Tagung aufgerufen, deren fester Bestandteil auch die Gegenfeierlichkeiten in Bärlin sein sollten. (Wenn wir die Feier schon bezahlen müssen, wollen wir wenigstens auf unsere Art mitfeiern).

Schon im Vorfeld fanden an vielen Orten der BRD Hunderte von sehr gut besuchten Veranstaltungen zum Thema „Weltmarkt und Verschuldung" statt. Nach mehr als sieben mageren Theoriejahren der Internationalismusbewegung war es plötzlich Land auf Land ab wieder möglich, über politische Ökonomie, über die Funktionsweise des kapitalistischen Weltmarktes und seine Auswirkungen in Metropolen und Peripherie; über neue Kapital- und Bankenstrategien und die Rolle der internationalen Finanzinstitutionen, wie IWF und Weltbank zu reden. Marxistische Wirtschaftsanalysen waren plötzlich sogar in Kreisen gefragt, die einem vor nicht allzu langer Zeit dafür noch die rote Karte gezeigt hätten.

Während die Aktivitäten vor Ort in der Regel von Basisinitiativen, „Dritte-Welt"-Gruppen und kirchlichen Gruppen getragen wurden, waren die Parteien bevorzugt im Arbeitsausschuß der Kampagne vertreten, um dort ihren Einfluß auf die Gegenfeierlichkeiten in Berlin-West geltend zu machen. Da einzelne Basisinitiativen schon rein zeitlich und finanziell gar nicht mit bezahlten Hauptamtlichen konkurrieren und jede 2. Woche quer durch die Republik reisen können und wollen, waren die Parteien und etablierten Institutionen im Arbeitsausschuß der IWF/Weltbankkampagne bald fast unter sich. Das war etlichen auch ganz recht. Die Jusos u.a. erklärten auch frei heraus, daß sie gar kein Interesse an weiteren breiten Aktionskonferenzen hätten und sabotierten 2 mal trotz Zusage die Herausgabe des Kapagnenrundbriefes,

So stand der BUKO mit seinen Vorschlägen im Arbeitsausschuß oft ziemlich alleine da. Vorschlag des BUKO war es gewesen, die Gegenfeierlichkeiten als Pauschalangebot im Paket anzubieten — Gegenkongreß, bundesweite Großdemo, Aktionstage und Tribunal als eine Einheit, von allen getragen. Doch er hatte die Rechnung ohne die Parteien und die Berlinerlnnen gemacht. Die Großdemo wurde von Samstag auf den Sonntag verlegt, daß ja nicht zu viel „Wessiländerlnnen" (BRDler) nach Berlin-West kommen. Grund war wohl die Angst vor „negativen Schlagzeilen" vor dem bevorstehenden Berliner Wahlkampf. Zu Gegenkongreß, Großdemo und Aktionstagen gab es schließlich verschiedene Aufruferkreise. Lediglich ein gemeinsames Plakat konnte durchgesetzt werden. Außerdem konnte mensch sich nicht des Eindrucks verwehren, daß die Berlinerlnnen (mit alter Hauptstadtmentalität?) die „Wessiländer" am liebsten aus den Vorbereitungen und Aktionen ausgeschlossen hätten.

Auch ein Großteil der Autonomen stand in Punkto Selbstgefälligkeit und Alleinvertretungsanspruch den Parteien in nichts nach. Sie erklärte flugs alle Nicht-Autonomen zu Reformisten und Stützen des imperialistischen Weltsystems und weigerten sich dann folgerichtig, zur geplanten Großdemo und zum Gegenkongreß aufzurufen. Damit vertaten sie eine Chance, die inhaltliche Auseinandersetzung zu führen. Dafür erklärten sie die Aktionstage geschwind zu „autonomen Aktionstagen", da ja angeblich sowieso niemand der „Reformer" dort was machen wolle. Die Jusos riefen dann nicht mehr zur Großdemo auf, weil diese zum ICC gehen sollte. Die Kirchen ebenfalls nicht, weil die Demo schon um 11 Uhr beginnen sollte, wenn der „Gottesdienst" noch nicht zu Ende ist. BUND und Deutscher Naturschutz Ring (DNR) machten ihren separaten Ökologiekongreß (DNR Vorsitzender ist zufällig ein Jusovorstand).



Die Straße gehört den Menschen — *Foto: Theo Heimann*

Parallel dazu versuchten die Staatschützer die Guten von den Bösen IWF-Gegnerlnnen zu trennen, nach dem alten bewährten Motto „Teile und herrsche". So erklärte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) im Vorfeld den BUKO zum terroristischen Sympathisantensumpf, und auch in einer Verbotsverfügung für eine Mittelamerikademo in Hamburg, zu der der BUKO nicht einmal aufgerufen hatte, war ähnliches zu lesen.

Der Gegenkongreß platzte mit kanpp 4.000 Teilnehmerlnnen aus allen Nähten. Rund 87.000 Menschen sorgten für die größte Internationalismusdemo in den letzten 25 Jahren.

TROTZ DIESER WIDRIGKEITEN WAREN DIE GEGENFEIERLICHKEITEN EIN RIESENERFOLG, WIE IHN WOHL NIEMAND ERWARTET HATTE!

Ungeachtet aller Querelen und Funktionärsmeinungen im Vorfeld wurden die Gegenfeierlichkeiten von der Basis quer durch die politischen Strömungen hinweg als Einheit gesehen. Dies war auch der Schlüssel zum Erfolg der Aktionen. Es gab eben keine „Reformer"-Demo oder „autonome" Aktionstage, sondern ein Großteil der Bewegung beteiligte sich an beidem. In den Aktionen wurde die Einheit durchgesetzt, die die Häuptlinge der einzelnen Fraktionen verhindern wollten.

Falls es uns gelingt, die Anti-IWF/Weltbank Kampagne nach der Tagung weiter am Leben zu erhalten, könnte dies eine vielversprechende Renaissance der mit den Jahren immer zahnloser gewordenen Internationalismusbewegung sein. Aufgaben gibt es genug. Zentrale Themen der Zukunft sind und bleiben der kapitalistische Weltmarkt, seine Spielregeln und Auswirkungen auf die Möglichkeiten revolutionärer Umgestaltung der Gesellschaft.

Zentrales Thema ist weiterhin der gnadenlose Wirtschaftskrieg, dessen Opfer Menschen in der Peripherie und zunehmend auch in den Metropolen sind, und dessen Triebfeder die ungehemmte Gier nach Profit ist.

Von Tag zu Tag wichtiger wird auch die längst überfällige Beschäftigung mit dem Thema EG-Binnenmarkt 1992, und zwar bevor uns die Auswirkungen überrollen (vielleicht fällt dieses Ereignis ja nicht zufällig mit dem 500. Jahrestag der „Entdekkung" der Menschen in Lateinamerika durch die Europäer zusammen).

Und eine weitere Feierstunde steht uns bevor. Ausgerechnet am 14. Juli 1989, zum 200. Jahrestag des Sturms auf die Bastille, dem Signal zur französischen Revolution unter der Parole „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" soll der nächste Weltwirtschaftsgipfel in Paris stattfinden!!!

Vielleicht ist das ja eine erste Gelegenheit auszuprobieren wie wir in Zukunft europaweit zusammenarbeiten können?!

Auch Paris ist eine Reise wert.

Nun zu einer ersten kurzen Bilanz der Aktionstage gegen die Jahrestagung von IWF und Weltbank. Aufgrund vorangegangener Erfahrungen mit Aktionen in West-Berlin (Reagan-Demo usw.), den massiven Einschüchterungsversuchen im Vorfeld durch Polizei- und Staatsapparat und schließlich den 10.000 Polizisten, die die Stadt belagerten, hatten sich viele auf das Schlimmste eingestellt. Fast alle Aktionen und Kundgebungen wurden erstmal verboten. Die Begründungen dafür waren zum großen Teil dermaßen abstrus, daß es bald klar war, daß die Durchsetzung der Aktionen kein juristisches, sondern letztlich ein politisches Problem sein würden. Und das Unglaubliche geschah: Alle Aktionen fanden im wesentlichen so statt, wie sie auch geplant worden waren, und zwar nicht in Form eines militärischen Schlagabtausches mit der Staatsmacht, wie es Kewenig gern gehabt hätte. Im Vordergrund standen ausnahmslos die Inhalte, seien es nun die Geschäftspraktiken von Schering, Siemens, der Deutschen Bank oder dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik oder die Politik von Weltbank und IWF, die Auswirkungen ihrer mörderischen Politik und die Rolle der BRD im Verschuldungsgeschäft mit dem Hungertod von Millionen Menschen. Laut Unicef haben die Umschuldungen mehreren Millionen Kindern weltweit den Tod gebracht.

Selbst in Medien, die uns idR nicht wohlgesonnen sind, kamen aufgrund unserer permanenten Präsenz mehr Berichte über unsere Inhalte als über die IWF/Weltbanktagung, die trotz ungeheurem Aufwand wie vorausgesagt außer Lippenbekenntnissen nichts an der derzeitigen Verschuldungssituation mit seinen tödlichen Auswirkungen zu ändern bereit war. Statt „wilder Chaoten" wurden die Schlagzeilen und Bilder von brutalen Polizeiübergriffen gegen die Bevölkerung und gegen die Journalisten und Kameraleute beherrscht. Selbst der konservativste Chefredakteur sieht eben nicht zu, wenn seine Reporter krankenhausreif zusammengeschlagen werden. Die 2–3000 Journalisten haben entsprechende Berichte in alle Teile der Welt verschickt.

Solche Berichte von Widerstandsaktionen in einem der wichtigsten Stützen der kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung machen Millionen von Menschen Mut, die in der Peripherie für ihre Befreiung kämpfen, und die nichts sehnlicher hoffen, als daß der Widerstand im „Herzen der Bestie" ihnen endlich den Rücken freihält. Wenn es auch bis dahin noch ein weiter Schritt ist, soll man trotzdem nicht die aufmunternde Wirkung solcher Aktionen unterschätzen. In dem Tribunal, dessen Urteil erfahrungsgemäß eine eher starke moralische Wirkung in der „Dritten Welt" hinterläßt, finden die Aktionen eine sinnvolle Ergänzung, auf die sich die Bevölkerung in der Peripherie argumentativ und moralisch stützen kann.

Die erfolgreiche Durchsetzung der Aktionstage war nur möglich durch ein gemeinsames Vorgehen quer über politische Differenzen hinweg. Es gab nicht die sonst üblichen wechselseitigen Distanzierungen, die allzu oft der Staatsmacht in die Hände arbeiten. Die Breite, Nachvollziehbarkeit, inhaltliche Ausgewiesenheit und Offenheit unserer Aktionen machten es möglich, daß sich viele beteiligen konnten, die sonst zu Hause geblieben wären. Und sie schafften die Voraussetzung, daß wir uns streckenweise endlich mal wie die „Fische im Wasser" bewegen konnten. Trotzdem darf nicht vergessen werden, daß während der Aktionstage über 900 Personen bis zu 48 Stunden in Gewahrsam genommen wurden.

Ein weiterer wichtiger Grund für den Erfolg war, daß diesmal statt des ewig gleichen einfallslosen Protestablaufes Phantasie



Musik gegen die Repression. *Foto: SAMDRAN*

Allabendliches Trommeln

Trommelrhythmen hatten schon eine große Rolle beim Widerstand der als Sklaven nach Lateinamerika verschleppten Schwarzen gegen die Kolonisatoren und Unterdrücker gespielt. So kommt zum Beispiel der Name des derzeitigen „Modetanz" Mambo von „Mambitos", das waren die kubanischen Unabhängigkeitskämpfer. Als die Schwarzen auf Haiti sich ihre Freiheit erkämpften, wurde auf Kuba die Trommel verboten. Die Schwarzen umgingen das Verbot, indem sie auf Kisten spielten. So entstand die „Rhumba de cajones" (Kistenrhumba). Diese Erfahrungen mußten auch die Büttel der „neuen Kolonisatoren" in Berlin machen. Nachdem sie die Trommelinstrumente beschlagnahmt hatten, besannen wir uns auf gute alte Widerstandstraditionen und trommelten auf vielen anderen Gegenständen weiter von der Straßenlaterne bis zum Müllbehälter. Die Trommelrhythmen unseres Widerstandes waren trotz von Abend zu Abend zunehmender Repression der Polizei genauso wenig zu verbieten, wie unsere anderen Aktionen.

und Ideenreichtum Trumpf waren. Der kulturelle Rahmen, den engagierte KünstlerInnen aus dem „Büro für ungewöhnliche Maßnahmen" geschaffen hatten, beflügelten anscheinend selbst die Phantasie des drögesten Polithengstes auf erfrischende Weise. Kultur und Widerstand das Thema des nächsten BUKO wurde hier schon in hervorragender Weise in der Praxis vorgeführt. Wichtig war auch die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit durch gute Pressearbeit und Herausgabe der Massenzeitung „Zahltag".

* Falls es uns gelingt, das zu leisten, was wir im Aufruf für die Kampagne schrieben, nämlich die Kampagne gegen Weltmarkt und Verschuldung tatsächlich nicht nur eine „grüne Woche" lang, sondern das ganze Jahr über stattfinden zu lassen und die Internationalusmusbewegung zu radikalisieren,
* wenn wir die Verbindungen zu anderen sozialen Bewegungen herstellen und vertiefen können, was gerade auch in der Diskussion um den EG-Binnenmarkt von größter Bedeutung sein wird,
* falls es uns gelingt, die in den Aktionen erreichten politische Zusammenarbeit auszubauen und die Berliner Erfahrungen in die BRD mit zurückzubringen, hätten wir nach langer Zeit mal wieder einen großen Schritt voran gemacht.

Wolfram Treiber

Satire

„Dirnen für die Banker"

Banker sind schon arme Menschen. Obwohl sie sich für das Wohl der Menschheit aufopfern, ernten sie nur Spott und Undank. Sie werden als *„Ausbeuter"* und *„Mörder"* diffamiert. Es wird angedroht, daß man ihnen das Handwerk legen werde. Dabei sind *„alle* (Entwicklungsländer) *dankbar, daß ihnen jemand hilft, ihre heruntergewirtschafteten Volkswirtschaften aufzupäppeln. Für sie ist der Kapitalismus kein Schreckgespenst, sondern eine Hoffnung."* Und *„die paradoxe Kapitalismus-Kritik führt in die Sackgasse."*

Die westlichen Industrieländer haben viel geleistet. Sie haben mit dem *„Steuergeld ihrer Bürger Riesensummen in die Dritte Welt gepumpt." „Die sozialistischen Länder dagegen, traditionell arm an Devisen, aber reich an Sprüchen, lieferten Gewehre statt Brot"*, anders als die friedliebenden kapitalistischen. *„Wer Schuldenerlaß fordert, muß bedenken, daß es sich bei den Krediten um das Geld von Anlegern und um Steuermittel handelt, daß es also die Bürger der Industrieländer sind, die die Verluste zu tragen haben."* Immer sollen die Deutschen die Suppe von den anderen auslöffeln.

Da werden die Banker einfach als *„Monster"* hingestellt. Dabei sind sie diejenigen, die die undankbare Aufgabe auf sich genommen haben, *„die wirtschaftspolitischen Bedingungen festzulegen, unter denen neue Kredite an die Regierungen hochverschuldeter Staaten vergeben werden können."*

Wie gut, daß sich unsere Männer an vorderster Front wie Finanzminister Stoltenberg von solch pöbelhaften Angriffen nicht beirren lassen! Eine Schuldenstreichung kommt für ihn auf keinen Fall in Frage. *„Die Forderungen nach einer globalen Lösung der Schuldenfrage zerstören die Kreditwürdigkeit der betroffenen Länder."* Wie gut, daß unser Finanzminister durchblickt und sein Herz am rechten Fleck hat, sonst hätten die Entwicklungsländer noch ihre Kreditwürdigkeit verloren. Das hätte wahrlich katastrophale Folgen gehabt. Stoltenberg kennt sogar den richtigen Weg aus der Krise. *„Nicht Schuldenerlaß, sondern eine intensive Beratung ist der richtige Weg zur Lösung der Schuldenfrage in diesen Ländern."* So soll z.B. der Umweltschutz miteinbezogen werden. Und wenn die Entwicklungsländer brav artig machen, was Stolti sagt, dann bekommen sie zur Belohnung auch etwas Giftmüll als Entwicklungshilfe. Das ist konsequente Politik ohne jede Doppelmoral, wie es sich für einen christlichen Politiker geziehmt. Bemerkenswert ist auch Stoltis ausgeprägtes *„Gerechtigkeitsempfinden". „Ein Erlaß der Schulden oder auch nur eines Teils davon widersprechen zudem dem Gerechtigkeitsempfinden gegenüber Ländern wie Indien, die in ähnlicher Situation ihre Schulden immer pünktlich und vollständig bezahlt haben."*



Keine Monster, sondern liebe Leute — Die Banker in Berlin *Foto: Theo Heimann*

Die Vertreter der kapitalistischen Länder haben also allen Grund, stolz auf sich zu sein. Sie führen das Schiff durch die Klippen des Weltmeeres mit todsicherem Instinkt. Warum aber werden ihre Leistungen nicht anerkannt? Warum werden sie verleumdet und mit Schrotflinten gejagt? Schuld daran haben die *„Organisatoren der Bewegung, die sich als Kämpfer gegen einen herzlosen Kapitalismus verstehen."* Sie *„liefern den fanatischen Extremisten Stichworte, mit denen sie ihr verbrecherisches Handeln vor sich selbst rechtfertigen können."* Es ist einfach unchristlich und gemeingefährlich, *„wenn eine bekannte Hamburger Theologin sagt, der Währungsfonds sei die oberste Behörde, die für das Verhungern von Millionen von Menschen verantwortlich zeichne, darf man sich nicht wundern, wenn es selbsternannte 'Rächer' gibt."*

Die Kritiker prügeln aber nur auf die Banker ein. Und was ist mit den wahren Schuldigen, den Regierungen in den Entwicklungsländern? Sie *„unterhalten kostspielige Armeen"*, lassen *„schlimme Korruption"* zu und bringen *„ihren eigenen dabei gewonnenen Reichtum ins Ausland." „Von deren Schuld an Hunger und Elend ist in der Protestbewegung nichts zu hören."*

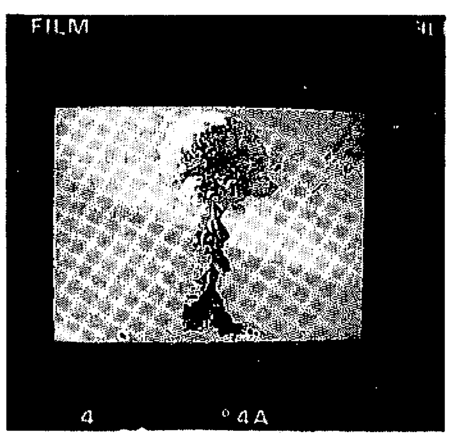
Die Banker haben's schon schwer. Trotzdem sie mit aller Energie für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung kämpfen, werden sie bedroht und beschimpft. Damit die Banker diesen Streß und diese Ungerechtigkeiten auch aushalten können, haben die Veranstalter vorgesorgt. *„Aus Westdeutschland flogen Liebesmädchen in Kompaniestärke ein. 1000 warten schon in Ost-Berlin."* (Bild-Zeitung vom 23.9.88) Bei diesen können sich die Banker dann endlich mal ausweinen über diese ach so ungerechte Welt.

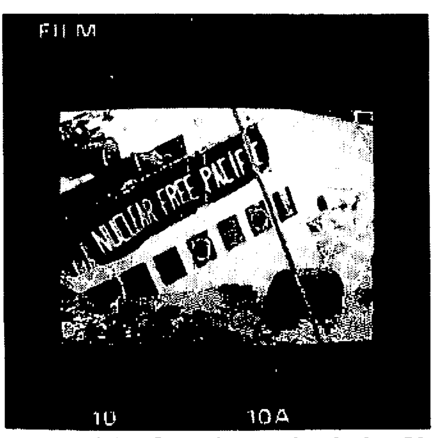
Horst Breit

PS: Mein Dank gilt den Leitartikel-Schreiberlingen von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23.9.88 und der „Die Welt" vom 24.9.88 für ihre geistreiche Vorarbeit.

Tahiti Witness

Eine filmische Reportage von Vivian Morgan





Szene in einem Pariser Krankenhaus: Unter den neuaufgenommenen Patienten sind auch PolynesierInnen, die von Tahiti nach Paris geschickt wurden, um ihre Krankheiten – alle Arten von Krebs, Leukämie, Herzstörungen, genetische Mißbildungen in der zweiten oder späteren Generation – behandeln zu lassen, Krankheiten, von denen wir wissen, daß sie bereits von geringen Dosen Radioaktivität ausgelöst werden können. Sie sind ein beredtes Zeugnis für die gesundheitlichen Folgen, die die französischen Atomtests im Pazifik für die dortige Bevölkerung nach sich ziehen. Jede Woche treffen neue tahitische PatientInnen in Frankreich ein; 1986 waren es z.B. 225. Viele sterben hier auf den Stationen der Spezial- und Krebskliniken, fern von ihren Angehörigen.

In einer gut recherchierten und griffig zusammengestellten Filmreportage bringt die englische Filmemacherin Vivian Morgan jede Menge Zahlen, Fakten und Argumente, die die atomaren Versuche auf dem Mururoa-Atoll fragwürdig erscheinen lassen. Sie macht die ZuschauerInnen zu Zeugen der verheerenden Atompolitik Frankreichs im Südpazifik, ganz im Sinne der doppelten Bedeutung des Wortes „witness" im Filmtitel, das nicht nur Zeugnis ablegen, sondern auch Zeuge sein meint.

Die Idee zu diesem Film faßte Vivian Morgan auf einer Veranstaltung der „Women working for a Nuclear Free and Independent Pacific" 1986. Da sie von der französischen Regierung keine Dreherlaubnis für Französisch-Polynesien erhielt, sammelte sie vor Ort das Filmmaterial mit einer ganz gewöhnlichen Video-Ausrüstung. Sie traf Polynesier, die bereit waren, vor der Kamera von der oftmals gefährlichen, keinerlei Sicherheitsbestimmungen genügenden Arbeit auf dem Haupttestgelände, dem von Tahiti 750 km entfernten Mururoa-Atoll, zu berichten. So wird bekannt, daß die einheimischen Arbeiter ohne jegliche Schutzkleidung mit radioaktiv verseuchtem Material in Berührung kommen und die medizinische Betreuung der beschäftigten Polynesier recht lax gehandhabt wird.

Augenzeugen zweier schwerer Unfälle, die in ihrer Tragweite von offizieller Seite nie bestätigt worden sind, melden sich zu Wort. Bei dem einen wurde am 28.11.1980 ein Depot mit radioaktiven Abfällen bei einem Wirbelsturm überflutet und teilweise ins Meer getrieben, dabei riß ein Asphaltbehälter mit tödlichem Plutonium 239. Der zweite Unfall ereignete sich am 6.7.1979, als bei einer Testexplosion der Sprengkörper nicht wie vorgesehen im Felsengestein detonierte, sondern in einem in den Vulkankegel gebohrten Schacht steckenblieb und dort losging. Zehn Menschen wurden verletzt, zwei kamen ums Leben, ihre Leichen wurden wegen radioaktiver Verseuchung einzementiert. Die unfreiwilligen Zuschauer des Unglücks wurden angewiesen, unbedingtes Stillschweigen zu wahren. Die zuständigen französischen Regierungsstellen, von der Gewerkschaft auf den Vorfall angesprochen, dementierten und werteten das Ganze als „Laborunfall".

In einem historischen Abriß zeigt der Film die Fragwürdigkeit der offiziellen Stellungnahmen auf, indem er sie den tatsächlichen Ereignissen gegenüberstellt. Der Minister für überseeische Gebiete, Louis Jacquinot, erklärte 1961, daß Frankreich niemals Nukleartests im Pazifischen Ozean durchführen werde. Bereits ein Jahr später, als die Franzosen mit der Unabhängigkeit Algeriens ihre Atombombenversuche in der Sahara einstellen mußten, hielten sie im Pazifik Ausschau nach neuen Testgebieten. Am 2. Juli 1966 detonierte dann die erste Bombe in der Atmosphäre, zu einem Zeitpunkt übrigens, da England und die USA ihre atomaren Versuche längst unter die Erde verlegt hatten. Das Datum für den Teststart war an de Gaulles Reiseterminplan gekoppelt und wurde daher trotz schlechter Windverhältnisse durchgeführt. Der damalige Gouverneur von Französisch-Polynesien glaubte, die Ängste der Insulaner mit der Versicherung mildern zu können, daß nicht ein einziges radioaktiv verseuchtes Staubkorn auf eine bewohnte Insel herabfallen würde.

In dem Film heißt es, daß die Bevölkerung von Französisch-Polynesien insgeheim davon überzeugt sei, daß die französische Regierung sie nicht wirklich über die gesundheitlichen Risiken der nuklearen Tests aufklärt. Vivian Morgan sieht diese Vermutung durch die simple Tatsache bestätigt, daß mit Beginn der Bombenversuche 1966 in den tahitischen Krankenhäusern (die französischen Militärärzten unterstehen) die Veröffentlichung der Statistiken aufhört, die über die Todesursachen der Patienten Auskunft geben. Der Schwerpunkt des Films liegt auf den gesundheitlichen Folgen, mit denen die Insulaner zu kämpfen haben. Mütter, die Fehl- oder Mißgeburten hatten, kommen ebenso zu Wort wie Eltern, deren Kinder an Leukämie oder der tropischen Fischvergiftung, Ciguatera genannt, starben. Dabei wird der menschliche Organismus durch den Verzehr von Fischen vergiftet, die die blaue Alge Zyanophyta gefressen haben. Die französische Regierung sieht das Auftreten der Krankheit als „natürlich" an, weil übermäßiges Wachsen der blauen Algensorte auch dann auftritt, wenn das labile ökologische Gleichgewicht der Inselwelt durch Naturkatastrophen, wie Erdbeben und Stürme, gestört wird. Dr. Michael O'Sullivan von der Auckland Universität in Neuseeland sieht die „natürlichen Störungen" durch die mächtigen Erschütterungen bei Bombenzündungen verursacht. Er weist im Film zudem darauf hin, daß durch den porösen Basaltkegel des Mururoa-Atolls Radioaktivität ins Meer gelangt. Seit auf internationalen Protest hin die Nukleartests 1975 unter die Erde verlegt worden waren, sank die Insel um 1,50 Meter, jeder weitere Test läßt sie um ca. weitere 2 cm absacken. Dies ist einer von vielen Gründen, warum Experten die Koralleninseln ungeeignet für unterirdische Atombombenversuche halten.

Frankreich bombt sich weiter über alle Proteste hinweg. Daß es sogar soweit ging, durch einen Anschlag des Geheimdienstes das Greenpeace Schiff „Rainbow Warrior" am 10.7.85 zu versenken, um es am Auslaufen nach Mururoa zu hindern, ist weltweit bekannt geworden.

Als der Film im November 1987 im englischen Fernsehen gezeigt wurde, löste er in Frankreich heftige Proteste aus. Zur Verunsicherung der Grande Nation führte dies aber nicht, denn zu den seit dem 5.6.75 ausgelösten 107 unterirdischen Atomversuchen sind seither mindestens fünf hinzugekommen. Jean Teururai, der von der protestantischen Kirche Polynesiens nach Frankreich zur Betreuung der schwerkranken PatientInnen geschickt wurde, meint nicht zu Unrecht, daß wir alle, die wir diese Menschen besuchen (oder sehen), Zeugen sein können von den Leiden seines Volkes.

Helga Lorenz

Anmerkung: Der Film besteht aus zwei Teilen zu je ca. 30 Min. Er darf nicht auf öffentlichen Veranstaltungen gezeigt werden, auf denen Eintritt genommen wird. Es gibt ihn nur in der englischen Originalfassung, dafür aber in zwei Kopien. Die eine kann über das Büro von Dr. Dorothee Piermont, Europagruppe DIE GRÜNEN, Bundeshaus – Zi. 220 Hil, 5300 Bonn 1 bezogen werden, die andere bei der Aktion Dritte Welt, Freiburg.

Rezensionen

Erziehung zur Befreiung

Eine Materialsammlung zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie Namibias ist die neueste Folge der „Namibia Papers", einer Publikationsreihe, die im Rahmen des Namibia Projektes am Zentrum für Afrika Studien von der Uni Bremen herausgegeben wird.

Es handelt sich dabei um ein Kooperationsprojekt zwischen dem von der UNO eingerichteten Namibia Institut, das seinen Sitz in Lusaka, Sambia, hat und verschiedenen deutschen Trägern (Terre des Hommes, Bremer Afrika Archiv, Entwicklungspolitischer Arbeitskreis Bremen u.a.) mit Sitz an der Uni Bremen. Auch die SWAPO ist über Luanda in die Arbeit des Projektes einbezogen.

Ziel der Projektpartner ist es, „einen konkreten sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Beitrag zu leisten, der sich in die umfassenden wissenschaftlichen und politischen Strategien der Vorbereitung Namibias auf die Zeit nach der Unabhängigkeit einfügt." Im Sinne von 'Erziehung zur Befreiung' versteht sich das Projekt als Einrichtung der tertiären Bildung, die den Versuch unternimmt, der schwarzen Bevölkerungsmehrheit einen eigenen Zugang zu Bildung und Ausbildung zu ermöglichen.

Bei der jetzt erschienenen „Sammlung von Texten und Dokumenten zur Wirtschafts- und Sozialgeographie Namibias" ging es den Bremer Mitarbeitern im Projekt darum, den völlig unbrauchbaren südafrikanischen Lehrbüchern eigene, nicht-kolonialistische, nicht-rassistische Materialien entgegenzusetzen, die sich speziell mit Namibia beschäftigen. Das so entstandene Lehrbuch soll in englischer Sprache herausgegeben und in den Schulen eines befreiten Namibia sowie bereits heute in den Flüchtlingslagern jenseits der Grenzen eingesetzt werden. Um Ergebnisse ihrer Arbeit auch für den deutschen Gebrauch zugänglich zu machen, entschied man sich in Bremen für einen Reader, wie er bei Seminaren und Veranstaltungen, in Schulen und Gruppen bestens einsetzbar ist.

An diese Fülle von Texten, Dokumenten und Abbildungen ist anderweitig wohl schwer heranzukommen. Sowohl zahlreiche Karten und Graphiken zur physikalischen Geographie des Landes, als auch theoretische Beiträge (die ökonomische Bedeutung der unbezahlten Frauenarbeit, die wirtschaftliche Bedeutung des namibischen Urans) und lyrische Sujets (siehe Gedicht) sind hier an einer Stelle vereint.

Namibia: Texte und Dokumente zur Sozial- und Wirtschafts- Geographie Zusammengestellt und kommentiert von Matthias Sauter (Namibia Papers, Education for Liberation Series. Working Documents Nr. 3) Bremen 1988

Ein Kapitel widmet sich der Geschichte Namibias als besetztes Land, der Tradition der Unterdrückung, den Deutschen damals — und heute. An anderer Stelle werden die Eckdaten der namibischen Wirtschaft, die Plünderung der Rohstoffe durch multinationale Konzerne, die Ausbeutung durch Wander- und Kontraktarbeit dokumentiert. Anhand der Herkunftsländer der Waffen wird die Internationalität des Krieges gegen die namibische Bevölkerung aufgezeigt. Auch die Verantwortlichkeit der Bundesrepublik wird angesprochen, denn „indem diese die illegalen Aktivitäten zahlreicher multinationaler Konzerne in Namibia aktiv unterstützt und teilweise sogar direkt an deren Gewinnen beteiligt" ist, macht sie sich mitschuldig an der Aufrechterhaltung des Apartheidsystems in Namibia.

Die Herausgeber haben es verstanden, aus vielen eigenständigen Quellen ein reichhaltiges Material zusammenzutragen, das sich zu einem differenzierten, mosaikartigen Bild verdichtet. So wird dem Leser und Benutzer ein grundlegender Eindruck über die Lebensbedingungen der namibischen Bevölkerung im Apartheidsystem ermöglicht und auf der Basis vieler Fakten ein klarer Aussagegehalt vermittelt.

Bestellt werden können die Materialien (134 S./DM 16,-) beim Zentrum für Afrika Studien/Namibia Projekt FB 6, Postfach 330440, Universität Bremen, 2800 Bremen 33.

Lucia Koch/Peter Zopf

Es gibt kein Schreien mehr

**Immer wieder bitten wir euch
In Freundschaft und Frieden
Uns als euch gleich anzusehen
Aber nichts Menschliches antwortet darauf
Wie Teufel starrt ihr uns an
Als hätten wir keine Seele
Als fliesse in uns kein Blut**

**Wenn wir schreien nach menschlicher Anerkennung
Wird uns Blut und Sauerstoff weggenommen
Als wären wir Fliegen
Die Hölle wird uns heiss gemacht
Wie ein Hund werden wir geschlagen**

**Jetzt hören wir auf zu reden
Es gibt kein Schreien mehr
Aber einen Kampf
Diesmal nicht für schwarze Würde
Sondern für die Befreiung des Volkes
Eine Schlacht gegen Ausbeutung ist es**

**Du Rassist schau her
Höre die Kommandos
Ein Marsch bis zum Letzten
Was sind schon tausend Jahre
Oder gar zehntausend
Es ist der Weg zum Sieg**

**Wir fürchten eure Schläge nicht
Nicht eure brutalen Beschiessungen
Denn ihr könnt unsere Kraft nicht zerschlagen
Wir sind vereint und stark
Ins Fleisch und Herz werden wir euch treffen.**

Franz Tshirunga

Afrika: Katastrophenkontinent oder Katastrophe des Journalismus?

Unser seit Jahrhunderten gestörtes, ja zerstörtes Verhältnis zum afrikanischen Kontinent und seinen Bewohnern muß repariert werden. – Walter Michler, durch seine engagierte Dritte-Welt-Berichterstattung bekannt gewordener Fachjournalist und Autor des im Sommer erschienenen „Weißbuch Afrika", attestiert den westdeutschen Medien ein pathologisches Verhältnis zu unserem Nachbarkontinent. Jüngster Beleg und Aufhänger für entschiedene Kritik: der Afrikatag des Jahres 1985. Er hat, so Michler, erneut gezeigt, daß unser „milliardenschwerer Medienapparat" es nicht vermag, „sachgerechte Informationen über die Geschehnisse auf dem afrikanischen Kontinent zu liefern." Beklagt wird ein von Spendenaufrufen geprägtes Afrikabild, das entwürdigend einseitig sei. Ein durchaus gutgemeinter Paternalismus hänge den „Schwarzen Erdteil" an den Tropf der Entwicklungshilfe und stilisiere ihn zum Krisen-, Hunger- und Katastrophenkontinent par exellence. Unser Afrikabild, befindet der Autor, ist krank, es bedarf der Heilung durch „therapeutische Informationsarbeit". Wer so selbstbewußt formuliert, nimmt den Vorwurf der Überheblichkeit in Kauf. Michler und seine Mitarbeiter wollen provozieren, aufklären, nachdenklich stimmen: Die gängigen Afrikaklischees sollen gegen den Strich gebürstet, die Mitverantwortung der Industrieländer hervorgehoben und die afrikanische Sicht der Dinge verständlich werden.

Das Weißbuch gliedert sich in drei Teile.

Teil 1 beschreibt, ohne für Spenden zu werben, die Katastrophe des westdeutschen Afrikajournalismus. Der Autor erhebt hier zwei Vorwürfe: Die Medien hätten das Ausmaß des Hungers – mit Blick auf die Spenden – in unverantwortlicher Weise übertrieben und bei der Ursachenanalyse einseitig auf klimatische Faktoren (Dürre) abgestellt. „Die Behauptungen, jeder dritte Afrikaner sei vom Hungertod bedroht, oder gar der gesamte Kontinent verhungere, entsprach nicht der Wahrheit. Seriösere Recherchen gehen davon aus, daß nicht 150 Mio. (die Gesamteinwohnerzahl der betroffenen Länder), sondern nur etwa 10–12 Mio. Menschen akut gefährdet waren." (Siehe auch untenstehende Karte).

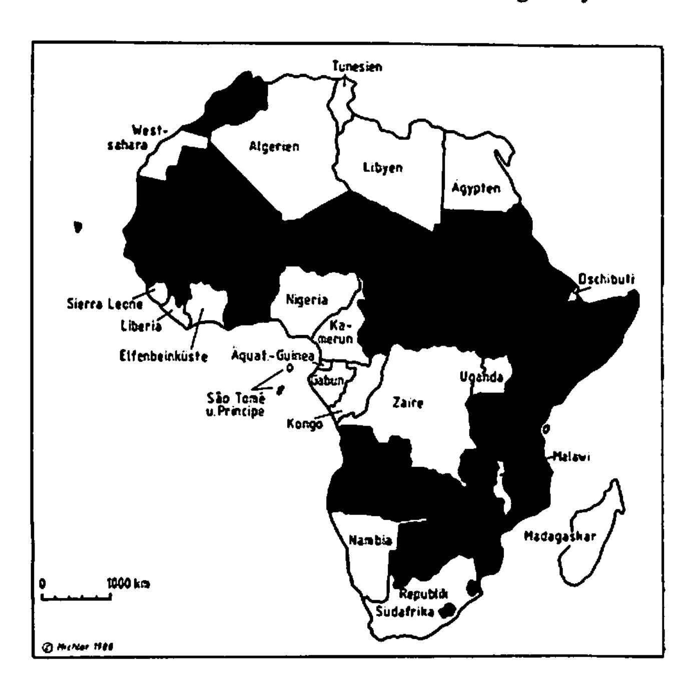
Der Sinn dieser Zahlenmanipulationen wird deutlich, wenn man weiß, daß manche afrikanische Regierung durch bewußte Übertreibungen möglichst viel kostenloses Getreide „einzuwerben" hofft. Getreide, das die EG angesichts ohnehin unverkäuflicher Überschußbestände auch gerne liefert. Es liegt, so Michler, in der Logik dieser Interessenkonstellation, in der Dürre den Hauptgrund für den Hunger zu sehen. Eine vom ISOPLAN-Institut in Saarbrücken durchgeführte Untersuchung von 700 Zeitungsberichten, die im Umfeld des Afrikatages erschienen, kam zu dem Schluß, daß sich nur jeder zehnte Artikel mit den politischen und ökonomischen Ursachen der Krise auseinandersetzte. Das Resultat: ein verheerendes, von Sach- und Regionalkenntnis weitgehend ungetrübtes „Image" des afrikanischen Kontinents. Von 850 Schülern und Spendern assoziierten 95% Afrika in erster Linie mit Hunger und Krankheit.

In **Teil 2** versucht Michler es besser zu machen als die von ihm gescholtenen Kollegen. An drei Fallbeispielen (Äthiopien, Sahel, südliches Afrika) geht er den vielfältigen, und regional äußerst unterschiedlichen Ursachen für Hunger und Unterentwicklung nach. Ergebnis: Unzureichende Niederschläge führen nur zusammen mit einer verfehlten Landwirtschaftspolitik und/oder militärischen Auseinandersetzungen zu regionalen Hungersnöten. In weiteren Abschnitten werden die „internen" (Kriege, Militärausgaben, Staatsstreiche, Bevölkerungswachstum, Vernachlässigung der Kleinbauern) und „externen" (Weltwirtschaft, Transnationale Konzerne, Verschuldung) Krisenursachen untersucht.

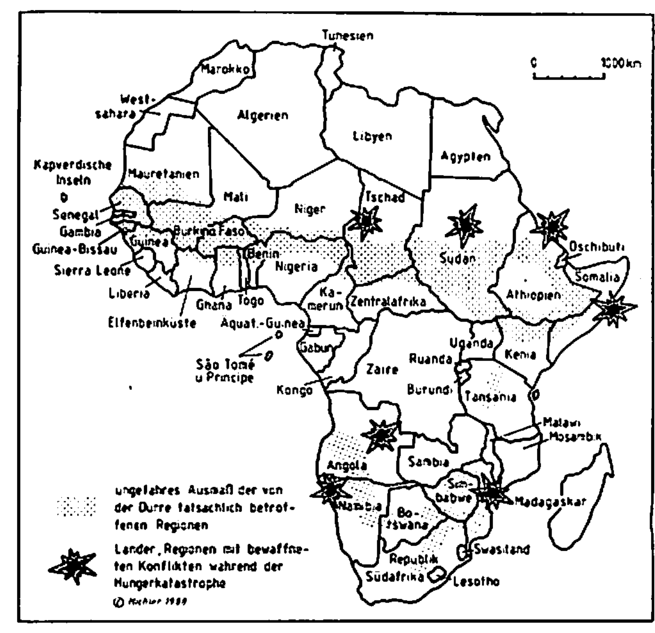
Teil 3 beschäftigt sich mit den Leistungen und Perspektiven staatlicher und privater Entwicklungshilfe. Hier stehen, neben einer etwas optimistisch geratenen Würdigung der Nichtregierungsorganisationen, die Nahrungsmittelhilfe der EG, die Schuldenkrise und die von den Internationalen Finanzorganisationen erzwungenen Strukturanpassungsprogramme im Vordergrund. Wohltuend zu lesen, daß die Praxis der Europäischen Gemeinschaft, sich selbst mit Entwicklungshilfegeldern Überschußgetreide abzukaufen, als das bezeichnet wird, was es ist: ein entwicklungspolitischer Skandal. Michlers Fazit: „Die Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Aus diesem Grunde ist es müßig zu diskutieren, ob man Entwicklungshilfe besser einstellen

Die „Hungerkatastrophe" 1984/85 in Afrika

a) Die 24 (bzw. 21) von der Dürre betroffenen Staaten. Mit dieser (oder einer ähnlichen) Karte operierten die FAO, das deutsche Fernsehen, die Presse und einige Hilfswerke.



b) Diese Karte zeigt das tatsächliche Ausmaß der Dürre. Auch sie ist nur eine schematisierte Darstellung und enthält Ungenauigkeiten, da es exakt meteorologische Daten nicht gibt.



oder fortsetzen sollte. *Makaber* wird diese rhethorische Problemstellung angesichts des gewachsenen Elends in der Dritten Welt. Die Frage muß vielmehr lauten: Wie können wir die Entwicklungshilfe einschließlich der internationalen Politik und des Weltwirtschaftssystems so gestalten, daß erstere eine wirkliche Hilfe im umfassenden Sinn des Wortes für die Masse der Bevölkerung darstellt und die beiden anderen positive Auswirkungen auf die Masse der Bevölkerung haben?

Das „Weißbuch Afrika" stellt eine gründlich recherchierte und gut dokumentierte Bestandsaufnahme der afrikanischen Gegenwart dar. Es vermag, durch seine Materialfülle, aber auch durch den engagierten

Walter Michler: Weißbuch Afrika. Bonn 1988 (Dietz-Verlag). 496 Seiten mit zahlreichen Karten, Tabellen und Abbildungen, 29,- DM.

Versuch querzudenken und die eingefahrenen Bahnen entwicklungspolitischen mainstream-Denkens zu verlassen, zu überzeugen. Andererseits können auch apodiktische Formulierungen und ein mitunter störender Pathos nicht darüber hinwegtäuschen, daß aus den Stärken des Buches zugleich seine Schwäche resultiert. Den Entwicklungsproblemen eines ganzen Kontinents kann man auch auf 500 Seiten nur um den Preis gelegentlicher Verkürzungen gerecht werden. Wem an einer theoretisch-systematischen Auseinandersetzung mit Afrika gelegen ist, der sollte zu wissenschaftlichen Publikationen greifen. Michler besitzt als Journalist, der weite Teile Afrikas aus eigener Anschauung kennt, die ausgeprägte Fähigkeit, allgemeinverständlich und anschaulich zu schreiben. Da das Weißbuch darüber hinaus so verfaßt ist, daß es auch kapitelweise lesbar ist, eignet es sich hervorragend für pädagogische Zusammenhänge. Kommentierte Literaturhinweise, aktuelle Tabellen und zahlreiche Spezialkarten machen es zu einem nützlichen und ergiebigen Handbuch.

Sein Ziel, aufzurütteln und politische Wirkung zu erzielen, hat Michler schon erreicht: Sein Kollege Fritz Schatten, Autor des 1971 erschienenen Buches „Afrika-schwarz oder rot?" sah bereits rot. Seine im „Rheinischen Merkur" erschienene Rezension fiel vernichtend aus. So, als habe das Weißbuch ins Schwarze getroffen.

Stefan Brüne

Israel auf Hochglanzpapier

„Ausgerechnet jetzt...?" Dieser ahnungsvollen Frage, die GEO-Redakteur Andreas Wolfers an den Anfang seines GEO-Special Israel (Nr. 4, 17. August '88, 13.50 Mark) schrieb, schließe ich mich an: Ist es an der Zeit, ein GEO-Special über Israel herauszugeben? Warum nicht? Informationen braucht's immer, gerade wenn der Gegenstand, über den berichtet wird, umstritten ist. Eine glaubwürdige Berichterstattung darf aber die Kontroverse nicht ignorieren, so tun, als gebe es sie nicht. Genau das aber tut Wolfers in seinem Hochglanz-Heft.

„Darauf zu verweisen, daß hier (in Israel, A.M.) 4,3 Millionen ziemlich normale Menschen mit ziemlich normalen Freuden und Problemen leben, erscheint fast als Blasphemie". So kontert Wolfers die ganz zu Recht erwarteten Widerworte und rennt dabei ziemlich offene Türen ein. Selbstverständlich gibt es, „normale" Israeli, auch wenn der Staat seit seiner unnormalen Gründung keinen Tag erlebte, an dem Frieden im eigentlichen Sinn herrschte. Selbstverständlich ist nicht jeder Israeli bis auf die Zähne gerüstet und stürmt blutrünstig die palästinensischen Flüchtlingslager auf der Suche nach Flüchtlingen. Selbstredend, daß es in Israel Strände gibt, an denen man nicht von Kanonendonner beim Sonnenbad erschreckt wird. Diese ruhigen Strände, da stimme ich mit Wolfers überein, sind in der Mehrzahl. Denn um Strände wird nicht gekämpft. Hier endet meine Gemeinsamkeit mit dem Historiker und Nahost-Experten Wolfers aber auch schon.

Denn: Wenn jetzt eine Publikation zum Thema Israel herauskommt, die mehr sein will als ein einlullender Reiseprospekt, müssen die Autoren auf Strukturen achten, nicht auf Individuen. Sicher gibt es den Mitleid erregenden israelischen Soldaten, der zweifelt, ob sein Einsatz in den besetzten Gebieten oder im Süd-Libanon gerecht und gerechtfertigt ist, aber die Israeli sind für ihre frei gewählte Regierung und deren Umgang mit (teils selbstgeschaffenen) Sachzwängen ebenso selbstverantwortlich wie Bundesdeutsche.

Wie also könnte von Israel gesprochen werden? Wer sich heute nur auf Israel beziehen will, müßte klar machen, auf welches Israel er sich bezieht: das von 1948 (Staatsgründung), das seit 1967 (Besetzung der West-Bank und des Gaza-Streifens und vorrübergehend des Sinai), das von 1978 (Camp David) oder das von 1982 (israelische Invasion in Beirut, Vertreibung der PLO aus dem Libanon, Entstehung der Friedensbewegung „Frieden jetzt")? Egal, welches Gebilde man sich herausgreift, immer sind die Palästinenser[1] an der Geschichte Israels beteiligt. Denn nicht einmal vor 1948 hat es in Palästina oder im „gelobten Land", wie Wolfers es gern nennt, das „Land ohne Volk" gegeben.

Die ganze wechselseitige Leidensgeschichte soll nicht aufgerechnet werden, darum geht es Wolfers nicht, auch wenn er mit dem Beitrag „Stationen einer Heimkehr" zur Einstimmung in den Textteil des Geo-Heftes die Weichen stellt. Die Frage ist nur: Ist es lauterer Journalismus, die Leiden der Palästinenser so zu unterschlagen, weil man Juden aufgrund ihrer Leiden unter Pogromen und dem Holocaust ein höheres Recht einräumt? Mit welchem Recht unterschlägt Wolfers, der zu gegebener Zeit gern Informationen von überzeugten, ja radikalen Palästinensern bezieht, die Flüchtlingslager rund um Israel?

Was Wolfers mit dem Geo-Special will, wird in seinem Artikel „Volksarmee: Inspektion einer Kampfmaschine" deutlich: Da zeigen zwei doppelseitige Bilder dem Leser, wo's lang geht: Die Zahal, „die effizienteste Armee der Erde", stürmt durch ein Palästinenserlager (der Begriff „Flüchtling" kommt nicht vor — wird er vermieden?). Effektvoll zielt einer der Soldaten auf den Fotografen: Noch „ist es nur eine Drohgebärde. Doch die Verbitterung gegenüber Journalisten ist groß". Das versteht Wolfers offenbar gut, denn er versucht die Rehabilitation der Armee mit allen Mitteln. Über einen Militärbefehlshaber schreibt er verständnisvoll: „Als Offizier treibt ihn der Befehl voran, Steinewerfer zu verhaften. Als junger Israeli treibt ihn der Haß auf ein Volk, von dem er sich seit seiner Geburt bedroht fühlt." Das billigende Verständnis verläßt Wolfer auch nicht, als dieser junge Israeli, seinen palästinensischen Gegner einen Hügel hinauftreibt, ihn dort fesselt und mit einem Stein die Arme brechen will. Der Skandal liegt, glaubt man Wolfers, nicht darin, daß dort ein Elitesoldat in hohem Maße brutal handelt, sondern in der Geldgier des Fotografen, der, statt wie üblich Naturfilme zu drehen, nun unbemerkt sein Objektiv auf die prügelnden Soldaten richtet. Denn: „für Bilder aus dem Bürgerkrieg zahlt die US-Fernsehgesellschaft CBS weitaus mehr und deshalb füllt Moshe jetzt zwei Videokassetten."

Welche Unterstellung! Journalismus hat für Wolfers also nichts zu tun mit Kontrolle selbstherrlicher Machtausübung. Ein solches Motiv kann er nicht verstehen. Der Zweck seines Journalismus, sieht man einmal von der vielleicht typisch Deutschen Verwirrung gegenüber Israel ab, liegt offensichtlich woanders: Ein netter Reiseführer, ein entpolitisierender Prospekt soll den Touristenstrom aus Deutschland in das ach so sichere Israel ziehen. Was Wolfers schreibt, strotzt von israelischer Terminologie, rechtfertigt letztlich die Politik der eisernen Faust und verniedlicht die Auseinandersetzungen und Spannungen innerhalb der israelischen Gesellschaft. Er tut den Israeli unrecht, wenn er ihnen diesen Grad von Bewußtlosigkeit gegenüber ihrer politischen Situation unterstellt.

Anja Malanowski

Anmerkung:
[1] Wolfers spricht von Arabern und übernimmt damit einmal mehr die offizielle israelische Sprachregelung, die dem palästinensischen Volk das Recht auf einen eigenen Staat abspricht, sie in den Schoß der arabischen Nationen einreihen will.

Völkermordpolitik in West-Papua

In einem offenen Brief an den Papst klagt die Initiative für die Menschenrechte aller Bürger der ASEAN Staaten (IMBAS) die katholische Mission an, bei der Ausrottung der Papuas durch das indonesische Militär beteiligt zu sein.

In West-Papua, einer ehemals holländischen Kolonie, die seit 1962 vom indonesischen Militär besetzt und zu einem Teil Indonesiens erklärt wurde, sollen der Völkermordpolitik der Besatzungsmacht mehr als 200.000 Papuas (das entspricht einem Fünftel der Bevölkerung) zum Opfer gefallen sein. Bis heute kommt es fortwährend zu massiven Menschenrechtsverletzungen, die unter anderem dazu führen, daß Zehntausende im benachbarten unabhängigen Papua-Neuginea Zuflucht suchen. Die indonesische Armee, verschiedene paramilitärische Organisationen und der Staatsapparat betreiben gegen die Papuas eine Ausrottungskampagne, deren Grausamkeit keine Grenzen kennt und deren einziges Kriterium die Volkszugehörigkeit ist. Über die Vorgehensweise des Militärregimes gegen die Bevölkerung und über deren Unabhängigkeitsbewegung ist in der Öffentlichkeit kaum etwas bekannt.

Umso heftiger ist die nun vorgetragene Kritik, die sich insbesondere gegen die Verwicklung der katholischen Mission in die Machenschaften der Militärs wendet. Theo Frey, der Initiator des offenen Briefes, ist ein ehemaliger Pilot der Missionsfluggesellschaft Associated Mission Aviation (AMA) und kennt die Situation in West-Papua aus seinen eigenen Erfahrungen.

Er beschreibt, wie die Kirche mit Billigung und Unterstützung des Staates Missionare in bislang noch unerforschte Gebiete entsendet, um die Papuas, die dort noch als Semi-Nomaden leben, seßhaft zu machen. Für diese Aufgabe eigneten sich nur Missionare, weil indonesische Beamte oder Militärangehörige nie mehr aus dem Urwald zurückkämen. Der Bau von permanenten Siedlungen habe aber im Urwald enorme Umweltschäden zur Folge, weil man Jahrtausende altes und bewährtes Siedlungsverhalten in wenigen Jahren grundlegend verändere. „Urwaldböden mit nur fünf Zentimetern Humusschicht vertragen keinen Kahlschlag, ohne daß der Boden ausgewaschen und weggeschwemmt wird und seine Bewohner zum Schluß fehlernährt sind," so Frey.

Sobald dann eine von den Missionaren gegründete Siedlung eine gewisse Größe erreicht habe, werde eine Landebahn für Flugzeuge gebaut, wobei im Tausch für Land und Arbeit den Papuas zum Teil noch Muscheln als Zahlungsmittel gegeben würden. Diese Muscheln stellt die Missionsstation in Biak gratis zur Verfügung, so daß durch Inflation das Zahlungssystem der Papuas zerstört wird. Zum Schluß sei dann die indonesische Währung maßgeblich. „Die Papuas dürfen einen Teil ihrer heiligen Erde weggeben, viel Arbeit leisten und bekommen dafür eine grundlegende Zerstörung ihrer Umwelt und Lebensgrundlage sowie die Abhängigkeit von einem mörderischen System," faßt Frey die Situation zusammen.

Die folgenden Abschnitte sind direkt seinem Brief an den Papst entnommen.

„Sind die Leute rund um eine Landebahn genügend etabliert, zivilisiert oder tragen nun schon Kleider, beginnt der Bau einer Militärstation. Die Piloten der Mission dürfen mit kircheneigenen Flugzeugen alles Material und Personal in die entlegenen Gebiete fliegen. Die Patres am Radio übernehmen die ganze Koordination der Flüge sowie die Wetterdurchsagen für das Militär. Betrug der Anteil der Missionsflüge 1967 noch über 82%, so liegt er in den letzten Jahren deutlich unter 50%.

Heute frage ich mich, wie Leute mit christlichem Glauben und Lebensweise soviel Arbeit und Verständnis für ein solch mörderisches System aufbringen können und direkt mithelfen, ein ganzes Volk auszurotten.

Schweineflüge

In den letzten Jahren vor der Abstimmung über ein freies Papua (1969) verschenkte die indonesische Regierung eine große Anzahl mit einem Bandwurm (Taenia solium) infizierter Schweine als Wahlgeschenk an die Papua-Familien. Die Mission in West-Papua hat den größten Teil des Transportes übernommen, obwohl schon bald bekannt war, daß die Schweine infiziert waren und als biologische Zeitbombe wirkten, um die Lebensgrundlage (Schweinezucht) der Hochlandpapuas zu zerstören.

Transemigranten

Hunderttausende von Familien werden von den überbevölkerten Inseln in Zentralindonesien auf die äußeren, kaum bevölkerten Inseln zum Teil zwangsumgesiedelt. Die Missionare helfen dem Staat, Kontakt zu den Eingeborenen herzustellen, damit die Offiziellen später das Land enteignen oder für ein paar wertlose Geschenke abkaufen können.

Später übernimmt die Missionsfluggesellschaft die Versorgungsflüge zu dem neuen Transemigrantencamp, weil am Anfang ja noch keine Straße existiert. Dabei darf die Mission auch alle Flüge für das Militär übernehmen, denn die Camps werden wie Wehrdörfer aufgebaut und dienen zum Schutz von wichtigen Einrichtungen wie: Grenze, Kupfermine, Ölfeldern oder größeren Städten.

Neue Flugzeuge

Heute beschäftigen sich die Verantwortlichen der Missionsfliegerei in West-Papua mit dem Kauf neuer, größerer Flugzeuge, obwohl die Leute dort genau wissen, daß sie dadurch dreimal mehr für das Militär fliegen müssen. Bei einem persönlichen Gespräch mit Bischof Münighoff von Jaya Pura erklärte er mir: Wenn wir es nicht machen, machen es andere.

Sinn der Mission

Ich bezweifle, daß die aktive und passive Mithilfe bei der Ausrottung eines Volkes Sinn und Zweck einer christlichen Mission sein kann. Oder ist es so wichtig, daß ein Papua noch Christ wird, bevor ihn die Indonesier umbringen? Vielleicht sollten wir Menschen auch einmal aus der Geschichte lernen. Wie war das mit der Christianisierung in Amerika und Australien?"

Theo Frey
Initiative für die Menschenrechte aller Bürger der ASEAN Staaten (IMBAS)
Postfach 600422
6000 Frankfurt 60

Weitere Informationen zu West-Papua siehe auch 'pogrom' Zeitschrift für bedrohte Völker 143, 9/1988, S. 27—29, erhältlich bei
Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 2024
3400 Göttingen

[redacted]

medico mental

Das zwanzigjährige Bestehen begeht medico international auf gewiß ungewöhnliche Weise. „Alternative Pharmavertreter" verteilen in den nächsten Wochen landesweit das „einzigartige Antidepressivum medico mental" an Arztpraxen. „medico mental ist ein Medikament, das sich nicht einfach schlucken läßt." Die Medikamentenschachtel enthält elf Informationskärtchen über Gesundheit und Wirkung von Medikamenten. Erklärt werden auf den bunten Karten die Zusammenhänge von Armut und Erkrankungen wie z.B. Durchfalls- oder Atemwegserkrankungen. Es wird informiert über die Geschäfte mit der Armut, die Hungerproduzenten und die Verschuldungskrise.

„Der Vitaminunfug", wie eine Karte lautet, macht darauf aufmerksam, daß mehr als 80% aller Vitaminpräparate medizinisch unsinnig sind. Trotzdem werden tausende von Vitaminpräparaten in einer Aufmachung, die oft an Likörflaschen erinnert, in der Dritten Welt vermarktet. Beteiligt sind an diesem lohnenden Geschäft, das 20% der gesamten Medikamentenausgaben in manchen Ländern ausmacht, natürlich auch BAYER z.B. Bayers Tonic oder HOECHST mit Vitahext oder SANDOZ, die ihrem Vitaminsaft Appetens, Verkaufsort nur die Dritte Welt, als besondere Perversität eine appetitstimulierende Substanz beigemischt haben. Auf den meisten Karten finden sich auch noch Literaturempfehlungen für diejenigen, die sich mit der Pro-

blematik intensiver befassen möchten.

Medico international wählte diese Form der Öffentlichkeitsarbeit, da es ihrer Meinung nach gilt, „den Milliarden, die die Pharmaindustrie für Werbung aufwendet, die tatkräftige und überzeugte Aktion von Tausenden von Menschen entgegenzusetzen". Medico versucht nicht in erster Linie willige Spender zu gewinnen, sondern will mit dieser Aktion den Zusammenhang von Gesundheit und Krankheit mit den weltweiten Produktions- und Austauschbedingungen aufzeigen. Eine Aktion, die auch in die Diskussion hier um die steigenden Kosten des Gesundheitswesens eingreift. Nachdem die Mitglieder von medico international in ihrer Gründerzeit noch glaubten, von mit Medikamentensammlungen und Katastropheneinsätzen das Unrecht auf der Welt beseitigen zu können, umreißt die in die Jahre gekommene Organisation ihre heutige Arbeit mit „Befreiungs-, Autonomie- und Informationshilfe".

Medico sucht noch viele Mitstreiter, die medico mental in den Arztpraxen, Krankenhäusern und Gesundheitsämtern verteilen. Zusätzlich dazu hält medico international Faltblätter und Plakate bereit.

m.m.

Medico international
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/49 99 00 41-2

[redacted]

[redacted]

[redacted]

Skandalurteil im BAYER-Prozeß

Ein vernichtendes Urteil für die Kritiker des BAYER Konzernes fällte am 20. September das Oberlandesgericht Köln in zweiter Instanz. Bei dem Verfahren ging es darum die „Coordination gegen BAYER Gefahren" dazu zu zwingen, bestimmte Passagen und Aussagen aus ihren Rundschreiben und Flugblättern zurückzuziehen bzw. zu widerrufen. Die Coordination hatte zum Beispiel in einem internationalen Aufruf der Bayer Kritiker zur Aktionärsversammlung 1986 behauptet, der Bayer Konzern sei eine Gefahr für die Demokratie und die Menschenrechte, Bayer bespitzele seine Kritiker und unterstütze willfährige Politiker auch finanziell. Multis und somit auch Bayer seien von einer grenzenlosen Sucht nach Profiten getrieben und verstießen gegen die politische Fairneß. Während andere Stellen von den Konzernleuten hingenommen wurden („Bayer verschmutzt die Umwelt"), erregten gerade die oben zitierten politischen Aussagen den Ärger des Chemiegiganten. (Siehe auch iz3w, Nr. 151, Aug. 1988)

Das Landgericht Köln folgte denn auch der Argumentation der Bayer Vertreter in weiten Strecken und verurteilte die Kritiker in erster Instanz dazu, ihre Behauptungen über Bespitzelungen und Bestechungen zu unterlassen. Lediglich die Aussage über die Gefahren für die Demokratie dürften weiter verbreitet werden, da es sich hierbei um ein freies Werturteil handele.

Gegen dieses Urteil hatten beide Seiten Berufung eingelegt, über die nunmehr in Köln entschieden worden ist. Obwohl die Coordination umfangreiche Beweise für tatsächlich erfolgte Ausschnüffelungsaktionen gegen ihre Mitglieder, gegen die GRÜNE Partei und deren Vertreter im Rathaus der Stadt Leverkusen vorgelegt hatte, ließ das Gericht überhaupt keine Beweiserhebung zu und fällte ein Urteil, das in seinen Verboten über das der ersten Instanz noch hinausgeht.

Bei den kritisierten Passagen handele es sich nicht um Meinungsäußerungen, sondern um sachlich unzureichend gestützte Tatsachenbehauptungen, die die klare Absicht erkennen ließen, die Bayer AG zu diffamieren und herabzuwürdigen, so der zuständige Richter Ohlenhard. Dies stelle nach dem Strafgesetzbuch einen Straftatbestand dar, der mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren geahndet werden könne.

Die Coordination gegen Bayer Gefahren sieht darin den Versuch, kritische Stimmen nicht nur zum Schweigen zu bringen, sondern zu kriminalisieren: „Dieses Urteil ist ein politisches Urteil. Hier wird Kritik an dem Multi Bayer mit juristisch fragwürdigen Konstruktionen zum Schweigen gebracht und kriminalisiert. Die von uns vorgelegten zahlreichen Beweise – bis hin zu original Werkschutz Bespitzelungsprotokollen – werden einfach unter den Teppich gekehrt," schreibt der persönlich angeklagte Axel Köhler-Schnura. Die Tragweite des Urteils reiche weit über den Gegenstand des Streits hinaus. „Hier wird die Meinungsfreiheit grundsätzlich drastisch angegriffen und vergewaltigt." Rechtsanwalt Dieter Kublitz, der die Coordination in Köln vertrat, hat deshalb bereits weitere juristische Schritte angekündigt. In den nächsten Monaten wird die Coordination eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe einreichen. Daß dieses Verfahren die finanziellen Mittel des Selbsthilfe-Netzwerkes bei weitem überschreitet, liegt auf der Hand. Wegen der grundsätzlichen und weitreichenden Bedeutung des Prozesses werden deshalb alle gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen aufgefordert, sich aktiv miteinzubringen und auch Spenden auf das Konto der Coordination zu überweisen.

Der Streit mit Bayer zieht indes weite Kreise. Mittlerweile hat sich der Intendant des WDR, Friedrich Nowotny, persönlich in die Diskussion eingeschaltet, denn sein Haus, das sich in einer MONITOR Sendung vom 26. Juli durch eine besonders kritische Bayer Berichterstattung auszeichnete, hat derweil den Verlust von Werbeaufträgen in Milliardenhöhe zu verzeichnen. Wenn das nicht gegen die politische Fairneß verstößt...

LK

Spenden bitte auf das Sonderkonto der Coordination gegen BAYER Gefahren e.V., Hofstr. 27 a, 5650 Solingen 11 beim Postgiroamt Essen 4536 85-431 überweisen.

[redacted]

Spiel nicht mit Apartheid

„Spiel nicht mit Apartheid" ist eine kürzlich von der Anti-Apartheid Bewegung (AAB) gestartete Kampagne für die Einhaltung des Sport-Boykotts gegenüber den südafrikanischen und namibischen Sportverbänden. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen forderte schon in ihrer 1977 verabschiedeten Deklaration alle Regierungen der Welt ausdrücklich auf, sich gegen die Apartheid im Sport einzusetzen. Die Beschlüsse der VN gegen die Apartheid werden von einer wachsenden Zahl von Ländern und Internationalen Sportfachverbänden getragen. 1970 hatte auch das Internationale Olympische Komitee Südafrika von den Olympischen Spielen ausgeschlossen. Das für sportliche Erfolge so empfängliche Apartheidsregime in Südafrika geriet immer mehr ins sportliche Abseits. Nur wenige Sportorganisationen wie der Internationale Kricket- oder Boxverband pflegten ihre guten Beziehungen zum Apartheidsstaat weiter. Dabei wurden sie auch schon mal mit hohen Geldsummen von der südafrikanischen Führung für ihre Mühen belohnt.

Die ganzen Jahre hindurch suchte die Republik Südafrika (RSA) nach Wegen, um wieder aus der sportlichen Isolation herauszukommen. Im Frühjahr letzten Jahres beschlossen die führenden Sportorga-

nisationen in Südafrika, einen sogenannten nationalen Sportrat zu bilden, um den internationalen Sport-Boykott aufzuweichen. Es gelang einer südafrikanischen Lobby, daß ab 1989 die „Springböcke" wieder in den Internationalen Rugbyverband aufgenommen werden. Nie aufgehört haben auch Sportkontakte von Deutschen mit Südafrika. Es gab Stadtratsdelegationen, die sich gerne ihre Reise nach Südafrika mit einem Fußballspiel verschönerten. Immer öfter wurden in den letzten Monaten Mißachtungen des Sport-Boykotts, zumeist auf Vereinsebene, hier bei uns bekannt.

So besuchte im Juni diesen Jahres die namibische Fußballmanschaft „Windhuk Ramblers" auf Einladung des SV Traisa die Bundesrepublik und absolvierte bis zur Aufdeckung ihres geheimgehaltenen Aufenthalts mehrere Spiele. Die Verantwortlichen des hessischen C-Klassisten Traisa wollen nicht begreifen, was verkehrt daran sein kann, mit „Sportlern aus einer ehemaligen deutschen Kolonie, die ja auch deutsch sprechen, Fußball zu spielen".

Im Juni 1988 wurde in Ingelheim am Rhein eine in der Lokalpresse als „Länderspiel" angekündigte Fußballbegegnung zwischen dem Ingelheimer SV und dem Atlantic Sport Club Walfishbay aus Namibia erst nach Intervention des DFB abgebrochen.

Ebenfalls im Juni gastierte eine namibische Turnerriege für vier Wochen in der Bundesrepublik. Das von den Vereinten Nationen erstellte Register über Sportbeziehungen listet 203 Sportlerinnen und zwei Mannschaften aus der BRD namentlich auf, die zwischen 1980 und 1987 in Südafrika an Sportveranstaltungen teilgenommen haben. Allein im letzten Jahr wurden 37 Namen bundesdeutscher SportlerInnen dieser „schwarzen Liste" hinzugefügt. Namentlich erwähnt sind z.B. der Golfer Bernd Langer und der Tennisspieler Michael Westphal.

Alles Anlässe genug, um eine Kampagne gegen Sportbeziehungen mit Vertretern des südafrikanischen Sports ins Leben zu rufen. Mit der Kampagne, so die AAB, soll die „Sportlergemeinschaft" für den Boykott Südafrikas sensibilisiert werden, mit dem Ziel weitere Sportkontakte mit dem weißen Minderheitsregime zu verhindern.

Zu den Erstunterzeichnern des Aufrufs „Spiel nicht mit Apartheid – Kein Sport mit Rassismus" gehören Sportler wie Karl Allgöwer, Gerd Truntschka (Eishockey-Nationalspieler) und Bettina Overesch (Reiterin), die sich damit verpflichten, die Deklaration der VN gegen Mißbrauch des Sports durch das Apartheidregime zu befolgen und nicht in Südafrika und Namibia Sport zu treiben.

m.m.

Weitere Informationen zur Kampagne gibt es bei der Anti-Apartheid Bewegung in Bonn, Blücherstr. 14.

Erneute Festnahmen und Ausweisungen in El Salvador

Die Hetze gegen Mitarbeiter internationaler Organisationen und Mitglieder ausländischer Delegationen in dem mittelamerikanischen Kleinstaat El Salvador reißt auch nach der Ermordung des Schweizer Theologen und Mitarbeiters des Züricher Zentralamerikasekretariats Jürg Weis am 22.8.1988 durch die salvadorianische Nationalpolizei nicht ab.

Am 13.9.1988 wurden insgesamt 11 Ausländer, darunter eine fünfköpfige Delegation des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit aus München und der Medizinstudent Christian Steuber aus Berlin in der Hauptstadt San Salvador festgenommen, mißhandelt und tags darauf des Landes verwiesen. Die Mitglieder der Münchener Delegation Bettina Hecke, Michael Krämer, Anja Romaus, Barbara Wagner und Kai Weber wurden am Tag nach ihrer Ankunft in El Salvador und nur eine Viertelstunde nachdem sie zum ersten Mal ihr Hotel verlassen hatten von Anti-Aufstands-Einheiten der Nationalpolizei in der Nähe des Marktes im Stadtteil San Miguelito festgenommen, als sie gerade auf dem Weg zu einem Gespräch mit Vertretern des Gewerkschaftsdachverbandes UNTS waren. Die schwerbewaffneten Polizisten zwangen sie auf ein Fahrzeug der Nationalpolizei, mit dem sie zum Finanzministerium gefahren wurden.

Dort war kurz vorher eine Demonstration der salvadorianischen Nationaluniversität (UES) von Sicherheitskräften unter Einsatz von Schlagstöcken, Tränengas und Schußwaffen aufgelöst worden. An diesem Ort angekommen, wurden die fünf Deutschen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal von der Demonstration gehört hatten, durch ein rund 50 Meter langes Spalier von Polizisten, welche sie mit Schlagstöcken, Holzlatten und Eisenstangen schlugen, bespuckten und beschimpften, in bereitgestellte Linienbusse getrieben. Zusammen mit den 235 festgenommenen und z.T. schwerverletzten Salvadorianern wurden sie zur Zentrale der Nationalpolizei transportiert, wo sie unter Schlägen, Drohungen und Beschimpfungen erkennungsdienstlich behandelt und mit verbundenen Augen mehrere Stunden lang verhört wurden. Die Frauen waren darüberhinaus auch noch ständigen sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungsdrohungen ausgesetzt.

Am späten Nachmittag wurden die sechs Deutschen zusammen mit den beiden ebenfalls festgenommenen Nordamerikanern, zwei Japanern und einem Guatemalteken der salvadorianischen Presse und dem Fernsehen als Rädelsführer und Hauptprovokateure der Studentendemonstration vom Vormittag präsentiert.

Noch in der Nacht wurden die Ausländer von einem Kleinlastwagen von schwerbewaffneten Polizisten in Zivil ins Hauptquartier der berüchtigten Finanzpolizei (Policia de Hacienda) gefahren, wo ihnen die letzten persönlichen Gegenstände abgenommen und sie erneut stundenlang verhört wurden, sich auch die Frauen vor den Augen der Polizeibeamten ausziehen mußten und schließlich nur mit Polizeiunterwäsche bekleidet in Einzelzellen gesperrt wurden. Nach drei Stunden Schlaf wurden die Verhöre fortgesetzt, die Frauen in ihren Zellen erneut massiv bedroht. Im Laufe des Vormittags wurde schließlich die Botschaft verständigt (nachdem am Vorabend die Anfrage der Botschaft bestätigt worden war, es seien keine Deutschen unter den Festgenommenen) und aufgefordert, die festgenommenen Bundesbürger in Empfang zu nehmen. Diese wurden allerdings erst freigelassen, nachdem sie ein Schuldanerkenntnis unterschrieben und bestätigt hatten, daß sie während ihrer Festnahme weder bedroht noch körperlich oder seelisch mißhandelt, sondern im Rahmen der Gesetzgebung vernommen wurden und sich guter Gesundheit erfreuten. Während die Ausländer binnen 12 Stunden das Land verlassen mußten, wurde der größte Teil der festgenommenen Salvadorianer erst in den Folgetagen und -wochen nach z.T. schweren Folterungen freigelassen, vier Festgenommene gelten nach wie vor als verschwunden.

Der gesamte Vorfall steht in Zusammenhang mit dem drastischen Ansteigen der Repression in El Salvador, die sich seit Anfang des Jahres mehr und mehr auch gegen Ausländer richtet. Vor allem seit dem Wahlsieg der ultrarechten ARENA-Partei bei den Bürgermeister- und Parlamentswahlen im März diesen Jahres, als das Scheitern des „Projekts Duarte" endgültig besiegelt wurde, setzten sich innerhalb der Sicherheitskräfte und des Militärs zunehmend die hardliner durch, die eine Totalisierung des Krieges anstreben. Seit Anfang August weiteten sich die Aktionen gegen Mitarbeiter internationaler Organisationen und Delegationen zu einer massiven Anti-Ausländer-Kampagne aus, deren Ziele auf der Hand liegen: Durch die stetigen Angriffe sollen die internationalen Beobachter aus El Salvador verbannt werden, damit dann unter Ausschluß der Öffentlichkeit das Massaker an der Bevölkerung noch massiver fortgesetzt werden kann.

Angesichts der jüngsten Ereignisse, vor allem aber der Ermordung des Schweizer Jürg Weis, hat das Ökumenische Büro in München die Bundesregierung aufgefordert, die Menschenrechtssituation in El Salvador kritischer als bisher zu beobachten und ihre Entwicklungshilfe für das mittelamerikanische Land zu überdenken. Daß ein kritischeres Verhältnis bitter nötig wäre, bestätigt auch ein Brief der CDU-Bundesgeschäftsstelle, in dem zu dem Vorfall Stellung genommen wird. Bezugnehmend auf eigene Nachforschungen taucht darin der selbe Fehler bei den Namen der Festgenommenen auf, wie er sich auch in der Pressemeldung des Presseamtes der Streitkräfte wiederfindet. Die geschilderten Ereignisse werden von der CDU aus der Erfahrung der dortigen Verhältnisse „als sehr unwahrscheinlich" angesehen. **Johannes Zerger**



Leserbriefe

Betr.: Heft Nr. 151, Beiträge zur IWF-Kampagne

Wo bitte geht's zur Revolution?

Das Editorial des jüngsten iz3w-Heftes setzt wahrhaft Maßstäbe. Enthüllend wird festgestellt, daß es entgegen der Planung „keine einheitliche Kampagne geben wird." Die Begründung wird sogleich mitgeliefert: es hat sich nämlich herausgestellt, daß „eine Auseinandersetzung mit IWF und Weltbank immer auch eine Auseinandersetzung mit dem herrschenden System bedeutet." Wer hätte das gedacht? Also: Reform oder Revolution – das ist hier die Frage. Leider, so die MacherInnen dieses Heftes, konnte sich die Kampagne auf keine der Alternativen einigen. Solch ein Pech – es wär doch echt gut gewesen, wenn alle für die Revolution gestimmt hätten.

Welches Interesse treibt die Blätter des iz3w zur Herausgabe eines solchen Demobilisierungsheftes? Anstatt die linke internationalistische Debatte voranzutreiben, übrigens vom BUKO als eines der Ziele der Kampagne formuliert, wird über die fehlende Einheitlichkeit der Positionen lamentiert. Nur so ist erklärbar, daß das Heft schlicht konturlos ist.

Da wird ein Interview mit Francisco Castillo abgedruckt. Er wird zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Alternativen der Opposition in Kolumbien befragt. Seine Antworten: Agrarreform, Lohnerhöhungen im industriellen Sektor, um die Kaufkraft zu entwickeln und den Konsum nationaler Produkte zu fördern, Verstaatlichung der nationalen Ressourcen, um die verstaatlichten Produkte zu einem guten Preis auf dem Weltmarkt zu verkaufen. Die Schulden sollten nicht bezahlt werden, „weil die Schulden ein Attentat gegen die Wirtschaftssouveränität unserer Länder sind. Die Konditionen bedeuten, daß wir produzieren, exportieren und die Wirtschaft führen müssen, wie es die Regierung und die imperialistischen Staaten es wollen." Reform oder Revolution?

Daß die folgenden Artikel sich nicht auf die Positionen Castillios beziehen, sondern langbekannte und z.T. vorgestanzte Positionen zum besten geben, hat natürlich einen Grund: sie wurden nicht aufgrund eines redaktionellen Konzeptes ausgewählt, sondern en bloc der Zeitschrift der Berliner AL entnommen. Nicht nur Max Hoelz' Artikel entstammt den 'Stacheligen Argumenten', sondern die AL-Artikel wurden gleich mitgebucht. (Ohne die LeserInnen darüber zu informieren). Max Hoelz doziert das Glaubensbekenntnis der autonomen Gruppen, falls seine Meinung tatsächlich – wie in den redaktionellen Anmerkungen notiert – „mehrheitlich von Autonomen und Antiimperialisten getragen werden": „Umstrukturierung der Weltwirtschaft ohne Aufhebung des Privateigentums, des Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital, um eine solidarische und gerechte Weltwirtschaftsordnung aufzubauen, ist so wie ein Haus ohne Türen und Fenster... Es geht nicht nur um Verstaatlichung von Banken und Großkonzernen, es geht nicht nur um eine gerechtere Vermögensverteilung, um Mitbestimmung, wenn nicht der Kapitalismus in seinem Wesen verändert wird." Er stellt zwar noch die Frage: „Wieso aber mogeln wir uns immer da herum?" Ist dann aber wohl auch mit seinem Latein am Ende. Bis zu seiner Feststellung sind schon viele vor Max Hoelz gekommen. Auch seine Belehrung, „wer immer noch von Ausbeutung, Unterdrückung, Armut in der 3. Welt spricht, ohne dieselben, sicherlich vergleichsweise moderateren Bedingungen hier in den Metropolen zu thematisieren – der hat nichts begriffen oder will es nicht begreifen" ist nun wirklich keine Erkenntnis, die den Diskussionsstand der Linken und der Solidaritätsbewegung in ganz neue Bahnen lenkt. Gehört diese Forderung doch schon seit Jahren zum Selbstverständnis des BUKO und zahlreichen Solidaritäts- und Internationalismusgruppen. In dem Artikel von Wolf/Ratzmann werden zum großen Teil die Thesen der ehemaligen „Fuldaer Erklärung", die auf der Bonner Aktionskonferenz als Plattform der Kampagne angenommen wurde, dargestellt und erläutert. Dies mag seine Berechtigung in einer AL-Zeitschrift haben, mit der u.a. die eigene Basis und die SymphatisantInnen an die Kampagne herangeführt werden sollen, aber in den Blättern kann dieser Diskussionsstand m.M. noch vorausgesetzt werden. Bei der Auseinandersetzung um die Parole „Verhindern wir den Kongreß" fällt den AL-Autoren auch nicht mehr ein, als die beständige Wiederholung ihrer These, daß damit eine militärische Auseinandersetzung mit den Institutionen impliziert werde, obwohl sie ganz genau wissen, daß es darum nicht geht. Auch der Artikel von Fruth – unter dem Stichwort „Gegenaktivitäten" – ist längst nicht mehr auf dem aktuellen Informationsstand.

Dies ist nicht unbedingt dem Autor vorzuwerfen, der hat seinen Artikel ja wie gesagt für die vorher erschienenen 'Stacheligen Argumente' geschrieben, sondern der Redaktion der Blätter. Hätte diese nur einmal den Versuch einer Recherche unternommen, so wäre sie dabei auf weit detailliertere Vorstellungen und Planungen für die Aktionstage gestoßen. Die geneigten LeserInnen der Blätter hätten erfahren können, daß es ein aktives Bemühen gibt, die Aktionsvorschläge, die vom autonomen Aktionstageplenum und in der Aktionswochen-AG der Berliner Koordination entwickelt wurden, zu koordinieren und wo es möglich ist zusammenzuarbeiten. Aber diese Informationen hätten ja eventuell mobilisierend wirken können. Dies sollte aber mit allen Mitteln verhindert werden. Anders ist auch der Abdruck des unsäglichen Nörglerinnen-Artikels der Kolumbiengruppe im Vamos e.V. nicht erklärbar. Da werden alle Register gezogen: Halb- und Unwahrheiten, Selbstverleugnung, gar Verschwörungstheorien aufgebaut. Die Konstruktion einer „offiziellen" Kampagne und der „wirklichen Bewegungskampagne" ist abstrus. Es mag wohl sein, daß die Vamos-Frauen dies so sehen, aber sicherlich nicht die vielen Einzelgruppen und regionalen Aktionsbündnisse, die zur Demo aufrufen, einen eigenen Mittelamerika-Block organisieren, den Gegenkongreß unterstützen, um sich dort mit ihren Inhalten einzubringen, und die sich Gedanken darüber machen, wie sie sich mit ihren Aktionen und Aktionsideen an den Aktionstagen beteiligen können, in Berlin oder in ihrer Region. Gänzlich daneben ist die eingeschränkte Definition von „Handlungsperspektiven". Die Kongreßverhinderung als die Handlungsperspektive der Kampagnen gegen IWF und Weltbank zu begreifen, dazu gehört schon eine gehörige Portion Ignoranz. Die Diskussion um Befreiungs- und Lösungsstrategien läßt sich nicht auf die Verhinderung einer Jahrestagung von IWF und Weltbank reduzieren. Welche politische Überlegung steckt hinter der 'Strategie', durch eine potentielle Verhinderung der Tagung die Schuldenstreichung durchsetzen zu können? Diese theoretische Unklarheit in den Positionen Hanisch/Rose läßt sich auch aus Formulierungen herauslesen wie: „Wie sollen wir Leute bewegen, sich aktiv für etwas einzusetzen, das einen Verlust ihrer Privilegien bedeutet, und nicht etwa eine Abwendung von Bedrohung ihrer unmittelbaren Existenz?" Welche Privilegien sind da gemeint? Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeitszeit? Die Massenarbeitslosigkeit besonders bei den Frauen? Die Konzepte der Bevölkerungspolitik hier in den Metropolen? Die zunehmende Vergiftung der Nahrung zum Nutzen der Konzernstrategen bei Bayer und Konsorten? Darum geht es doch auch in dieser Kampagne: klarzumachen, daß Not und Elend in den Ländern der „3. Welt" und Massenarbeitslosigkeit, sog. „neue" Armut, um nur einige Punkte zu nennen, zwei Seiten einer Medaille sind. „Die Solidaritäts- und Internationalismusgruppen, als eigentliche Basis der Kampagne, stehen im Augenblick also eher neben als in der Kampagne, für deren Organisation sie die Verantwortung abgaben." Was soll frau/man von solche einer Behauptung halten? Wie können sich zwei Frauen einer Solidaritätsgruppe anmaßen zu definieren, wer die eigentliche Basis ist und festzustellen, die Solibewegung ziehe sich zurück? Daß Vamos neben der Kampagne steht, davon bin ich nach der Lektüre des Artikels zutiefst überzeugt.

Nachdem Hanisch/Rose sondiert haben, warum die „Bündniskampagne" gescheitert ist, gilt es, die Schuldigen zu suchen. Wer oder was hat denn die KOV-Gruppen, zu denen schließlich auch Vamos gehört, davon abgehalten, sich aktiv mit ihren Positionen in die Aktionskonferenzen und den Arbeitsausschuß einzubringen? Wenn frau/man allerdings monatelang durch die Weltgeschichte düst – natürlich in revolutionärer Mission – zum Teil auf Kosten des so verschmähten BUKO-Geldes, dann ist es natürlich schwer, ihre/seine Positionen einzubringen und wohl auch, den Diskussionsstand der Kampagne präsent zu haben. Aber der KOV übt ja Selbstkritik wie es in dem Artikel heißt. Nein, aus der Analyse Hanisch/Roses ist zu entnehmen, daß die Positionen der Solidaritäts- und Internationalismusbewegung vom BUKO-KA an Grüne und Kirchen verkauft wurden. Es ist zu befürchten, daß die Autorinnen des Artikels diese Schlußfolgerung tatsächlich ernst meinen. Wenn dies so ist, dann wünsche ich mir allerdings eine etwas genauere Aufschlüsselung dieser Behauptung. In der Allgemeinheit ist es nur eine hinterhältige Unterstellung.

Zum Schluß noch einige kurze Bemerkungen zu Uwe Hartwigs Einschätzung der BUKO-Aktionen in Frankfurt. Erstens sind von der ADW als BUKO-KA-Gruppe und KOV-Gruppe keinerlei Anstrengungen im Vorfeld des BUKO unternommen wurden, die Aktionen in Frankfurt mitzuorganisieren. Zweitens hatten die Frankfurter Gruppen nach dem Raumverbot alle Hände voll zu tun, den Kongreß überhaupt stattfinden zu lassen, so daß die Mobilisierung darunter leiden mußte. Wer sich allerdings damit begnügt, hinterher die Versäumnisse anderer anzuprangern, ohne sich selbst in die Verantwortung zu nehmen, hat in meinen Augen kein Recht, über DemonstrantInnen derart zynisch herzuziehen. Mit pseudo?-revolutionärem Bewußtsein allein verändert sich NICHTS! Wer mehr über die Kampagne wissen möchte: Kampagnenbüro, Oranienstr. 159, 1 Berlin 61, Tel.: 614 50 98

Werena Rosenke, Akafrik Münster, Mitglied des BUKO-KA

Betr. Heft Nr. 151/152 zur IWF-Kampagne

BUKO-KA ZUM LETZTEN

Es gehört inzwischen wohl zum guten Ton der BUKO-KA-Verlautbarungen, Kritik am KA gleich dadurch zu unterbinden, daß KritikerInnen unglaubwürdig und dadurch mundtot gemacht werden. Dies hat der BUKO-KA durch den 'Leserbrief' seines Mitgliedes Lorenz Beckhart (ILA-Info Bonn) und durch seine Verunglimpfungspropaganda bewiesen, die er während der Zeit seiner Mitarbeit im Kampagnenbüro des Arbeitsausschusses in Berlin betrieben hat. (...)

Sich mit den Machtstrukturen des BUKO auseinanderzusetzen erfordert für Soli-Gruppen, die in ihrem jeweiligen Zusammenhang arbeiten wollen, viel zusätzliche Energie, die der Arbeit am jeweiligen Inhalt abgeht. Darin liegt sicherlich einer der Gründe, warum sich die meisten Soli-Gruppen während der IWF-Kampagne weder in die BUKO-Strukturen noch in die des Arbeitsausschusses eingebracht haben. Daß wir dies fatal finden, besonders wenn sich dann eine (oder zwei) Personen 'abrackern', haben wir in unserem Artikel ausgedrückt. (...)

Die Grünen, mit deren Apparat man punktuell ganz hervorragend zusammenarbeiten kann und muß, waren schließlich die entscheidende Kraft bei der Ablehnung des „Verhindern wir den Kongreß"-Aufrufs, der ursprünglich auch vom BUKO getragen wurde. Einer Person/Gruppe, die die Entwicklung zu diesem Aufruf mitdiskutiert und sich wegen der BUKO-Finanzierung in keiner schizophrenen Situation befunden hätte, wäre es sicher leichter gefallen, eigene (oder auch andere BUKO-) Kräfte in den Arbeitsausschuß hineinzumobilisieren, um die Auseinandersetzung über den „Verhindern"-Aufruf mit Inhalten zu füllen und auf Grund dieser zu entscheiden. Die Mitarbeit des BUKO in der Europarats-Kampagne, möge sie ein breites Bündnis gegen das BMZ bewirkt haben, wie der BUKO-KA meint oder nicht – in jedem Fall war sie verantwortlich für die Abgrenzung des Bündnisses nach links; unbestreitbar und belegt ist die Ablehnung einer solchen Integration der Solidaritätsbewegung durch das autonome und antiimperialistische Spektrum. Ob man/frau diese Ausrichtung von Bündnispolitik richtig findet oder nicht, hängt wohl davon ab, wo man/frau steht. Daß WIR diese Bündnispolitik von unserem Standpunkt aus kritikwürdig finden, weiterhin einen Gegenkongreß ablehnen, auf dem die Völker des Trikonts fast ausschließlich durch Wissenschaftler repräsentiert werden (sollen) und einen entscheidenden Unterschied darin sehen/beschreiben, ob Befreiungsbewegungen des Trikonts eine Schulden-Nichtzahlung fordern (wie die kolumbianische Organisation 'A luchar', dessen Vertreter in Heft 151 der Blätter des IZ3W ja zur Situation Kolumbiens interviewt wurde), oder ob es hier zum Motto einer Kampagne wird, erlauben wir uns einfach. Wir wissen nämlich, daß Schulden-'Nicht-Zahlung' im Trikont gleichzeitig Forderung und Handlungsperspektive ist. (...)

Nicht umsonst wird von den Befreiungsbewegungen, die „Nicht-Zahlung" auf ihre Fahnen geschrieben haben, diese Forderung stets an Zusammenhänge von Streikaufrufen, Mobilisierungen zu Massenprotesten und anderen, spezifischen Forderungen geknüpft, die allesamt darauf abzielen, durch nichtzahlendes Verhalten der organisierten Massen den Kampf um die Selbstbestimmung der Völker voranzutreiben. Uns ist kein gegenteiliges Beispiel bekannt. Die Forderung nach Schulden-„Streichung", bei uns formuliert, mobilisiert in diesem Sinn keinerlei Kräfte für irgendeine Selbstbestimmung, sondern stellt sich in eine Reihe mit anderen „Forderungen", die eine Delegierung der gesellschaftlichen Verantwortung an ausgerechnet die Kräfte bedeutet, die wenig Interesse an Veränderungen haben werden, die sog. Herrschenden. Insofern ist der „Verhindern"-Aufruf eben eine mögliche Handlungsperspektive gewesen, die Forderung nach Schulden-„Streichung" nicht. Daß es absurd sei, den IWF-Kongreß verhindern zu wollen, war die Hauptargumentation der Parteien; es mag nach den Ereignissen in Berlin bezweifelt werden, jedoch lag in der utopischen Dimension – und damit zu argumentieren bedarf natürlich einer gewissen politischen Identifikation dem dem „Verhindern"-Aufruf – eben nicht ein qualitativer Minderwert gegenüber der „Streichen"(lassen)-Forderung: wie absurd oder utopisch ist es denn zu glauben, die Herrschenden würden Schulden „streichen", wenn es ihnen die Herrschaft gefährdet, die auf den imperialistischen Strukturen basiert. Soweit hatte der BUKO eben auch schon mal gedacht, und mit dieser Argumentationslinie war eine zentrale und dezentrale Mobilisierung beabsichtigt gewesen, wie sie hinsichtlich einer Handlungsperspektive ohne Zusammenarbeit mit dem autonomen und antiimperialistischen Spektrum nicht realisierbar war und ist.

So wie wir (und breite Teile der Soli-Bewegung) mit „den" Autonomen und Antiimperialisten in solchen „strategischen" Überlegungen übereinstimmen, so hatten wir unterschiedliche Auffassungen über die Bedeutung der „Metropolenkämpfe"; die Diskussion darüber, in welchem Verhältnis die sog. „nationalen Befreiungsstrategien" und die „Metropolenkämpfe" stehen, wird in der Solidaritätsbewegung schon lange geführt, wobei wir und viele andere mit den „Autonomen" und „Antiimperialisten" bisher in dem Punkt nicht einig werden konnten, wo wir die Unterstützung von Befreiungsbewegungen und die Solidaritätsmobilisierung für ihre Forderungen (z.B. Schulden-Nicht-Zahlung) aus vielen Gründen für einen unverzichtbaren Bestandteil der Arbeit halten. Zudem sehen wir die „Metropolenkämpfe" oder auch die Situation der „zu mobilisierenden" Massen in den Metropolen als privilegiert gegenüber der Situation der Menschen im Trikont an. Privilegiert deshalb, weil unsere Lebensbedingungen hier nicht vom täglichen Überlebenskampf geprägt sind, und weil unsere Kampfbedingungen noch Alternativen im Handeln zulassen, verschiedene Aktionsformen diskutiert werden können, während sie den Menschen im Trikont diktiert werden durch den täglichen Angriff auf das Leben, sei es mittels des Hungers, Militärterrors, Zwangssterilisation oder Zerstörung von Umwelt.

Unser Nicht-Übereinstimmen mit vielen „Autonomen" und „Antiimperialisten" in dieser Frage macht die Notwendigkeit klar, zur Diskussion über das Verhältnis von Solidaritätsarbeit und Metropolenkämpfen beizutragen und sie weiterzuentwickeln. Von dieser Diskussion waren die letzten Monate geprägt und auf sie wird sich die Solidaritätsbewegung in den nächsten Monaten immer stärker beziehen. (...)

Wir halten es allerdings für fatal, die Diskussion auf eine Denunzierungsebene zu reduzieren, in der „Autonome" und „Antiimperialisten" als unqualifizierte, naive, sektiererische oder gar konterrevolutionäre, weil spalterische Elemente beschrieben werden, die zudem keine konkreten Beiträge zur Anti-IWF-Kampagne lieferten. Wer in Berlin gewesen ist, weiß, daß die „autonomen" und „antiimperialistischen" Kräfte neben der inhaltlichen Vorbereitung auch den entscheidenden Beitrag zur Mobilisierung für die Aktionstage geliefert haben. Ebenso wie sie durch unzählige Veranstaltungen, Plakataktionen und Aktionen im Vorfeld des IWF-Kongresses die Grundlagen für den erfolgreichen Massenprotest in Berlin mitgeschaffen haben. Daß der BUKO in dieser Situation seine Bündnispartner eher im Parteienspektrum gefunden hat, obwohl, wie Lorenz richtig recherchierte, die Diskussion im BUKO den Paternalismus schon lange überwunden zu haben schien und an Handlungsperspektiven bastelte, ist eben eine Realität. Diese zu benennen und in einen Zusammenhang mit den parallel gelaufenen Finanzierungsmanövern des BUKO (die Grünen haben zudem auch einen Großteil der Anti-IWF-Kampagne finanziert) zu stellen, erlaubt der BUKO-KA nicht.

Wenn denn beides nichts miteinander zu tun hat, was niemand so recht glaubt, bleibt kritisierbar, daß politische und finanzielle Verhandlungen des BUKO-KA auf eine oder zwei (oder fünf?) professionelle Solidaritätsarbeiterinnen konzentriert wurden. Was als pluralistischer Seilakt erscheinen soll, bewirkt da eine Verhinderung interner Diskussionen, einen Verlust von Inhalten und eine Konzentration von revolutionär unproduktiver, weil unteilbarer Macht. (...)

Letzte Grüße mit der Hoffnung, in eine Etappe inhaltlicher Auseinandersetzungen mit dem BUKO-KA treten zu können: **Kolumbien-Gruppe Münster im VAMOS e.V.**

Zeitschriftenschau

Querbrief 3/88 hat das Thema:
Frauenförderung im WFD — wie steht's damit?
Frauen aus dem Senegal sprechen über sich, ihr Heute und ihre Zukunft — Es hieß immer, es sei wichtig, sie zu integrieren; das Wie blieb ungelöst. Hat der WFD ein Konzept zur Frauenförderung? — Wenn ihr nur einen Mann dabeigehabt hättet! Nachträgliche Gedanken zu einer Reise mit Frauen aus dem Senegal nach Mali — nördliche Identifikationsversuche mit einer Afrikanerin.
Zur Projektunterstützung des WFD im Senegal, Guinea-Bissau und Mosambik: Kritisches und Informatives.
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, 1 Berlin 61. Preis: DM 4,-

---

epd — Entwicklungspolitik: Materialien VII/88
Die Entwicklungspolitik der Bundesländer — ein „kleines Feld" der Länderpolitik?
Mit Dokumenten zur Entwicklungspolitik von zehn Bundesländern, jeweils einer kurzen Analyse und einem vorläufigen Fazit, 126 S.
Einzelpreis 8,- DM
Bezug: epd-Entwicklungspolitik, Friedrichstr. 2, 6000 Ffm 17

epd — Entwicklungspolitik 16/17/18
Analyse: Ökumenisches Hearing zur Schuldenkrise · UNCTAD für 30% Schuldenerlaß · IWF-Stellungnahme zu aktuellen Fragen · Japanische Entwicklungszusammenarbeit · 40 Jahre Weltkirchenrat
Infos: SPD und CDU für Schuldenteilerlaß · Kritik an der Agrarreform auf den Philippinen · Verfassungsentwurf des ANC/Südafrika
Dokumentation: Ökumenisches Hearing zum internationalen Finanzsystem und der Verantwortung der Kirchen · DDR-Oppositionelle zum IWF

Trialog Nr. 18
Zeitschrift über das Planen und Bauen in Entwicklungsländern. Schwerpunkt: Theorie und Praxis des Selbsthilfe-Wohnungsbaus in Entwicklungsländern und Europa. 60 S. Deutsche und englische Beiträge, 9,- DM. Zu bestellen bei: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

---

epd-DWI 1988: 6/7/84 „Menschenrechte in Mittelamerika — Nicaragua: Hoffnung für die Region" eine kurzgefaßte Information für Unterricht, Diskussion und Aktion, 8 S., 2,- DM, ab 10 Ex. -,80 DM, ab 50 Ex. -,70 DM usw.
Bezug: epd-DWI, Friedrichstr. 2, 6000 Frankfurt 1

---

epd-DWI 1988: 1/79 „Weltbank — Armut und Umweltzerstörung durch 'Strukturanpassung'?" eine kurzgefaßte Information für Unterricht, Diskussion und Aktion, 4 S., 1,50 DM, ab 10 Ex. -,60 DM, ab 50 Ex. -,50 DM usw.
Bezug: epd-DWI, Friedrichstr. 2, 6000 Frankfurt 1

---

epd-DWI: 5—7/88 „Hier Bauernnot — dort Hungertod. Auswirkungen der EG-Agrarpolitik auf die Landwirtschaft in Europa und die Dritte Welt", eine kurzgefaßte Information für Unterricht, Diskussion und Aktion, 36 Seiten, 4,- DM, ab 50 Ex. 3,- DM (zzgl. Versand)
Bezug: epd-DWI, Friedrichstr. 2, 6000 Frankfurt 1

ila Nr. 118, Sept. 88
Erweiterter Schwerpunkt: „DDR und Lateinamerika". Ein erster Anlauf, ein wenig Licht in die hierzulande völlig unterbelichtete Lateinamerika-Politik unseres Nachbarstaates zu bringen. Behandelt werden: die Gratwanderung zwischen Diplomatie und Solidarität, die offizielle Entwicklungspolitik und ihre Schwerpunkte, die Schwierigkeiten der unabhängigen „Soli-szene", die L-A-Berichterstattung in den DDR-Medien, kulturpolitische Themen, u.a. ein ausgiebiges Interview mit der DDR-Autorin Christiane Barckhausen. Ansonsten: Beilage zu Guatemala, Abgesang auf das sich abzeichnende Scheitern des christdemokratischen Modells von Duarte in El Salvador, Bericht zur Situation in Mexiko nach den Wahlen, Nachbereitung eines Symposiums zur psychosozialen Situation von Lateinamerikanern, Aufrufe zur IWF-Kampagne u.v.a. Total: 52 Seiten.
Einzelpreis: 3,50 DM/Jahresabo: 35,- DM
Bezug: ila, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn 1

Inprekorr, Nr. 207, September 1988
50 Jahre IV. Internationale: Ernest Mandel über die Notwendigkeit einer revolutionären Masseninternationale; Afghanistan: Nach 9 Jahren Krieg — Fortsetzung des Bürgerkrieges?; El Salvador: Das Scheitern der pax americana; Nicaragua: Kein Frieden für die Revolution?; Mexiko: Die Bedeutung der Kandidatur von Cardenas; Kurznachrichten: Israel, UdSSR, Kanada...
Preis pro Heft: 4,50 DM/Abo: 45,- DM
Bezug: Inprekorr, Zulpicher Str. 39, 5000 Köln 1.

Neuerscheinungen

Weltbank — Jahresbericht 1988, hrsg.: Weltbank Washington 1988, 218 S.

Lida van den Broek: **Am Ende der Weißheit.** Vorurteile überwinden, Ein Handbuch, Orlanda Frauenverlag, Berlin 1988, 152 S., 22,- DM.

Tim Kutscherus, Reiner Werning: **Die Philippinen unter Aquino**, Facetten eines Machtwechsels, isp Pocket 29, 142 S., 17,80 DM.

Thomas Gebauer, Hans Branscheidt (Hrsg.): **Zum Beispiel Gesundheit**, Süd-Nord Lamuv Verlag, 126 S., 7,80 DM.

Südkorea — Texte und Fragen. Hrsg.: Evang. Missionswerk, 103 S., 5,- DM, zu beziehen über: Missionshilfe Verlag, Mittelweg 143, 2000 Hamburg 13.

„Nicht den Ast absägen", Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA). Zu beziehen über: ARA, Postfach 531, 4800 Bielefeld 1 zum Preis von 5,- DM.

Stefan Brüne/Christine Weiss: **Die französische Afrikapolitik, Auswahlbibliographie.** Zu beziehen bei: Deutsches Übersee-Institut, Übersee-Dokumentation, Referat Afrika, Reihe A, Nr. 25, Hamburg 1988.

Rolf Hofmeier/Inst. für Afrikakunde 88/66: **Afrika-Jahrbuch 1987.** 350 Seiten, 39,- DM. 1988 bei Leske & Budrich GmbH, Opladen. Druckhaus Beltz, Hemsbach.

Peter Krieg: **Die Seele des Geldes** — Arbeitsheft zum Film. Barfuß Film Freiburg, 46 S.

Jörg Meyer-Stamer: **Informatik in Brasilien**, Arbeitsunterlagen. Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg, Heft Nr. 24, 116 S., 1988.

---

20 Jahre Medico, Broschüre, hrsg.: medico international, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt a.M., 64 S.

Wilfried Liehr: **Katholizismus und Demokratisierung in Brasilien**, Verlag Breitenbach Publishers, Forschungen zu Lateinamerika Bd. 17, Saarbrücken 1988, 470 S.

Rainer Werning (Hrsg.): **Nordkorea. Annäherungen an einen Außenseiter**, Analysen — Berichte, isp-Verlag, isp-Pocket 37, Frankfurt 1988, 176 S., 19,80 DM.

---

amnesty international: **Der regionale Menschenrechtsschutz in Afrika, Amerika und Europa**, Fischer Tb, Frankfurt 88 (Nr. 4281). 292 S., 16,80 DM

Comisión Andina De Juristas: **Estados de emergencia en la Andina**, Lima, 1987. 322 S. Diego Garcia Sayan (ed.) 5,- US$.
Columbia: El derecho a la justicia, Lima 1988, 200 S., 4,50 US$.
Peru y chile: poder judicial y derechos humanos, Lima 1988, 5,- US$.
Alle zu beziehen über: Kai Ambos, Christoph-Probst-Str. 12/630, 8000 Bochum 40.

The Panos Institute: **AIDS and the Third World**, 3rd. ed., Panos Dossier, London 1988, 198 S., Preis 5,95 £. Zu beziehen über: The Panos Institute, 8 Alfred Place, London WC 1E 7EB, UK.

Tagungshinweise

Gentechnik, inwieweit läuft ihre Anwendung den Ansätzen und Interessen der Frauen-, Ökologie-, Dritte-Welt-, Gesundheits- und Friedensbewegung zuwider? Und – welche Handlungsperspektiven ergeben sich daraus?
Tagung vom 25.–27. November 1988 in Berlin. Inf. u. Anm.: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.v., Zeughofstr. 20, 1000 Berlin 36.

Abrüstung! Alternativen zur Politik der NATO. Kongreß am 12. und 13. November in Hamburg. Inf. u. Anm.: Kongreßbüro, Altonaerstr. 28, 2000 Hamburg 6

Perestroika und Sozialismuskonzeption. Tagung am 22. Okt. 88 in Frankfurt. Inf. u. Anm.: IMSF, Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

„Beendet Südafrikas Krieg gegen Mosambik und Angola." (ECASAAMA). Konferenz am 8.–10. Dez. in Bonn. Inf. u. Anm.: Information Center on Southern Africa (issa), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1.

Aktion für die Dritte Welt. Workshop vom 18.–20.11.88 in Böblingen. Inf. u. Anm.: AKI Juso-Landesverband Baden-Württemberg, Schloßstr. 68, 7000 Stuttgart 1.

Türkei-Kurs 89. Von Januar bis September 1989. Durchgeführt von der Reisenden Schule, Bördestr. 3, 3530 Warburg 1

Die Nachhaltigkeit von Entwicklungsprojekten – Erfahrungen aus Projektplanung und Projektevaluation. Jahrestagung des interdisziplinären Arbeitskreises für Entwicklungsländerforschung vom 1.–3.12. in Basel. Inf. u. Anm.: Soziologisches Seminar der Universität Basel, Petersgraben 27, 4051 Basel.

Rechtliche Aspekte der kommunalen Nord-Süd-Arbeit. Symposium der Evangelischen Akademie Iserlohn am 1. u. 2. Nov. 88. Inf. u. Anm.: Evangelische Akademie Iserlohn, Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn.

---

11. Freiburger Friedenswoche vom 6. bis 16. Nov. 88.

Tagungen der arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer arbeitskreise (ag spak): 4.–5.11., München – **Einführung in die Pädagogik Freires** – Kontakt: Heinz Schulze, ag spak, Alzreiterstr. 23, 8000 München 2.
18.–20.11., Traidendorf (Bayern) – **Praktikum in der Dritten Welt** – Kontakt: Heinz Schulze, ag spak, Alzreiterstr. 23, 8000 München 2.

Ausreisen oder Hierbleiben? Entwicklungspolitisches Seminar zur Einführung. Vom 14. bis 16. Okt. 88 in Simmersfeld bei Freudenstadt. Inf. u. Anm.: Zentrum für Entwicklungsbezogene Bildung, Gerokstr. 17, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/21050-62.

Im Zeichen der Veränderung. Perestroika und Glasnost in der Sowjetunion und die Auswirkungen auf die ost- und westeuropäischen Staaten. Seminar in Sindelfingen am 7.–9. Okt. 88. Inf. u. Anm.: Gesellschaft für politische Ökologie, Gutbrodstr. 33, 7000 Stuttgart 1.

Seminare der Ökobildungswerke Köln:
Sanfter Tourismus: Alibi oder Chance? Tagesseminar am 15.10.88.
Kindheit in der Dritten Welt. Tagesseminar am 16.11.88.
Elende Schuld – unverschuldetes Elend. Kursreihe zur internationalen Verschuldung und ihren Hintergründen. Montags, 7 Abende von 20.30–22.00 Uhr, 31.10.–12.12.88.
Reisen in Nepal. Vortrag am 14.10.88., 20.00 Uhr.
Kinder und Krieg. Vortrag am 1.12.88, 20.00 Uhr.
Inf. u. Anm.: Ökobildungswerke, Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1.

Seminare des Bildungswerkes für Umwelt und Kultur:
„Multikulturelle Gesellschaft" in 2817 Dörverden/Drübber. Vom 25.–27.11.88. Inf. u. Anm.: Günther Kahrs, Ostertorsteinweg 88, 28 Bremen 1.
Theorien über Unterentwicklung aus feministischer Perspektive. 9.11.88 in Bremen. Inf. u. Anm.: bella donna, Sonnenstr. 8, 2800 Bremen 1.
Weiße Industrie in Schwarzafrika. Schwarze Flüchtlinge im weißen Europa. Seminar vom 25.–27.11.88 in Drübberholz. Inf. u. Anm.: Günther Kahrs, Ostertorsteinweg 88, 2800 Bremen 1.

Internationale Konferenz zur Vorbereitung einer europäischen Kampagne gegen das Anwachsen von Faschismus, Rassismus und Sexismus in Europa. 4.–10. Nov. 88 in Berlin. Inf. u. Anm.: Peter Finger, Regionalbüro für Wirtschaft und Antirassismus, Badensche Str. 29, 1 Berlin 31.

Chile und Südafrika – Perspektiven des Zweckbündnisses zweier Pariastaaten. 5. u. 6. Nov. 88 in Hamburg. Inf. u. Anm.: Deutsch-Chilenisches Kulturzentrum, Bogenstr. 54 a, 2000 Hamburg 13.

Israel und Palästina – Chancen und Grenzen des Dialogs. Seminar vom 12.–13. Nov. 88 in Stuttgart. Inf. u. Anm.: Gesellschaft für Politische Ökologie, Gutbrodstr. 33, 7000 Stuttgart 1.

Gegen die Zerstörung – für das Leben im brasilianischen Amazonasgebiet. Seminar der Kampagne für das Leben in Amazonien vom 21.–23. Okt. 88 auf dem Dörnberg bei Kassel. Inf. u. Anm.: Clarita Müller-Plantenberg, Cosimaplatz 8, 1000 Berlin 41.

Wochenendseminar über Malaysia und Singapur am 25.–27. Nov. 88. Inf. u. Anm.: Südostasien Informationsstelle, Josephinenstr. 71, 4630 Bochum 1.

South African Literature: On Literature in a Multi-Lingual Context. Conference in the Protestant Academy Bad Boll. 28.–30. Okt. 88. Inf. u. Anm.: Evangelische Akademie Bad Boll, 7325 Bad Boll.

Die Nicaragua-Politik der Bundesregierung in Sachen Menschenrechte. Vom 4.–6. Nov. 88 in Oberwesel. Inf. u. Anm.: Arbeitsgemeinschaft katholischer Studenten und Hochschulgemeinden, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1.

An alle 3. Welt-AGs:

Es gibt jetzt eine Broschüre der 3. Welt-AG am Wenzinger-Gymnasium Freiburg, die selbst Projekte in Kolumbien durchgeführt hat.

3te Welt AG
Versuch einer Bilanz

Aus dem Inhalt:
Unsere Projekte in Kolumbien * Hunger – warum? * Eppler: Zukunftsorientierte Entwicklungspolitik * Sportentwicklungshilfe * Kirche in Lateinamerika * Ökologie und Dritte Welt

Preis: 5 DM (Schüler 2 DM)
Zu bestellen über:
AG Dritte Welt – Eine Welt
Wenzinger Gymnasium
Falkenberger Str. 21
7800 Freiburg

570/ 1/153/56412
ARCHIV für Soz-Beweg ,
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

D-7800 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

ISSN 0933-7733